

NaDiRa-Monitoringbericht mit Schwerpunkt Wohnen

Gewohnt ungleich

Rassismus und Wohnverhältnisse

Berlin, 8. Dezember 2025



Herausgegeben vom



NaDiRa-Monitoringbericht mit Schwerpunkt Wohnen

Gewohnt ungleich



Rassismus und Wohnverhältnisse

Berlin, 8. Dezember 2025

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	04
Was ist der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa)?	06
Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	08
Einleitung: Wohnen als gesellschaftliches Grundversprechen – und Ort sozialer Ungleichheit	16
Daten und Methoden	22

1.

Verschlossene Türen – Wie Rassismus den Zugang zu Wohnraum versperrt

Klara Podkowik, Mary Lam, Zaza Zindel, Tae Jun Kim, Kien Tran, Yasmin Chreiteh, Stefanie Hechler

36

1.1	Diskriminierungserfahrungen auf dem Wohnungsmarkt	45
1.2	Diskriminierung sichtbar machen: Experiment zur Wohnraumsuche	55
1.3	Zwischen Hoffnung und Absage: Erlebte und sichtbare Diskriminierung im Vergleich	65

2.

Wenn rassistische Ungleichheiten mitwohnen

Massa Gahein-Sama, Leonie Fuchs, Johanna Kechout

70

2.1	Wer wohnt wie? Eigentum, Mietverhältnisse und Wohnfläche	75
2.2	Für wen ist Wohnen teuer? Ungleiche Wohnkostenbelastung	93
2.3	Wenn Mängel mitwohnen: Qualität des Wohnraums	107
2.4	Dimensionen der Wohnzufriedenheit	115
2.5	Das Zuhause ist nicht für alle gleich	121

3.

Nachbarschaften als Räume sozialer (Un-)Gleichheit

*Aylin Mengi, Jondis Schwartzkopff, Claudia Martínez Gimeno,
H. Long Nguyen*

126

3.1	Räume der Ungleichheit: Ordnungen sozialer Differenz	131
3.2	Infrastrukturelle Ambivalenzen: Dichte, Defizite und Distanz	145
3.3	Umweltgerechtigkeit in der postmigrantischen Gesellschaft: Rassismus als Umweltfaktor	157
3.4	Ungleichheiten im geteilten Raum	171
	Fazit: Rassismus als Strukturprinzip des Wohnens	174
	Handlungsempfehlungen	178
	Literaturverzeichnis	184

Vorwort

Noa K. Ha, Tae Jun Kim

Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis, das alle Menschen betrifft. Menschen wohnen in Hochhäusern, in Villen oder in Unterkünften, in Städten oder auf dem Land; sie wohnen allein, mit Familien, in Wohngemeinschaften, in Partnerschaften und auch in Zwangsgemeinschaften. Wohnen ist abhängig von Einkommen, Beruf und von der geografischen Lage – aber auch vom Aussehen, von Sprachkenntnissen, Aufenthaltstiteln, körperlichen Einschränkungen oder gesundheitlichen Erfordernissen. Die Formen des Wohnens sind so vielfältig wie die Menschen selbst. Zugleich ist Wohnen maßgeblich von gesellschaftlichen Verhältnissen durchdrungen, weil Raum und Wohnen bedeutende gesellschaftliche Ressourcen sind.

So ist die Wohnraumversorgung ein zentrales Element wohlfahrtsorientierter Politik und hat viele Jahrzehnte die Entwicklung der sozialen Infrastruktur in Deutschland geprägt. Während in der Nachkriegszeit der Mangel durch staatlich geförderten Wohnungsbau bekämpft wurde, verlagerte sich seit den 1980er und 1990er Jahren der Schwerpunkt zunehmend auf Deregulierung und Marktmechanismen. In der migrationsgeprägten Nachkriegsgesellschaft zeigt sich, dass Wohnraumversorgung nicht nur sozialpolitische, sondern auch migrations- und rassismusbezogene Fragen aufwirft. Rassistische Ungleichheiten in diesem Feld sind besonders gravierend: Sie beeinflussen unmittelbar den Zugang zu Wohnraum, das Alltagsleben und die Lebensqualität von Menschen. Rassismus im Wohnkontext ist also keine Randerscheinung, sondern Teil gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse, mit weitreichenden Folgen für Teilhabe, Sicherheit und Lebensqualität.

Der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) wurde ins Leben gerufen, um Ausmaß und Folgen von Rassismus und Diskriminierung in Deutschland systematisch zu untersuchen (siehe [Infobox NaDiRa](#)). Das Monitoring beruht dabei auf einer Definition des Rassismus, die sich an den wissenschaftlichen Debatten orientiert und rassismustheoretische und ungleichheitssoziologische Analysen kombiniert. Daher kann der NaDiRa über eine rein deskriptive Erhebung von Einstellungen und Erfahrungen hinausgehen: Er erweitert die Perspektive auf gesellschaftliche Strukturen, Praktiken und Machtverhältnisse. Rassismus wird nicht als einzelnes, individuelles, isolierbares Phänomen verstanden, sondern als ein gesellschaftliches Verhältnis, das sich durch soziale Institutionen, alltägliche Praktiken und symbolische Ordnungen zieht. Der NaDiRa liefert daher sozialwissenschaftliche Erkenntnisse darüber, wie sich Rassismus in verschiede-

nen Lebensbereichen ausdrückt. So fasst er die Bedeutung von Rassismus zunächst empirisch – und liefert so eine Grundlage für gesellschaftliche Veränderungen. Rassismus ist dabei in seiner grundlegenden, notwendigerweise bedeutungsoffenen Definition als Deutungs- und Handlungspraxis zu verstehen, die Menschen auf Basis zugeschriebener Merkmale in vermeintlich unterscheidbare Gruppen einteilt (Hall 2000). Damit werden sie in hierarchische Beziehungen einer vermeintlichen „Über-“ und „Unterlegenheit“ gesetzt (Mecheril 2021). Insofern offenbart sich Rassismus immer auch als Platzanweiser sozialer Positionierung: Die zugeschriebene biologistische oder kulturalistische Unterlegenheit der „Anderen“ ist stets an Formen des Ausschlusses gebunden, die soziale Ungleichheiten veranlassen und reproduzieren (Foroutan 2020).

Auf diese Problematik weisen die im NaDiRa gewonnenen Analysen zu Diskriminierung und Rassismus hin: Rassistische Dynamiken erschöpfen sich nicht allein in diskriminierenden Handlungen; sie finden auch in institutionellen und strukturellen Momenten ihren Ausdruck. Diese wirken oftmals unbewusst und haben doch – wie im Fall der Gesundheitsversorgung – eine ungleiche Behandlung rassistisch markierter Menschen zur Folge (DeZIM 2023). Rassismus ist dabei weder monokausal noch auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen. Er wird vielmehr als systematisch eingebettete Struktur wirksam, die aus mehreren, miteinander verknüpften Ebenen besteht. Dabei bleibt bestimmten Gruppen der gleichberechtigte Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen systematisch verwehrt.

All dies berücksichtigt der vorliegende Bericht, wenn er sich dem Themenfeld Wohnen widmet. Wohnen ist eine zentrale Dimension gesellschaftlicher Teilhabe, in der sich Fragen von Zugang, Sicherheit und Lebensqualität in besonderer Weise verdichten. Ausgangspunkt ist die empirische Frage, ob und in welcher Weise rassistische Dynamiken auch im Kontext von Wohnen wirken – und zwar nicht nur dort, wo sie am ehesten vermutet würden, etwa beim Zugang zum Wohnungsmarkt. Vielmehr richtet der Bericht den Blick auf die alltäglichen Bedingungen des Wohnens selbst sowie auf das Leben in der Nachbarschaft, wo Zugehörigkeit, Teilhabe und Exklusion kontinuierlich ausgehandelt werden. Dabei zeigt sich, dass rassistische Ungleichheiten im Kontext Wohnen keine Einzelfälle oder Ausreißer sind, sondern Ausdruck struktureller Prozesse. Rassismus gibt es nicht nur punktuell, sondern er ist in die soziale und symbolische Ordnung von Wohnverhältnissen eingeschrieben.

Dass diese Zusammenhänge differenziert untersucht und sichtbar gemacht werden konnten, liegt nicht zuletzt an der engen Zusammenarbeit mit Expert*innen aus Praxis, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, für die wir an dieser Stelle ausdrücklich danken möchten. Ohne ihre Expertise und ihre Bereitschaft, diese zu teilen, wäre der Bericht in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen. Wir danken hierfür insbesondere Heike Hanhörster, Madlen Pilz, Andrej Holm, Leoni Keskinılıç, Nihad El-Kayed, Valentin Domann, Christine Barwick-Gross, Remzi Uyguner, Carolin Genz, Max Sprengholz, Steffen Shah und Charlotte Weber.

➔ Was ist der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa)?

Der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) wurde 2020 am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) eingerichtet. Ziel des Monitorings ist es, dauerhaft verlässliche empirische Erkenntnisse über Rassismus und Diskriminierung in Deutschland bereitzustellen – und so eine fundierte Grundlage für wirksame Gegenstrategien zu schaffen.

Der NaDiRa verfolgt einen multimethodischen Forschungsansatz: Repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu Einstellungen und Erfahrungen werden ergänzt durch qualitative Studien, Feldexperimente sowie Analysen von Beratungsdaten, rechtlichen und politischen Dokumenten und medialer Berichterstattung. Im Zentrum steht dabei die Perspektive der Betroffenen.

Ein zentraler Baustein ist das NaDiRa Online Access Panel (NaDiRa panel), eine seit 2022 laufende, bundesweit repräsentative Onlinebefragung von in Deutschland lebenden Erwachsenen. Rassistisch markierte Gruppen werden darin gezielt überrepräsentiert, um ihre Erfahrungen sichtbar und wissenschaftlich analysierbar zu machen. Durch die Panelstruktur der Daten lassen sich sowohl Momentaufnahmen als auch langfristige Entwicklungen im Zeitverlauf untersuchen.

Die Forschungsperspektiven des NaDiRa werden durch einen zivilgesellschaftlichen Begleitprozess ergänzt: Vertreter*innen aus von Rassismus betroffenen Communities, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wissenschaft tragen in Werkstätten zur Fragebogenentwicklung und zur Ergebnisinterpretation ihre Perspektiven bei.

Die Ergebnisse des NaDiRa fließen regelmäßig in den NaDiRa-Monitoringbericht ein, der mit unterschiedlicher Frequenz und Fokussierung erscheint:

- **Jährlicher Monitoringbericht:** Dieser Bericht erscheint jedes Jahr im März zum Tag gegen Rassismus und analysiert rassistische Einstellungen sowie Diskriminierungserfahrungen und deren Auswirkungen. Der erste Bericht dieser Art wurde im März 2025 veröffentlicht (vgl. Fuchs et al. 2025).

- **Monitoringbericht mit Schwerpunkt:** Dieser Bericht wird alle zwei Jahre veröffentlicht und analysiert die Auswirkungen von rassistischer Diskriminierung auf die Teilhabe in vier zentralen gesellschaftlichen Lebensbereichen: Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung. Der vorliegende Bericht fokussiert den Bereich Wohnen. Ein weiterer bisher veröffentlichter Bericht befasste sich mit dem Schwerpunkt Gesundheit (DeZIM 2023).

Beide Berichtsreihen richten sich an die Politik, die Zivilgesellschaft und die breite Öffentlichkeit. Sie sollen dazu beitragen, eine faktenbasierte gesellschaftliche Debatte zu fördern und gezielt politische wie institutionelle Maßnahmen gegen Rassismus zu stärken.

Alle weiteren Informationen zum NaDiRa sind unter www.rassismusmonitor.de zu finden.

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Kapitel 1: Verschlossene Türen - Wie Rassismus den Zugang zu Wohnraum versperrt

Rassistisch markierte Gruppen berichten beim Zugang zum Wohnungsmarkt deutlich häufiger von Diskriminierung.

Es besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass Schwarze (36 %) und muslimische Personen (30 %) aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit eine Immobilie nicht erhalten - bei nicht rassistisch markierten Personen ist das deutlich unwahrscheinlicher (5 %). Diese Ungleichbehandlung zeigt sich auch bei Besichtigungseinladungen und überhöhten Miet- oder Kaufpreisforderungen - und spiegelt sich in den Erwartungen der Betroffenen wider: Die Wahrscheinlichkeit, die eigenen Erfolgchancen auf dem Wohnungsmarkt als (sehr) gering einzuschätzen, liegt bei nicht rassistisch markierten Personen bei 25 %. Bei muslimischen (50 %) und Schwarzen Personen (49 %) ist der Wert doppelt so hoch.

Das Feldexperiment bestätigt die Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum.

Bewerber*innen mit typisch deutsch klingenden Namen haben die höchste Wahrscheinlichkeit für eine Rückmeldung auf ihre Wohnungsanfragen (55 %). Für Personen mit Namen aus der MENAT-Region lag die Quote bei 48 %, für Bewerber*innen mit Namen aus afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika) bei 49 %. Ein ähnliches Muster

zeigt sich bei Besichtigungsterminen: Personen mit deutsch klingenden Namen haben die höchste Wahrscheinlichkeit (22 %) eingeladen zu werden, während Personen mit Namen aus der MENAT-Region (16 %) oder afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika) (17 %) deutlich seltener eine Einladung erhalten.

Kapitel 2: Wenn rassistische Ungleichheiten mitwohnen

Rassistisch markierte Gruppen leben seltener im Eigentum, auf kleinerem Wohnraum und häufiger in prekären Mietverhältnissen. Während 57 % der nicht rassistisch markierten Menschen im Eigentum wohnen, trifft das nur auf etwa jede zehnte Schwarze (11 %) und jede vierte muslimische (24 %) Person zu. Im Schnitt stehen rassistisch markierten Menschen 47 m² pro Person zur Verfügung. Das ist deutlich weniger als bei nicht rassistisch markierten Menschen (69 m²). Zudem ist der Anteil an rassistisch markierten Mieter*innen in befristeten Mietverhältnissen 9 Prozentpunkte höher. Diese Unterschiede gelten auch jenseits von (Groß-)Städten und angespannten Wohnungsmärkten. Besonders relevant ist, dass rassistisch markierte Personen überproportional häufig bei großen Wohnungsgesellschaften wohnen - wo es meist weniger Wohnraum und eine höhere

Wahrscheinlichkeit für Indexmieten gibt. In angespannten urbanen Märkten stoßen jedoch Haushalte aller Gruppen an Belastungsgrenzen.

Rassistisch markierte Gruppen tragen eine deutlich höhere finanzielle Wohnkostenbelastung. Für 27 % der muslimischen, 23 % der Schwarzen und 22 % der osteuropäischen Befragten bedeuten die Wohnkosten eine (sehr) hohe finanzielle Belastung - während dies unter nicht rassistisch markierten Menschen bei weniger als jeder zehnten Person der Fall ist (9 %). Die Wahrscheinlichkeit, dass rassistisch markierte Mieter*innen mindestens 40 % ihres Einkommens für ihre Wohnkosten ausgeben, liegt bei mehr als einem Drittel (37 %) und ist damit 7 Prozentpunkte höher als bei nicht rassistisch markierten Mieter*innen. Entsprechend ist auch das Wohnarmutsrisiko erhöht: 36 % der rassistisch markierten Mieter*innen sind gefährdet, nach Abzug der Wohnkosten unterhalb der Armutsgrenze zu leben - gegenüber 19 % der nicht rassistisch markierten Menschen.

Trotz insgesamt hohen Wohnstandards in Deutschland bestehen Unterschiede in der Wohnqualität: Rassistisch markierte Personen sind öfter von schlechteren Wohnbedingungen betroffen. Besonders Schimmel, ein hoher Renovierungs- oder Sanierungsbedarf, schlecht isolierte bauliche Substanz und zu kleiner Wohnraum

sind häufige Mängel. Während beispielsweise nur 11 % der nicht rassistisch markierten Menschen angeben, dass ihre Wohnung im Winter unzureichend gegen Kälte isoliert ist, berichten dies 27 % der muslimischen Personen und rund ein Fünftel der anderen rassistisch markierten Gruppen. Darüber hinaus zeigt sich, dass Eigentümer*innen insgesamt weniger betroffen sind als Mieter*innen. Unter allen Mieter*innen berichten rassistisch markierte Personen mit einer Wahrscheinlichkeit von 57 % von Qualitätsmängeln - das sind 9 Prozentpunkte mehr als in der nicht rassistisch markierten Gruppe (48 %).

Rassistisch markierte Gruppen sind mit ihrer Wohnsituation seltener zufrieden, was mit einer erhöhten Stressbelastung einhergehen kann. Besonders deutlich zeigt sich, dass muslimische Personen in den eigenen vier Wänden weniger wahrscheinlich zufrieden sind (68 %) als nicht rassistisch markierte Personen (80 %). Die geringere Zufriedenheit rassistisch markierter Menschen im Vergleich zur nicht rassistisch markierten Gruppe hängt dabei vor allem mit dem Wohnen zur Miete, kleinerem Wohnraum und einer höheren Kostenbelastung zusammen. Außerdem ist die Wohnzufriedenheit sichtbar mit der mentalen Gesundheit verknüpft: Wer mit der eigenen Wohnsituation unzufrieden ist, zeigt eine um

20 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, unter moderaten bis starken psychischen Stresssymptomen zu leiden, als diejenigen, die damit zufrieden sind (32 % vs. 11 %).

Kapitel 3: Nachbarschaften als Räume sozialer (Un-)Gleichheit

Diskriminierung in der Nachbarschaft ist ungleich verteilt und betrifft rassistisch markierte Gruppen deutlich häufiger. Während nicht rassistisch markierte Menschen mit einer Wahrscheinlichkeit von 94% nie oder nur selten diskriminiert werden, beträgt dieser Anteil bei Schwarzen Menschen 77%: 23 % berichten von Diskriminierung in der Nachbarschaft, 4 % geben sogar an, dies geschehe oft oder sehr oft. Auch muslimische Personen sind überdurchschnittlich häufig betroffen: Ihre Wahrscheinlichkeit, Diskriminierung in der Nachbarschaft zu erfahren, beträgt 18 %. Nachbarschaften sind damit für Viele nicht nur Orte des Wohnens, sondern auch Räume potenzieller Ausgrenzung und Abwertung.

Infrastrukturelle Bedingungen sind ungleich verteilt und betreffen rassistisch markierte Gruppen in besonderer Weise. Beim Zustand der Wohnumgebung zeigen sich deutliche Unterschiede: Während nicht rassistisch

markierte Personen nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 4 % ihre Wohnumgebung als (sehr) schlecht bewerten, liegt diese Wahrscheinlichkeit bei muslimischen Personen bei 8 % und bei asiatischen Personen bei 9 % - also etwa doppelt so hoch. Bei der Nahversorgung kehrt sich dieses Muster jedoch teilweise um: Die Wahrscheinlichkeit, die Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten als (sehr) gut zu beurteilen, liegt bei muslimischen (82 %), Schwarzen (85 %) und osteuropäischen Personen (81 %) deutlich höher als bei nicht rassistisch markierten (75 %) oder asiatischen Personen (71 %). Infrastrukturbedingungen folgen somit keiner einheitlichen Logik, sondern spiegeln unterschiedliche Ungleichheitsmuster wider: Während etwa eine höhere urbane Dichte die Versorgung verbessert, bleiben die bauliche Qualität und Instandhaltung in überwiegend von rassistisch markierten Menschen bewohnten Quartieren häufiger zurück.

Auch Umweltbelastungen sind ungleich verteilt. Rassistisch markierte Gruppen leben häufiger in stärker belasteten Wohnlagen. Muslimische, asiatische und osteuropäische Personen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, in Gebieten mit erhöhter Stickstoffdioxidbelastung zu wohnen, als nicht rassistisch markierte Personen. Auch bei den Temperaturen zeigen sich Unterschiede: Muslimische, asiatische und Schwarze

Personen leben mit höherer Wahrscheinlichkeit in wärmeren Lagen. Gleichzeitig zeigt sich bei der Versorgung mit Grünflächen ein Nachteil für muslimische (77 %) und asiatische Personen (76 %), deren Wahrscheinlichkeit, über eine gute Grünflächenversorgung zu verfügen, geringer ist als bei nicht rassistisch markierten Personen (85 %). Dabei sind Grünflächen gerade in verdichteten Stadtgebieten zentrale Ressourcen, da sie nicht nur Erholung bieten, sondern auch die Luftqualität verbessern und städtische Wärmeinseln abmildern. Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung und höhere Temperaturen sowie Ressourcen wie Grünflächen sind damit entlang rassistischer Markierungen systematisch ungleich verteilt.

Einleitung: Wohnen als gesellschaftliches Grundversprechen – und Ort sozialer Ungleichheit

Aylin Mengi, Klara Podkowik

Kaum etwas prägt das alltägliche Leben so grundlegend wie die Frage, *wo* und *wie* wir wohnen. Denn Wohnen bedeutet mehr als einfach nur das Dach über dem Kopf: Es schafft Schutz, Stabilität und Zugehörigkeit – und ist als Menschenrecht anerkannt, untrennbar verbunden mit der Würde des Menschen und der Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichzeitig ist Wohnraum jedoch eine knappe und ungleich verteilte Ressource.

Diese Spannung ist in Deutschland historisch gewachsen. Nach dem Zweiten Weltkrieg reagierte der Staat auf die dramatische Wohnungsnot infolge von Kriegsschäden und Binnenvertreibung mit grundlegenden Eingriffen in den Wohnungsmarkt. In den 1950er und 1960er Jahren regelte das sogenannte Wohnraumbewirtschaftungsgesetz Kündigungen, Mietpreise und die Wohnungsvergabe staatlich (Häußermann & Siebel 2000). Behörden waren beispielsweise ermächtigt, Wohnungssuchende sowohl in ungenutzte Wohnungen als auch in Haushalte anderer Personen zu vermitteln, wenn diese als unterbelegt galten. Parallel wurde mit dem Ersten Wohnungsbaugesetz der soziale Wohnungsbau massiv gefördert – bis Mitte der 1950er Jahre entstanden über drei Millionen neue Wohnungen. In der Folge etablierten sich verschiedene Instrumente der Wohnungspolitik, die noch heute Bestand haben: objektbezogene Förderungen wie der soziale Wohnungsbau, direkte Unterstützungsleistungen, etwa durch das Wohngeld, sowie rechtliche Rahmenbedingungen über das Mietrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch (Egner & Rink 2024; Holm 2014).

Doch spätestens mit der Marktliberalisierung seit den 1970er Jahren verlagerte sich der wohnungspolitische Fokus. Deregulierung, Privatisierung, Eigenheimförderung und der schrittweise Rückzug des Staates aus der Wohnraumversorgung präg(t)en die neue Logik (Kholodilin et al. 2018). Die staatliche Verantwortung für das Grundbedürfnis Wohnen wurde zunehmend individualisiert. Mit der Wiedervereinigung kamen neue Herausforderungen hinzu: Abrissprogramme im Osten, innerdeutsche Migration und die Ausdehnung westdeutscher Instrumente wie Wohngeld auf die neuen Bundesländer. Woh-

nungspolitik verlor schließlich über Jahrzehnte hinweg an Relevanz und verschwand aus dem Blickfeld der Bundespolitik (Rink & Egner 2020; von Beyme 2001).

Die staatliche Zurückhaltung zeigt sich heute umso deutlicher: In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich der Bestand preisgebundener Wohnungen in Deutschland halbiert – also gerade jener Wohnungen, auf die ressourcenschwache Haushalte besonders angewiesen sind. Im Jahr 2024 wurden laut Bundesbauministerium lediglich rund 27.000 Neubau-Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau gefördert, weit unter dem gesetzten Ziel von 100.000 pro Jahr (Schwietering 2025). Das erhöht den Druck auf einen ohnehin angespannten Wohnungsmarkt weiter (Holm et al. 2021; Liebig et al. 2022). In dieser Gesamtschau wird klar, dass sich der Zugang zu Wohnraum und die Wohnsituation nicht allein aus dem Angebot ergibt, sondern vielmehr das Ergebnis sozialer, politischer und symbolischer Raumproduktion ist – und damit ein Schlüssel für die (Un-)Sichtbarmachung struktureller Ungleichheiten.

Schon 1974 hatte Henri Lefebvre es in *The Production of Space* beschrieben: Wohnraum ist nicht einfach gegeben, er wird produziert. Er ist demnach nicht bloß passiver Schauplatz gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern selbst das Produkt sozialer und politischer Aushandlungen. Wenn Raum durch gesellschaftliche Praktiken hergestellt wird, dann spiegeln sich in der Verteilung, Gestaltung und Zugänglichkeit von Wohnraum auch jene Ausschlüsse und Ungleichheiten wider, die durch Rassismus strukturiert sind. Rassismus ist eben kein Randphänomen, wie im öffentlichen Diskurs teils suggeriert, sondern durchdringt symbolische Ordnungen, institutionelle Routinen und konkrete Lebensverhältnisse – im Alltag (Fuchs et al. 2025), im Gesundheitswesen (DeZIM 2023), im Bildungssystem (Gomolla & Radtke 2009; Massumi 2019) und auf dem Arbeitsmarkt (Salikutluk et al. 2020). Rassismus meint dabei die Differenz, die hergestellt, zugeschrieben und bewertet wird – entlang vermeintlich äußerlicher Merkmale wie Hautfarbe, Name, Sprache oder Herkunft. Diese Differenz wird gesellschaftlich mit Bedeutungen aufgeladen, die Hierarchien schaffen, Zugehörigkeiten regulieren und materielle wie symbolische Ausschlüsse produzieren (El-Tayeb 2016; Rommelspacher 2009). Rassistische Ungleichbehandlungen sind nicht bloß individuelle Vorurteile – sondern vielmehr strukturell verankert: in staatlichen Institutionen, politischen Entscheidungen und sozialen Praktiken. Wird Rassismus als grundlegende Strukturkraft gesellschaftlicher Ordnung begriffen, ist davon auszugehen, dass auch Wohnverhältnisse nicht von dieser Ordnung ausgenommen sind.

Die raumtheoretische Perspektive nach Lefebvre (1974) hilft hierbei, die gesellschaftliche Relevanz von Wohnen als Ungleichheitsfeld zu erfassen – und Rassismus nicht nur im Verhalten einzelner Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt zu verorten, sondern als *strukturierende Kraft* im Gefüge von Raumproduktion selbst zu begreifen. Rassistische Ausschlüsse sind in diesem Rahmen keine zufällige Begleiterscheinung oder bloßer Ausdruck eines angespannten Wohnungsmarktes. Sie folgen vielmehr eigenen Logiken, die bestehende Dynamiken wie Knappheit, Verdrängung oder Marktmechanismen durchkreuzen, überlagern und mitstrukturieren. Diese Ausschlüsse manifestieren sich auch

nicht erst im Moment der Wohnungsvergabe, sondern reichen weit darüber hinaus: von stadtplanerischen Logiken über Preisbildung und Marktmechanismen bis hin zu symbolischen Zuschreibungen ganzer Stadtviertel. *Wer wo* wohnen kann, unter *welchen* Bedingungen und *wie* Wohnraum zugänglich ist, lässt sich raumtheoretisch betrachtet nicht trennen von sozialer Herkunft, ökonomischer Position und rassistischen Zuschreibung.

Diese theoretische Rahmung ist von besonderer Relevanz für eine empirisch fundierte Analyse rassistischer Erfahrung auf dem Wohnungsmarkt. Sie verdeutlicht: Wohnraum ist keine neutrale Ressource, kein privater Raum, sondern ein umkämpftes Feld gesellschaftlicher Teilhabe, in dem Machtverhältnisse eingeschrieben und soziale Zugehörigkeiten reguliert werden. Damit rückt die Wohnsituation rassistisch markierter Gruppen nicht nur als Ausdruck individueller Diskriminierung, sondern auch als Indikator struktureller Ungleichheit ins analytische Zentrum. Empirische Befunde aus der sozialraumorientierten Forschung untermauern diese Einsicht und heben hervor, dass Wohnen eine Schlüsselressource gesellschaftlicher Inklusion darstellt (Bolt et al. 2010). Der Zugang zu bezahlbarem, sicherem Wohnraum ist eine wesentliche Voraussetzung für Teilhabe an weiteren gesellschaftlichen Bereichen – sei es in Bezug auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Erwerbsarbeit oder politische Partizipation (Hanhörster et al. 2020). Wohnraum fungiert damit als räumlich verdichteter Ausdruck sozialer (Des-)Integration.

Dabei belegen zahlreiche Studien, dass insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund systemisch benachteiligt sind. Dies reicht von direkten Ausschlüssen und offener Diskriminierung über subtilere Formen, wie ungünstige Mietkonditionen, bis hin zu strukturellen Barrieren, wie fehlende finanzielle Sicherheiten, Sprachkenntnisse oder ein begrenzter Netzwerkzugang (Auspurg et al. 2020; Cardozo Silva et al. 2022; Hinz et al. 2022; Statistisches Bundesamt 2023a; Winke 2016). Historisch lassen sich diese Ungleichheiten auch vor dem Hintergrund der sogenannten Gastarbeiteranwerbung einordnen: Ab Mitte der 1950er Jahre wurden migrantische Arbeitskräfte (z. B. aus Italien, der Türkei, Marokko oder Jugoslawien) gezielt für industrielle Zentren rekrutiert. Ihr Aufenthalt war als temporär vorgesehen; eine gleichwertige soziale oder räumliche Integration war nicht Teil des Programms. Viele der angeworbenen Personen wurden in provisorischen oder marginalisierten Wohnsituationen untergebracht (Berding 2008). Die daraus entstandenen räumlichen Verteilungen, etwa Ballungen in bestimmten Stadtteilen westdeutscher Großstädte, wirken bis heute nach und prägen auch die Wohnrealitäten nachfolgender Generationen (Berding 2008).

Während in den USA bereits seit den 1970er Jahren umfassend zu rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt geforscht wird, setzte in Deutschland erst mit der Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im Jahr 2006 eine intensivere Auseinandersetzung damit ein (Brill & Manz 2022). Ab den 2010er Jahren gewann das Thema nochmal zunehmend an wissenschaftlicher und politischer Bedeutung – nicht zuletzt, wenn es um die Unterbringung geflüchteter Menschen ging (Hanhörster et al. 2020, 2023). Gleichwohl greifen viele Studien weiterhin auf Kategorien wie Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit oder Herkunftsland zurück und blenden so die spezi-

fischen Dynamiken rassistischer Markierung aus (Hanhörster et al. 2021). Deshalb rückt dieser Bericht Rassismus als eigenständige und zentrale Strukturkategorie in den Fokus, um jene Ausschlüsse sichtbar zu machen, die mit klassischen Migrationskategorien nicht adäquat erfasst werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht nur die Frage nach den Formen und Folgen rassistischer Ausschlüsse auf dem Wohnungsmarkt, sondern auch nach der Rolle wohnungspolitischer Leitbilder und Steuerungslogiken: Inwiefern tragen sie zur Reproduktion dieser Ausschlüsse bei oder könnten ihnen entgegenwirken? Nach Jahrzehnten tiefgreifender Umbrüche – von der Wohnungszwangsbewirtschaftung der Nachkriegszeit bis hin zur weitgehenden Marktliberalisierung und dem Rückzug des Staates seit den 1970er Jahren – ist die sogenannte *soziale Mischung* eines der wenigen wohnungspolitischen Leitkonzepte, das im politischen Diskurs fortbesteht. Es beschreibt das Ideal gleichmäßig durchmischter Nachbarschaften, in denen unterschiedliche soziale Gruppen nebeneinander leben. So soll Segregation entgegengewirkt werden. Doch während dieses Ziel weiterhin programmatisch beschworen wird, verfestigen sich vielerorts segregierende Muster: Niedrigpreisige Quartiere mit mangelhafter Infrastruktur werden zu Ankunfts-, oft auch zu Daueraufenthalts- oder Verdrängungsorten – sowohl für rassistisch markierte Bevölkerungsgruppen als auch für einkommensschwache Haushalte. Gleichzeitig wirken andere Viertel infolge von Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen zunehmend exkludierend (Blanc & Guhl 2020; Dangschat 2014; Friedrichs & Triemer 2009). Je weiter eine solche Gentrifizierung fortschreitet, desto stärker büßt das Leitbild der sozialen Mischung sowohl an normativer Bedeutung als auch an politischer Gestaltungskraft ein (Holm 2012). Zugleich wird das Konzept in der Praxis häufig umgedeutet: Statt Vielfalt zu fördern, dient es nicht selten als Vorwand und diskriminatorische Grundlage, um rassistisch markierte Menschen gezielt aus bestimmten Wohnquartieren auszuschließen (Hanhörster & Ramos Lobato 2021).

Die Frage nach Ausschlüssen und Zugängen lässt sich jedoch nicht auf den Eintritt in den Wohnungsmarkt begrenzen. Auch die konkrete Wohnsituation ist Ausdruck sozialer Ungleichheit. Sie zeigt sich in vielen Dimensionen: in der Größe und dem baulichen Zustand von Wohnraum, in Fällen von Überbelegung oder übermäßiger Mietbelastung, in prekären Vertragsverhältnissen oder ungleichem Zugang zu Infrastruktur. Die Differenzen, die dabei zutage treten, sind nicht zufällig entstanden, sondern strukturell vermittelt. Wohnstandards folgen nicht allein individuellen Entscheidungen oder Präferenzen, sondern spiegeln tiefgreifende soziale Ungleichgewichte – auch dies ist Teil der gesellschaftlichen Raumproduktion.

Wie Wohnraum verteilt ist und unter welchen Bedingungen Menschen leben, hängt dabei nicht nur von individueller Kaufkraft oder Zufällen auf dem Wohnungsmarkt ab. Chancen auf Wohnraum werden maßgeblich durch soziale Herkunft beeinflusst. Sie bestimmt die gesellschaftliche Produktion von Raum wesentlich (Butterwegge 2021). Dabei sind ökonomische Ungleichheiten und rassistische Verhältnisse eng miteinander verwoben: Rassistische Markierungen strukturieren Zugänge zu Bildung, Arbeit und

Einkommen und damit zu sozialem Aufstieg und ökonomischer Absicherung. Die Zugehörigkeit zu einer rassistisch markierten Gruppe geht daher häufig nicht nur mit sozialer Ausgrenzung einher, sondern auch mit materiellen Nachteilen, wie etwa geringerem Haushaltseinkommen oder unsicheren Beschäftigungsverhältnissen (El-Mafaalani 2021; Kalter & Granato 2007). Wie frühere Auswertungen des NaDiRa.panels zeigen (Salikutluk & Podkowik 2024), schützt beispielsweise selbst ein hohes Bildungsniveau oder eine Vollzeitbeschäftigung rassistisch markierte Personen nicht im gleichen Maße vor Armutsgefährdung wie nicht rassistisch markierte Personen. Die sozioökonomische Position ist auch dann strukturell schlechter, wenn sie über vergleichbare Qualifikationen oder Erwerbstätigkeit verfügen. Dieser Befund belegt eindrücklich, wie tief rassistische Ungleichheiten auch materiell verankert sind. Sie lassen sich nicht allein durch individuelles Handeln auflösen. Diese Verwobenheit wiederum hat unmittelbare Folgen für den Zugang zu Wohnraum und die Qualität des Wohnens. Diskriminierung im Kontext Wohnen ist also selten monokausal. Vielmehr überlagern und verstärken sich Ausschlüsse entlang verschiedener Ungleichheiten wie Geschlecht, Einkommen oder Bildung (Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) 2020; Crenshaw 1989; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) 2024). Um diese komplexen Verflechtungen sichtbar zu machen und unterschiedliche Formen von Verwundbarkeit zu benennen, denen insbesondere rassistisch markierte Menschen im Kontext von Wohnen ausgesetzt sind, ist eine intersektionale¹ Perspektive zentral. Sie erlaubt es, nicht nur die Vielzahl an Benachteiligungen sichtbar zu machen, sondern auch ihre kumulativen Wirkungen analytisch zu verstehen.

Der vorliegende Bericht zielt entsprechend darauf ab, rassistische Ungleichheiten im gesamten Bereich Wohnen zu erfassen. Ziel ist es, Ausschlüsse sichtbar zu machen und ihre strukturelle Verankerung empirisch zu analysieren.

Der Bericht folgt dieser Struktur in drei Schritten:

1. Zugang zum Wohnungsmarkt (siehe Kapitel 1): Wer erhält Wohnraum – und wer wird systematisch ausgeschlossen? Bereits am Ausgangspunkt der Wohnungssuche entscheidet sich, wer überhaupt die Chance hat, Teil einer Nachbarschaft zu werden und in einem eigenen Wohnraum Zugang zu Schutz, Stabilität und einem Gefühl der Zugehörigkeit zu finden. Diskriminierung zeigt sich hier oft in subtiler Form: durch ausbleibende Rückmeldungen, implizite Ausschlussmechanismen oder die Bevorzugung bestimmter Bewerber*innenprofile. Um diese Phase zu untersuchen, werden Befragungsdaten aus dem NaDiRa.panel mit den Ergebnissen eines Feldexperiments kombiniert.

¹ *Intersektionalität* bezeichnet nach Kimberlé Crenshaw (1989) den Ansatz, dass soziale Ungleichheiten nicht additiv nebeneinanderstehen, sondern sich entlang mehrerer Differenzlinien – etwa rassistische Markierung, Klasse, Geschlecht, Sexualität oder Alter – überkreuzen und wechselseitig verstärken. Deshalb können sie nicht isoliert betrachtet werden, sondern ihr Zusammenwirken muss stets mitgedacht werden.

2. Wohnsituation (siehe [Kapitel 2](#)): Wer wohnt unter welchen Bedingungen? Auch wenn der Zugang zunächst gelingt, setzen sich rassistische Ungleichheiten im Inneren der Wohnung oder des Hauses fort. Mietbelastung, bauliche Qualität und Größe der verfügbaren Wohnfläche unterscheiden sich zwischen rassistisch und nicht rassistisch markierten Gruppen erheblich. Die Befragungsdaten zeigen: Wohnverhältnisse reproduzieren soziale Ausschlüsse auch jenseits der Türschwelle.

3. Wohnumfeld und Nachbarschaft (siehe [Kapitel 3](#)): In welchen Quartieren leben Menschen? Wie gestaltet sich das Lebensumfeld, in dem sie wohnen? Und welche Unterschiede bestehen im Zugang zu Infrastrukturen, Umweltbedingungen und Sicherheit? Das Wohnumfeld ist mehr als eine Kulisse. Es prägt, wie anerkannt, wie sicher und wie gesund Menschen leben können. Nachbarschaften stellen dabei sozialräumliche Kontexte dar, die durch physische Infrastruktur, soziale Beziehungen und geteilte Bedeutungen geprägt sind (Kearns & Parkinson 2001; Sampson 2008; Van Kempen & Wissink 2014). Für die Analysen werden Strukturdaten des Umweltbundesamts (UBA), des Deutschen Wetterdiensts (DWD) sowie des Indikatorensystems für eine nachhaltige Raumentwicklung (INKAR) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung systematisch mit den Paneldaten kontrastiert, um objektive Rahmenbedingungen und subjektive Wahrnehmungen in Beziehung zu setzen. Auch hier zeigt sich, wie Rassismus die Lebensbedingungen strukturiert, sei es durch ungleiche Umweltbelastungen wie Hitze oder Luftverschmutzung, durch eingeschränkten Zugang zu Infrastruktur oder durch subtile soziale Ausschlüsse in der Nachbarschaft.

Diese Analysen stützen sich auf die fünfte Erhebungswelle des NaDiRa.panels (August 2024 bis Januar 2025), das umfangreichste Panel zur Erfassung rassistischer Diskriminierung in Deutschland. Die gezielte Überrepräsentation rassistisch markierter Gruppen ermöglicht differenzierte Einblicke in Ausschlusserfahrungen, die sonst im statistischen Durchschnitt untergehen (siehe [Kapitel Daten und Methoden](#)). Durch die Verknüpfung mit externen Kontextdaten sowie mit dem Feldexperiment entsteht ein umfassendes Bild: Wohnverhältnisse werden nicht nur als private Wahl, sondern zudem als gesellschaftlich hergestellte Realität lesbar.

Daten und Methoden

Kien Tran, Klara Podkowik

Der vorliegende Bericht basiert auf Daten des NaDiRa.panels, ein zentrales Instrument des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa), mit dem Ziel Ursachen, Ausmaß und Folgen rassistischer Diskriminierung in Deutschland systematisch zu erfassen und wissenschaftlich fundiert aufzuarbeiten (siehe [Infobox NaDiRa](#)). Mit dem Start des Panels im Jahr 2022 wurde eine zentrale empirische Lücke geschlossen: Erstmals liegt mit dem NaDiRa.panel in Deutschland eine repräsentative Datengrundlage vor, die es erlaubt, rassismusrelevante Entwicklungen über die Zeit hinweg vergleichend zu analysieren.

Ein zentrales Merkmal des NaDiRa.panels ist, dass es konsequent auf die Perspektive betroffener Personen ausgerichtet ist. In der öffentlichen und politischen Debatte über Rassismus werden die Erfahrungen rassistisch markierter Gruppen oft nur randständig berücksichtigt – auch, weil sie in vielen Bevölkerungsumfragen unterrepräsentiert sind. Das NaDiRa.panel dagegen setzt hier bewusst einen Kontrapunkt: Die Datenerhebung wurde methodisch so konzipiert, dass rassistisch markierte Gruppen gezielt überrepräsentiert sind. Dieses sogenannte *Oversampling* erlaubt nicht nur differenziertere Aussagen über spezifische Diskriminierungserfahrungen, sondern trägt auch zur Sichtbarmachung rassistischer Realitäten bei, die in anderen deutschen Befragungen häufig unsichtbar bleiben.

Grundlage ist eine regelmäßige Onlinebefragung von in Deutschland lebenden Erwachsenen. Das Panel umfasst mindestens 9.500 Personen im Alter von 18 bis 73 Jahren, deren Einstellungen, Erfahrungen und Lebensrealitäten erfasst werden – insbesondere im Kontext von Diskriminierung und gesellschaftlicher Teilhabe. Bislang gibt es fünf Erhebungswellen.

Die hier vorliegenden Auswertungen basieren auf der fünften Erhebungswelle des NaDiRa.panels, die zwischen August 2024 und Januar 2025 durchgeführt wurde. Insgesamt wurden in dieser Welle 9.512 gültige Interviews realisiert, mit einer Rücklaufquote von 53,6 %. Die Befragung wurde in mehreren Sprachen angeboten (Deutsch, Türkisch, Arabisch, Vietnamesisch, Englisch, Französisch, Chinesisch). Ziel war es, sprachliche Zugangshürden zu minimieren und eine möglichst vielfältige Beteiligung zu ermöglichen.

Die Teilnehmenden erhielten für ihre Mitwirkung einen Gutschein im Wert von 10 Euro.

Zur Qualitätssicherung wurden im Vorfeld der Erhebung zwei Pretests durchgeführt: Ein qualitativer Pretest (Juli bis August 2024) mit Angehörigen der Zielgruppen diente dazu, die Verständlichkeit, Anschlussfähigkeit und Sensibilität zentraler Fragen zu prüfen. In leitfadengestützten Interviews wurden ausgewählte Fragebogeninhalte schrittweise durchgesprochen. Die Teilnehmenden sollten die Fragen in eigenen Worten paraphrasieren, beantworten und kommentieren. Potenziell missverständliche oder problematische Formulierungen konnten so identifiziert und auf ihre Alltagstauglichkeit hin überarbeitet werden. Ergänzend wurde ein quantitativer Online-Pretest (17. bis 19. August 2024) anhand einer online rekrutierten Stichprobe durchgeführt, um die technische Umsetzung, Filterführung, Befragungsdauer sowie Abbruchpunkte zu testen. Die Ergebnisse beider Pretests flossen in die finale Gestaltung des Fragebogens ein.

Zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Begleitprozess

Flankiert wurde die fünfte Welle des NaDiRa.panels durch einen zivilgesellschaftlichen Begleitprozess, der die thematische Fokussierung auf Wohnen und Rassismus kritisch vertieft und methodisch erweitert hat. Im Rahmen dieses Prozesses wurden in zwei Werkstätten mit Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Fachwissenschaftler*innen zentrale Impulse für die Konzeption des Fragebogens, die Erhebung und die Analyse erarbeitet. Die Diskussionen in den Werkstätten beleuchteten das Thema Wohnen – insbesondere im Zusammenspiel mit Rassismus – aus unterschiedlichen Perspektiven und trugen maßgeblich zur inhaltlichen Fundierung der Erhebung bei.

In der ersten Werkstatt diskutierten Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Fachwissenschaftler*innen konzeptionelle Überlegungen zum Zusammenhang von Rassismus und Wohnen, die Schwerpunktsetzung des Fragebogens und das geplante Design des Feldexperiments. Thematisiert wurden dabei unter anderem Zugangshürden auf dem Wohnungsmarkt, Indikatoren zur Erfassung von rassismusbedingten Ungleichheiten im Wohnen sowie die Bedeutung des Wohnumfelds für gesellschaftliche Teilhabe. Ein Fokus lag auch auf der Frage, in welchen Bereichen bislang belastbare quantitative Daten fehlen und welche Erkenntnisse insbesondere für die praktische Arbeit besonders relevant wären, etwa in Beratungsstellen zum Thema Wohnen.

Die zweite Werkstatt diente dazu, die empirische Umsetzung durch Befragung und Feldexperiment rückzubinden und kritisch zu reflektieren. So wurden Reichweite und Grenzen der eingesetzten Verfahren, um rassistische Diskriminierung zu erfassen, diskutiert. Außerdem wurde besprochen, wie die Ergebnisse in die bestehende Forschungslandschaft einzuordnen sind und wie sie an relevante Kontextdaten angebunden werden sollten. Ein weiterer Fokus lag darauf, die Auswertungen darzustellen und zu vermitteln – speziell mit Blick auf eine verständliche, kontextualisierte und adressat*innengerechte Kommunikation der Ergebnisse.

Dieser zivilgesellschaftliche Begleitprozess ist Ausdruck des forschungsethischen und methodologischen Anspruches: Er stellt sicher, dass zivilgesellschaftliche Expertise systematisch in die Konzeption und Interpretation der Daten einfließen konnte. Organisationen aus der Zivilgesellschaft verfügen über spezifisches Wissen aus der Praxis und Erfahrung – ein Wissen, das wissenschaftliche Analysen nicht nur ergänzt, sondern auch kritisch hinterfragt und schärft. Der partizipative Prozess gewährleistet damit die gesellschaftliche Relevanz der Erhebung. Außerdem trägt er dazu bei, dass das NaDiRa.panel nicht nur wissenschaftlich fundierte, sondern auch praxisnahe und handlungsorientierte Erkenntnisse hervorbringt. Der wissenschaftliche Begleitprozess hingegen ermöglicht die fundierte Einbettung der Ergebnisse in aktuelle wissenschaftliche Diskurse und stellt sicher, dass das NaDiRa.panel Anschluss an bestehende Forschungstraditionen und Erkenntnisse findet. Der Dialog mit der Fachwissenschaft stärkt damit sowohl die analytische Tiefe des Panels als auch seine Anschlussfähigkeit innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung.

Überrepräsentation betroffener Gruppen

Ein zentrales methodisches Ziel des NaDiRa.panels ist, die Erfahrungen von rassistisch markierten Personen systematisch zu erfassen. Denn im öffentlichen Diskurs, in Bevölkerungsumfragen sowie in vielen sozialwissenschaftlichen Studien ist ihre Perspektive nach wie vor unterrepräsentiert – sei es durch fehlende Daten, kleine Fallzahlen oder analytisch ungeeignete Kategorisierungen. Um dieser strukturellen Unsichtbarkeit entgegenzuwirken und die Betroffenenperspektive methodisch abbilden zu können, wurden Personen aus rassistisch markierten Gruppen gezielt und überproportional in die Stichprobe aufgenommen. Dafür wurden zwei sich ergänzende Verfahren eingesetzt: eine disproportionale Gemeindestichprobe sowie eine onomastische Vorklassifikation² innerhalb der ausgewählten Gemeinden. Beide Methoden verfolgen das Ziel, ausreichend große Fallzahlen zu erreichen, um differenzierte Analysen innerhalb verschiedener Gruppen zu ermöglichen und damit rassistische Realitäten präziser abzubilden. Die Stichprobenziehung erfolgte dabei durch das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft im Auftrag des DeZIM.

Die Stichprobenziehung des NaDiRa.panels basiert auf einer Zufallsauswahl aus den Einwohnermelderegistern. Um zu gewährleisten, dass die Zielgruppen gut abgebildet werden, gibt es zwei Ziehungsrahmen: Dafür werden die Gemeinden nach dem Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in zwei Gruppen unterteilt: (1) Gemeinden mit den höchsten (40 %) Anteilen aus Ostasien und Afrika (ohne Nordafrika) und (2) alle übrigen Gemeinden. Aus beiden Gruppen wurden jeweils gleich viele Sample Points gezogen.

² Onomastik bezeichnet die wissenschaftliche Namenforschung. Sie ermöglicht, durch den Namen Rückschlüsse auf den Migrationshintergrund der Person zu ziehen.

Dadurch konnte der Anteil von Gemeinden mit überdurchschnittlich hoher Abdeckung der Zielgruppen im Gesamtsample von etwa 20 % auf 50 % erhöht werden.

Da die deutschen Melderegister allerdings keine Angaben zu Herkunft, Hautfarbe oder rassistischer Markierung enthalten, ist eine gezielte Stichprobenziehung betroffener Personen nicht möglich. Aus diesem Grund wurde ergänzend ein onomastisches Verfahren eingesetzt. Anhand von Vor- und Nachnamen wurde geschätzt, ob eine Person mit hoher Wahrscheinlichkeit Bezüge zu bestimmten Regionen oder Sprachräumen aufweist – insbesondere zu afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika), Süd-, Ost- und Südostasien, der Türkei sowie mehrheitlich muslimisch geprägten Herkunftsländern. Dieses Verfahren ist in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Minderheiten etabliert (Liebau et al. 2018; Salentin 2014); es dient ausschließlich der gezielten Stichprobensteuerung. Exakte Rückschlüsse auf individuelle Herkunft oder Identität können dagegen nicht gezogen werden.

Selbstidentifikation

Das NaDiRa-panel dient außerdem dazu, rassistische Diskriminierung aus der Perspektive betroffener Gruppen empirisch sichtbar zu machen. Um diesem Anspruch methodisch gerecht zu werden, ist die Erhebung und Auswertung von Selbstidentifikationen besonders wichtig. Diese Herangehensweise ist dabei nicht nur analytisch, sondern auch politisch bedeutsam. Denn mit dem Aufschwung quantitativer Rassismusforschung in Deutschland stellt sich zunehmend die Frage, wer überhaupt als von Rassismus betroffen gilt, und wie sich diese Betroffenheit angemessen erheben lässt.

Die bislang gängige Praxis, Migrationskategorien als Platzhalter für Rassismuserfahrungen zu verwenden, gerät zunehmend in die Kritik. Besonders die amtliche Kategorie „Migrationshintergrund“ erweist sich als unzureichend, um Prozesse der rassistischen Markierung adäquat abzubilden (Ahyoud et al. 2018; Will 2022): Sie unterscheidet lediglich danach, ob eine Person oder ihre Eltern (oder Großeltern) mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden.³ Damit blendet sie aus, dass auch Menschen ohne Migrationsgeschichte rassistische Diskriminierung erfahren können, etwa Schwarze Deutsche. Umgekehrt sind nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund rassistisch markiert: Zugewanderte aus Westeuropa oder Nordamerika etwa entgehen häufig rassistischen Zuschreibungen. Diese doppelten Grenzziehungen machen die analytischen und politischen Schwächen migrationsbezogener Kategorien in der rassismuskritischen Forschung

³ Seit 2023 verwendet das Statistische Bundesamt zusätzlich das Konzept *Einwanderungsgeschichte*, das stärker auf migrationsbezogene Erfahrung als auf die Staatsangehörigkeit fokussiert ist. Erfasst werden Personen, die seit 1950 selbst nach Deutschland zugewandert sind (Eingewanderte), sowie Personen, bei denen beide Elternteile (Nachkommen) oder ein Elternteil (Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte) seit 1950 eingewandert sind. In der Praxis wird jedoch auch bei der Kategorie *Migrationshintergrund* häufig auf das Geburtsland von Eltern oder Großeltern zurückgegriffen, da entsprechende Informationen zur Staatsbürgerschaft seltener bekannt oder verfügbar sind.

deutlich. Sie zeigen, wie notwendig es ist, alternative Erhebungsformen zu finden, die die gesellschaftliche Realität rassistischer Markierung differenziert abbilden können (Ahyoud et al. 2018). Um rassistische Diskriminierung angemessen analysieren zu können, braucht es Konzepte, die nicht rechtlichen Status oder Herkunft ins Zentrum stellen, sondern soziale Markierungen und gesellschaftliche Wahrnehmungsprozesse. Eine erfahrungsbasierte Herangehensweise ist, die Selbstzuschreibung zu erheben. Dieser Zugang ermöglicht es den Betroffenen, eigene Verortungen sichtbar zu machen – und zwar unabhängig davon, ob diese in amtlichen Kategorien erfasst werden oder nicht.

Gleichzeitig bewegen sich Gruppenkategorisierungen in der quantitativ-empirischen Rassismusforschung seit jeher im Spannungsfeld zwischen analytischer Notwendigkeit und der Gefahr, soziale Zuschreibungen zu verfestigen. Auch die Erhebung der Selbstidentifikation ist davon nicht ausgenommen. Gruppen sind keine objektiven Entitäten – sie entstehen durch gesellschaftliche Prozesse der Differenzierung, durch institutionelle Zuschreibungen und nicht zuletzt durch die aufgestellten Definitionen in Forschung und Statistik (Brubaker 2002). Damit besteht stets das Risiko, dass genau jene sozialen Konstruktionen, die eigentlich untersucht werden sollen, durch die Erhebungslogik selbst erst reproduziert oder verfestigt werden (Kim 2025). Gleichzeitig sind sie aber auch nicht bloß subjektive Selbstbeschreibungen, sondern spiegeln kollektive Erfahrungen, historisch gewachsene Machtverhältnisse und gesellschaftlich etablierte Wissensordnungen wider. So verstehen wir die erhobene Selbstverortung nicht als statische Identität, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Positionierungen, die durch Erfahrungen von Zugehörigkeit und Ausgrenzung beeinflusst sind. Diese individuellen Verortungen betrachten wir in der Analyse nicht als objektive Gruppen. Vielmehr leiten wir daraus analytische Kategorien ab, die rassistische Differenzlinien empirisch erfassbar machen, ohne zu übersehen, dass auch diese Kategorien konstruiert sind.

Selbstidentifikation ist dabei nur eine mögliche Form, rassistische Betroffenheit zu erheben – andere Zugänge sind etwa wahrgenommene Fremdzuschreibung oder herkunftsbezogene Angaben (z. B. Herkunftsland). Die Wahl dieses Instruments basiert auf der beschriebenen Relevanz subjektiver Verortungen, gleichwohl ist sie selektiv: Rassismuserfahrungen sind nicht zwangsläufig an eine bestimmte Selbstverortung gebunden, das heißt Menschen können sehr wohl Rassismus erfahren, auch wenn sie sich nicht einer dieser Gruppen zuordnen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Erfassung der Selbstverortung im NaDiRa.panel methodisch sorgfältig reflektiert und konzeptionell verankert. Für die Konstruktion der Kategorien war ausschlaggebend, welche Personengruppen in Deutschland strukturell von rassistischen Zuschreibungen und institutionellen Ungleichbehandlungen betroffen sind. Die verwendeten Gruppenbezeichnungen orientieren sich an Begriffen, die eine theoretische Nähe zu rassistuskritischen Konzepten in Deutschland aufweisen – etwa zu antimuslimischem, anti-Schwarzem oder antisiasiatischem Rassismus. Zugleich wurden die Kategorien in enger Anlehnung an zivilgesellschaftliche Positionierungen entwickelt, wie sie unter anderem durch Akteur*innen und Organisationen der Zivilgesellschaft seit

Langem formuliert werden (vgl. DeZIM 2022 für eine genauere Beschreibung). Insofern konnten sich Befragte in Gruppen wie „Schwarze Menschen“,⁴ „asiatische Menschen“⁵ oder „muslimische Menschen“ verorten, aber auch als „deutsch mit Migrationshintergrund“ oder „deutsch ohne Migrationshintergrund“. Ergänzend stand eine offene Eingabemöglichkeit zur Verfügung, um individuelle Selbstbezeichnungen zu ermöglichen und nicht vorhergesehene Kategorien sichtbar zu machen. Die Teilnehmenden konnten bis zu drei Gruppen gleichzeitig angeben, um der Komplexität sozialer Positionierungen gerecht zu werden. Für die Auswertung wurden insgesamt sechs analytische Gruppen gebildet:

- nicht rassistisch markierte Personen (Personen, die sich ausschließlich als Deutsche ohne Migrationshintergrund, als *weiß*⁶ oder als beide Kategorien identifizieren)
- Schwarze Menschen
- asiatische Menschen
- muslimische Menschen
- osteuropäische Menschen⁷
- Deutsche mit Migrationshintergrund (Personen, die sich ausschließlich als Deutsche mit Migrationshintergrund identifizieren)

Personen, die sich mehreren Gruppen gleichzeitig zugeordnet haben, wurden in jeder dieser Gruppen berücksichtigt. Dieses Vorgehen trägt der Tatsache Rechnung, dass Zugehörigkeiten nicht eindimensional, sondern überlappend erlebt werden und rassistische Diskriminierung häufig entlang mehrerer sozialer Differenzlinien wirkt. Das so entstehende Übergewicht an Personen mit mehreren Gruppenidentitäten wurde in der statistischen Auswertung durch clusterrobuste Standardfehler und angepasste Gewichtungen entsprechend korrigiert.

⁴ Vgl. DeZIM (2023: 371): „Schwarz‘ ist eine politische Selbstbezeichnung, mit welcher versucht wird, eine spezifische, von Rassismus betroffene gesellschaftliche Position und kollektive Erfahrung zu beschreiben. Um zu verdeutlichen, dass mit dem Begriff ‚Schwarz‘ Bezug nicht auf eine individuelle, sondern auf eine gesellschaftliche Position und die dadurch geteilten Erfahrungen durch das Erleben von anti-Schwarzem Rassismus genommen wird, wird er mit großem S geschrieben.“

⁵ Neben Rassismus gegen Schwarze Personen und antimuslimischem Rassismus hat gerade die Coronapandemie auch antiasiatischen Rassismus verstärkt in den Fokus gerückt.

⁶ Der Begriff *weiß* bezeichnet kein körperliches Merkmal, sondern eine gesellschaftliche dominante Position innerhalb rassistischer Machtverhältnisse. Er verweist auf eine strukturierende Norm, die häufig unhinterfragt bleibt und als selbstverständlich gilt. In der kritischen Rassismusforschung wird *weiß* daher oft klein und kursiv geschrieben, um diese gesellschaftliche Position explizit sichtbar zu machen (Eggers et al. 2020). In der quantitativen Sozialforschung in Deutschland taucht *weiß* seit den frühen 1960er Jahren auf (Aich 1963), zunächst im Kontext von Erhebungen zu internationalen Studierenden, um die *weiße* Mehrheitsgesellschaft als Referenzkategorie zu kennzeichnen. Seit der fünften Erhebungswelle des NaDiRa.panels steht *weiß* auch als Option im Rahmen der Erhebung der Selbstidentität zur Verfügung.

⁷ Zusätzlich berücksichtigt dieser Bericht antislawischen Rassismus, der aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands eine besondere Bedeutung hat (DeZIM 2022).

In einzelnen Auswertungen wurde statt der einzelnen Gruppenidentitäten ein binärer Indikator verwendet: Dieser unterscheidet die Befragten in nicht rassistisch markierte Personen und in rassistisch markierte Personen, wobei zu letzteren Schwarze, muslimische, asiatische und osteuropäische Befragte zählen. Diese Gruppierung wird dann verwendet, wenn anderenfalls keine hinreichenden Fallzahlen für statistische Vergleiche vorliegen.

Gewichtung

Damit die Ergebnisse der fünften Erhebungswelle aussagekräftig für die gesamte erwachsene Bevölkerung in Deutschland sind, wurden die Daten statistisch gewichtet. Die Gewichtung gleicht ungleiche Teilnahmechancen aus, die sich durch das methodisch begründete Oversampling rassistisch markierter Gruppen, die onomastische Vorklassifikation sowie selektive Ausfälle auf Gemeinde- und Individualebene ergeben haben. Ausfalladjustierte Designgewichte, die zum Einsatz kamen, berücksichtigen sowohl die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten innerhalb der beiden Ziehungsrahmen als auch die gezielte Fallzahlerhöhung bestimmter Gruppen durch das onomastische Verfahren (vgl. Ruland et al. 2023 für eine detaillierte Beschreibung im Methodenbericht). Erst durch diese Gewichtung wird das komplexe Stichprobendesign des NaDiRa.panels zu einer geeigneten Grundlage für belastbare Aussagen über die erwachsene Bevölkerung in Deutschland.

Methodenanreicherung

Rassismus manifestiert sich nicht nur in zwischenmenschlichen Interaktionen, sondern ist auch räumlich verankert. Um diese Dimension analytisch zu erfassen, wurden die Befragungsdaten des NaDiRa.panels um regionale Indikatoren und standortgenaue Informationen aus amtlichen Quellen ergänzt, wie INKAR, dem Deutschen Wetterdienst (DWD), dem Umweltbundesamt (UBA) oder Eurostat, und zwar dann, wenn es etwa um Mietniveaus, Infrastrukturausstattung, klimatische Belastungen oder Verstädterungsgrad ging. Diese Kontextualisierung ermöglicht es, rassistische Diskriminierung nicht als individuelles Einzelereignis, sondern als sozialräumlich eingebettetes Strukturproblem zu analysieren.

Um rassistische Diskriminierung auch jenseits subjektiver Wahrnehmung empirisch zu erfassen, wurde die fünfte Erhebungswelle um einen sogenannten Korrespondenztest ergänzt (siehe [Kapitel 1.2](#)). Über einen Zeitraum von circa zehn Wochen wurden Bewerbungen auf reale Wohnungsangebote verschickt: Diese waren im Sprachlevel identisch, aber systematisch variiert in Bezug auf rassistische Markierungen, etwa durch Namen, die entweder eine nichtdeutsche oder deutsche Herkunft suggerieren. Darüber hinaus wurden Beruf sowie Nettoeinkommen, Geschlecht und Anzahl der Kinder im Anschreiben variiert. Das Experiment bietet damit einen unabhängigen methodischen Zugang

zur Erfassung rassistischer Diskriminierung – und ermöglicht, das beobachtbare Verhalten auf dem Wohnungsmarkt mit den subjektiven Erfahrungen der Panelteilnehmenden abzugleichen.

Operationalisierung der Kontrollvariablen

Rassistische Diskriminierung trifft Menschen nicht unabhängig von ihren Lebenslagen – sie ist eingebettet in soziale Strukturen und wirkt entlang bestehender Ungleichheitsverhältnisse. Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen oder Wohnort prägen nicht nur individuelle Lebensrealitäten, sondern sie beeinflussen auch die Chancen auf Teilhabe in zentralen gesellschaftlichen Bereichen. Gerade im Themenfeld Wohnen zeigen sich enge Verknüpfungen zwischen sozialer Lage, Zugangsmöglichkeiten und Erfahrungen von Ausgrenzung. Dabei überlagern sich soziale Positionierungen häufig: Eine intersektionale Perspektive macht sichtbar, dass sich rassistische Diskriminierung in vielen Fällen mit weiteren Benachteiligungsdimensionen wie sozioökonomischer Lage oder Geschlecht verschränkt. Dadurch kann sich Diskriminierung sogar noch verstärken.

Um diese Zusammenhänge genauer zu analysieren, werden in den Auswertungen des vorliegenden Berichts zentrale soziodemografische Merkmale und andere strukturell relevante Rahmenbedingungen als Kontrollvariablen berücksichtigt. Wie genau zentrale Kontrollvariablen erfasst wurden, wird im Folgenden erklärt.⁸

Alter wird in der Analyse als metrische Variable berechnet, auf Basis der Differenz zwischen Geburtsjahr und dem Jahr der Erhebung.

Geschlecht wird auf Grundlage einer mehrkategorialen Selbstauskunft erfasst. Für die Analyse wurden die Angaben in drei Gruppen zusammengefasst: *weiblich*, *männlich* und *eine dritte Kategorie für alle weiteren Geschlechtsidentitäten*. Aufgrund der geringen Fallzahl in der letztgenannten Gruppe (siehe [Zusammensetzung der Stichprobe](#)) wird bei Auswertungen mit Geschlechtsfokus nur die binäre Differenzierung (weiblich/männlich) dargestellt, wobei die dritte Kategorie in den Modellen weiterhin berücksichtigt bleibt.

⁸ Diese Übersicht umfasst die zentralen Kontrollvariablen. Weitere Variablen, die ausschließlich in einzelnen Unteranalysen verwendet werden, sind hier nicht enthalten, sondern werden im jeweiligen Kapitel erläutert.

Bildung wird anhand der internationalen ISCED-Klassifikation⁹ (*International Standard Classification of Education*) erfasst und zur analytischen Reduktion in drei Kategorien aggregiert:

- *niedriges Bildungsniveau* (ISCED 0-2): kein Schulabschluss, Haupt- oder Realschulabschluss ohne weiterführende Ausbildung
- *mittleres Bildungsniveau* (ISCED 3-4): (Fach-)Abitur oder abgeschlossene Berufsausbildung
- *hohes Bildungsniveau* (ISCED 5-8): Hochschulabschlüsse (einschließlich Bachelor, Master und Promotion oder Meistertitel)

Einkommen wird als Nettoäquivalenzeinkommen berechnet, um die wirtschaftliche Situation der Befragten vergleichbar abzubilden. Dabei wird das gesamte Haushaltsnettoeinkommen mithilfe eines Gewichtungsverfahrens an die Haushaltsstruktur angepasst: Die erste erwachsene Person hat das Gewicht 1, weitere Erwachsene 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3. Dieses international gängige Verfahren berücksichtigt Skaleneffekte gemeinsamer Haushalte und ermöglicht einen Vergleich der ökonomischen Situation über verschiedene Haushaltsformen hinweg (European Commission. Statistical Office of the European Union (Eurostat) 2025). Um das Nettoäquivalenzeinkommen deskriptiv auszuwerten, wird es zusätzlich in drei Gruppen unterteilt. Diese Dreiteilung wird in der internationalen Ungleichheitsforschung zunehmend verwendet (Chancel et al. 2022; Chancel & Piketty 2021), um zwischen den *unteren 50 %* der Einkommensverteilung, den *mittleren 40 %* (50.–90. Perzentil) und den *oberen 10 %* zu unterscheiden. Diese 50-40-10-Dreiteilung ermöglicht es, Ungleichheiten in Bezug auf die soziale und wirtschaftliche Lage genauer zu analysieren.

Für die regionale Verortung werden zusätzliche Variablen berücksichtigt:

Ost-/Westdeutschland wird je nach Bundesland, in dem der Wohnsitz der Befragten liegt, bestimmt.

Der **Verstädterungsgrad**, auch Urbanisierungsgrad, wird gemäß der von Eurostat entwickelten DEGRUBA-Klassifikation (*Degree of Urbanisation*) festgelegt (Statistical Office of the European Union (Eurostat) 2021). Diese basiert auf 1-km²-Rasterdaten zur Bevölkerungsdichte und teilt Gebiete in Städte, kleinere Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete ein. Die räumliche Zuordnung erfolgte auf Basis der Postleitzahlen mithilfe des R-Packages *Degruba Postcode Areas* (Göbel 2021) und wurde anschließend mit den Befragungsdaten des NaDiRa.panels verknüpft. Für die Analysen wurde der Ver-

⁹ Eine detaillierte Übersicht der ISCED-Klassifikation im deutschen Kontext findet sich unter: <https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/G293.html>

städterungsgrad aufgrund begrenzter Fallzahlen in eine binäre Variable überführt (siehe Zusammensetzung der Stichprobe):

- *städtisch*: ausschließlich Städte, also dicht besiedelte Gebiete, in denen mindestens 50 % der Bevölkerung in einem oder mehreren urbanen Zentren lebt
- *klein-/vorstädtisch und ländlich*: kleinere Städte, Vororte und ländliche Gebiete, also Gebiete, in denen weniger als 50 % der Bevölkerung in urbanen Zentren wohnt

Die **Anspannung der Wohnungsmärkte** wurde erfasst anhand der offiziellen Angaben darüber, wo die Mietpreisbremse und/oder die Kappungsgrenze gilt. Grundlage ist eine vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung bereitgestellte Gemeindefliste (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2025). Die Variable bildet ab, in welchen Gemeinden wohnungspolitische Maßnahmen greifen, die Mieterhöhungen begrenzen. Allerdings haben nicht alle Bundesländer von dieser Ausweisung Gebrauch gemacht: Das Saarland und Sachsen-Anhalt haben keine entsprechenden Regelungen gemeldet; alle Gemeinden dieser beiden Bundesländer wurden daher als fehlend codiert. Auf dieser Grundlage wurde eine binäre Variable gebildet:

- *angespannter Wohnungsmarkt*: Gemeinden, in denen mindestens eine der beiden wohnungspolitischen Maßnahmen gilt – entweder die Mietpreisbremse, eine abgesenkte Kappungsgrenze oder beide
- *nicht angespannter Wohnungsmarkt*: Gemeinden, in denen keine der beiden Regelungen gilt

Zusammensetzung der Stichprobe

Die folgenden Angaben zur Zusammensetzung der Stichprobe beruhen auf den gewichteten Daten einer bereinigten Untersuchungsstichprobe von 8.757 Personen der fünften Erhebungswelle des NaDiRa.panels. Alle Prozentangaben in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Anzahl an Personen, die gültige Angaben zur jeweiligen Variablen gemacht haben. Aufgrund einiger fehlender Angaben kann die zugrunde liegende Fallzahl je nach Merkmal leicht variieren. Die Stichprobe beinhaltet Personen im Alter von 18 bis 73 Jahren (Durchschnittsalter: 44,77 Jahre). Der Anteil von Frauen und Männern ist nahezu ausgeglichen (50,22 % Frauen, 48,82 % Männer); Personen, die sich einer anderen Geschlechtskategorie zuordnen, machen einen Anteil von 0,96 % aus.

Das Bildungsniveau in der Gesamtstichprobe weicht von der gesamtgesellschaftlichen Bildungsstruktur in Deutschland ab: 45,10 % der Befragten verfügen über ein hohes, 44,97 % über ein mittleres und 9,93 % über ein niedriges Bildungsniveau – damit sind niedrige Abschlüsse im NaDiRa.panel unterrepräsentiert, während hohe Abschlüsse gegenüber der gesamtgesellschaftlichen Struktur überwiegen.

Das Nettoäquivalenzeinkommen der Befragten liegt im Mittel bei 2.606,01 Euro (Median: 2.200 Euro) pro Monat und variiert erwartungsgemäß mit anderen soziodemografischen Merkmalen. Entsprechend der erläuterten Dreiteilung gehören 38,06 % der Befragten zu den *unteren* 50 % der Einkommensverteilung, fast die Hälfte (49 %) gehört zu den mittleren 40 % und der geringste Anteil (12,95 %) zu den oberen 10 %.

Regional verteilen sich die Befragten zu 91,26 % auf West- und zu 8,74 % auf Ostdeutschland. Diese Verteilung spiegelt die methodischen Besonderheiten der Stichprobenziehung wider, insbesondere das mehrstufige Stichprobenziehungsverfahren und die ungleichen Ziehungswahrscheinlichkeiten der Gemeinden.

43,65 % der Befragten wohnen in großstädtischen Gebieten, 45,22 % in kleineren Städten oder Vororten und 11,13 % in ländlichen Regionen. Da die Fallzahlen in der letztgenannten Kategorie sehr gering ausfallen, sind kleinere Städte, Vororte und ländliche Gebiete zusammengefasst. In der so gebildeten Variable leben 43,65 % der Befragten in „städtischen“ und 56,35 % in „klein-/vorstädtisch und ländlichen“ Gebieten. Diese Zusammenlegung ermöglicht robuste Gruppenvergleiche, aber berücksichtigt weiterhin die Unterschiede zwischen dichter und weniger dichter Besiedelung.

Mit Blick auf die Selbstidentifikation ergibt sich in der Stichprobe folgende Verteilung: 48,16 % der Befragten sind nicht rassistisch markiert, 17,86 % muslimisch, 14,99 % asiatisch, 3,37 % Schwarz, 4,89 % osteuropäisch und 10,73 % deutsch mit Migrationshintergrund. Da Mehrfachnennungen möglich waren, ist die Summe der Gruppenverortungen (n = 9.145) größer als die Gesamtzahl der Befragten (n = 8.757); 370 Personen machten zwei Angaben, neun Personen drei. Eine Übersicht der (ungewichteten) Fallzahlen ist in [Tabelle 1](#) dargestellt.

Tabelle 1. Anzahl der Panelteilnehmenden in der fünften Erhebungswelle (ungewichtet), insgesamt und nach Gruppenzugehörigkeit¹⁰

	Fünfte Erhebungswelle August 2024 – Januar 2025
Anzahl an Befragten in der Stichprobe	8.757
Gesamtzahl an Gruppenverortungen	9.145
<i>Gruppenzugehörigkeit (Selbstidentifikation)</i>	
nicht rassistisch markiert	4.263
muslimisch	1.658
asiatisch	1.414
Schwarz	337
osteuropäisch	472
deutsch mit Migrationshintergrund	1.001

Limitationen der Stichprobe

Wie die meisten empirischen Erhebungen ist auch das NaDiRa.panel durch bestimmte strukturelle Begrenzungen der Stichprobe gekennzeichnet. Erfasst werden ausschließlich Erwachsene zwischen 18 und 73 Jahren, die in Privathaushalten leben. Dadurch bleiben wichtige gesellschaftliche Gruppen systematisch unberücksichtigt – etwa wohnungslose Menschen, Personen in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Geflüchtetenunterkünfte oder Wohnheime), Inhaftierte oder Menschen in Pflegeeinrichtungen. Auch ältere Menschen über 73 und Jugendliche unter 18 Jahren sind in der Stichprobe nicht enthalten.

Die gezielte Überrepräsentation rassistisch markierter Gruppen ermöglicht zwar differenzierte Aussagen zu deren Erfahrungen, kann aber nicht alle von Rassismus betroffenen Gruppen gleichermaßen abbilden. In einzelnen Gruppen – insbesondere bei Schwarzen Personen – sind die Fallzahlen weiterhin relativ gering. Dies kann die Aussagekraft gruppenspezifischer Analysen einschränken und statistische Unschärfen in kleineren Subgruppen verstärken.

Darüber hinaus bestehen räumliche Begrenzungen in der Zusammensetzung der Stichprobe, die gerade beim Thema Wohnen von Bedeutung sind: Insbesondere in Ostdeutschland sowie in ländlichen Regionen ist die Fallzahl zu gering, um belastbare regional differenzierte Aussagen treffen zu können. Dies ist sowohl auf die methodische Struktur der Stichprobenziehung zurückzuführen als auch auf die realen sozialräum-

¹⁰ Personen, die sich nicht einer der hier aufgeführten Gruppen selbst zugeordnet haben, werden in den Analysen dieses Berichts nicht berücksichtigt. Denn es liegen keine ausreichend hohen Fallzahlen vor, um belastbare Aussagen über diese Individuen in der Allgemeinbevölkerung zu treffen und diese Gruppen getrennt auszuweisen. Nicht berücksichtigt werden ebenfalls Personen mit fehlenden Angaben (N = 514) und nicht eindeutig zuordenbarer offener Angaben (N = 119) sowie aus Fallzahlgründen Personen, die sich ausschließlich der Gruppen „jüdisch“ und/oder „Sintizze/Rom*nja“ und/oder „poc“ zuordnen (N = 122).

lichen Verteilungen: Zwar liegen keine amtlichen Daten zur bundesweiten Verteilung rassistisch markierter Personen vor, doch in der Stichprobe des NaDiRa.panels zeigt sich ein ähnliches räumliches Muster wie bei Menschen mit Migrationshintergrund, die häufiger in westdeutschen Bundesländern (Statistisches Bundesamt 2024c) und städtischen Regionen leben (Skifter 2019). Zudem erlaubt das bundesweite Stichprobendesign keine fein aufgelösten Analysen auf Ebene einzelner Bundesländer, vor allem dann nicht, wenn zusätzlich gruppenspezifisch unterschieden wird. Diese Konstellation schränkt die Aussagekraft räumlicher Analysen ein – insbesondere dort, wo sich Rassismus in spezifischen regionalen Gegebenheiten zeigen kann.

Die Zusammensetzung der Stichprobe weicht außerdem hinsichtlich einiger Strukturmerkmale, wie etwa formale Bildung, vom bundesweiten Durchschnitt ab. Diese Unterschiede werden zwar teilweise durch die Gewichtung statistisch ausgeglichen, sollten bei der Interpretation der Ergebnisse aber reflektiert und mitgedacht werden.

Analyseverfahren

Die Analysen dieses Berichts beruhen auf verschiedenen statistischen Verfahren, mit denen Einschätzungen, Erfahrungen und gruppenspezifische Unterschiede untersucht werden. Dabei kommen sowohl multiple Regressionsmodelle als auch gewichtete deskriptive Auswertungen zum Einsatz.

Im Zentrum stehen logistische und ordinal-logistische Regressionsanalysen. Diese Verfahren helfen dabei zu verstehen, welche Merkmale ein bestimmtes Ergebnis beeinflussen, unter gleichzeitiger Kontrolle für weiterer relevanter Faktoren. So kann beispielsweise untersucht werden, ob Unterschiede zwischen Gruppen auch dann bestehen bleiben, wenn Faktoren wie Alter, Geschlecht oder das Bildungsniveau berücksichtigt werden. Daher werden sie in der Regel als Kontrollvariablen verwendet, ebenso das Nettoäquivalenzeinkommen sowie ein regionaler Indikator (Ost-/Westdeutschland oder Verstädterungsgrad). In einzelnen Modellen werden zusätzliche Faktoren berücksichtigt; dies ist jeweils im entsprechenden Kapitel ausgewiesen.

Darüber hinaus kommen in einzelnen Modellen Interaktions- und Moderationseffekte zum Einsatz. Diese ermöglichen es zu prüfen, ob sich der Einfluss bestimmter Merkmale – etwa Einkommen oder Verstädterungsgrad – zwischen verschiedenen Gruppen unterscheidet. Auf diese Weise lassen sich nicht nur additive Unterschiede zeigen, sondern auch Wechselwirkungen sichtbar machen, um komplexe Muster sozialer Ungleichheit genauer zu erfassen und besser zu verstehen.

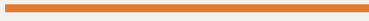
Zur Ergebnisdarstellung werden überwiegend sogenannte *predictive margins* bzw. *average marginal effects* (AMEs) verwendet. Diese geben die geschätzte Wahrscheinlichkeit eines Ergebnisses für verschiedene Gruppen an – berechnet auf Basis der Regressionsmodelle und bereits für alle relevanten soziodemografischen Unterschiede kontrolliert.

Im Gegensatz zu einfachen deskriptiven Anteilen erlauben *predictive margins*, Gruppen unter sonst gleichen Bedingungen zu vergleichen. Diese Methode eignet sich besonders, um systematische Unterschiede sichtbar zu machen, die nicht auf demografische oder sozioökonomische Struktureffekte zurückzuführen sind.

Zur besseren Verständlichkeit illustrieren an ausgewählten Stellen konkrete Fallbeispiele die einzelnen Zusammenhänge und Wechselbeziehungen. Grundlage dieser Veranschaulichungen sind sogenannte *marginal means at representative values* (MERs); das sind Modellvorhersagen für hypothetische, repräsentative Personen mit plausiblen und häufig vorkommenden Merkmalskombinationen. Die Fälle unterscheiden sich in jeweils einer charakteristischen Variable, während alle anderen Merkmale konstant gehalten werden (z. B. durchschnittliches Alter, mittleres Einkommen, urbaner Wohnort), um diesen Effekt im Kontrast hervorzuheben. Diese Methode erlaubt es, Unterschiede sichtbar und verständlich zu kommunizieren, ohne die Aussagekraft der Regressionsmodelle zu verkürzen. Die MERs dienen somit der didaktischen Ergänzung der durchschnittlichen Effekte (AMEs), auf denen die meisten Grafiken dieses Berichts basieren.

In bestimmten Abschnitten werden ergänzend zu den Regressionsmodellen gewichtete deskriptive Verteilungen ausgewiesen, etwa zur Kontextualisierung einzelner Gruppen oder um strukturelle Unterschiede in der Gesamtstichprobe darzustellen. Diese Darstellungen sind nicht auf die potenziellen Einflüsse durch andere Variablen korrigiert und geben die gewichteten Anteile direkt wieder. In jedem Fall wird im Bericht kenntlich gemacht, ob es sich um *predictive margins* oder um gewichtete Verteilungen handelt.

1.

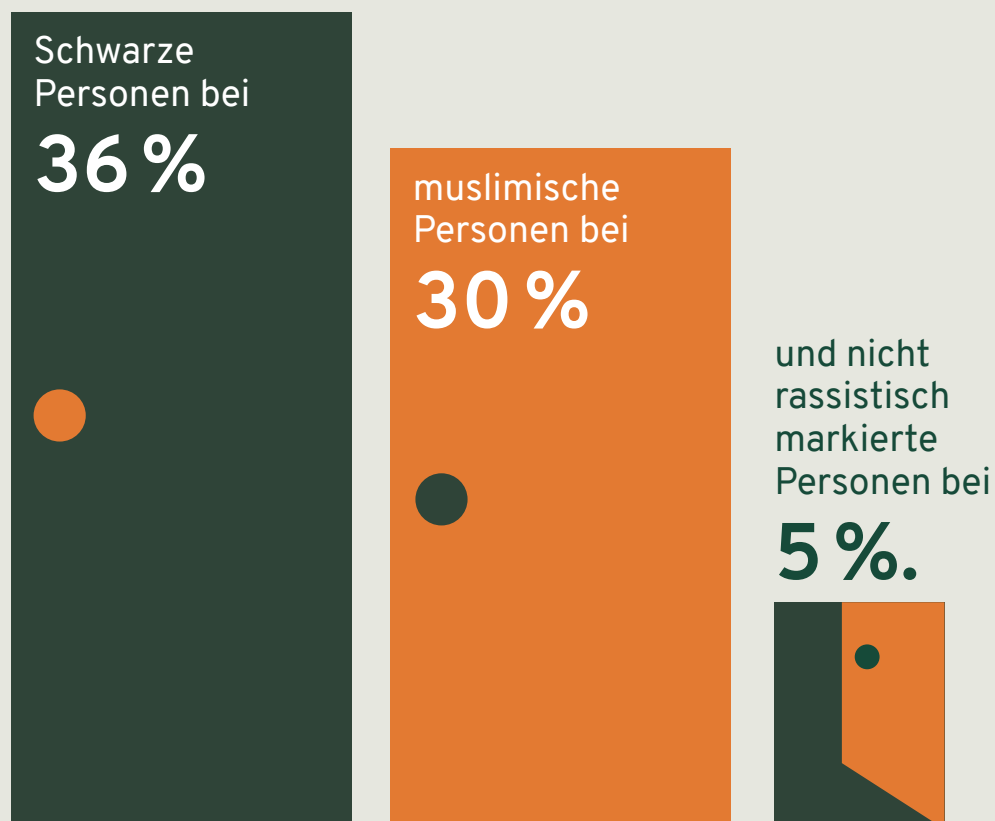


Verschlossene Türen – Wie Rassismus den Zugang zu Wohnraum versperrt

Klara Podkowik, Mary Lam, Zaza Zindel, Tae Jun Kim,
Kien Tran, Yasmin Chreiteh, Stefanie Hechler

Rassistisch markierte Gruppen machen beim Zugang zum Wohnungsmarkt deutlich häufiger Diskriminierungserfahrungen.

Die Wahrscheinlichkeit, aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit keine Immobilie zu erhalten, liegt für ...



Dieses Kapitel untersucht, wie sich rassistische Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum konkret manifestiert. Es fragt danach, inwiefern Personen bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Haus aufgrund rassistischer Markierung diskriminiert werden. Die Wohnraumsuche gehört für die meisten Menschen in Deutschland zum normalen Lebensverlauf – sei es durch veränderte Bedürfnisse, neue Lebensphasen oder durch äußere Umstände wie steigende Mieten, Kündigungen oder unsichere Wohnverhältnisse. Dabei ist Wohnen weit mehr als ein privates Bedürfnis: Es stellt ein grundlegendes Menschenrecht dar und ist Grundpfeiler gesellschaftlicher Teilhabe. So erkennt auch der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (kurz: UN-Sozialpakt 1966) das Recht auf angemessenen Wohnraum als universelles Grundrecht an. Es soll die Menschenwürde sichern und gilt als Voraussetzung dafür, gleiche Chancen auf Bildung, Gesundheit, Arbeit und gesellschaftliche Partizipation wahrnehmen zu können. Dieser entsprechende Passus wird in Deutschland durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geregelt, das unter anderem Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe verbietet – etwa aufgrund ethnischer Herkunft oder Religion (§ 1 und § 2 Abs. 1 Nr. 8 AGG). Doch trotz dieser Rechte zeigt sich in der Praxis, dass viele Menschen beim Zugang zu Wohnraum Ungleichbehandlungen erfahren (Auspurg et al. 2017, 2019; Brill & Manz 2022; Dräger 2020; Horr et al. 2018; Sawert 2019). Besonders kritisch ist, dass sich diese Erfahrungen in einem Wohnungsmarkt ereignen, der ohnehin stark unter Druck steht und in dem der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zunehmend schwieriger wird.

Der deutsche Wohnungsmarkt ist in vielen Regionen angespannt. Dies ist ein Ergebnis jahrzehntelanger wohnungspolitischer Entscheidungen, die durch Privatisierung, Marktliberalisierung und den schrittweisen Rückzug staatlicher Steuerung geprägt waren – mit langfristigen Folgen für die Verfügbarkeit und soziale Verteilung von Wohnraum (Kholodilin et al. 2018; Rink & Egnér 2020; Schwietering 2025; von Beyme 2001). Besonders in Großstädten trifft eine stetig wachsende Nachfrage – getrieben durch Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und kleinere Haushaltsgrößen – auf ein zu langsam wachsendes Angebot. Die Folgen sind steigende Miet- und Kaufpreise, wachsender Konkurrenzdruck und ein zunehmender Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Während in manchen ländlichen Regionen Leerstand herrscht, verschärft sich die Situation in den urbanen Zentren weiter (Holm et al. 2021; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) 2024; Thomsen et al. 2019; Waltersbacher 2022). Deutschland ist dabei ein Land der Mieter*innen: Knapp 53 % der Bevölkerung lebten 2024 zur Miete (Statistisches Bundesamt 2025). Besonders in Städten ist Wohneigentum selten – die Eigentumsquote liegt dort meist unter 30 %, in Großstädten wie Berlin sogar bei nur etwa 15 %. Entsprechend wohnen in urbanen Räumen rund 70 bis 85 % der Menschen zur Miete (Deutschlandatlas 2022). Doch das Mieten wird für viele zur finanziellen Belastung: Schon 2018 brachte knapp die Hälfte der städtischen Haushalte mehr als 30 % ihres Einkommens für Miete auf, rund 12 % sogar mehr als die Hälfte (Holm et al. 2021). Besonders betroffen sind dabei Haushalte mit niedrigem Einkommen (Kholodilin & Baake 2024) und solche mit Migrationshintergrund (Winke 2016), die einen überproportional hohen Anteil ihrer Einkünfte für Mieten einplanen müssen.

Gleichzeitig schrumpft der Bestand an gefördertem Wohnraum seit Jahren kontinuierlich (Hanhörster 2019). Während es in den alten Bundesländern Ende der 1980er Jahre noch rund vier Millionen Sozialwohnungen gab, war dieser Bestand 2010 um etwa die Hälfte auf 1,66 Millionen geschrumpft, 2022 waren es sogar nur noch rund 1,09 Millionen (heute im Bundestag (hib) 2023). Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung ist für viele Menschen daher mit erheblichem Aufwand, Unsicherheit und Stress verbunden.

Engpässe und soziale Selektion

Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt trifft nicht alle Menschen gleichermaßen. Je knapper bezahlbarer Wohnraum wird, desto deutlicher treten sozial selektive Mechanismen zutage, die darüber entscheiden, wer Zugang bekommt, und wer nicht (Auspurg et al. 2020; Bartoš et al. 2016). Denn die Verteilung von Wohnraum ist nicht einfach eine neutrale Ressource, die sich transparent ausweisen lässt, sondern das Produkt gesellschaftlicher und politischer Aushandlungsprozesse (Lefebvre 1974). Auch der Zugang zu Wohnraum ist sozial produziert und folgt nicht allein objektiven, transparenten Kriterien. Wer eine Wohnung bekommt, das entscheiden Vermieter*innen, Makler*innen oder Mitarbeitende von Wohnungsunternehmen – sogenannte *Gatekeeper*. Diese Auswahlprozesse orientieren sich zwar auch an Faktoren wie Einkommen, Haushaltsgröße oder Beruf, doch zahlreiche Studien zeigen, dass Name, Herkunft, Akzent oder vermutete Religionszugehörigkeit eine ebenso wichtige Rolle spielen (Auspurg et al. 2019; Flage 2018; Martiniello & Verhaeghe 2023; Sawert 2019). Der Zugang zu Wohnraum ist also selektiv und produziert gesellschaftliche Ungleichheiten. Wer welche Chance auf Wohnraum hat, hängt nicht nur von ökonomischen Faktoren ab, sondern auch davon, wie Menschen wahrgenommen und eingeordnet werden. Dieser Ausschluss erfolgt meist informell, selten mit dokumentierter Begründung, aber immer mit realen Folgen.

Zahlreiche Befragungen belegen, dass rassistische Diskriminierung auf dem deutschen Wohnungsmarkt keine Ausnahme ist. Besonders häufig berichten Menschen mit türkischer, muslimischer oder südosteuropäischer Einwanderungsgeschichte von Benachteiligungserfahrungen (Dill & Jirjahn 2014; Will 2003; Winke 2016). Laut einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aus dem Jahr 2020 haben 15 % der Gesamtbevölkerung in den letzten zehn Jahren rassistische Diskriminierung bei der Wohnungssuche erlebt – darunter besonders häufig Personen mit Migrationshintergrund; bei ihnen liegt der Anteil sogar bei 35 %. Genannt werden vor allem diskriminierende Wohnungsanzeigen, Ablehnung aufgrund der Herkunft oder höhere Mietforderungen. Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (Pfündel et al. 2021) zeigt noch höhere Werte, insbesondere bei muslimischen Personen. Auch im europäischen Vergleich wird das Ausmaß deutlich: 62 % der in Deutschland lebenden Befragten afrikanischer Herkunft gaben an, in den letzten fünf Jahren bei der Wohnungssuche diskriminiert worden zu sein – der Höchstwert im EU-Vergleich (European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) 2023). Wie tief diese Formen des Ausschlusses greifen, zeigen auch qualitative Studien und Praxiserfahrungen aus Beratungsstellen. Mitarbeitende von Wohnungs-

unternehmen berichten von impliziten Quoten und selektiven Belegungsvorstellungen – etwa dann, wenn der Zuzug migrantischer Haushalte nur als unproblematisch gilt, sofern bereits mehrere solcher Haushalte im Gebäude wohnen: *„Und jeder Bezirk hat irgendwo ein Haus, wo wir sagen: ‚Komm, Augen zu, durch, egal [...] da wohnen schon – weiß ich nicht – fünf Familien mit Migrationshintergrund, da stört auch die sechste nicht.‘“* (Hanhörster 2019: 47). Auch Beratungsstellen berichten von systematischer Diskriminierung gegenüber Geflüchteten (Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) 2016). Eine Fallstudie aus Leipzig zeigt zudem, wie ethnische Minderheiten unter dem Vorwand der „sozialen Mischung“ als unerwünscht dargestellt und verdrängt werden (Hübscher et al. 2024). Diese Studien machen auf die Relevanz rassistischer Diskriminierung bei der Wohnungssuche aufmerksam, indem sie Erfahrungen sichtbar machen, die sonst oft unsichtbar bleiben. Dennoch geben sie nur bedingt Auskunft darüber, wie verbreitet solche Ausschlüsse tatsächlich sind.

Genau hier setzen Feldexperimente an: Sie ermöglichen eine systematische und vergleichbare Überprüfung diskriminierender Ausschlüsse. In diesen sogenannten Audit- oder Korrespondenztests werden meistens identische Wohnungsanfragen verschickt, die sich lediglich in einzelnen Merkmalen, wie dem Namen oder der mutmaßlichen Herkunft, unterscheiden (z. B. Auspurg et al. 2017; Gusciute et al. 2020; Martiniello & Verhaeghe 2023). Die entsprechenden Ergebnisse zeigen: Personen mit vermeintlich arabischer, muslimischer oder afrikanischer Herkunft sind auf dem Wohnungsmarkt häufiger rassistischer Diskriminierung ausgesetzt (vgl. Auspurg et al. 2019 und Flage 2018 für Überblicksstudien). Die Ergebnisse fallen länderübergreifend ähnlich aus: In Belgien erhalten Personen mit nordafrikanischen Namen deutlich seltener Einladungen zu Wohnungsbesichtigungen (Ghekiere & Verhaeghe 2022), in Finnland betrifft dies vor allem Bewerber*innen mit arabisch klingenden Namen (Öblom & Antfolk 2017). Und in Luxemburg wurde gezeigt, dass der Marktwert von Immobilien systematisch niedriger eingeschätzt wird, wenn der Verkäufer*innennamen auf eine afrikanische Herkunft (ohne Nordafrika) hinweist, im Schnitt um rund 20.000 Euro (Lepinteur et al. 2025).

Auch wenn eine Metaanalyse einen langfristigen Rückgang rassistischer Diskriminierung seit den 1970er Jahren attestiert, gehört Deutschland im europäischen Vergleich weiterhin zu den Ländern mit den höchsten Diskriminierungswerten auf dem Wohnungsmarkt (Auspurg et al. 2019). Feldexperimente belegen insbesondere rassistische Diskriminierung gegenüber Personen mit türkisch oder muslimisch konnotierten Namen (Auspurg et al. 2017; Brill & Manz 2022; Dräger 2020; Horr et al. 2018; Mazziotta et al. 2015). Auch syrische Namen führen zu signifikant weniger Einladungen (Sawert 2019). Entscheidend ist dabei nicht nur der Name selbst: Eine Studie von Horr et al. (2018) zeigt, dass ein türkischer Name allein nicht zwingend zu Diskriminierung führt, wohl aber in Kombination mit einem türkischen Akzent.

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt lässt sich jedoch nicht unabhängig von anderen Faktoren betrachten. Studien machen deutlich, dass Kontextfaktoren wie Preis, Stadtteil oder Vermietungsform das Ausmaß der Diskriminierung mitbestimmen. So tritt

rassistische Diskriminierung durch private Vermieter*innen häufiger auf als durch institutionelle Anbieter oder kommunale Wohnungsunternehmen (Auspurg et al. 2017; Brill & Manz 2022; Flage 2018). Dies ist deswegen besonders relevant, weil private Kleinvermieter*innen rund 64 % des Mietwohnungsmarktes in Deutschland stellen, mit einem höheren Anteil in Kleinstädten als in Großstädten (Oberst et al. 2025). Darüber hinaus tritt Diskriminierung besonders häufig in hochpreisigen Marktsegmenten auf (Ahmed & Hammarstedt 2008; Bengtsson et al. 2012), mitunter aber auch am oberen und unteren Rand des Marktes (Van Der Bracht et al. 2015). Mit Blick auf die Nachbarschaft ist die Befundlage uneinheitlich: Einige Studien stellen weniger Diskriminierung in Quartieren fest, in denen Personen verschiedener ethnischer Herkunft leben (Ewens et al. 2012; Ghekiere & Verhaeghe 2022; Hanhörster 2019; Hanson & Hawley 2011), andere beobachten genau dort verstärkte Ausschlussmechanismen (Auspurg et al. 2017; Hanson & Hawley 2014). Solche Unterschiede zeigen, dass rassistische Diskriminierung nicht isoliert auftritt, sondern in einem komplexen sozialen Umfeld entsteht, das von bestimmten strukturellen Rahmenbedingungen und individuellem Handeln geprägt ist.

Theoretische Perspektiven und empirische Herangehensweise

Zur Erklärung dieser Ausschlüsse bedient sich die Forschung vor allem an zwei Theoriemodellen: die präferenzbasierte Diskriminierung (*taste-based discrimination*) sowie die statistische Diskriminierung (*statistical discrimination*). **Präferenzbasierte Diskriminierung** (Becker 1957; Becker 1971) beschreibt Entscheidungen, die auf persönlichen Vorurteilen oder Präferenzen gegenüber bestimmten Gruppen beruhen – unabhängig von objektiveren Kriterien wie Bildung oder Einkommen. Im Kontext der Wohnungsvergabe bedeutet das: Vermieter*innen oder Makler*innen treffen Entscheidungen entlang persönlicher Vorlieben und nehmen dabei wirtschaftliche Nachteile in Kauf – beispielsweise Leerstand oder entgangene Einnahmen. Ergänzt wird dies durch die *Theorie der sozialen Identität*, nach der Menschen Angehörigen der eigenen Gruppe stärker vertrauen, während sie andere Gruppen eher abwerten oder ausschließen (Tajfel 1978; Tajfel & Turner 1979). Gatekeeper am Wohnungsmarkt entscheiden somit nicht ausschließlich ökonomisch rational, sondern auch entlang gruppenspezifischer Zuschreibungen. Namen werden dabei mit Stereotypen über Einkommen, Religion oder vermeintliches Verhalten und Charaktereigenschaften verknüpft (Asbrock 2010; Froehlich & Schulte 2019; Martiniello & Verhaeghe 2023). Dieser Ansatz verweist zwar darauf, dass individuelle Abwertungs- und Ausgrenzungslogiken auch das Handeln beeinflussen können. Das allein reicht jedoch nicht aus, um das Ausmaß von Diskriminierung zufriedenstellend zu erklären.

Das Modell der **statistischen Diskriminierung** (Aigner & Cain 1977; Arrow 1973; Phelps 1972) erklärt Diskriminierung nicht in erster Linie durch offene Ablehnung, sondern dadurch, dass in Situationen, in denen nur unvollständige Informationen vorliegen, (vermeintliche) durchschnittliche Gruppenmerkmale als Entscheidungsgrundlage genutzt

werden. Der Name, die Herkunft oder die vermutete Religionszugehörigkeit dienen so als oberflächliche Stellvertreter für unbeobachtbare, aber ökonomisch relevante Merkmale wie Einkommen, Zahlungsverhalten oder Konfliktpotenzial. Auch die aktuelle Adresse kann dabei als indirekter Hinweis auf den sozialen Status dienen (Bonnet et al. 2015). Diese Effekte lassen sich durch zusätzliche Informationen – etwa zur beruflichen Situation oder zum sozialen Status – teilweise abmildern, vollständig aufgehoben werden sie dadurch jedoch nicht (Dräger 2020).

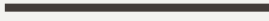
Zwar greifen beide Modelle auf unterschiedliche Weise auf soziale Stereotype zurück, sei es aus Ablehnung, wie bei der präferenzbasierten Diskriminierung, oder aus einem vermeintlich rationalen Kalkül, wie bei der statistischen Diskriminierung. Doch beiden Perspektiven liegt dieselbe Einsicht zugrunde: Zuschreibungen basieren häufig auf gesellschaftlich geteiltem Wissen, das nicht immer logisch begründbar ist (Mecheril & Melter 2011). Gerade in diesem Sinne sind auch statistische Vorstellungen über Gruppen eben nur vermeintlich neutral, schließlich beruhen sie ebenfalls auf gesellschaftlich geformtem Wissen darüber, wie Gruppen wahrgenommen, welche Eigenschaften ihnen zugeschrieben und welche Erwartungen an sie gerichtet werden. Was als *durchschnittlich* oder *wahrscheinlich* gilt, ist nicht unabhängig von sozialen Bedeutungen, sondern Ausdruck historisch gewachsener und machtvoll wirksamer Kategorisierungen. Dieses Wissen erscheint zwar als objektiv, tatsächlich aber ist es Teil einer gesellschaftlichen Ordnung, die entlang rassistisch markierender Differenzlinien unterscheidet, bewertet und daraus konkrete Handlungsweisen ableitet (Scherschel 2006). Besonders wirkmächtig wird dies dann, wenn dieses gruppenbezogene Wissen auf Einzelpersonen übertragen wird. Es wird nicht die einzelne Person beurteilt, sondern ihre Zugehörigkeit zu einer Kategorie, einer bestimmten Gruppe. Gerade darin zeigt sich ein zentraler Mechanismus diskriminierenden Handelns, unabhängig davon, ob die zugrunde liegenden Annahmen statistisch plausibel sind oder nicht.

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Vorüberlegungen stellt sich die Frage, wie sich rassistische Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum in Deutschland konkret äußert. Zuschreibungen über Zugehörigkeit, Risiko oder Verlässlichkeit erfolgen nicht im luftleeren Raum – sie greifen in alltägliche Auswahlprozesse ein und prägen mit, wer überhaupt eine Chance auf Wohnraum erhält. Gleichzeitig zeigen sich Forschungslücken: Feldexperimente konzentrieren sich meist auf die erste Phase der Wohnraumsuche, also die Kontaktaufnahme. Damit erfassen sie nur einen Teil möglicher Diskriminierungserfahrungen (Hinz & Auspurg 2016). Umfragen und qualitative Studien berichten hingegen von höheren Diskriminierungsraten als es die Experimente nahelegen (Dill & Jirjahn 2014; Stichs & Pfündel 2023). Deshalb ist es notwendig, subjektive und objektive Perspektiven zu verknüpfen. Außerdem gibt es zu wenige Studien, die diskriminierungssensible Differenzierungen innerhalb marginalisierter Gruppen vornehmen (Brill & Manz 2022; Flage 2018; Gusciute et al. 2020).

An diese Forschungslücken knüpft dieses Kapitel an und kombiniert zwei komplementäre empirische Perspektiven, um rassistische Diskriminierungsmechanismen im Zugang

zu Wohnraum umfassend zu analysieren: Zum einen werden Befragungsdaten aus dem NaDiRa.panel ausgewertet, in denen Personen sowohl ihre Diskriminierungserfahrungen als auch ihre subjektiven Einschätzungen der Erfolgchancen schildern (siehe [Kapitel 1.1](#)). Zum anderen wird ein Feldexperiment analysiert, das über die Wohnungsvermittlungsplattform ImmoScout24 realisiert wurde. In standardisierter Form wurden Bewerbungen mit unterschiedlichen Namen, als Signal für verschiedene Herkünfte, verschickt, um das Rückmeldeverhalten der Anbieter*innen zu untersuchen (siehe [Kapitel 1.2](#)). Die Verbindung beider Zugänge ist zentral für das Anliegen dieses Kapitels. Denn Diskriminierung ist nicht nur im Verhalten von Vermieter*innen oder Wohnungsunternehmen beobachtbar, sondern kann ebenso beeinflussen, wie sich Betroffene selbst wahrnehmen und in der Gesellschaft bewegen (Goffman 1975). Wer demzufolge wiederholt Ablehnung erfährt, beginnt, die eigenen Chancen anders zu beurteilen – mit der Folge, dass bestimmte Wohnungen gar nicht erst in Betracht gezogen oder Bewerbungen frühzeitig abgebrochen werden. Damit wird Diskriminierung nicht nur zur sozialen Tatsache, sondern wirkt tief in die Wahrnehmung des eigenen Platzes in der Gesellschaft hinein. Im dritten Abschnitt (siehe [Kapitel 1.3](#)) werden beide Zugänge zusammengeführt und vergleichend eingeordnet. Diese Kombination erlaubt es, sowohl das beobachtbare Verhalten von Gatekeepern als auch die Perspektive der Betroffenen zu erfassen – und somit den sozialen Ausschlussprozess auf dem Wohnungsmarkt aus mehreren Blickwinkeln zu beleuchten.

1.1



Diskriminierungserfahrungen auf dem Wohnungsmarkt



Die Befragungsdaten des NaDiRa.panels ermöglichen es, erlebte Diskriminierungserfahrungen auf dem Wohnungsmarkt (siehe [Abbildung 1](#)) sowie subjektive Erwartungen an die eigenen Erfolgchancen bei der Wohnraumsuche (siehe [Abbildung 2](#)) differenziert zu betrachten. Beide Aspekte wurden nach der Selbstidentifikation der Befragten ausgewertet und erlauben gruppenspezifische Einblicke in rassistische Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum. Die Abbildungen zeigen geschätzte Durchschnittswerte, bei denen Unterschiede in soziodemografischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter und unterschiedlichem sozioökonomischem Status bereits berücksichtigt sind. Auf diese Weise lassen sich die Erfahrungen und Erwartungen der verschiedenen Gruppen unter vergleichbaren Bedingungen darstellen.¹¹

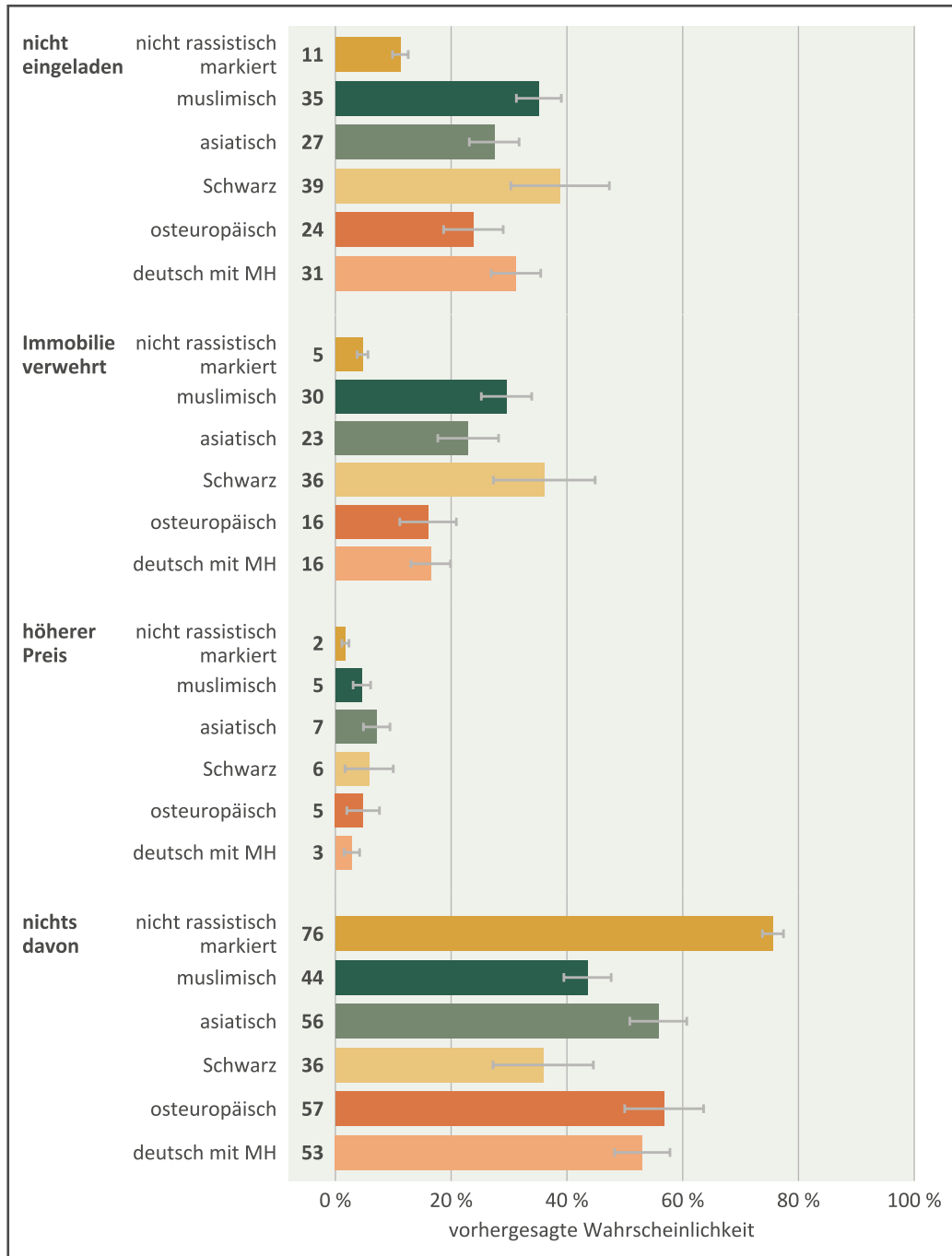
1.1.1 Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungs- und Haussuche

Zunächst wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie verschiedene Formen von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in Deutschland erlebt haben (siehe [Abbildung 1](#)). Der genaue Wortlaut war: *„Hier stehen einige Möglichkeiten, wie sich Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt äußern kann. Bitte kreuzen Sie an, was Sie davon in Deutschland erlebt haben.“* Die dargestellten Analysen beziehen sich dabei ausschließlich auf Personen, die auch bereits selbst nach einer Wohnung oder einem Haus gesucht haben. Im Fokus der Auswertung stehen drei Situationen im Bewerbungsprozess: das Ausbleiben einer Einladung zur Besichtigung (*„Sie wurden nicht zur Wohnungsbesichtigung eingeladen“*), das Verwehren einer Immobilie (*„Sie haben eine Wohnung oder ein Haus nicht bekommen, weil Sie einer benachteiligten Gruppe angehören“*) sowie die Forderung eines höheren Preises (*„Sie sollten eine höhere Miete oder einen höheren Kaufpreis bezahlen als andere Bewerber/Bewerberinnen“*).¹² All dies sind zentrale Entscheidungsstellen im Auswahlprozess, in denen Gatekeeper entscheiden, wer eine reale Chance auf Wohnraum erhält. Gerade deshalb sind sie besonders aufschlussreich für die Analyse rassistischer Ausschlussmechanismen bei der Wohnungsvergabe.

¹¹ Grundlage der Auswertungen sind (ordinal-)logistische Regressionsmodelle, kontrolliert für Bildung, Einkommen, Geschlecht, Alter sowie Ost-/Westdeutschland. Die gezeigten Werte entsprechen den daraus berechneten durchschnittlichen Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*) für die betrachteten Gruppen.

¹² Wortlaut der Frage und Antwortoptionen: *„Hier stehen einige Möglichkeiten, wie sich Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt äußern kann. Bitte kreuzen Sie an, was Sie davon in Deutschland erlebt haben.“* Antwortoptionen: (1) Ich habe nichts davon erlebt, (2) Sie haben eine Immobilienanzeige gelesen, die bestimmte Personengruppen von einer Bewerbung ausgeschlossen hat, (3) Sie haben eine Wohnung oder ein Haus nicht bekommen, weil Sie einer benachteiligten Gruppe angehören, (4) Sie sollten eine höhere Miete oder einen höheren Kaufpreis bezahlen als andere Bewerber/Bewerberinnen, (5) Sie wurden bei der Wohnungssuche beleidigt oder beschimpft, (6) Sie wurden nicht zur Wohnungsbesichtigung eingeladen (6) Sonstiges. Zur Erläuterung wurde folgender Hinweis eingeblendet: *„Mit Diskriminierung ist gemeint, dass eine Person unfair oder schlechter behandelt wird als andere, weil sie anders ist oder als anders wahrgenommen wird. Das kann aufgrund von Merkmalen wie Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung passieren.“*

Abbildung 1. Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche nach Selbstidentifikation (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Für muslimische Menschen liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ihnen eine Immobilie aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit verwehrt wird, bei 30 %, bei nicht rassistisch markierten Menschen dagegen liegt dieser Wert bei nur 5 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse der logistischen Regressionen werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Region (Ost-/Westdeutschland). N = 5.530. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 5.326 Individuen.)

Die Unterschiede zwischen den Gruppen stechen deutlich hervor und folgen einem klaren Muster: In allen drei Momenten ist das Risiko, diskriminiert zu werden, bei rassistisch markierten Personen höher als bei nicht rassistisch markierten. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede, wenn es um die beiden Situationen geht, die am häufigsten genannt wurden: Wenn die Einladung zur Besichtigung ausbleibt oder die Immobilie verwehrt wird.

Am stärksten betroffen sind Befragte, die sich selbst als Schwarz identifizieren. Die Wahrscheinlichkeit, nicht zur Wohnungsbesichtigung eingeladen zu werden, liegt für diese Personengruppe bei 39 %, und die Wahrscheinlichkeit für eine verwehrt Immobilie bei 36 %. Auch muslimische Personen weisen deutlich höhere Werte auf (keine Einladung: 35 %; Immobilie verwehrt: 30 %), ebenso wie asiatische Befragte (keine Einladung: 27 %; Immobilie verwehrt: 23 %). Bei osteuropäischen Befragten und Deutschen mit Migrationshintergrund fällt die Wahrscheinlichkeit, keine Immobilie zu erhalten, etwas geringer aus (jeweils 16 %). Auffällig hoch sind jedoch auch in diesen Gruppen die Werte für das frühzeitige Aussortieren im Bewerbungsprozess: Laut Modell liegt die Wahrscheinlichkeit für osteuropäische Personen, nicht zur Besichtigung eingeladen zu werden, bei 24 %. Für Deutsche mit Migrationshintergrund liegt dieser Wert bei 31 %.

Im Kontrast dazu fallen die Werte bei nicht rassistisch markierten Personen deutlich geringer aus: Die Wahrscheinlichkeit, aufgrund von Diskriminierung nicht eingeladen zu werden, beträgt hier 11 %, für eine verwehrt Immobilie lediglich 5 %. Besonders deutlich zeigt sich der Unterschied beim Vergleich mit Schwarzen Befragten – hier liegt der Abstand bei einer verwehrt Immobilie bei ganzen 31 Prozentpunkten.

Auch bei der dritten abgefragten Situation – der Forderung eines höheren Miet- oder Kaufpreises – zeigen sich Unterschiede, wenngleich dies insgesamt deutlich weniger genannt wurde. Die höchsten Werte finden sich bei asiatischen (7 %), gefolgt von Schwarzen (6 %) sowie muslimischen und osteuropäischen Personen (jeweils 5 %). Unter nicht rassistisch markierten Personen liegt dieser Wert lediglich bei 2 %. Damit ist das Risiko, mehr zahlen zu sollen als andere, in rassistisch markierten Gruppen mehr als doppelt, teils sogar dreimal so hoch als in nicht rassistisch markierten Gruppen. Auch wenn diese Form der Diskriminierung insgesamt seltener auftritt, kommt diese subtilere, aber ökonomisch wirksame Form der Diskriminierung bei der Wohnraumvergabe durchaus vor.

Ein entsprechendes Bild zeigt sich auch bei denjenigen, die keine Diskriminierung am Wohnungsmarkt berichten („*Ich habe nichts davon erlebt*“). Die Wahrscheinlichkeit für nicht rassistisch markierte Personen, keine Diskriminierung am Wohnungsmarkt zu berichten, liegt bei 76 %. Dagegen fallen die Werte in den rassistisch markierten Gruppen deutlich geringer aus (Schwarze Personen: 36 %, muslimische Personen: 44 %). Auch unter asiatischen und osteuropäischen Befragten sowie Deutschen mit Migrationshinter-

grund bleibt der Wert mit jeweils zwischen 53 % und 57 % deutlich unter dem der nicht rassistisch markierten Befragten.

Diese Muster bleiben auch dann bestehen, wenn individuelle Merkmale wie Bildung, Einkommen oder Geschlecht berücksichtigt werden. Dies weist darauf hin, dass Diskriminierung am Wohnungsmarkt nicht ausschließlich rassistisch markierte Gruppen betrifft, sondern auch mit sozioökonomischer Benachteiligung verbunden ist. Niedriges Einkommen und niedrige Bildung gehen mit einem erhöhten Risiko einher, diskriminiert zu werden. Dies gilt für rassistisch markierte und nicht rassistisch markierte Personen gleichermaßen. Allerdings kommt bei rassistisch markierten Gruppen eine zusätzliche Dimension von Ausgrenzung hinzu, die auf rassistischen Zuschreibungen basiert. Damit wirkt der Wohnungsmarkt doppelt ausgrenzend: zum einen entlang klassischer sozialer Ungleichheit, zum anderen entlang rassistischer Differenzlinien. Das Geschlecht hat dabei nur einen geringen Einfluss; ein systematischer Unterschied zwischen Männern und Frauen lässt sich nicht erkennen. Zwischen urbanen und nicht urbanen Regionen zeigen sich ebenfalls keine deutlichen Gruppenunterschiede. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, Diskriminierung am Wohnungsmarkt zu erfahren, in urbanen Gebieten höher.

Insgesamt berichten alle rassistisch markierten Gruppen von mehr Diskriminierungserfahrungen am Wohnungsmarkt als nicht rassistisch markierte Personen. Werden weitere soziodemografische Merkmale berücksichtigt, zeigt sich, dass der Zugang zu Wohnraum nicht nur von individuellen Ressourcen wie Einkommen oder Bildung abhängt. Vielmehr haben rassistisch markierte Personen selbst dann schlechtere Chancen, wenn sie über ähnliche Ressourcen verfügen. Der Wohnungsmarkt richtet sich also nicht ausschließlich nach Leistung und Bedarf, sondern ist geprägt von gesellschaftlich wirksamen Differenzkonstruktionen, bei denen wirtschaftliche Faktoren zwar eine Rolle spielen, aber nicht die einzige. Wie sich diese Mechanismen im konkreten Auswahlprozess auswirken, zeigt [Beispielkasten 1](#): Darin werden zwei Bewerberinnen auf dem Wohnungsmarkt gegenübergestellt, die in Einkommen, Bildung und anderen sozialen Merkmalen gleich sind. Dennoch werden sie im Bewerbungsverfahren deutlich unterschiedlich behandelt – einzig aufgrund ihrer rassistischen Markierung.

➔ Beispielkasten 1: Zwei Frauen, eine Wohnung

Zwei Frauen bewerben sich auf eine Wohnung: Beide sind 44 Jahre alt (Durchschnitt), leben in Westdeutschland und haben mittlere Bildungsabschlüsse. Die eine Frau ist nicht rassistisch markiert, die andere Frau ist muslimisch.

Obwohl beide über ein hohes Haushaltseinkommen verfügen (oberes Zehntel der Einkommensverteilung), beträgt die Wahrscheinlichkeit, eine Wohnung zu bekommen, für die muslimische Frau deutlich niedriger als für die nicht muslimische Frau.

lichkeit, wegen Diskriminierung nicht zur Wohnungsbesichtigung eingeladen zu werden, bei der muslimischen Frau 27 % – das ist mehr als dreimal so hoch wie bei der nicht rassistisch markierten Frau (8 %).

Gehören beide stattdessen zur unteren Hälfte der Einkommensverteilung, steigt die Wahrscheinlichkeit bei der muslimischen Frau auf 38 % (+11 Prozentpunkte) und bei der nicht rassistisch markierten Frau auf 12 % (+4 Prozentpunkte).

Einkommen spielt also für beide Frauen eine Rolle – doch die Ausgangsunterschiede sind so groß, dass selbst muslimische Frauen in einer hohen ökonomischen Position ein deutlich erhöhtes Risiko haben, im Bewerbungsprozess frühzeitig ausgeschlossen zu werden.

➔ Methodisches Vorgehen

Um einzelne Effekte anschaulich zu machen, bringen wir im Bericht immer wieder Fallbeispiele für hypothetische Personen. Diese werden auf Grundlage statistischer Modelle berechnet (marginal means at representative values, MER) und geben die Wahrscheinlichkeit für bestimmte Ergebnisse an. Die Profile sind so gewählt, dass sie repräsentative Personen mit plausiblen Merkmalskombinationen abbilden – zum Beispiel mit durchschnittlichem Alter oder mittlerem Haushaltseinkommen. Innerhalb eines Fallbeispiel werden dann jeweils einzelne Charakteristika variiert (z. B. Selbstidentifikation und/oder Geschlecht), um diesen spezifischen Effekt sichtbar zu machen.

Diese Beispiele ergänzen die im Bericht und in den Grafiken ausgewiesenen Vorhersagen auf Basis von predictive margins und dienen der besseren Veranschaulichung. Eine ausführlichere methodische Erklärung findet sich im Abschnitt Analyseverfahren des Kapitels Daten und Methoden.

1.1.2 Wahrgenommene Erfolgchancen auf dem Wohnungsmarkt

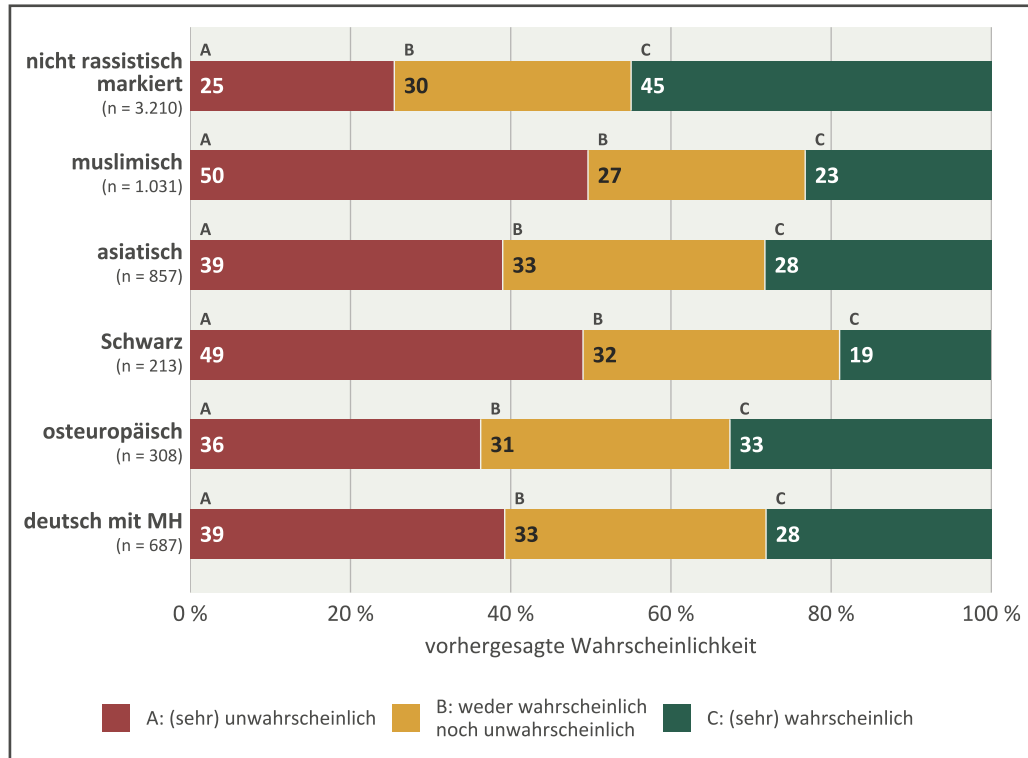
Die Befragten berichten jedoch nicht nur von unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen beim Zugang zum Wohnungsmarkt. Markante Unterschiede – insbesondere zwischen nicht rassistisch markierten und rassistisch markierten Personen (siehe [Abbildung 2](#)) – zeigen sich außerdem, wenn es darum geht, die eigenen Erfolgchancen bei der Wohnraumsuche einzuschätzen. Dazu wurden die Befragten zunächst gefragt, für wie wahrscheinlich sie es halten, im Vergleich zu anderen erfolgreich eine Wohnung oder ein Haus zu finden.¹³ Die Wahrscheinlichkeit, die eigenen Chancen als gut einzuschätzen, liegt bei nicht rassistisch markierten Personen bei rund 45 %. In allen rassistisch markierten Gruppen fällt dieser Wert deutlich niedriger aus. So liegt die Wahrscheinlichkeit, die eigenen Chancen als gut einzuschätzen, für muslimische (23 %) und Schwarze Befragte (19 %) bei etwa einem Fünftel. Auch für asiatische (28 %) und osteuropäische Personen (33 %) sowie Deutsche mit Migrationshintergrund (28 %) fällt die Wahrscheinlichkeit für eine positive Selbsteinschätzung geringer aus. Diese liegt klar unter dem Wert der nicht rassistisch markierten Personen.

Stattdessen zeigen sich in diesen Gruppen deutlich höhere Wahrscheinlichkeiten für negative Erwartungen. Knapp jede zweite Schwarze (49 %) und muslimische Person (50 %) schätzt ihre Chance auf Erfolg als unwahrscheinlicher ein. Eine so negative Einschätzung teilt lediglich ein Viertel der nicht rassistisch markierten Personen.

Auch wenn zentrale Faktoren wie Geschlecht, Bildung und Einkommen berücksichtigt werden, bleiben die Unterschiede bestehen. Zwar äußern sich Männer im Durchschnitt etwas optimistischer als Frauen – der Unterschied ist jedoch gering. Tatsächlich gehen höhere Bildungsabschlüsse und ein höheres Einkommen generell mit höheren durchschnittlichen Erfolgserwartungen einher, doch das gilt für alle Gruppen und gleicht die Differenz zwischen nicht rassistisch markierten und rassistisch markierten Personen nicht aus. Ein verlässlicher „Schutzeffekt“ lässt sich daraus also nicht ableiten. Auch zwischen urbanen und nicht urbanen Regionen bestehen keine Gruppenunterschiede, allerdings werden die eigenen Erfolgchancen bei der Wohnraumsuche in klein- und vorstädtischen sowie ländlichen Gegenden durchweg optimistischer eingeschätzt als im urbanen Raum.

¹³ Wortlaut der Frage: „Nun möchten wir erfahren, wie es Ihrer Meinung nach heute wäre, in Ihrer Stadt/Gemeinde eine Wohnung oder ein Haus zu suchen. Was denken Sie, wie wahrscheinlich ist es, dass Sie bei der Wohnungssuche im Vergleich zu anderen erfolgreich sind?“. Antwortskala: (1) sehr unwahrscheinlich, (2) unwahrscheinlich, (3) weder wahrscheinlich noch unwahrscheinlich, (4) wahrscheinlich, (5) sehr wahrscheinlich. Für die Auswertung wurden (1) und (2) zu „(sehr) unwahrscheinlich“ sowie (4) und (5) zu „(sehr) wahrscheinlich“ zusammengefasst.

Abbildung 2. Subjektive Erfolgchancen bei der Wohnungs- und Haussuche nach Selbstidentifikation (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



©DeZIM

Lesebeispiel: Nur 19 % der befragten Schwarzen Personen schätzen ihre Chance auf Erfolg bei der Wohnungssuche als (sehr) wahrscheinlich ein. Bei nicht rassistisch markierten Menschen liegt dieser Wert mit 45 % mehr als doppelt so hoch. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa-panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse der ordinal-logistischen Regression werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Region (Ost-/Westdeutschland). N = 6.306. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.065 Individuen.)

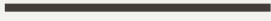
Dieses Gefühl der eingeschränkten Teilhabechancen ist dabei nicht nur ein subjektiver Eindruck, sondern es ist eng mit den zuvor geschilderten Diskriminierungserfahrungen verknüpft. Auch zusätzliche Analysen bestätigen diesen Zusammenhang: Wer häufiger Diskriminierung am Wohnungsmarkt erlebt hat, schätzt die eigenen Chancen entsprechend deutlich negativer ein.¹⁴

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum keine Ausnahme ist. Vielmehr geht es dabei um wiederkehrende Erfahrungen, die deutlich machen, wie gesellschaftliche Ausschlussmechanismen funktionieren. Sie zeigen, wie Differenzlinien im Alltag wirken und wie Zugehörigkeit zum Wohnraum eben nicht nur von Einkommen oder Qualifikation, sondern auch von rassistischen Zuschreibungen abhängt. Dabei greifen soziale und rassistische Ungleichheiten ineinander – sie wirken also

¹⁴ Der Befund basiert auf einer logistischen Regressionsanalyse mit einem additiven Index (Werte von 0–4+), der die fünf abgefragten Diskriminierungserfahrungen am Wohnungsmarkt bündelt. Aufgrund geringer Fallzahlen in den oberen Kategorien wurden die Stufen 4 und 5 zur gemeinsamen Kategorie „4+“ zusammengefasst.

nicht getrennt voneinander, sondern verstärken sich gegenseitig (Salikutluk & Podkowik 2024). Der Befund, dass Diskriminierung auch bei ähnlichen sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen fortbesteht, weist darauf hin, dass diese Ressourcen selbst bereits durch vorangehende Ungleichheiten geprägt sind und nicht alle Gruppen gleichermaßen schützen. Um diese Erfahrungen weiter einzuordnen und unter kontrollierten Bedingungen zu überprüfen, wird im nächsten Abschnitt ein Feldexperiment vorgestellt: Darin werden Reaktionen von Vermieter*innen auf standardisierte Wohnungsanfragen untersucht.

1.2



**Diskriminierung sichtbar
machen: Experiment zur
Wohnraumsuche**



Aus den zuvor dargestellten Befragungsergebnissen geht hervor, dass rassistisch markierte Personen im Bewerbungsprozess auf dem Wohnungsmarkt deutlich häufiger von Diskriminierungen berichten. Doch um nachvollziehen zu können, wie verbreitet sie tatsächlich sind, bedarf es ergänzender empirischer Zugänge. Denn Selbstauskünfte erlauben zwar einen genauen Einblick in die Erfahrungswelt der Befragten, aber sie bilden nicht unmittelbar ab, wie Gatekeeper¹⁵ im Auswahlprozess tatsächlich handeln. Ein Feldexperiment soll helfen, genau diesen Aspekt darzustellen. Es ermöglicht diskriminierende Auswahlentscheidungen systematisch und kontrolliert zu beobachten. Die im Rahmen des Experiments erhobenen Daten geben Aufschluss darüber, wie Gatekeeper in zehn deutschen Großstädten auf die Anfragen von Wohnungsbewerber*innen reagieren – also auch darüber, ob die Bewerbenden überhaupt eine Rückmeldung erhalten und zu einem Besichtigungstermin eingeladen werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob und in welchem Ausmaß die vermutete ethnische Herkunft, signalisiert durch den Namen, dazu führt, dass Bewerbende im Auswahlprozess benachteiligt werden. Konkret wurde untersucht, ob Bewerber*innen mit Namen aus der MENAT-Region¹⁶, aus Bevölkerungsgruppen afrikanischer Länder (ohne Nordafrika) sowie aus der süd- und südostasiatischen Region gegenüber Bewerbenden mit „typisch“ deutsch klingenden Namen diskriminiert werden – und wenn ja, wie stark sich diese Ungleichbehandlung im ersten Schritt des Auswahlprozesses zeigt.

1.2.1 Studiendesign

Im Vorfeld der Erhebungen wurde ein entsprechender Antrag bei der institutsangehörigen Ethikkommission gestellt und positiv votiert.

Die Erhebung erfolgte ausschließlich online über das Wohnungsvermittlungsportal ImmoScout24. Solche digitalen Portale werden häufig für Immobilieninserate benutzt, da sie inzwischen niedrigschwellig und einfach navigierbar sind (Voigtländer 2018). ImmoScout24 als größte deutsche Internetplattform mit Immobilienangeboten spielt dabei eine wichtige Rolle (Breidenbach & Schaffner 2020). Auch die Daten des NaDiRa-panels zeigen: Wohnungsportale wie ImmoScout24 sind der mit Abstand wichtigste Suchweg für die Befragten – und das über alle Gruppen hinweg.¹⁷

¹⁵ Im Rahmen des Experiments haben wir uns gegen die alleinige Verwendung des Begriffs „Vermieter*innen“ entschieden. Stattdessen verwenden wir den Begriff des *Gatekeepers*, mit dem Vermieter*innen, Makler*innen oder Mitarbeitende von Wohnungsunternehmen gemeint sind.

¹⁶ Die MENAT-Region umfasst Länder des Nahen Ostens, Nordafrikas sowie der Türkei.

¹⁷ Formulierung der Frage im Fragebogen: „Und welche Mittel und Wege der Wohnungs-/Haussuche haben Sie bei Ihrem letzten Umzug genutzt?“. Insgesamt zeigt sich auf Basis vorhergesagter Wahrscheinlichkeiten (kontrolliert für Geschlecht, Bildung, Alter, Einkommen und West-/Ostdeutschland), dass die Wahrscheinlichkeit, Wohnungsvermittlungsportale zu nutzen, hoch ist – unabhängig davon, ob es sich um eine rassistisch markierte oder nicht rassistisch markierte Person handelt (nicht rassistisch markiert: 52 %, muslimisch: 50 %, asiatisch: 52 %, Schwarz: 49 %, osteuropäisch: 55 %, deutsch mit Migrationshintergrund: 64 %).

Im Zeitraum vom 12. September bis zum 25. November 2025 wurde für jedes Inserat jeweils eine Bewerbung schriftlich und manuell über das in der Online-Plattform integrierte Kontaktformular eingereicht. Insgesamt wurden 2.121 Wohnungsanfragen verschickt.¹⁸ Bei einer Rückmeldung seitens der Gatekeeper wurde nach circa 48 Stunden eine zweite Kontaktaufnahme vorgenommen und die Interessensbekundung zurückgezogen mit dem Hinweis, dass bereits eine passende Wohnung gefunden worden sei.

Diese Art der Bewerbung entspricht einem sogenannten Korrespondenztest. Die Methode gehört zu den Feldexperimenten und ist gut geeignet, um Benachteiligung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu untersuchen, beispielsweise bei Bewerbungsverfahren auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt (Veit 2020). Das verwendete Studiendesign basiert auf einem experimentellen Ansatz, der in Form eines hierarchisch geschichteten faktoriellen Designs umgesetzt wurde (siehe [Tabelle 2](#) für die Variationen der vier zentralen Personenmerkmale im Design). Dies bedeutet, dass im Versuchsaufbau mehrere Merkmale systematisch kombiniert, aber einige Merkmale nur innerhalb bestimmter Gruppen variiert werden. Beispielsweise gab es innerhalb der niedrigen sozialen Klasse die Einkommensausprägungen 2.700 Euro und 3.150 Euro netto (gemeinsames Nettoeinkommen als Paar). Das erlaubt eine Reduktion von unrealistischen Kombinationen.

Insgesamt wurden 96 verschiedene Kontaktprofile verwendet. Die Sprache der Bewerbungen wurde nicht variiert. [Abbildung 3](#) zeigt exemplarisch die Bewerbung eines Paares mit Namen aus der MENAT-Region.

Die Bewerbungen wurden versendet, ohne dass die Adressat*innen – also die Kontaktpersonen der Wohnungsanzeigen – von der Studie wussten. Sie hatten weder Kenntnis von der tatsächlichen Identität der Bewerbenden noch von der wissenschaftlichen Zielsetzung hinter den fiktiven Anfragen.

Für die Bewerbungen wurden Namen ausgewählt, die entweder eine nichtdeutsche oder eine deutsche Herkunft suggerieren (siehe [Tabelle 2](#) für Beispielnamen und Berufsbezeichnungen). Alle Bewerbungen wurden als Paarbewerbungen konzipiert; Bewerbungen von Einzelpersonen wurden im Studiendesign nicht berücksichtigt.

Insgesamt wurden zehn deutsche Städte in die Untersuchung einbezogen: Berlin, Bremen, Braunschweig, München, Frankfurt, Hamburg, Köln, Stuttgart, Dresden und Mainz. Diese Städte hatten die größten Stichprobenanzahlen im Panel. Darüber hinaus geht es dabei um urbane Räume, in denen sich die Wohnungsknappheit besonders deutlich zeigt (Holm et al. 2021; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) 2024; Thomsen et al. 2019; Waltersbacher 2022). Außerdem standen gezielt Großstädte im Fokus, da sich das Feldexperiment auf Mietwohnungen konzentriert und in urbanen Regionen ein Großteil der Bevölkerung zur Miete lebt (Auspurg et al. 2017;

¹⁸ Aus finanziellen Gründen wurden lediglich die kostenlosen ImmoScout24-Accounts genutzt.

Deutschlandatlas 2022; Hanhörster 2019). Schließlich wurden Städte aus unterschiedlichen Bundesländern ausgewählt, um regionale Varianz im Sample berücksichtigen zu können.

Auch die Auswahl der zu kontaktierenden Wohnungsanzeigen folgte standardisierten Kriterien: Die Kaltmiete der Wohnungen durfte maximal bei 2.300 Euro pro Monat und die Wohnfläche bei mindestens 45 m² liegen – mit zwei bis sechs Zimmern. Ausgeschlossen wurden Angebote mit alternativen Mietformen, etwa Zwischenmiete oder Tauschwohnungen, Neubauprojekte sowie Inserate mit unregelmäßiger Mietstruktur. Die Kontaktaufnahme erfolgte jeweils anhand der aktuellsten Inserate, sortiert nach Veröffentlichungsdatum.

Die Antworten wurden bis einschließlich 13. Dezember 2024 entgegengenommen. Das bedeutet, dass alle Antworten, die nach diesem Datum versendet wurden, nicht mehr in die Analyse aufgenommen werden konnten.

Tabelle 2. Zentrale Merkmale der Bewerbungen

Merkmalsname	Anzahl der Ausprägungen	Ausprägungen	
onomastische Gruppe	4	MENAT-Region	z. B. Mona und Ahmad Khan
		afrikanische Länder (ohne Nordafrika)	z. B. Samson und Freweini Berhane
		süd- und südostasiatische Region	z. B. Mai und Hao Pham
		deutsche Region	z. B. Anna und Thomas Schmidt
Kinder im Haushalt	2	zwei Kinder im Alter von 4 und 7 Jahren	
		keine Kinder	
Geschlecht der bewerbenden Person	2	weiblich	
		männlich	
Berufe als Repräsentanten sozialer Klasse	3	niedrig (z. B. Friseur*in und Verkäufer*in)	z. B. 2.700 € gemeinsames Nettoeinkommen
		mittel (z. B. Medizintechniker*in und Bauzeichner*in)	z. B. 3.750 € gemeinsames Nettoeinkommen
		hoch (z. B. Zahnarzt*in und Architekt*in)	z. B. 4.600 € gemeinsames Nettoeinkommen

Anmerkung: Die Kontaktprofile bestehen aus den in der Tabelle randomisierten Merkmalen und den jeweiligen Ausprägungen. Alle Bewerbungen erfolgten von fiktiven Paaren.

Abbildung 3. Beispiel einer Kontaktaufnahme

Sehr geehrte Frau Vermieterin,

wir, meine Frau und ich, haben großes Interesse an der von Ihnen angebotenen Wohnung und würden uns sehr freuen, zu einem Besichtigungstermin eingeladen zu werden.

Wir haben keine Kinder, rauchen nicht und haben keine Haustiere. Ich arbeite als Architekt, während meine Frau als Zahnärztin tätig ist. Unser gemeinsames monatliches Einkommen beträgt circa 4.600 € netto. (...)

Mit freundlichen Grüßen

Bilal und Samira Ahmad

1.2.2 Ungleichbehandlung in der Kontaktphase der Wohnungsvergabe

Im Feldexperiment wurde analysiert, wie wahrscheinlich es war, dass die Gatekeeper sich zurückmeldeten bzw. eine Wohnungsbesichtigung anboten. Zusätzlich wurde für weitere Merkmale der bewerbenden Person kontrolliert, wie zum Beispiel ihr sozialer Status, ihr Geschlecht, die Stadt, in der die Wohnung liegt, und auch, ob Kinder im Haushalt leben. Auch Eigenschaften der Wohnung selbst wurden einbezogen: etwa die Größe der Wohnung und die Höhe der Kaltmiete. Darüber hinaus wurde für die Art des Gatekeepers kontrolliert.¹⁹ Durch Einbeziehung all dieser Kontrollfaktoren konnten verzerrende Effekte reduziert werden. Dies ermöglicht es, präzise einzuschätzen, welchen Einfluss die jeweilige onomastische Gruppenzugehörigkeit auf die Erfolgswahrscheinlichkeit hat. Das trägt maßgeblich zur internen Validität der Ergebnisse bei (Kubbe 2020).²⁰

Zunächst wurde die Rückmeldewahrscheinlichkeit untersucht (siehe [Abbildung 4](#)). Insgesamt gab es auf die Hälfte der verschickten Bewerbungen eine Rückmeldung (50 %), was als positiv (1) kodiert wurde. Dabei war es unerheblich, welche Art von Rückmeldung erfolgte

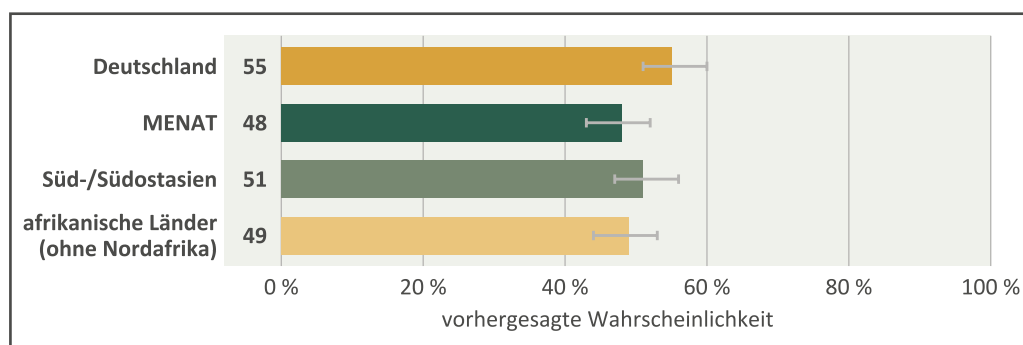
¹⁹ Für die Analyse haben wir uns auf folgende Ausprägungen der Gatekeeper konzentriert: Private Vermieter*innen, gewerbliche Vermieter*innen, Genossenschaften und öffentliche (landes- oder kommunale) Vermieter*innen.

²⁰ Hierfür wurden zwei separate logistische Regressionen berechnet. Die Regressionen unterschieden sich nur in der abhängigen Variable (Rückmeldung und Termineinladung durch Gatekeeper). In beiden Fällen konnte gezeigt werden, dass das Gesamtmodell im Vergleich zum Nullmodell signifikant wurde. Die Fallzahlen für beide Berechnungen fallen geringer aus, da Fälle mit fehlenden Angaben ausgeschlossen wurden (*listwise deletion*).

(z. B. ob weitere Informationen erfragt wurden). Als nicht positiv (0) wurden Fälle gewertet, in denen gar keine Rückmeldung erfolgte. Automatische Rückmeldungen wurden ausgeschlossen, wie zum Beispiel Eingangsbestätigungen oder Weiterleitungen an andere Portale. Vor diesem Hintergrund zeigte sich für Bewerbende mit deutsch klingenden Namen die höchste Rückmeldewahrscheinlichkeit (55 %). Im Vergleich dazu erwies sich die Rückmeldewahrscheinlichkeit sowohl für Personen mit Namen aus der MENAT-Region (48 %) sowie für Personen aus afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika) (49 %) als signifikant niedriger. Darüber hinaus ließ sich eine deskriptiv niedrigere Rückmeldewahrscheinlichkeit für Personen mit süd- und südostasiatischen Namen beobachten (51 %), wobei dieser Unterschied im Vergleich zu den deutschen Namen statistisch nicht signifikant ausfiel.

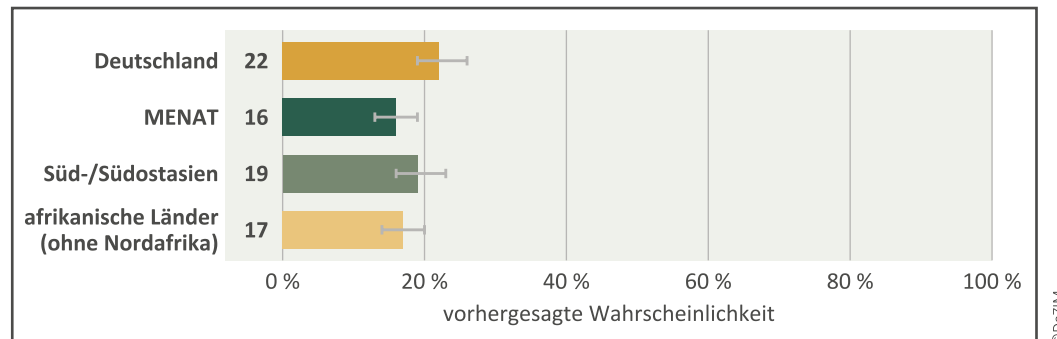
Im Anschluss wurde die Wahrscheinlichkeit untersucht, ein Terminangebot zu erhalten (siehe [Abbildung 5](#)). Dabei erhielten insgesamt 20 % der verschickten Bewerbungen ein solches Angebot, was als positiv (1) kodiert wurde. Als nicht positiv (0) wurden Fälle gewertet, in denen keine Einladung zu einem Besichtigungstermin erfolgte. Die höchste Wahrscheinlichkeit, ein Angebot für einen Termin zu erhalten, lag mit 22 % bei Personen mit deutsch klingenden Namen, wohingegen Personen mit Namen aus der MENAT-Region (16 %) sowie mit Namen aus afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika) (17 %) eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit hatten, ein Terminangebot zu erhalten. Der Unterschied zu Personen mit Namen aus der süd- und südostasiatischen Region war hingegen statistisch nicht signifikant (19 %).

Abbildung 4. Rückmeldewahrscheinlichkeit nach Bewerbung für eine Wohnung differenziert nach onomastischer Gruppe



Lesebeispiel: Für Personen, die sich mit einem in der MENAT-Region verbreiteten Namen auf eine Wohnung bewerben, liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, eine Rückmeldung zu erhalten, bei 48 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle: Status, Region, Anzahl der Kinder, Wohnfläche, Kaltmiete, Gatekeeper sowie Geschlecht des*der Absender*in. N = 2.097.

Abbildung 5. Wahrscheinlichkeit für ein Terminangebot nach Bewerbung für eine Wohnung differenziert nach onomastischer Gruppe



Lesebeispiel: Für Personen, die sich mit einem in der MENAT-Region verbreiteten Namen auf eine Wohnung bewerben, liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, ein Terminangebot zu erhalten, bei 16 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins* (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle: Status, Region, Anzahl der Kinder, Wohnfläche, Kaltmiete, Gatekeeper sowie Geschlecht des*der Absender*in. N = 2.097.

Ein signifikanter Rückgang der Erfolgchancen für die Wahrscheinlichkeit, nicht nur eine Rückmeldung, sondern gleich auch ein Terminangebot zu erhalten, zeigte sich außerdem bei zwei Gruppen: bei Bewerber*innen mit niedrigem sozioökonomischem Status sowie bei Vorhandensein von Kindern. Ein Geschlechtsunterschied sowie ein Unterschied zwischen verschiedenen Gatekeepern konnte hingegen nicht gefunden werden.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Personen mit Namen aus der MENAT-Region sowie aus afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika) signifikant geringere Erfolgchancen haben, eine (positive) Rückmeldung auf ihre Wohnungsanfrage zu erhalten – und das trotz sowohl inhaltlich als auch sprachlich identischer Interessensbekundungen. Sprachkompetenz kann daher als Erklärungsfaktor ausgeschlossen werden ([Beispielkasten 2](#) veranschaulicht, wie sich das konkret im Alltag zeigt). Als Erklärungsansätze bieten sich stattdessen Studien zur stereotypen Wahrnehmung (z. B. Asbrock 2010; Froehlich & Schulte 2019) in Verbindung mit der Theorie der statistischen Diskriminierung (Aigner & Cain 1977; Arrow 1973; Phelps 1972) sowie der Theorie zur präferenzbasierten Diskriminierung (Becker 1957; Becker 1971) an. Es ist allerdings nicht möglich, eindeutig zwischen statistischer und präferenzbasierter Diskriminierung zu unterscheiden: Im Rahmen des Experiments wurden die Einstellungen der Gatekeeper nicht erhoben und keine weiteren Merkmale variiert, die für oder gegen diese beiden Erklärungsansätze sprechen.

Da alle Bewerbungsprofile mit Namen aus den vier onomastischen Gruppen hinsichtlich Kinderzahl, Wohnungspräferenzen und Geschlecht vergleichbar gestaltet waren, ist nicht auszuschließen, dass das Rückmeldeverhalten gegenüber den Personengruppen durch statistische Diskriminierung beeinflusst wurde. Gatekeeper könnten Namen aus der MENAT-Region sowie aus afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika) als Signal für eine

geringere Leistungsbereitschaft oder eine geringere Einkommenssicherheit assoziieren, wohingegen sie Personen mit deutsch oder süd- und südostasiatisch klingenden Namen womöglich eher hohe Kompetenzen und ökonomische Leistungsfähigkeit zuschreiben. Dieser mögliche Erklärungsansatz der statistischen Diskriminierung ist allerdings insofern limitiert, als dass Status, Beruf und Einkommen der Bewerbenden über die Gruppen hinweg konstant gehalten wurde (d. h. statusbezogene Stereotype können ausgeschlossen werden).

Ein möglicher Erklärungsansatz für die im Experiment nicht signifikant geringeren Rückmeldewahrscheinlichkeiten für süd- und südostasiatische Namen im Vergleich zur deutschen Referenzgruppe könnte in der sogenannten *model minority*-Annahme liegen (z. B. Cheng 1997; Yang 2004). Personen mit (südost-)asiatischem Hintergrund werden häufig als fleißig und leistungsstark wahrgenommen (Ngo & Lee 2007; Walton & Truong 2023). Diese Zuschreibungen können sich im Bewerbungsprozess potenziell positiv auswirken. Allerdings impliziert dies auch die Annahme, dass Menschen mit asiatischem Hintergrund wegen ihrer ethnischen Zuschreibung weniger Nachteile erleben würden (Liu-Countryman 2017). Das kann dazu führen, dass Rassismuserfahrungen und gesellschaftliche Ungleichbehandlung dethematisiert werden (Chou 2008). Das systematische Review von Walton und Truong (2023) betont, dass die *model minority*-Annahme langfristig zur Aufrechterhaltung struktureller Ungleichbehandlung beitragen kann, gerade weil sie Unterschiede naturalisiert und Rassismuserfahrungen entpolitisiert. Auch der NaDiRa-Fokusbericht 2024 hebt hervor, dass die *model minority*-Annahme in Deutschland dazu beitragen kann, dass Diskriminierung unsichtbar gemacht wird und Rassismuserfahrungen marginalisiert werden (Suda & Köhler 2024).

Insgesamt handelt es sich bei diesen Deutungen um Erklärungsansätze, die im Rahmen des Experiments nicht direkt überprüfbar sind. Vielmehr sollen sie als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen dienen. Zukünftige Forschung sollte sich verstärkt mit den Einstellungen und Entscheidungsprozessen von Gatekeepern befassen, um die Ursachen diskriminierenden Verhaltens differenziert erfassen und besser verstehen zu können.

➔ **Beispielkasten 2: Zwei Paare, eine Wohnung**

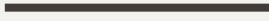
Ein Paar deutscher Herkunft und mit hohem sozioökonomischem Status bewirbt sich auf eine Mietwohnung in einer Großstadt. Die Wohnung hat eine Größe von 79,95 m² und eine monatliche Kaltmiete von 1.255,16 Euro. Das Paar hat keine Kinder und legt eine sprachlich einwandfreie Bewerbung vor. Das Inserat stammt von einem gewerblichen Vermieter.

Zeitgleich bewirbt sich ein weiteres Paar, das ebenfalls über einen hohen sozioökonomischen Status verfügt und kinderlos ist – auch diese Bewerbung ist sprachlich einwandfrei. Das Paar interessiert sich für dieselbe Wohnung. Im Unterschied zum ersten Paar haben sie jedoch eine vermeintliche Herkunft aus einem MENAT-Staat.

Obwohl beide Paare identische Voraussetzungen erfüllen und ihre Bewerbungen sprachlich fehlerfrei sind, hat das Paar mit deutscher Herkunft eine um 7 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, eine Rückmeldung seitens des Vermieters zu erhalten, als ein Paar mit vermeintlicher MENAT-Herkunft.

Anmerkung: Es haben sich ausschließlich Paare auf eine Wohnung beworben.

1.3



**Zwischen Hoffnung und Absage:
Erlebte und sichtbare
Diskriminierung im Vergleich**



Die empirischen Ergebnisse aus den Befragungsdaten des NaDiRa.panels (siehe [Kapitel 1.1](#)) und aus dem Feldexperiment über ImmoScout24 (siehe [Kapitel 1.2](#)) zeigen übereinstimmend: Rassistisch markierte Personen werden auf dem deutschen Wohnungsmarkt systematisch benachteiligt. Zum einen machen die Befragungsdaten deutlich, dass rassistisch markierte Personen häufiger von Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche berichten. Zum anderen zeigen sie, dass rassistisch markierte Personen ihre Erfolgschancen als deutlich schlechter einschätzen als nicht rassistisch markierte Befragte. Diese Unterschiede ziehen sich durch alle Gruppen und verweisen auf systematische Ungleichheiten im Zugang zu Wohnraum, die auch bestehen bleiben, wenn Bildung und Einkommen berücksichtigt werden. Zum anderen liefert das Experiment eine beobachtbare Bestätigung dieser berichteten Erfahrungen. Unter kontrollierten Bedingungen zeigt sich ein konsistenter Effekt: Bewerbende mit deutsch klingenden Namen haben die höchste Wahrscheinlichkeit, eine Rückmeldung sowie ein Terminangebot zu erhalten. Demgegenüber ist die Wahrscheinlichkeit für Bewerber*innen mit Namen aus der MENAT-Region oder afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika) signifikant geringer, eine Antwort oder einen Termin zu erhalten – und das, obwohl sie den gleichen Beruf und das gleiche Einkommen hatten wie die Bewerbenden mit deutsch klingenden Namen. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass rassistisch markierte Gruppen mit geringerem Status von zusätzlicher Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt berichten. Die experimentellen Ergebnisse stützen damit die subjektiven Schilderungen der Befragten und zeigen: Diese Erfahrungen sind keine bloßen Einzelfälle oder subjektiven Verzerrungen, sondern spiegeln reale Ausschlussmechanismen wider, die sich auch im Verhalten der Gatekeeper empirisch nachweisen lassen. Wenn rassistisch markierte Personen von geringeren Erfolgschancen berichten, ist das nicht nur Ausdruck eines individuellen Gefühls, sondern eine Einschätzung, die durch empirische Befunde gestützt wird – insbesondere für Personen mit Namen aus der MENAT-Region und afrikanischen Ländern (ohne Nordafrika).

Der Zugang zu Wohnraum ist somit keineswegs neutral oder rein leistungsorientiert organisiert, sondern folgt sozialen Selektionslogiken, in denen rassistische Markierungen eine zentrale Rolle spielen. Anhand von Namen, Herkunft oder vermuteter Zugehörigkeit wird auf Zahlungsfähigkeit, Verlässlichkeit oder soziale Passung geschlossen – unabhängig von den tatsächlichen Eigenschaften der Bewerber*innen. Die in [Kapitel 1](#) eingeführten theoretischen Modelle helfen, diese Muster zu verstehen: Persönliche Vorurteile (*taste-based discrimination*), soziale Einordnungen entlang von Zugehörigkeit (soziale Identität) und stereotype Risikobewertungen (*statistical discrimination*) greifen ineinander und strukturieren so auf subtile Weise die Chancenverteilung auf dem Wohnungsmarkt. Gerade, wenn Informationen nur unvollständig vorliegen – wie im digitalen Erstkontakt –, greifen Gatekeeper möglicherweise auf gruppenspezifische Stereotype zurück. Dass im Experiment trotz identischer Bewerbungsprofile dennoch Unterschiede auftreten, legt nahe, dass neben statistischen auch präferenzbasierte Motive das Auswahlverhalten beeinflussen.

Gleichzeitig ist zu betonen, dass sich die beiden empirischen Zugänge nicht unmittelbar vergleichen lassen. Die in den Befragungsdaten berichtete Diskriminierung fällt insgesamt deutlich höher aus als das Ausmaß, das im Experiment nachgewiesen werden konnte. Auch die Ergebnisse für einzelne Gruppen unterscheiden sich: Während asiatische Personen in der Befragung überdurchschnittlich häufig von Diskriminierung berichten, zeigt sich im Experiment kein signifikanter Effekt für süd- und südostasiatische Namen. Diese Differenz verweist nicht auf ein Messproblem, sondern sie zeigt, dass beide Perspektiven unterschiedliche Ausschnitte der Realität erfassen. Während das Experiment gezielt das Verhalten von Gatekeepern in einem sehr spezifischen Moment abbildet, nämlich der ersten Rückmeldung auf eine Wohnungsanfrage, beziehen sich Befragte auf einen längeren Zeitraum, vielfältige Erlebnisse und unterschiedliche Formen der Ablehnung (Hinz & Auspurg 2016). Subtile, kumulative oder kontextgebundene Erfahrungen, wie etwa ausbleibende Rückmeldungen, abweisende Kommunikation oder degradierende Begründungen, lassen sich experimentell kaum erfassen; sie prägen aber entscheidend, was die Betroffenen wahrnehmen und verarbeiten. Zudem bleibt im experimentellen Design der Name das einzige Signal zur (vermeintlichen) Herkunft. In realen Bewerbungen können jedoch weitere Merkmale eine Rolle spielen – etwa Akzent, Geburtsland, ausländische Bildungsabschlüsse oder beigefügte Fotos. Diese zusätzlichen Informationen können im Alltag potenziell das Diskriminierungsrisiko erhöhen, im experimentellen Design bleiben sie jedoch unberücksichtigt. Auch die sprachlich einheitlichen, fehlerfreien Bewerbungen für vermeintlich nichtdeutsche Bewerber*innen suggerieren ein hohes Maß an Assimilation. Diese sprachliche Gleichsetzung könnte dazu geführt haben, dass das tatsächliche Ausmaß diskriminierendes Verhaltens unterschätzt wurde. So belegen Horr et al. (2018), dass der Unterschied in der Einladungswahrscheinlichkeit zwischen deutschen und türkischen Bewerber*innen größer ausfiel, wenn Letztere einen Akzent hatten.

Insgesamt zeigt die Verbindung von Selbstauskunft und experimenteller Evidenz, wie ungleich die Erfolgchancen auf dem Wohnungsmarkt verteilt sind – selbst unter vergleichbaren sozioökonomischen Voraussetzungen. Gerade deshalb ist es zentral, diese gruppenspezifischen Unterschiede sichtbar zu machen. Diskriminierung bei der Wohnraumsuche ist kein individuelles Schicksal, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Macht- und Ungleichheitsverhältnisse.

Diese Ungleichheiten bleiben laut der Forschung nicht ohne Folgen: Rassistische Diskriminierung am Wohnungsmarkt verstärkt bestehende Ungleichheiten, erschwert soziale Integration und trägt zur räumlichen Segregation bei (Flage 2018; Galster 1992; Pager & Shepherd 2008). Der Wohnort beeinflusst wiederum zentrale Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheit, Erwerbchancen und Zugang zu öffentlichen Diensten (Missinne & Bracke 2012; Osypuk & Acevedo-Garcia 2010). Die rechtlichen Möglichkeiten zur Gegenwehr sind dabei begrenzt: Zwar bietet das AGG grundsätzlich individuellen Rechtsschutz, doch stellen kurze Fristen, die Beweislastumkehr und fehlende Verbandsklagerechte für viele Betroffene erhebliche Hürden dar (Bartsch & Beckmann 2024).

Die Kombination beider empirischer Instrumente erlaubt es, strukturelle Diskriminierung im Zugang zu Wohnraum nicht nur zu belegen, sondern auch in ihrer gesellschaftlichen Wirkung zu verstehen. Die Ergebnisse liefern deutliche Evidenz dafür, dass rassistische Ausschlüsse bereits beim ersten Kontakt mit Gatekeepern beginnen – und zeigen, wie tief solche Prozesse in den Strukturen des Wohnungsmarkts verankert sind. In einem überlasteten, hochselektiven und intransparenten System, das von Wohnraummangel und verschärftem Konkurrenzdruck geprägt ist, reproduzieren sich soziale Ungleichheiten entlang rassistischer Linien. Sie erfolgen selten offen, oft informell und sie hinterlassen Spuren bei denen, die wiederholt berichten, dass sie nicht die gleichen Chancen erhalten.

2.

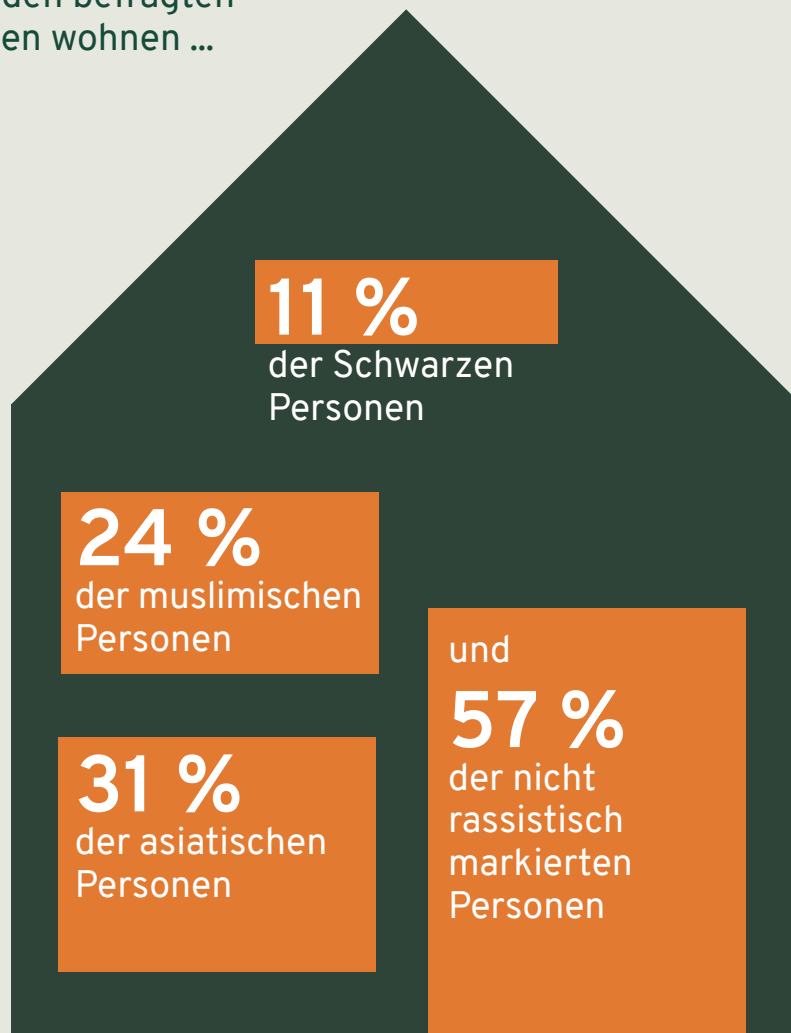


Wenn rassistische Ungleichheiten mitwohnen

Massa Gahein-Sama, Leonie Fuchs, Johanna Kechout

Rassistisch markierte Menschen leben seltener im Eigentum.

Unter den befragten Gruppen wohnen ...



... im Eigentum.

Rassistisch markierte Menschen verfügen über weniger Wohnraum.

Durchschnittlich verfügen ...

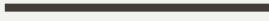


... Wohnraum.

Wie [Kapitel 1](#) zeigt, ist der Zugang zum Wohnungsmarkt in Deutschland von tiefgreifenden sozialen Ungleichheiten geprägt. Diskriminierung und andere strukturelle Barrieren wirken sich dabei jedoch nicht nur auf die Erfolgchancen bei der Wohnungssuche aus, sondern prägen auch die Wohnbedingungen selbst. Wer keine passende Wohnung findet, muss oftmals Kompromisse eingehen – etwa bei Wohnlage, Größe, Renovierungszustand oder Preis – und sich mit prekären, beengten oder überteuerten Wohnverhältnissen arrangieren. Wohnverhältnisse sind daher mehr als ein Spiegel individueller Lebenslagen, sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse: Wer *wie* wohnt, ist keine private, sondern eine politische und gesellschaftliche Frage.

Dieses Kapitel nimmt daher die konkreten Wohnrealitäten der Befragten in den Blick. Im Zentrum stehen vier Dimensionen: die Besitz- und Mietverhältnisse sowie die Wohnraumgröße (siehe [Kapitel 2.1](#)), die subjektiv wahrgenommene Mietkostenbelastung, der objektive Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen, das Risiko von Wohnarmut und die Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung (siehe [Kapitel 2.2](#)), Mängel und der bauliche Zustand des eigenen Wohnraums (siehe [Kapitel 2.3](#)) sowie die Wohnzufriedenheit als zusammenfassender subjektiver Indikator, der alle Facetten der Wohnqualität bündelt (siehe [Kapitel 2.4](#)). Diese Aspekte gelten als zentrale Indikatoren für Wohnqualität und spiegeln zugleich die soziale Positionierung wider. Denn sie geben darüber Aufschluss, unter welchen Bedingungen Menschen leben und wie stark sich diese Bedingungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen unterscheiden.

2.1



Wer wohnt wie? Eigentum,
Mietverhältnisse und Wohnfläche



2.1.1 Eigentumsverhältnisse

Wohneigentum steht in besonderer Weise für Privilegien und soziale Sicherheit. Es schützt nicht bloß vor Mietsteigerungen und Verdrängung, sondern stellt zugleich eine zentrale Ressource zum Aufbau von Vermögen und Erbschaft dar. Wohneigentum umfasst dabei sowohl Eigentumswohnungen als auch Ein- und Zweifamilienhäuser. Letztere sind insbesondere in klein-/vorstädtischen und ländlichen Regionen weit verbreitet und dominieren dort die Form selbstgenutzten Eigentums (Deutschlandatlas 2022). Rund 80 % aller Wohnungen in Deutschland – etwa 32 Millionen – befinden sich in privater Hand, entweder zur Selbstnutzung oder zur Vermietung (Holm 2023). Der private Mietwohnungsmarkt fungiert dabei als dauerhaftes System des Vermögenstransfers von Mieter*innen zu Eigentümer*innen. Die Verteilung von Wohneigentum ist in diesem Zusammenhang nicht nur ein zentraler Indikator für bestehende Ungleichheiten, sondern zugleich deren Quelle: Insbesondere unter den Bedingungen steigender Mieten und wachsender Immobilienwerte vertieft sich die Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden (Holm 2023). Somit zeigt sich, dass gerade die Frage von Eigentum eine zentrale Rolle bei der Konstitution und Verfestigung sozialer Ungleichheitsgefüge spielt (Kadelke 2025).

Bisherige Studien sowie amtliche Statistiken differenzieren meist entlang der Kategorien „Migrationshintergrund“ oder „Einwanderungsgeschichte“: So leben Menschen mit Migrationshintergrund deutlich seltener in Wohneigentum als Menschen ohne entsprechende Zuwanderungsbiografie (Hanhörster 2014; Özcan & Seifert 2004; Reimann 2018; Statistisches Bundesamt 2017, 2023a; Sozialbericht 2024). Laut Statistischem Bundesamt lag die Wohneigentumsquote bei Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 bei etwa 35 %, bei Personen ohne Migrationshintergrund hingegen bei rund 55 % (Statistisches Bundesamt 2017). Einzelne Studien verweisen zudem auf steigende Eigentumsquoten in bestimmten migrantischen Teilgruppen, etwa in der zweiten Generation (Hanhörster 2014; Reimann 2018). Der Erwerb von Wohneigentum kann dabei auch als Reaktion auf erfahrene Diskriminierung verstanden werden, etwa als Strategie, um Ausschlusserfahrungen im Mietwohnungsmarkt zu umgehen (Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) 2020; Hanhörster 2014; Kapphan & König 2005). Dies verweist auf eine durch längere Verweildauer bedingte intergenerationale Stabilisierung, die den Eigentumserwerb begünstigt.

Zugang zu Wohneigentum: Intergenerationale Akkumulation, strukturelle Hürden und historische Disparitäten

Um sich den bestehenden Ungleichheiten in den Wohneigentumsverhältnissen zu nähern, gilt es zu verstehen, wie ökonomische Strukturen, rassistische Diskriminierung und historische Kontinuitäten mit ihnen verknüpft sind.

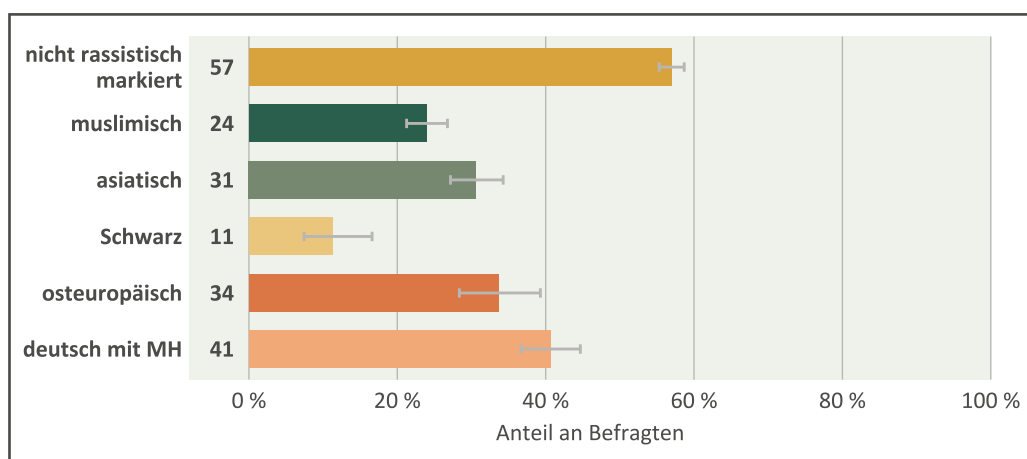
Für den Eigentumserwerb spielt intergenerationales Vermögen eine zentrale Rolle: Die Mehrheit der Haushalte finanziert Wohneigentum ganz oder teilweise durch Erbschaften oder familiäre Schenkungen. Besonders stark profitiert das oberste Fünftel der Vermögensverteilung in Deutschland von solchen Kapitaltransfers (Kadelke 2025; Universität Konstanz 2022). Somit ist der Weg ins Eigentum in Deutschland weitestgehend vorgezeichnet: Neun von zehn Haushalten mit Wohneigentum sind selbst in einem solchen aufgewachsen (Kadelke 2025). Im internationalen Vergleich gibt es kein anderes Land, in dem der Zugang zu Eigentum so eng mit Erbe oder Schenkung verknüpft ist (Angelini et al. 2013). Die Art und Weise, wie in Deutschland Wohneigentum verteilt und weitergegeben wird, trägt damit maßgeblich zur (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit bei (Kadelke 2025).

Gleichzeitig ist der Weg ins Eigentum nach wie vor mit strukturellen Hürden verbunden und setzt sozioökonomische Ressourcen voraus (Faininger & Flechtner 2025). Der Erwerb von Wohneigentum ist eng an den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten wie Bankkredite geknüpft. Untersuchungen belegen, dass Bonitätsprüfungen durch Auskunftseien wie die Schufa diskriminierende Effekte entfalten können: Zum Beispiel gelten beim Geo-Scoring – einem Verfahren, das regionale statistische Daten des Wohnortes einbezieht – stigmatisierte Wohngegenden, die mit sogenannten „Parallelgesellschaften“ assoziiert werden (Hill 2016), als Risikofaktor. Auch Personen, die erstmalig in Deutschland eine Wohnung beziehen möchten, verfügen oftmals nicht über die Voraussetzungen für eine Bonitätsauskunft und sind somit mittelbar beim Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten benachteiligt (Pfeffer-Hoffmann 2019; Hummel et al. 2017). Zunehmend verstärkt werden diese Effekte durch Entscheidungsverfahren auf Basis von Algorithmen. Basieren diese Algorithmen auf historischen Trainingsdaten, können bestehende Verzerrungen fortgeschrieben und systematisiert werden – etwa dann, wenn vergangene Diskriminierung in die Berechnungsgrundlage einfließt (Pfeffer-Hoffmann 2019; Roggemann et al. 2024). Auf diese Weise verfestigen sich strukturelle Ungleichheiten auch in digitalisierten Vergabesystemen.

Die Chancen auf Eigentum sind jedoch nicht nur aktuell ungleich verteilt, sondern Ergebnis historischer Disparitäten. So hat die spezifische migrationspolitische Geschichte in der Bundesrepublik zur strukturellen Unterschichtung von Migrant*innen in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten geführt, deren Erwerbsverläufe sich wesentlich von denen der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden (Karakayalı & Tsianos 2005; Kourabas 2021; Schönwälder & Söhn 2007). Diese Form einer „Inklusion über Exklusion“ (Terkessidis 2003) schloss migrantische Arbeitskräfte zwar in den Markt ein, verweigerte ihnen jedoch oft systematisch sozialen Aufstieg und Vermögensaufbau. Diese Ausschlüsse betreffen nicht nur Einkommen und Bildungschancen, sondern im Bourdieu'schen Sinne auch den ungleichen Zugang zu Wohnraum und Eigentum als Formen ökonomischen und symbolischen Kapitals (Bourdieu 1992). Hiernach sind rassistische Dynamiken nicht den sozialen Ungleichheitsverhältnissen äußerlich, sie sind bereits dort eingeschrieben.

Diese eingebetteten Ungleichheitsbedingungen werden nicht zuletzt durch Dynamiken auf dem Wohnungsmarkt verstärkt: Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte siedeln sich häufig in urbanen Ballungszentren an – dort, wo bereits soziale Netzwerke bestehen und Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind (Häußermann & Oswald 1997; Hillmann 2016; Pott & Tsianos 2014). Diese Orte weisen jedoch eine niedrigere Eigentumsquote und höhere Mietpreise auf als der ländliche Raum. Familien, die bereits über viele Generationen in weniger stark angespannten Wohnungsmärkten leben, verfügen oftmals über vererbtes und vererbbares Eigentum. Migrant*innen fehlt diese Möglichkeit, etwa weil noch kein familiärer Grundbesitz in Deutschland besteht (Verband der Privaten Bausparkassen 2025). Der Zugang zu Wohneigentum ist somit nicht allein eine Frage der aktuellen Marktlage, sondern Ausdruck langfristiger historischer und struktureller Ausschlüsse.

Abbildung 6. Eigentumsverhältnisse/Wohnen im Eigentum nach Gruppenzugehörigkeit (gewichtete Verteilung, Anteile in Prozent)



Lesebeispiel: Der Anteil an muslimischen Menschen, die im Eigentum wohnen, liegt bei 24 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa-panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse sind als Anteilswerte dargestellt. N = 8.530. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 8.184 Individuen.)

Bereits die deskriptiven Ergebnisse des NaDiRa.paneles weisen auf eine deutliche Ungleichverteilung der Eigentumsverhältnisse²¹ hin (siehe [Abbildung 6](#)): Während 57 % der nicht rassistisch markierten Menschen im Eigentum leben, trifft das nur auf etwa jede zehnte Schwarze (11 %) und jede vierte muslimische (24 %) Person zu. Auch der Anteil an asiatischen (31 %) und osteuropäischen Menschen (34 %), die im Eigentum leben, ist deutlich niedriger als der bei der nicht rassistisch markierten Gruppe.

²¹ Wortlaut der Frage im Fragebogen: „Wohnen Sie zur Miete oder gehört Ihnen die Wohnung/das Haus, in der/dem Sie aktuell wohnen?“. Antwortoptionen: (1) „Ich wohne in Eigentum“ und (2) „Ich wohne zur Miete“.

Im nächsten Schritt untersuchen wir, ob diese Gruppenunterschiede auch unter Kontrolle von Soziodemografie (Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht) und räumlichen Indikatoren (Verstädterungsgrad und Anspannung der Wohnungsmärkte²²) bestehen bleiben. Zentrale Ergebnisse sind in [Abbildung 7](#) dargestellt und basieren auf einer Regressionsanalyse.

Es ist zu beachten, dass an dieser Stelle und in den weiteren Analysen dieses Kapitels die Gruppenzugehörigkeit teilweise binär dargestellt wird (siehe Kapitel [Daten und Methoden](#)): rassistisch markiert (muslimische, asiatische, Schwarze und osteuropäische Menschen) und nicht rassistisch markiert. Aufgrund niedriger Fallzahlen können die einzelnen Gruppen nicht separat dargestellt werden, sobald sich die Stichprobe auf eine kleinere Gruppe beschränkt (z. B. nur Mieter*innen) oder Interaktionen mit weiteren Variablen (z. B. Verstädterungsgrad) betrachtet werden.

Die Unterschiede entlang rassistischer Markierungen lassen sich nur teilweise mit sozio-ökonomischen Faktoren (wie Alter, Einkommen und Bildung) oder durch regionale Faktoren (wie urbane Verdichtung oder Anspannung der Wohnungsmärkte) erklären. Zwar gehen höheres Einkommen, höhere Bildung und höheres Alter²³ auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einher, Eigentum zu besitzen, doch auch unter Berücksichtigung dieser Merkmale bestehen Differenzen fort. Der [Beispielkasten 3](#) veranschaulicht diese Unterschiede anhand zweier kontrastierender Fallbeispiele.

Diese Differenz zwischen rassistisch markierten und nicht rassistisch markierten Personen verweist auf den Einfluss von tieferliegenden Mechanismen, die über soziodemografische Merkmale hinauswirken. Die Ergebnisse reflektieren vielmehr die eingangs beschriebene ungleiche Verteilung von intergenerationalen Vermögen, strukturellen Hürden beim Zugang zu Finanzierung und systematischen, historisch gewachsenen Disparitäten.

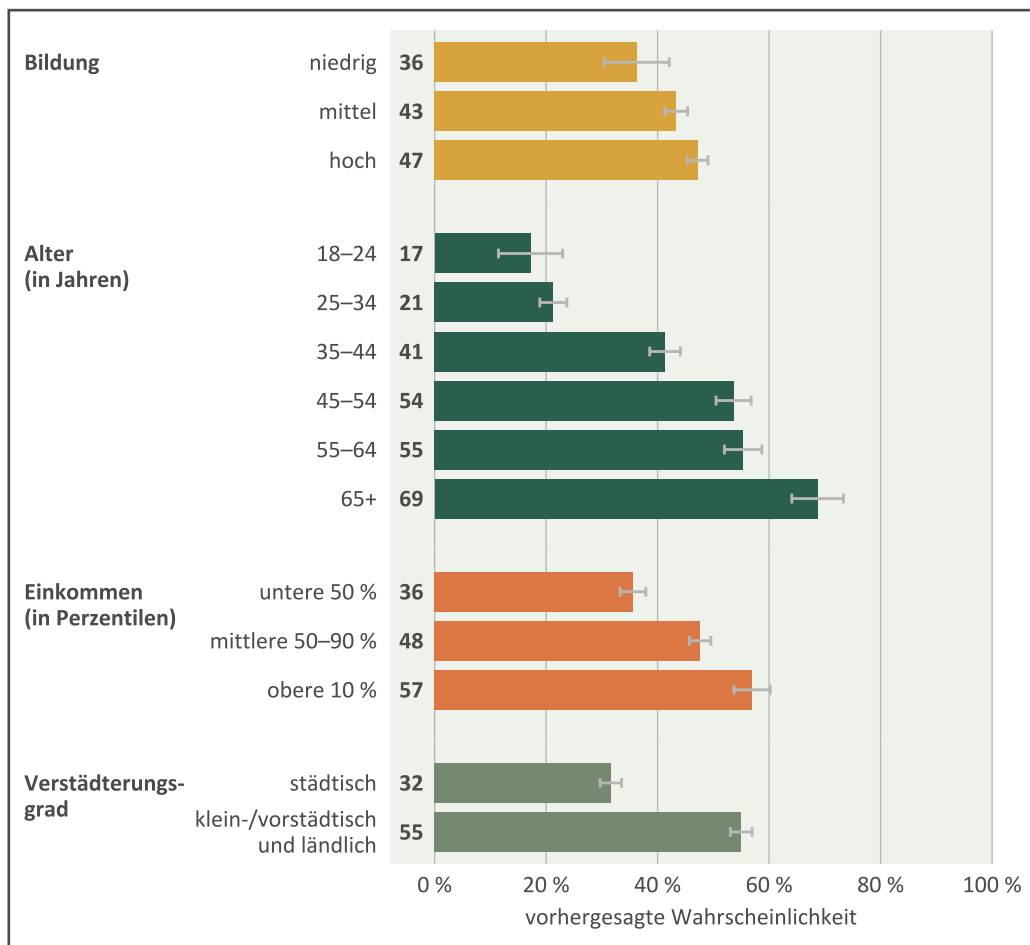
Zusätzlich ist über alle befragten Gruppen hinweg festzuhalten, dass Menschen in urbanen Räumen seltener (32 %) im Wohneigentum leben als in ländlicheren Gegenden (55 %). Dieses Ergebnis steht potenziell mit einer zunehmenden Anspannung der Immobilienmärkte und einer drastischen Steigerung der Immobilienpreise in Zusammenhang, die seit 2012 um bis zu 110 % gestiegen sind und den Erwerb von Eigentum in urbanen Räumen und Metropolen grundsätzlich erschweren (Ewald et al. 2025). Ferner gelten

²² Die Anspannung des Wohnungsmarktes wird über geltende wohnungspolitische Maßnahmen, die Mietpreisbremse und/oder eine abgesenkte Kappungsgrenze auf Gemeindeebene, erfasst (zur Operationalisierung siehe auch Kapitel [Daten und Methoden](#)).

²³ Alter ist in diesem Zusammenhang auch als Indikator dafür zu verstehen, wie lange eine Person potenziell schon in ihrem Haus bzw. in ihrer Wohnung lebt, da sich die Möglichkeit zum Eigentumserwerb durch die Anspannung der Wohnungsmärkte über die Zeit verschlechtert hat (Ewald et al. 2025). Das Jahr des Einzugs wurde hier nicht zusätzlich im Modell aufgenommen, zeigt jedoch einen Effekt, der diese Überlegungen stützt.

einige Großstädte in Deutschland in ihrer Struktur als Mieter*innen-Städte, was den geringeren Anteil an Eigentümer*innen in urbanen Zentren zusätzlich erklärt.

Abbildung 7. Eigentumsverhältnisse/Wohnen im Eigentum nach Bildung, Alter, Einkommen und Verstädterungsgrad (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung im Eigentum wohnen, liegt bei 36 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa-panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem logistischen Regressionsmodell und werden als predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Verstädterungsgrad sowie geltender Mietpreisbremse/Kappungsgrenze (Interaktion mit Gruppenzugehörigkeit). N = 5.836.

➔ **Beispielkasten 3: Zwei Frauen, eine Eigentumswohnung**

Eine muslimische Frau im Alter von 44 Jahren (Durchschnitt) mit hohem Bildungsniveau, einem Haushaltseinkommen von 2.200 Euro (Median) lebt in einer urbanen Region mit angespanntem Wohnungsmarkt. Ihre Wahrscheinlichkeit, in Eigentum zu leben, liegt bei 48 %.

Eine nicht rassistisch markierte Frau mit denselben Merkmalen hat dagegen eine Wahrscheinlichkeit von 63 %, in Eigentum zu wohnen, also rund 15 Prozentpunkte höher. Der Unterschied zeigt: Selbst bei vergleichbarer Bildung, Einkommenslage und Wohnregion bleibt der Zugang zu Eigentum ungleich verteilt.

An dieser Stelle ist jedoch hervorzuheben, dass die angespannten Marktbedingungen, so spürbar sie für alle sind, nicht alle Gruppen in gleicher Weise betreffen. Während nicht rassistisch markierte Personen in weniger angespannten Regionen häufiger Eigentum besitzen als in angespannten Wohnungsmärkten (54 % vs. 46 %), bleibt dieser Effekt unter rassistisch markierten Menschen weitgehend aus (40 % in nicht angespannten, 38 % in angespannten Regionen). Dies zeigt, dass der Zugang zu Wohneigentum nicht allein durch regionale Marktbedingungen geprägt ist, sondern grundsätzlichen Barrieren unterliegt: etwa rassistischer Diskriminierung, struktureller Benachteiligung und historischen Kontinuitäten, die auch abseits vom jeweiligen Wohnort und der Dynamiken des Wohnungsmarktes greifen.

2.1.2 Wohnungsgröße

Die verfügbare Wohnfläche pro Kopf ist ein zentrales Kriterium für Wohnqualität und alltägliche Lebensverhältnisse. Wer auf zu engem Raum lebt, ist im Alltag stärker belastet, hat weniger Rückzugsmöglichkeiten und erlebt häufiger Einschränkungen in der Privatsphäre. Vor diesem Hintergrund widmet sich der folgende Abschnitt der durchschnittlich verfügbaren Wohnfläche und Zimmeranzahl pro Person, differenziert nach soziodemografischen Merkmalen, regionaler Lage und Gruppenzugehörigkeit. Im späteren Abschnitt (siehe [Kapitel 2.1.4](#)) wird der direkte Zusammenhang in der Verteilung von Wohneigentum mit der jeweils zur Verfügung stehenden Wohnfläche zusätzlich thematisiert.

Studien belegen, dass Menschen mit Migrationshintergrund auf deutlich weniger Wohnfläche leben als Menschen ohne Migrationshintergrund (Antidiskriminierungsstelle des

Bundes (ADS) 2020; Hanhörster 2014; Reimann 2018; Statistisches Bundesamt 2017). So zeigte das Statistische Bundesamt bereits 2017, dass migrantischen Mieter*innen im Durchschnitt rund 12 m² weniger Wohnfläche pro Person zur Verfügung stehen als nicht migrantischen. Auch bei Mehrpersonenhaushalten mit gleicher Kinderzahl bestehen gravierende Unterschiede: Haushalte mit Einwanderungsgeschichte leben deutlich beengter (Sozialbericht 2024) – ein Umstand, der die Wohnqualität beeinträchtigt und auf strukturelle Hürden beim Zugang zu angemessenem Wohnraum verweist.

Wie bei den Eigentumsverhältnissen müssen auch im Hinblick auf Wohnflächengröße Migrationsbewegungen, insbesondere im Kontext von Arbeitsmigration, berücksichtigt werden. Menschen mit Migrationshintergrund wohnen überproportional häufig in Großstädten, wo Wohnraum knapp und teurer ist. Im Gegensatz dazu leben Menschen ohne Migrationshintergrund häufiger in ländlichen oder suburbanen Regionen, wo Wohnflächen größer, Mieten niedriger und Eigentumsquoten höher sind (Skifter 2019).

Im NaDiRa.panel verfügen die Befragten durchschnittlich über 59 m² Wohnraum²⁴ und 1,6 Zimmer²⁵ pro Person. Rassistisch markierte Personen wohnen dabei auf deutlich weniger Raum: Sie verfügen im Durchschnitt über 47 m² und 1,3 Zimmer pro Person. Zum Vergleich: Nicht rassistisch markierte Personen verfügen durchschnittlich über 69 m² und 1,9 Zimmer pro Person.²⁶

Dabei bestehen analog zu den Eigentumsverhältnissen deutliche regionale Unterschiede, die jedoch nicht für alle Gruppen in gleichem Maße gelten.²⁷ [Abbildung 8](#) zeigt, dass nicht rassistisch markierte Personen in städtischen Räumen (59 m²) durchschnittlich deutlich weniger Wohnraum zur Verfügung haben als in vor- und kleinstädtischen sowie ländlichen Regionen (68 m²). Für sie macht der Wohnort also einen spürbaren Unterschied. Rassistisch markierte Menschen hingegen leben unabhängig vom Verstädterungsgrad auf statistisch signifikant engerem Raum. Zwar ist auch bei ihnen in Großstädten (53 m²) weniger Platz verfügbar als in Kleinstädten, suburbanen oder ländlichen Gegenden (57 m²), doch fällt dieser Unterschied vergleichsweise gering aus. Dies impliziert wiederum, dass hohe Nachfrage, wachsende Wohnraumknappheit und generell weniger verfügbarer Wohnraum in urbanen Gegenden soziale Ungleichheiten überlagern können, während diese in kleineren Städten oder ländlichen Regionen umso sichtbarer werden. Anders gesagt: Nicht rassistisch markierte Personen profitieren im Hinblick auf ihre Wohnfläche stärker von einem Wohnort außerhalb urbaner Zentren als

²⁴ Wortlaut der Frage: „Wie viele Quadratmeter hat Ihre Wohnung/Ihr Haus?“. Die Befragten konnten die Frage offen beantworten.

²⁵ Wortlaut der Frage: „Wie viele Zimmer hat Ihre Wohnung/Ihr Haus?“. Die Befragten konnten die Frage offen beantworten und ihnen wurde zusätzlich der folgende Hinweis angezeigt: „Bitte zählen Sie Bad und Küche nicht mit.“

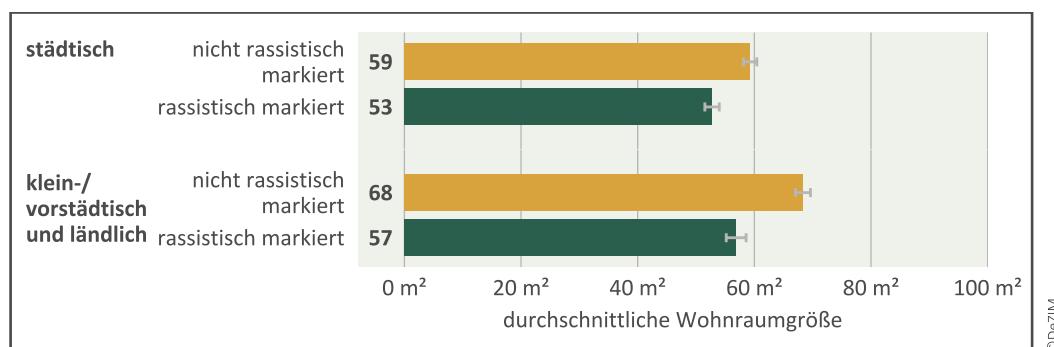
²⁶ Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung. Die Wohnfläche wurde mithilfe der Meyer-Ehlers-Skala äquivalenzgewichtet. Dabei wird angenommen, dass der Wohnraumbedarf mit zunehmender Haushaltsgröße zwar steigt, jedoch unterproportional, da bestimmte Räume (z. B. Küche und Bad) gemeinsam genutzt werden können (Meyer-Ehlers 1971; Weber 2020).

²⁷ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

rassistisch markierte Personen. Gleichzeitig gilt, dass auch geringere Unterschiede in städtischen Mietwohnungen einen großen Unterschied in der Wohnqualität im Alltag ausmachen können.

Außerdem ist die Verfügbarkeit von Wohnraum eng mit strukturellen Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt verknüpft. Entsprechende Analysen zeigen, dass Menschen in angespannten Wohnungsmärkten auf durchschnittlich 4 m² kleinerem Wohnraum leben als an Orten, wo keine Mietpreisbremse und/oder Kappungsgrenze gelten. Auch haben Eigentümer*innen durchschnittlich 18 m² mehr Wohnfläche pro Person zur Verfügung als Mieter*innen. Besonders deutlich ist der Einfluss des Einkommens: Personen aus den oberen 10 % der Einkommensverteilung haben 21 m² mehr Platz zum Wohnen als Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung. Die Größe des verfügbaren Wohnraums ist dementsprechend vor allem eine ökonomische Ressourcenfrage.

Abbildung 8. Durchschnittlich verfügbarer Wohnraum nach Verstädterungsgrad und Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, in m² pro Person, bedarfsgewichtet)



Lesebeispiel: Rassistisch markierte Menschen haben in städtischen Räumen durchschnittlich 53 m² Wohnraum pro Haushaltsmitglied zur Verfügung. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem linearen Regressionsmodell und werden als durchschnittliche bedarfsgewichtete Wohnraumgröße pro Person in m² dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Eigentumsverhältnis, geltender Mietpreisbremse/Kappungsgrenze sowie Verstädterungsgrad (Interaktion mit Gruppenzugehörigkeit). N = 5.734.

Auch das Alter macht unabhängig von Einkommen und Wohnort einen Unterschied: Ältere Personen verfügen im Schnitt über mehr Wohnraum pro Person, während jüngere Personen mit weniger Wohnfläche pro Kopf auskommen müssen – obwohl sie durchschnittlich in größeren Haushalten leben. Dies deutet insgesamt einen Verschluss von Wohnraum an, auf den auch das Verbändebündnis „Soziales Wohnen“ aufmerksam macht: Größere Wohnungen werden demnach überwiegend von kleineren Haushalten älterer Personen genutzt, obwohl sie für Jüngere mit Kindern notwendiger wären. Ein Grund dafür ist, dass viele ältere Mietverträge deutlich günstigere Konditionen bieten. Ein Umzug in kleinere oder passendere Wohnungen ist für viele Personen finanziell nicht attraktiv oder schlicht unmöglich. In der Konsequenz wohnen viele Haushalte in über-

belegten Wohnungen, während bedarfsgerechter Wohnraum nicht verfügbar oder nicht weitergegeben wird (Fuest 2024; Pestel Institut 2023).

2.1.3 Prekäre Mietverträge

Die rechtliche Ausgestaltung von Mietverhältnissen ist ein wichtiger, aber oft übersehener Aspekt sozialer Wohnsicherheit. Denn nicht nur, *ob* jemand zur Miete wohnt, sondern auch, *wie* das Mietverhältnis vertraglich geregelt ist, beeinflusst die Prekarität der Wohnsituation, die finanzielle Stabilität und die Möglichkeit, den Wohnraum als Zuhause zu gestalten. Entsprechend geht der folgende Abschnitt der Frage nach, wie verbreitet solche prekären Mietformen sind und wer besonders häufig betroffen ist. Auf den Zusammenhang prekärer Mietverträge mit dem Vermieter*innentyp (siehe [Kapitel 2.1.4](#)) und der Wohnkostenbelastung (siehe [Kapitel 2.2.3](#)) wird in späteren Abschnitten verwiesen.

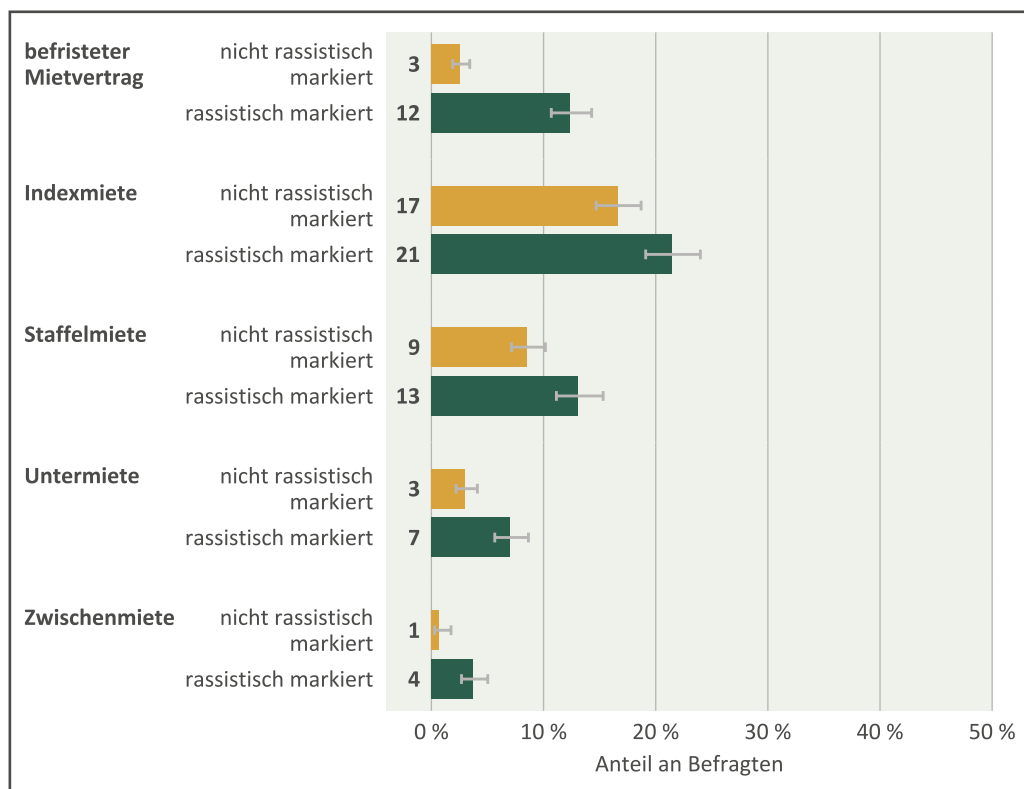
Prekarisierung wird im juristischen Sinne zunächst als eine rechtliche Situation definiert, die auf ungesicherten, unsicheren oder problematischen Verhältnissen beruht (JuraForum 2025). Im Wohnbereich zeigt sich Prekarität etwa in überhöhten Mietkosten, beengtem Raum, baulichen Mängeln oder drohendem Wohnungsverlust – Aspekte, die in verschiedenen Abschnitten dieses Kapitels thematisiert werden (siehe [Kapitel 2.2](#), [Kapitel 2.1.2](#), [Kapitel 2.3](#)). Von dieser Unsicherheit sind nicht nur einkommensarme Haushalte betroffen, sondern zunehmend auch weite Teile der Mittelschicht, darunter bildungsnahe Milieus, die insbesondere auf angespannten Wohnungsmärkten, mit steigenden Belastungen konfrontiert sind (Künstler & Schipper 2021; Marchart 2013; Nightwey 2016).

Ein oft übersehener Ausdruck dieser Prekarität liegt in der vertraglichen Ausgestaltung von Mietverhältnissen, etwa durch Befristungen, Staffel- oder Indexmieten²⁸, möblierten Kurzzeitvermietungen oder Untermietkonstruktionen. Solche Vertragsformen können finanzielle Unsicherheiten erhöhen und dienen teils gezielt dazu, gesetzliche Mietschutzregelungen wie die Mietpreisbremse zu umgehen, beispielsweise durch aufgedrängte Serviceverträge oder überhöhte Vergleichsmieten. Diese Vertragsverhältnisse haben erhebliche und unmittelbare Auswirkungen auf das Wohnerleben. In der Forschung konnte nachgewiesen werden, dass kurzfristige und unsichere Mietverträge die Wohnsicherheit untergraben und das Einleben im Zuhause erschweren (Easthope 2014; Hiscock et al. 2001; Holdsworth 2011; Hulse & Saugeres 2008; Mallinson 2019; Robertson et al. 2014; Rolfe et al. 2023; Rugg & Rhodes 2008; Shelter 2016; Smith et al.

²⁸ Eine Staffelmiete legt bereits im Mietvertrag fest, in welchen Zeitabständen und in welcher Höhe die Miete automatisch steigt (§ 557a BGB). Die Staffeln müssen jeweils mindestens ein Jahr betragen. Auch hier sind andere Mieterhöhungen während der Laufzeit ausgeschlossen. Bei einer Indexmiete wird die Miete an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex (VPI) gekoppelt. Erhöhungen erfolgen ausschließlich auf Basis der allgemeinen Preisentwicklung und müssen schriftlich vereinbart sowie nachvollziehbar begründet werden (§ 557b BGB). Weitere Mieterhöhungen sind bei einer Indexmiete ausgeschlossen.

2014; Walsh 2019). Diese Unsicherheit macht es deutlich schwerer, lokale Beziehungen aufzubauen, insbesondere für Familien mit schulpflichtigen Kindern. Fehlende Kontrolle über das Wohnen, häufige Umzüge und finanzielle Belastungen können zu psychischem Stress und Angst, gesundheitlichen Problemen oder eingeschränkter elterlicher Fürsorge führen (Chisholm et al. 2017; Holdsworth 2011; Hulse & Saugeres 2008; Shelter 2016; Soaita & McKee 2019; Vobecká et al. 2014). In der deutschen Forschungslandschaft fehlt bislang eine ausreichende Auseinandersetzung mit verschiedenen prekären Mietformen und deren Auswirkungen. Umso wichtiger ist es, diese Formen der Unsicherheit sichtbar zu machen und systematisch zu analysieren – gerade auch im Zusammenspiel mit rassistischbezogenen Ungleichheiten.

Abbildung 9. Art des Mietvertrags (Anteil der Mieter*innen mit einem solchen Mietvertrag) nach Gruppenzugehörigkeit (gewichtete Verteilung, Anteile in Prozent)



Lesebeispiel: Der Anteil an rassistisch markierten Mieter*innen mit Indexmietvertrag liegt bei 21 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichteter), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse sind als Anteilswerte dargestellt. Die Anzahl der gültigen Angaben unterscheidet sich je nach Mietvertragsart. Mehrfachantworten waren möglich. N = 4.604–3.863.

In den Daten des NaDiRa.panels sind deskriptiv deutliche Gruppenunterschiede in Bezug auf die Art des Mietverhältnisses erkennbar, die in [Abbildung 9](#) dargestellt sind. Alle Mieter*innen im Panel wurden nach der Form ihres aktuellen Mietvertrags gefragt.²⁹ Während lediglich 8 % in einem befristeten Mietverhältnis leben, liegt der Anteil von Menschen mit Index- (19 %) oder Staffelmietvertrag (11 %) höher. Zusätzlich wohnen 5 % zur Untermiete und 2 % in einem Zwischenmietverhältnis. Rassistisch markierte Personen sind davon überdurchschnittlich häufig betroffen: So leben sie etwa viermal so oft in befristeten Mietverträgen wie nicht rassistisch markierte Personen (12 % vs. 3 %).³⁰ Auch bei Untermiete und Zwischenmiete zeigen sich besonders deutliche Unterschiede: Rassistisch markierte Personen wohnen mehr als doppelt so häufig in solchen Konstellationen. Bei Index- und Staffelmieten sind die Differenzen zwar weniger stark ausgeprägt, aber ebenfalls vorhanden.

Für diese ungleiche Verteilung prekärer Mietverhältnisse entlang rassistischer Markierungen gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Zum einen erschwert Diskriminierung im Auswahlprozess den Zugang zu regulären Mietverhältnissen (siehe [Kapitel 1](#)): Wer seltener zu Besichtigungen eingeladen oder bei der Vergabe systematisch benachteiligt wird, hat geringere Chancen auf stabile und gut geschützte Verträge. Bestimmte Vertragsformen werden möglicherweise auch gezielt bestimmten Gruppen angeboten. Zum anderen verfügen rassistisch markierte Personen häufig über weniger Verhandlungsmacht gegenüber Vermieter*innen, etwa aufgrund geringerer finanzieller Rücklagen, eingeschränkter Auswahlmöglichkeiten oder auch erwarteter Zurückweisungen. Dadurch sind sie mit höherer Wahrscheinlichkeit auf weniger regulierte Marktsegmente angewiesen, die strukturell mit Unsicherheit verbunden sind und in denen gesetzliche Schutzmechanismen nur eingeschränkt greifen – etwa möblierte Kurzzeitvermietungen, Untermietverhältnisse oder informelle Wohnlösungen. Auch strukturelle Ausschlüsse, durch fehlende Netzwerke, Sprachbarrieren oder aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten, können dazu führen, dass bestimmte Gruppen kaum Zugang zu sicheren Vertragsverhältnissen erhalten.

2.1.4 Vermieter*innentyp

Vermieter*innen besitzen weitreichende Entscheidungsspielräume, mit denen sie die Wohnverhältnisse ihrer Mieter*innen erheblich beeinflussen können, sowohl bei der Wohnungsvergabe als auch im laufenden Mietverhältnis. Dieses Machtungleichgewicht wird auch theoretisch beschrieben. So versteht David Harvey (1974) das Mietverhältnis

²⁹ Befragte, die angaben, zur Miete zu wohnen, erhielten zunächst die Frage: „*Welche Art von Mietvertrag haben Sie?*“ mit den Antwortoptionen: (1) befristeter Mietvertrag und (2) unbefristeter Mietvertrag. Anschließend wurden sie gebeten: „*Bitte kreuzen Sie auch an, falls zusätzlich eine der folgenden Mietformen auf Sie zutrifft.*“ Dabei konnten sie zwischen (1) Indexmiete, (2) Staffelmiete, (3) Untermiete und (4) Zwischenmiete wählen.

³⁰ Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung. Die beschriebenen Gruppenunterschiede bleiben in Regressionsanalysen unter Kontrolle von Geschlecht, Bildung, Alter, Einkommen und geltender Mietpreisbremse/Kappungsgrenze signifikant.

als Teil eines Spannungsverhältnisses zwischen Eigentum und Miete, in dem Wohnraum vor allem Eigentümer*innen als knappe Ressource zur Vermögensbildung und zur sozialen Positionierung dient. Mieter*innen hingegen sind durch stetige Mietzahlungen strukturell benachteiligt. Li (2023) betont, dass zwischen beiden Gruppen eine grundlegende Trennlinie entlang ökonomischer Ressourcen, institutioneller Kontrolle und der Aneignung von Wohnraumrenditen verläuft.

Dieses strukturelle Machtverhältnis zeigt sich nicht nur in der Entscheidung, wer überhaupt einen Mietvertrag erhält, sondern kann zahlreiche Regelungen im Alltag betreffen: So können Vermieter*innen Bedingungen formulieren, die über gesetzliche Vorgaben hinausgehen und sich in rechtlichen Grauzonen bewegen. Dazu zählen Mindestmietdauern, besondere Haushalts- und Gartenpflegepflichten oder die vertragliche Ausklammerung von Nebenräumen wie Keller, Dachboden oder Fahrradstellflächen aus dem Mietpreis (Kadelke 2023). Weitere Praktiken wie kurzfristige Mietverträge, häufige Inspektionen, Verbote von Gästen oder das Untersagen von Umgestaltungen verstärken zusätzlich das Unsicherheitsgefühl. Auch bei Vertragsauflösungen oder Konflikten zeigt sich das Machtgefälle: Kündigungen, die Rückzahlung von Kauttionen oder die Frage nach Reparaturen können oft einseitig durch die Vermieter*innen festgelegt, verzögert oder in Teilen verweigert werden (Kadelke 2023). Neben juristischen Rahmenbedingungen spielt auch die Qualität der Kommunikation und die Reaktionsgeschwindigkeit der Vermieter*innen auf Anliegen eine zentrale Rolle für das subjektive Wohnerleben (Rolfe et al. 2023).

Gleichzeitig ist nicht jede Vermieter*innenschaft gleich. Während sich die allgemeine Zufriedenheit der Mieter*innen zwischen den verschiedenen Vermieter*innentypen laut Untersuchungen kaum unterscheidet (Voigtländer & Sagner 2019; Wolbring & Wrede 2024), zeigen sich teils deutliche Disparitäten in zentralen Aspekten wie etwa bei Modernisierungsaktivitäten, Mietpreisen und Fluktuation (Voigtländer & Sagner 2019). Großvermieter*innen und institutionelle Investor*innen verfolgen häufig renditeorientierte Strategien (Holm 2008; Voigtländer & Sagner 2019), die mit deutlicheren Mieterhöhungen und einem erhöhten Verdrängungsrisiko einhergehen können (Hölzl et al. 2025; Voigtländer & Sagner 2019), zugleich aber auch Investitionen in beispielsweise energetische Sanierung einschließen (Michelsen et al. 2013). Kommunale und öffentliche Anbieter*innen setzen stärker auf soziale Verantwortung und langfristige Stabilität (Banabak 2023), während Genossenschaften besonders auf Mitbestimmung und dauerhafte Bezahlbarkeit ausgerichtet sind (Wolbring & Wrede 2024). Allerdings können genossenschaftliche Modelle auch Zugangshürden mit sich bringen, etwa durch Mitgliedschaftsanforderungen oder interne Auswahlprozesse (Heinze & Wilde 2025; Hurni 2009). Unterschiede bestehen auch im Grad der Professionalisierung: Große und kommunale Anbieter*innen verfügen meist über formalisiert organisierte Verwaltungsstrukturen und systematische Verfahren zur Instandhaltung und Kommunikation (Decker 2023; Gomory et al. 2024). Solche strukturellen Differenzen beeinflussen nicht nur Qualität und Sicherheit von Mietverhältnissen, sondern auch, wer überhaupt Zugang zu welchen Segmenten des Wohnungsmarktes erhält.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Unterschiede zwischen Vermieter*innentypen ist es von Interesse, ob sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen ungleich auf diese verteilen. Denn es kann erheblichen Einfluss auf Stabilität, Sicherheit und Wohnqualität haben, bei welcher Art von Vermieter*innen Personen wohnen.

Im Folgenden werden daher die empirischen Ergebnisse zur Verteilung der verschiedenen Gruppen auf unterschiedliche Vermieter*innengruppen dargestellt. Alle Mieter*innen im Panel wurden zu ihren Vermieter*innen befragt.³¹ Der größte Anteil wohnt bei privaten Vermieter*innen (62 %) oder bei einer Wohnungsgesellschaft wie zum Beispiel Vonovia, Deutsche Wohnen oder Adler (26 %). Kommunale bzw. städtische Anbieter*innen und Genossenschaften spielen im Vergleich eine deutlich kleinere Rolle und werden jeweils nur von bis zu 7 % genannt.³²

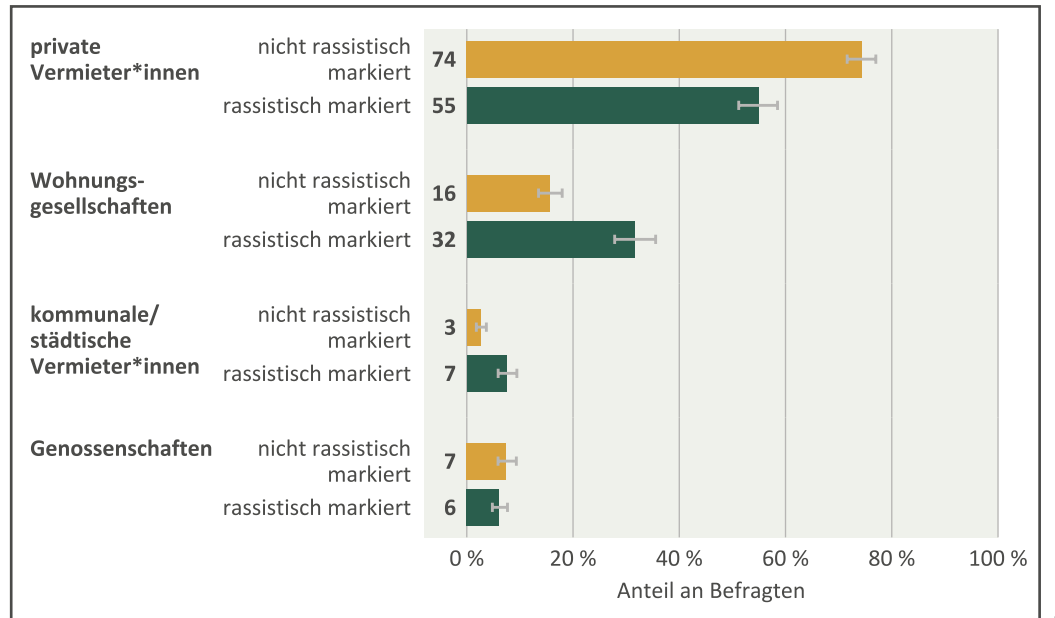
In [Abbildung 10](#) wird ersichtlich, dass durchschnittlich drei Viertel der nicht rassistisch markierten Mieter*innen bei privaten Vermieter*innen wohnen, während dies lediglich auf 55 % der muslimischen, Schwarzen, asiatischen oder osteuropäischen Mieter*innen zutrifft. Rassistisch markierte Menschen mieten anteilig deutlich häufiger bei einer Wohnungsgesellschaft (32 %), was nur 16 % der nicht rassistisch markierten Mieter*innen tun.

Es ist wenig überraschend, dass der größte Teil der Befragten bei privaten Kleinvermieter*innen wohnt. Es spiegelt wider, dass diese die größte Vermieter*innengruppe darstellen. Auffällig ist jedoch die Umkehr der Verhältnisse zwischen nicht rassistisch markierten und rassistisch markierten Menschen in Bezug auf die beiden häufigsten Vermieter*innentypen: Während erstere deutlich häufiger bei privaten Vermieter*innen wohnen, sind letztere überproportional oft Mieter*innen von Wohnungsgesellschaften. Aus den vorliegenden Daten lassen sich keine eindeutigen Schlüsse darüber ziehen, welche Mechanismen zu dieser ungleichen Verteilung führen. Die empirischen Erkenntnisse zur Vergabe von Wohnungen legen jedoch nahe, dass diskriminierende Praktiken bei privaten Vermieter*innen verstärkt aufkommen und diese Unterschiede herbeiführen könnten (Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) 2020; Auspurg et al. 2017; European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) 2023; Flage 2018; Rosen et al. 2021), wengleich das Feldexperiment eine gleich starke diskriminierende Praktik zeigt (siehe [Kapitel 1](#)) – unabhängig der Vermieter*innentypen.

³¹ Wortlaut im Fragebogen: „Und bei wem mieten Sie aktuell Ihre Wohnung/Ihr Haus?“, mit den Antwortoptionen: (1) Wohnungsgesellschaft (z. B. Vonovia, Deutsche Wohnen oder Adler), (2) private Vermieter/private Vermieterin, (3) kommunaler/städtischer Vermieter und (4) Genossenschaft. Hier ist zu beachten, dass die Daten des NaDiRa.panels keine klare Trennung zwischen kleinen und großen privaten Vermieter*innen erlauben. Bei Wohnungsgesellschaften handelt es sich ebenfalls um private Vermieter*innen. Da große private Wohnungsgesellschaften jedoch separat ausgewiesen wurden, liegt nahe, dass Befragte in ihrem Antwortverhalten „private Vermieter/private Vermieterin“ in Abgrenzung zu diesen verstanden haben.

³² Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung.

Abbildung 10. Vermieter*innentyp nach Gruppenzugehörigkeit (gewichtete Verteilung, Anteile in Prozent)



Lesbeispiel: Der Anteil an nicht rassistisch markierten Mieter*innen, die bei einer/einem privaten Vermieter*in wohnen, liegt bei 74 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtete), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse sind als Anteilswerte dargestellt. N = 3.308.

Welche Unterschiede sich aus den verschiedenen Vermieter*innentypen für das alltägliche Wohnen ergeben, beispielsweise hinsichtlich Wohnfläche oder Vertragsform, wird im nächsten Abschnitt untersucht, wo in [Kapitel 2.2.3](#) auch der Zusammenhang mit der Wohnkostenbelastung skizziert wird.

Zusammenhänge: Wohnungsgröße, Mietvertragstyp und Vermieter*innentyp

Aus den empirischen Ergebnissen dieses Kapitels wird deutlich, dass sowohl die verfügbare Wohnfläche als auch die Art des Mietvertrags nach Gruppenzugehörigkeit variieren: Rassistisch markierte Personen wohnen seltener in Eigentum (siehe [Kapitel 2.1.1](#)), verfügen im Schnitt über weniger Wohnraum (siehe [Kapitel 2.1.2](#)) und leben häufiger in prekären Mietverhältnissen wie Untermiete, Befristung oder Indexmietverträgen (siehe [Kapitel 2.1.3](#)). Gleichzeitig können sich zwischen verschiedenen Vermieter*innentypen Unterschiede hinsichtlich Wohnmerkmalen zeigen.

Wie aber hängen die Größe der jeweiligen Wohnung, die Art des Mietvertrags sowie der Vermieter*innentyp miteinander zusammen? Dafür liegen für Deutschland bislang keine differenzierten quantitativen Daten vor. Die folgenden Analysen sind ein erster Anhaltspunkt, diese bestehende Forschungslücke zu adressieren. Es wird aufgezeigt, wie sowohl

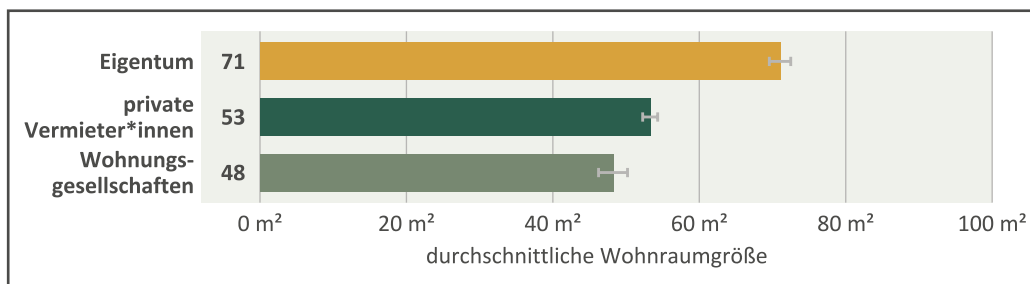
der Eigentumsstatus als auch die Art der Vermietung – etwa durch private Vermieter*innen oder große Wohnungsgesellschaften – die Wohn- und Vertragsverhältnisse der Bewohner*innen beeinflussen (siehe [Abbildungen 11, 12](#)).

So haben Personen im Eigentum im Schnitt pro Person 71 m² und 1,8 Zimmer zur Verfügung, während es bei privaten Vermieter*innen pro Person 53 m² und 1,6 Zimmer sind. Menschen, die bei einer Wohnungsgesellschaft mieten, haben mit durchschnittlich 48 m² und 1,4 Zimmern pro Kopf die geringste Wohnfläche zur Verfügung (siehe [Abbildung 11](#)).³³ [Beispielkasten 4](#) veranschaulicht diese Erkenntnis.

➔ Beispielkasten 4: Eine Frau, drei Wohnungsgrößen

Eine muslimische Frau, 44 Jahre alt (Durchschnitt), mit mittlerem Bildungsabschluss, einem Haushaltseinkommen von 2.200 Euro (Median) und Wohnsitz in einer Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt, lebt bei einer Wohnungsbaugesellschaft durchschnittlich auf 40 m². Mietet dieselbe Frau stattdessen bei einer privaten Vermieter*in, stehen ihr im Schnitt rund 4 m² mehr zur Verfügung. Im Eigentum hätte sie sogar 22 m² mehr Platz.

Abbildung 11. Durchschnittlich verfügbarer Wohnraum nach Vermieter*innentyp (Regressionsergebnisse, in m² pro Person, bedarfsgewichtet)

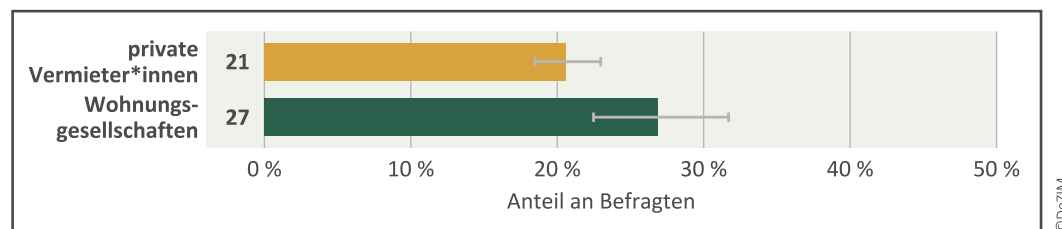


Lesebeispiel: Menschen, die bei einer Wohnungsgesellschaft (z. B. Vonovia, Deutsche Wohnen oder Adler) mieten, haben durchschnittlich 48 m² Wohnraum pro Haushaltsmitglied zur Verfügung. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem linearen Regressionsmodell und werden als durchschnittliche bedarfsgewichtete Wohnraumgröße pro Person in m² dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, geltende Mietpreisbremse/Kappungsgrenze sowie Verstärkerungsgrad (Interaktion mit Gruppenzugehörigkeit). N = 3.897.

³³ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

Auch bei der Vertragsform zeigen sich Unterschiede: Mieter*innen bei Wohnungsgesellschaften haben durchschnittlich häufiger Indexmietverträge als Mieter*innen bei privaten Vermieter*innen (siehe [Abbildung 12](#)).³⁴

Abbildung 12. Indexmietverträge nach Vermieter*innentyp (gewichtete Verteilung, Anteile in Prozent)



Lesebeispiel: Der Anteil an Indexmietverträgen liegt für Mieter*innen bei Wohnungsgesellschaften bei 27 %.

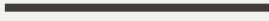
Anmerkung: Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse sind als Anteilswerte dargestellt. N = 2.373.

Da muslimische, Schwarze, asiatische oder osteuropäische Menschen häufiger bei Wohnungsgesellschaften mieten und seltener im Eigentum leben, dürften Unterschiede in der Wohnraumgröße und Mietvertragsform zumindest teilweise über den Vermieter*innentyp vermittelt sein.

Angesichts dessen, dass es an vergleichender Forschung zu Lebensbedingungen bei unterschiedlichen Vermieter*innengruppen und deren Auswirkungen auf verschiedene, insbesondere vulnerable Personengruppen mangelt, erscheint eine vertiefte Untersuchung dieses Themenfelds dringend erforderlich. Die vorliegenden Ergebnisse können dabei als erste Orientierung dienen, um die Bedeutung des Vermieter*innentyps für Wohnqualität und Vertragsverhältnisse systematisch zu erfassen und in künftiger Forschung vertiefend zu untersuchen.

³⁴ Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung. Die beschriebenen Gruppenunterschiede bleiben in Regressionsanalysen unter Kontrolle von Gruppenzugehörigkeit, Geschlecht, Bildung, Alter, Einkommen und geltender Mietpreisbremse/Kappungsgrenze signifikant.

2.2



**Für wen ist Wohnen teuer?
Ungleiche Wohnkostenbelastung**



2.2.1 Subjektive Wohnkostenbelastung

Wohnkosten gehören in Europa zu den größten Ausgabeposten privater Haushalte. Bereits für den Zeitraum 2005 bis 2008 zeigte Springler (2010), dass der Anteil an Wohnkosten am verfügbaren Einkommen in 15 EU-Staaten auf durchschnittlich knapp 30 % angestiegen war. In Deutschland ist die finanzielle Belastung durch Wohnen im internationalen Vergleich besonders hoch (Springler 2010). Seither hat sich die Situation weiter verschärft: Zwischen 2015 und 2022 stiegen Mieten und Nebenkosten kontinuierlich an (Holm 2018; Statistisches Bundesamt 2022a).

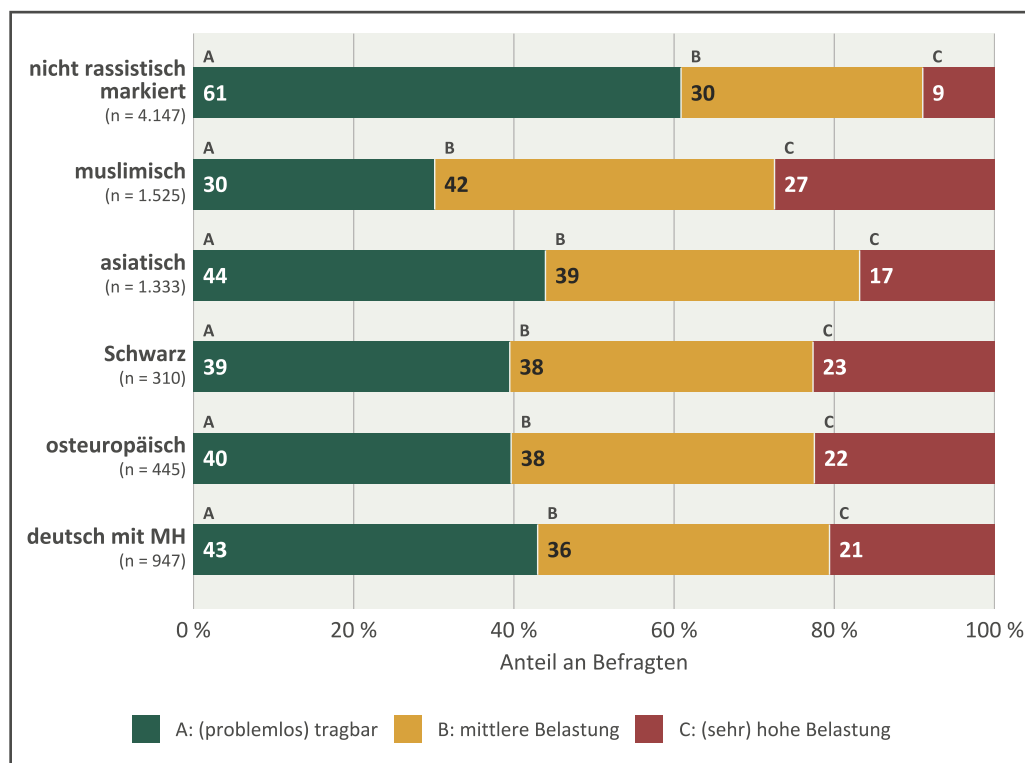
Soziale Ungleichheiten prägen die Wohnkostenbelastung in Deutschland in besonderer Weise. Besonders betroffen sind dabei vulnerable Gruppen wie Alleinerziehende, Rentner*innen und Studierende (Cludius et al. 2022; Statistisches Bundesamt 2022a). Vor allem einkommensschwache Haushalte tragen eine überproportionale Belastung. Sie leben häufiger unterhalb der Armutsgrenze, zahlen im Schnitt dennoch höhere Mieten und bewohnen kleinere Wohnungen (Hinz & Auspurg 2016; Holm et al. 2021; Winke 2016). Mieterhaushalte in der untersten Einkommensgruppe gaben im Jahr 2021 durchschnittlich 42,6 % ihres Einkommens für Wohnkosten aus. Über ein Drittel dieser Haushalte galt als überbelastet – in städtischen Räumen noch stärker als im bundesweiten Schnitt (Statistisches Bundesamt 2022b). In Großstädten lebten 2018 nur weniger als die Hälfte aller Haushalte in Wohnungen, die sowohl bezahlbar als auch angemessen groß waren, also eine Mindestgröße entsprechend der Haushaltsgröße nicht unterschritten (Holm et al. 2021). Auch Menschen mit Migrationshintergrund zahlen im Schnitt höhere Mieten, selbst bei vergleichbaren Voraussetzungen (Hartung 2014; Winke 2016). Entsprechend ist ihre Mietbelastung überdurchschnittlich hoch.

Eine strukturelle Ursache dieser Entwicklung liegt im Rückgang des sozialen Wohnungsbaus. Deutschland verzeichnet seit den 1990er Jahren einen erheblichen Rückgang öffentlich geförderter Wohnungen (Dewilde 2018; Kemp & Kofner 2010; Wijburg & Aalbers 2017). Der Bestand an belegungsgebundenen Sozialwohnungen sank zwischen 2006 und 2016 um fast 40 % (Hanhörster 2019; Neupert 2017). Diese Verknappung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die ungleiche Wohnkostenbelastung verschärfte – insbesondere für ohnehin benachteiligte Gruppen.

Alle Befragten, unabhängig davon, ob sie zur Miete wohnen oder im Eigentum leben, wurden danach gefragt, wie sie die derzeitige finanzielle Belastung ihres Haushalts durch zu tragende Wohnkosten, einschließlich Nebenkosten und Strom, einschätzen.³⁵

Rein deskriptiv betrachtet geben nicht rassistisch markierte Individuen deutlich seltener als rassistisch markierte an, dass ihre Wohnkosten eine (sehr) hohe finanzielle Belastung darstellen (9 %) (siehe [Abbildung 13](#)): Bei muslimischen (27 %), Schwarzen (23 %) oder osteuropäischen (22 %) Menschen liegt der Anteil deutlich über 20 %. Spiegelbildlich sind lediglich für 30 % der muslimischen Befragten ihre Wohnkosten (problemlos) tragbar, während dies für doppelt so viele (61 %) der nicht rassistisch markierten Personen der Fall ist.

Abbildung 13. Wohnkostenbelastung (subjektive Einschätzung) nach Gruppenzugehörigkeit (gewichtete Verteilung, Anteile in Prozent)



Lesebeispiel: Der Anteil an osteuropäischen Menschen, für die ihre Wohnkosten eine (sehr) hohe finanzielle Belastung darstellen, liegt bei 22 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse sind als Anteilswerte dargestellt. N = 8.707. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 8.355 Individuen.)

³⁵ Formulierung im Fragebogen: „Sind für Ihren Haushalt die jetzigen Kosten des Wohnens einschließlich Nebenkosten und Strom ... 1 problemlos tragbar – 10 eine sehr hohe finanzielle Belastung?“. Für die Analysen wurde die zehnstufige Skala in drei Gruppen zusammengefasst: 1–3 „(problemlos) tragbar“, 4–7 „mittlere Belastung“ und 8–10 „(sehr) hohe finanzielle Belastung“.

Die wahrgenommene Wohnkostenbelastung wird von sozioökonomischen Faktoren und Eigentumsverhältnissen beeinflusst (siehe [Abbildung 14](#))³⁶: Menschen mit niedrigerem formalen Bildungsgrad, in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung und in mittlerem Alter sowie Personen, die zur Miete wohnen, erleben mit erhöhter Wahrscheinlichkeit eine erhebliche finanzielle Belastung durch ihre Wohnkosten. Dabei bleiben die beschriebenen Gruppenunterschiede zwischen Schwarzen, muslimischen, asiatischen, oder osteuropäischen Menschen und nicht rassistisch markierten Personen auch unter Berücksichtigung dieser Merkmale bestehen. [Beispielkasten 5](#) macht die Unterschiede greifbar. Damit lässt diese Analyse darauf schließen, dass Wohnkostenbelastung keine Frage individueller Herkunft ist, sondern Ausdruck struktureller Hürden, die vor allem einkommensschwache Haushalte betreffen.

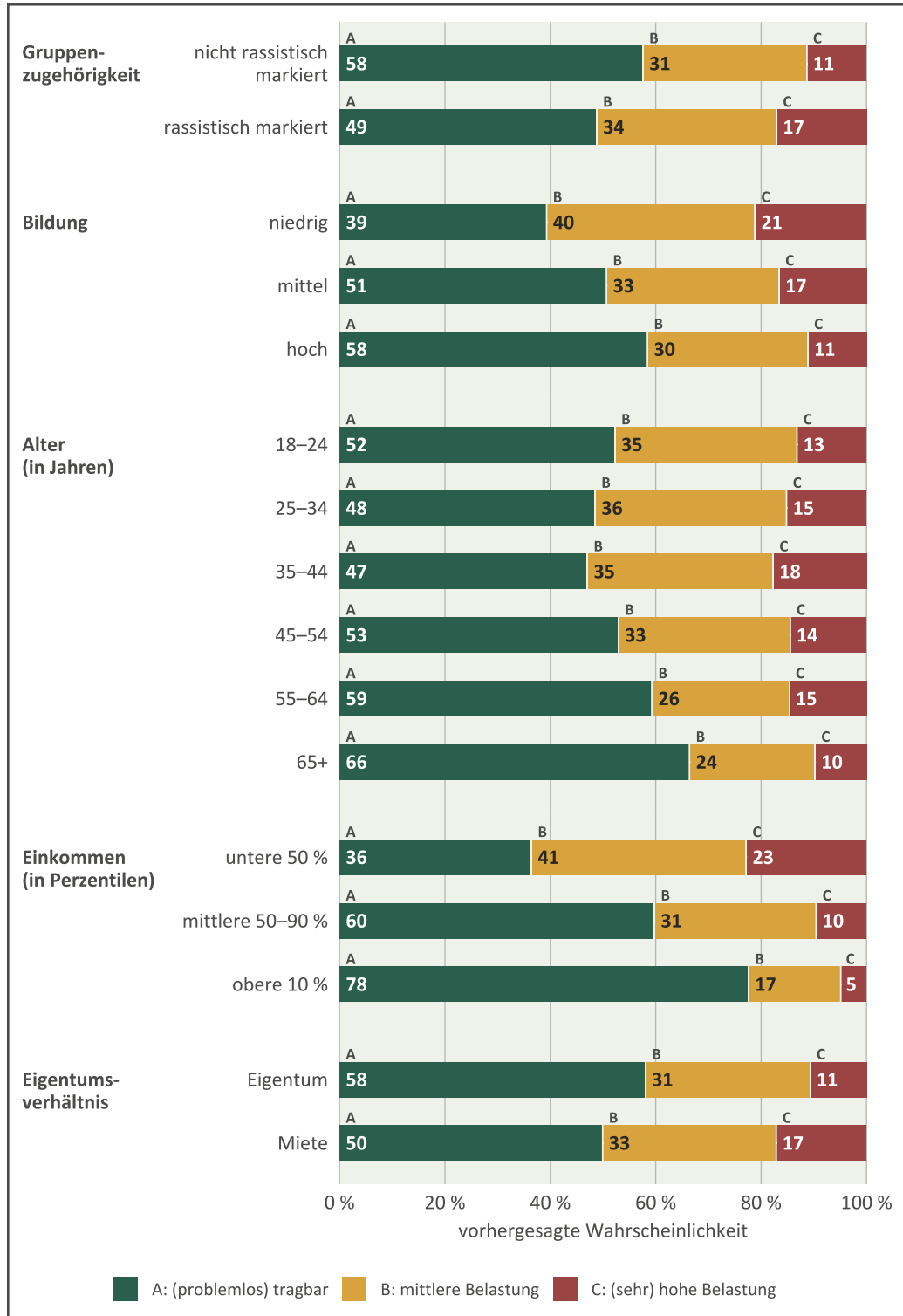
➔ **Beispielkasten 5: Ungleiche Mietbelastung**

Eine muslimische Frau im Alter von 44 Jahren (Durchschnitt), mit mittlerem Bildungsabschluss, die in einer urbanen Gegend zur Miete wohnt und ein niedriges Einkommen hat (untere Hälfte der Einkommensverteilung), trägt mit einer Wahrscheinlichkeit von 42 % eine (sehr) hohe finanzielle Belastung durch ihre Wohnkosten. Für eine nicht rassistisch markierte Frau mit denselben Merkmalen liegt die Wahrscheinlichkeit bei 25 %, also mehr als 15 Prozentpunkte niedriger.

Mit steigendem Einkommen verringert sich die Wahrscheinlichkeit einer hohen finanziellen Belastung für beide, jedoch auf unterschiedlichem Niveau. Bei mittlerem Einkommen (mittlere 50 bis 90 % der Einkommensverteilung) sinkt die Wahrscheinlichkeit für die muslimische Frau auf 20 %, für die nicht rassistisch markierte Frau auf 10 %. Sie bleibt damit für die muslimische Frau doppelt so hoch.

³⁶ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

Abbildung 14. Wohnkostenbelastung (subjektive Einschätzung) nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



©DeZIM

Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung durch ihre Wohnkosten eine (sehr) hohe finanzielle Belastung erfahren, liegt bei 23 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einer ordinal-logistischen Regression und werden als predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Verstärkerungsgrad sowie Eigentumsverhältnis. N = 6.008.

Hierbei ist zu beachten, dass in den Daten des NaDiRa.panels muslimische, asiatische, Schwarze, osteuropäische Menschen sowie Deutsche mit Migrationshintergrund durchschnittlich über geringere Haushaltseinkommen verfügen als nicht rassistisch markierte Personen. Dies gilt sowohl vor als auch nach Berücksichtigung der Bildungsabschlüsse und anderer soziodemografischer Faktoren, über die Einkommensungleichheiten erklärt werden können. Die Verschränkung von ökonomischen Ungleichheiten und Rassismus spiegelt sich statistisch im Anteil der Gruppenunterschiede in der Wohnkostenbelastung wider, der über Einkommens- oder Bildungsunterschiede vermittelt wird. Aus den multivariaten Analysen geht daher einerseits hervor, dass eine höhere Wohnkostenbelastung von rassistisch markierten Menschen nicht ausschließlich auf deren Einkommen zurückzuführen ist. Andererseits zeigen sie, dass auch unabhängig von der rassistischen Markierung in erster Linie Menschen der unteren Hälfte der Einkommensverteilung von (sehr) hohen Wohnkostenbelastungen betroffen sind – mehr als jede fünfte Person (siehe [Abbildung 14](#)). So wird deutlich, dass Maßnahmen, die zur Senkung von Wohnkosten für einkommensschwache Haushalte beitragen, zugleich rassismuselevant sind, weil sie strukturell benachteiligte Gruppen überproportional entlasten.

2.2.2 Objektive Mietbelastung

Die subjektive Einschätzung der Wohnkostenbelastung spiegelt sich auch in objektiven Kennzahlen wider – speziell im Anteil des Einkommens, den Mieter*innen für ihre Wohnkosten aufbringen. Als gängige Leistbarkeitsgrenze gilt ein Schwellenwert von 30 % des Haushaltsnettoeinkommens, bezogen auf die Bruttowarmmiete (Holm et al. 2021). Überschreitet ein Haushalt diese Schwelle, gilt die Wohnsituation laut OECD (2021) als finanziell belastend. Insbesondere bei einem Anteil von über 40 % des Nettoeinkommens kann von einer Überbelastung gesprochen werden.

Die Ergebnisse des NaDiRa.panels unterstreichen, dass Mieter*innen einen erheblichen Teil ihres Nettohaushaltseinkommens für Wohnkosten³⁷ aufbringen (siehe [Abbildung 15](#)).³⁸ Setzt man 40 % des verfügbaren Einkommens als Schwelle der Überbelastung an, liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass dieser Wert überschritten wird, bei rassistisch markierten Personen bei 37 %, bei nicht rassistisch markierten Befragten dagegen bei 30 %.³⁹ Dieser Unterschied bleibt auch dann bestehen, wenn zentrale sozioökonomische Faktoren sowie die Anspannung des Wohnungsmarktes kontrolliert werden.

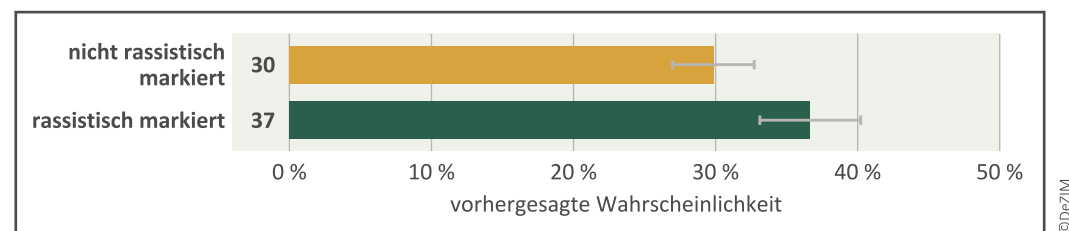
³⁷ Wortlaut der Frage im Fragebogen: „Wie viel Kalt- und Warmmiete zahlen Sie monatlich insgesamt?“. Die Befragten konnten die Beträge offen in Euro angeben.

³⁸ Die hier betrachteten Wohnkosten schließen die Warmmiete und Nebenkosten (Betriebskosten und Kosten für Heizung, Warmwasser und Strom) mit ein.

³⁹ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

Auch ältere Mieter*innen und Personen mit niedriger Bildung erfahren mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Überbelastung durch Wohnkosten als jüngere Personen und Mieter*innen mit hoher Bildung.⁴⁰ Bemerkenswerterweise hat die Anspannung der Wohnungsmärkte dabei vor allem für nicht rassistisch markierte Personen einen Effekt. Dort steigt die Wahrscheinlichkeit auf überbelastete Mieter*innen in angespannten Märkten auf 32 %, während sie in nicht angespannten Märkten bei 23 % liegt. Bei rassistisch markierten Menschen bleibt die Wahrscheinlichkeit unabhängig von der Marktsituation hoch (37 %). Letzteres Ergebnis deutet darauf hin, dass sich auch die Prekarisierung privilegierter Gruppen in angespannten Wohnungsmärkten angleicht.

Abbildung 15. Anteil der durch ihre Wohnkosten überbelasteten Mieter*innen nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass rassistisch markierte Mieter*innen durch ihre Wohnkosten überlastet sind (mindestens 40 % ihres Nettohaushaltseinkommens für ihre Wohnkosten ausgeben – d. h. für Warmmiete und Nebenkosten, also Betriebskosten und Kosten für Heizung, Warmwasser und Strom), liegt bei 37 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa. panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins* (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie geltender Mietpreisbremse/Kappungsgrenze (Interaktion mit Gruppenzugehörigkeit). N = 2.786.

Aus den Daten des NaDiRa.panels ergeben sich auch Hinweise auf eine spezifische Mietpreisbenachteiligung: Muslimische, Schwarze, asiatische oder osteuropäische Mieter*innen zahlen durchschnittlich eine 1 Euro höhere Kaltmiete pro Quadratmeter als nicht rassistisch markierte Personen.⁴¹ Diese beobachtete Mietpreisbenachteiligung bleibt auch unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen statistisch signifikant, allerdings verringert sie sich erheblich, sobald sozioökonomische Faktoren (Geschlecht, Bildung, Alter, Einkommen) sowie die Anspannung des Wohnungsmarktes zur Erklärung herangezogen werden.⁴² Ein Teil der Differenz wird also über ungleiche Ausgangsbedingungen vermittelt, vollständig erklären lassen sich die Unterschiede dadurch aber nicht. Der Effekt der Preisbenachteiligung wird zwar in der Literatur diskutiert, aber oft nur in Ansätzen erklärt (Hartung 2014). In den Daten des NaDiRa.panels können viele wohnungsbezogene Faktoren wie Baujahr, Infrastruktur oder Sozialwohnungsstatus nicht kontrolliert werden. Doch im Einklang mit anderen Studien (Hartung 2014) wird in den Analysen eine Mietpreisbenachteiligung für rassistisch markierte Menschen sichtbar.

⁴⁰ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

⁴¹ Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung.

⁴² Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

Dabei sind auch unabhängig von der rassistischen Markierung Menschen, die in angespannten Wohnungsmärkten mieten, besonders von hohen Kaltmieten betroffen. An Orten, wo die Mietpreisbremse oder Kappungsgrenze mit angespanntem Wohnungsmarkt gilt, liegt die Kaltmiete pro Quadratmeter durchschnittlich 2,40 Euro höher als in Gegenden mit weniger angespannten Wohnungsmärkten.

2.2.3 Determinanten der Mietbelastung – Vermieter*innentyp und Jahr des Einzugs

Die subjektive Wahrnehmung der Wohnkostenbelastung – also wie stark sich Menschen finanziell durch ihre Wohnkosten eingeschränkt fühlen – sowie die objektive Mietlastenquote, der Anteil der Wohnkosten am Einkommen, hängen eng mit den Wohnverhältnissen zusammen, insbesondere mit dem Wohnen im Eigentum, dem Vermieter*innentyp, dem Mietvertragsverhältnis und der Wohndauer.

Aus [Abbildung 16](#) wird ersichtlich: Wer bei einer Wohnungsgesellschaft wohnt, fühlt sich mit höherer Wahrscheinlichkeit (24 %) durch die Wohnkosten stark belastet. Bei Menschen, die bei privaten Vermieter*innen wohnen, liegt der Anteil bei 17 %. Am besten schneiden Menschen ab, die im Eigentum leben: Die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Wohnkosten für sie (problemlos) tragbar sind, liegt bei 60 %; das gilt auch unter Berücksichtigung von standarddemografischen Merkmalen und Verstädterungsgrad.⁴³

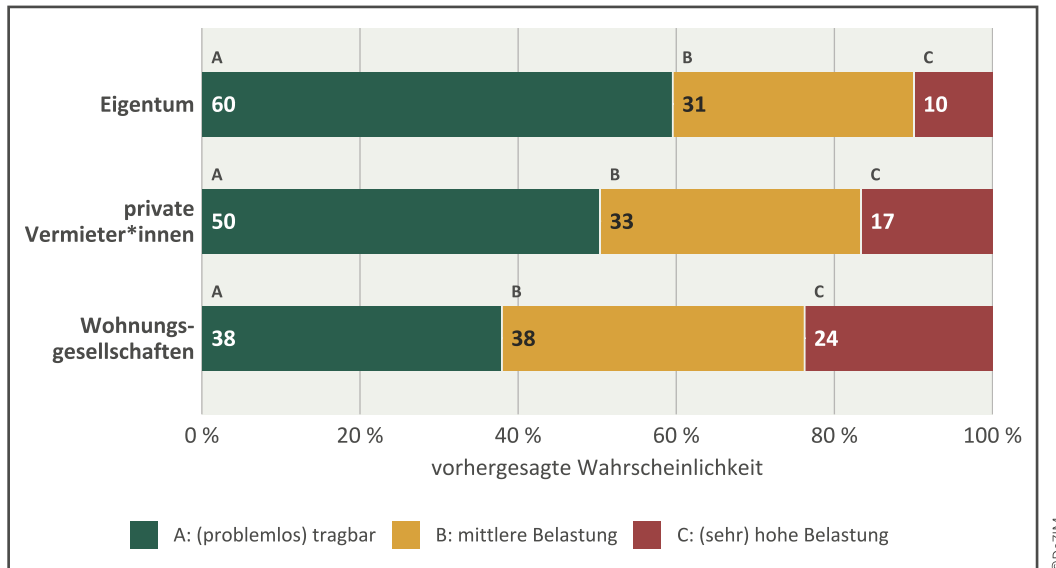
Für die objektive Mietkostenbelastung (siehe [Abbildung 17](#)) ergibt sich ein ähnliches Muster: Mieter*innen bei großen Wohnungsgesellschaften sind mit höherer Wahrscheinlichkeit (40 %) durch ihre Wohnkosten monatlich überlastet – das heißt, sie zahlen mindestens 40 % ihres Einkommens für ihre Miet- und Nebenkosten – als Personen, die bei privaten Vermieter*innen wohnen (32 %).

Menschen mit einem sogenannten Indexmietvertrag empfinden ihre Wohnkosten durchschnittlich häufiger als belastend. Außerdem geben sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Wohnkosten aus als Mieter*innen ohne solch einen Vertrag.⁴⁴

⁴³ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

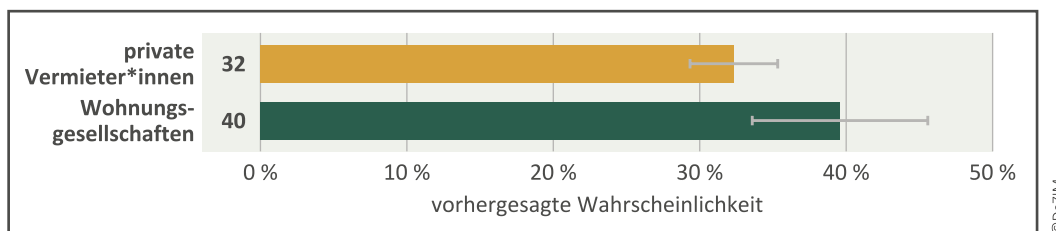
⁴⁴ Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung. Die beschriebenen Gruppenunterschiede bleiben in Regressionsanalysen unter Kontrolle von Gruppenzugehörigkeit, Geschlecht, Bildung, Alter und Einkommen signifikant.

Abbildung 16. Wohnkostenbelastung (subjektive Einschätzung) nach Eigentumsverhältnis und Vermieter*innentyp (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen, die bei einer Wohnungsgesellschaft (z. B. Vonovia, Deutsche Wohnen oder Adler) mieten, durch ihre Wohnkosten eine (sehr) hohe finanzielle Belastung erfahren, liegt bei 24 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einer ordinal-logistischen Regression und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Gruppenzugehörigkeit, Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 4.088.

Abbildung 17. Anteil der durch ihre Wohnkosten überbelasteten Mieter*innen nach Vermieter*innentyp (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass Mieter*innen bei einer Wohnungsgesellschaft (z. B. Vonovia, Deutsche Wohnen oder Adler) durch ihre Wohnkosten überlastet sind, liegt bei 40 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Gruppenzugehörigkeit, Alter, Bildung, Geschlecht sowie geltender Mietpreisbremse/Kappungsgrenze. N = 1.908.

Ein weiterer entscheidender Faktor ist der Zeitpunkt des Einzugs⁴⁵ – also seit wann jemand in einer Wohnung oder einem Haus lebt. Da sich die Lage auf den Wohnungsmärkten vor allem in den vergangenen Jahren zunehmend verschärft hat (Statistisches Bundesamt 2023b), wirkt sich die Wohndauer deutlich auf die Mietbelastung aus. Die Analysen zeigen, dass sowohl die wahrgenommene Wohnkostenbelastung als auch die tatsächlich gezahlte Kaltmiete pro Quadratmeter stark davon abhängen, wie lange Personen bereits in ihrem Zuhause leben. Im Durchschnitt zahlen Menschen, die vor 2009 eingezogen sind, rund 3 Euro weniger Kaltmiete pro Quadratmeter als jene, die zwischen 2020 und 2024 eine neue Wohnung angemietet haben (7,70 €/m² im Vergleich zu 10,70 €/m²).⁴⁶ Mit dem späteren Einzugsdatum steigt auch die finanzielle Belastung durch Mietkosten spürbar: Der Anteil der Personen, die ihre Wohnkosten als (sehr) hohe Belastung empfinden, liegt bei denen, die zwischen 2020 und 2024 eingezogen sind, um nahezu 10 Prozentpunkte höher als bei jenen, die schon seit über 15 Jahren (vor 2009 eingezogen) in ihrem Zuhause leben (siehe [Abbildung 18](#)). Umgekehrt ist der Anteil derjenigen, für die die Wohnkosten (problemlos) tragbar sind, deutlich gesunken: Während 61 % der vor 2009 Eingezogenen ihre Kosten als tragbar einschätzen, sind es unter den neu Eingezogenen nur noch 42 %.⁴⁷

Auch Eigentümer*innen spüren die Kostenanspannung: Zwar empfinden sie ihre Wohnkosten zu jedem Einzugszeitpunkt seltener als starke Belastung als Mieter*innen, doch unter den seit 2015 Eingezogenen ist die subjektiv wahrgenommene Belastung deutlich stärker gestiegen.⁴⁸ Ein Hinweis darauf, dass die angespannten Verhältnisse inzwischen selbst Gruppen erreichen, die bislang eher als finanziell privilegiert galten – wie Eigentümer*innen. Zwar treffen die steigenden Wohnkosten vor allem Mieter*innen, doch die Belastung resultiert nicht allein aus höheren Mieten: Auch Eigentümer*innen verzeichnen gestiegene Energie- und Nebenkosten, während wachsende Zinslasten für Hypotheken und Kredite sowie steigende Baukosten diese Gruppe zusätzlich unter Druck setzen.

Die bisherigen Ergebnisse des vorliegenden Berichts haben gezeigt, dass rassistisch markierte Mieter*innen häufiger bei Wohnungsgesellschaften leben, öfter an Indexmietverträge gebunden sind (siehe [Kapitel 2.1](#)). Außerdem sind sie zu einem größeren Anteil erst in den letzten fünf Jahren (2020–2024) in ihre aktuellen Wohnungen eingezogen sind. Diese drei Faktoren – Vermieter*innentyp, Mietvertragstyp, kurzer Wohnzeitraum – sind mit einer höheren Mietbelastung verbunden und können Unterschiede zwischen rassistisch markierten Gruppen und nicht rassistisch markierten Gruppen in Teilen erklären.

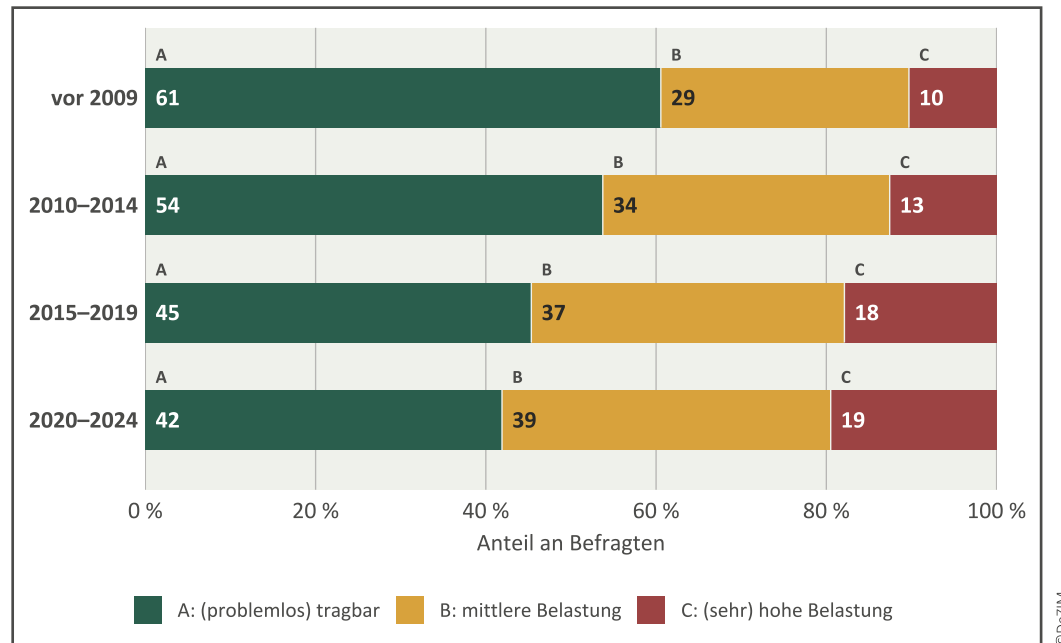
⁴⁵ Wortlaut der Frage im Fragebogen: „In welchem Jahr sind Sie in die Wohnung/das Haus eingezogen, in der/dem Sie gerade leben?“. Die Befragten konnten ein Einzugsjahr zwischen 1924 und 2024 angeben.

⁴⁶ Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung.

⁴⁷ Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung. Die beschriebenen Gruppenunterschiede bleiben in Regressionsanalysen unter Kontrolle von Gruppenzugehörigkeit, Geschlecht, Bildung, Alter, Einkommen, Verstädterungsgrad, Eigentumsverhältnis – auch in Interaktion mit Jahr des Einzugs – signifikant.

⁴⁸ Ergebnisse basieren auf Regressionsanalysen unter Kontrolle von Gruppenzugehörigkeit, Geschlecht, Bildung, Alter, Einkommen, Verstädterungsgrad, Eigentumsverhältnis – auch in Interaktion mit Jahr des Einzugs – signifikant.

Abbildung 18. Wohnkostenbelastung (subjektive Einschätzung) nach Jahr des Einzugs (gewichtete Verteilung, Anteile in Prozent)



Lesebeispiel: Für 19 % der Menschen, die zwischen 2020 und 2024 in die Wohnung oder ihr Haus gezogen sind, in der/dem sie gerade leben, stellen ihre Wohnkosten eine (sehr) hohe finanzielle Belastung dar. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse sind als Anteilswerte dargestellt. N = 8.089.

2.2.4 Wohnarmut und Wohngeld

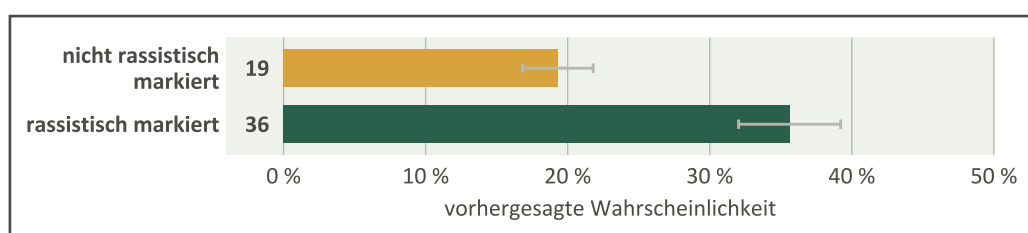
Gesellschaftliche Teilhabe hängt in hohem Maße vom verfügbaren Einkommen einer Person ab. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) der Gesamtbevölkerung zur Verfügung hat. Im Jahr 2024 waren laut Statistischem Bundesamt rund 15,5 % der Bevölkerung – also etwa 13,1 Millionen Menschen – von Armut bedroht (Statistisches Bundesamt 2024b). Doch Armut trifft nicht alle gleichermaßen: Daten des NaDiRa.panel zeigen, dass etwa 9 % der nicht rassistisch markierten Männer und 10 % der Frauen armutsgefährdet sind. Bei rassistisch markierten Personen liegen die Quoten deutlich höher, besonders bei muslimischen Frauen (38 %) und muslimischen Männern (41 %), aber auch bei Schwarzen (26 %) und asiatischen Menschen (bis zu 30 %) (Salikutluk & Podkowik 2024).

Neben dem Einkommen beeinflusst gerade die finanzielle Belastung durch Wohnkosten, über wie viel Geld Personen monatlich tatsächlich frei verfügen können: „Über den Lebensstandard entscheidet nicht mehr nur die Höhe des Einkommens, immer wichtiger werden die Fragen, wie viel Geld eine Person fürs Wohnen ausgeben muss und wie viel Geld darüber hinaus noch übrigbleibt“ (Schabram et al. 2024: 4). Aus diesen Gründen hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Wohnarmut explizit als eigenständigen Indikator für Lebensrealitäten und gesellschaftliche Teilhabe ermittelt. Eine Person gilt als von

Wohnarmut betroffen, wenn ihr Einkommen nach Abzug ihrer Wohnkosten (z. B. Bruttowarmmiete, Betriebs-, Energie- und Heizkosten) unter 60 % des Medianeinkommens fällt.⁴⁹

Das Risiko für Wohnarmut ist, wie das generelle Armutsrisiko, ungleich verteilt (siehe [Abbildung 19](#)): Es betrifft dabei mehr als jede dritte rassistisch markierte Mieter*in (36 %) und knapp jede fünfte nicht rassistisch markierte Mieter*in (19 %).⁵⁰ Dabei wird das Armutsrisiko von verschiedenen Faktoren beeinflusst. So spielt Bildung eine Rolle und kann das Armutsrisiko verringern: Während Mieter*innen mit hoher Bildung zu 19 % betroffen sind, liegt die Wohnarmutsquote unter Mieter*innen mit niedrigem Bildungsgrad bei 49 %. Allerdings bleiben auch nach Kontrolle der standarddemografischen Merkmale (Geschlecht, Bildung, Alter) statistisch signifikante Gruppenunterschiede bestehen. Das erhöhte Risiko von Wohnarmut unter rassistisch markierten Personen verweist damit auf eine zentrale Dimension sozialer Ungleichheit. Es verdeutlicht zugleich, dass Maßnahmen zur Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe die spezifischen Belastungen dieser marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigen müssen.

Abbildung 19. Wohnarmutsrisiko von Mieter*innen nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesbeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass rassistisch markierte Mieter*innen von Wohnarmut betroffen sind, liegt bei 36 %. Eine Person ist von Wohnarmut betroffen, wenn ihr monatlich tatsächlich verfügbares Einkommen abzüglich der Wohnkosten unter 60 % des Medianeinkommens fällt. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins* (*vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten*) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung und Geschlecht. N = 2.823.

⁴⁹ Zur Berechnung der Wohnarmut von Mieter*innen im NaDiRa.panel werden zunächst die wohnkostenbereinigten Nettohaushaltseinkommen aller Befragten ermittelt (Nettohaushaltseinkommen abzüglich der Warmmiete und Nebenkosten, einschließlich der Betriebskosten und Kosten für Heizung, Warmwasser und Strom). Dabei wird in einem zweiten Schritt die Haushaltsstruktur berücksichtigt, woraus sich das wohnkostenbereinigte Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen ergibt (siehe auch Kapitel [Daten und Methoden](#)). Der Median des wohnkostenbereinigten Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens für die fünfte Welle des NaDiRa.paneels liegt bei 1.471 Euro, woraus sich die Wohnarmutsgrenze von 882,60 Euro (60 % des Medians) ergibt.

⁵⁰ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

Wie eingangs dargelegt, hat sich die deutsche Wohnungspolitik seit den 1950er Jahren zunehmend gewandelt: von einer objektbezogenen Förderung, wie dem staatlich geförderten sozialen Wohnungsbau, hin zu subjektzentrierten Maßnahmen, wie Wohngeld oder Eigenheimfördermaßnahmen (Haderer 2018; Holm 2021; Reichle & Kuschinski 2020). Das Ziel war dabei, die individuelle Eigentumsbildung zu stärken und die soziale Absicherung zu privatisieren (Haderer 2018; Holm et al. 2021). Inzwischen gilt als erwiesen, dass eine rein subjektbezogene Wohnförderung die strukturellen Ungleichgewichte am Wohnungsmarkt nicht beheben kann (Abstiens et al. 2017; Betz 2020). Zwar sind sie bedarfsorientiert, setzen jedoch kaum an den strukturellen Ursachen von Wohnungsnot an. Stattdessen stabilisieren sie bestehende Marktverhältnisse, da öffentliche Mittel direkt an Vermieter*innen fließen. Objektbezogene Förderung hingegen greift direkt ins Marktgeschehen ein, schafft bedarfsgerechten Wohnraum, wirkt preisdämpfend und ermöglicht Sozialbindungen (Holm 2021).

Trotz ihrer begrenzten systemischen und nachhaltigen Wirkung bleibt die subjektbezogene Förderung über das Wohngeld ein zentrales Instrument, um individuelle Härten abzufedern und Haushalte dabei zu unterstützen, ihre Wohnkosten zu bewältigen. Laut dem Statistischen Bundesamt bezogen Ende 2023 etwa 1,2 Millionen Haushalte, also 2,8 % aller privaten Hauptwohnsitze, Wohngeld (Statistisches Bundesamt 2024a) – eine vergleichsweise geringe Quote angesichts rasant steigender Mieten und wachsender finanzieller Belastung, insbesondere in Ballungsräumen. Dabei kann der Bezug staatlicher Leistungen als soziales Stigma wirken. In Kombination mit rassistischen Zuschreibungen mindert dies die Chancen darauf, Wohnraum zu finden, noch weiter. So stoßen Wohngeldempfänger*innen bei der Wohnungssuche nicht selten auf zusätzliche Hürden, etwa durch diskriminierende Auswahlmechanismen seitens der Vermieter*innen (Holm et al. 2021).

Bedenkt man dies und die beschriebene ungleiche finanzielle Belastung durch Wohnkosten, wird deutlich, welche Bedeutsamkeit diese staatliche Leistung für individuelle Teilhabechancen, insbesondere von rassistisch markierten Menschen hat. Im NaDiRa.panel wurde deshalb erhoben, ob Haushalte aktuell Leistungen für Wohnkosten erhalten.

Die deskriptiven Ergebnisse (siehe [Abbildung 20](#)) zeigen, dass durchschnittlich jede zehnte rassistisch markierte Person angibt, entsprechende Leistungen⁵¹ zu erhalten, während dies für nur 3 % der nicht rassistisch markierten Personen gilt.⁵² Werden standarddemografische Merkmale berücksichtigt, zeigt sich zusätzlich, dass vor allem Perso-

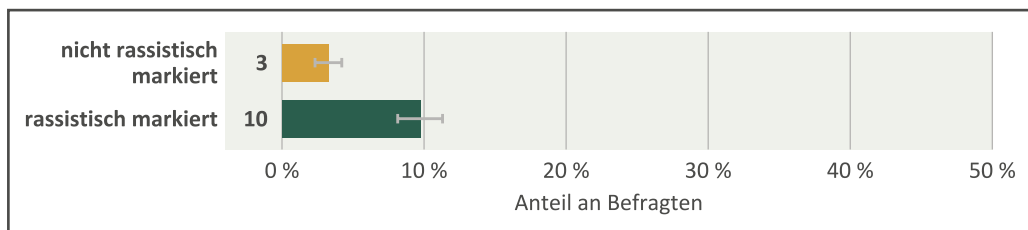
⁵¹ Wortlaut der Frage im Fragebogen: „Erhält Ihr Haushalt derzeit staatliche Leistungen für die Wohnkosten vom Wohnungsamt (z. B. Wohngeld)?“. Die Befragten konnten die Frage mit (1) ja oder (2) nein beantworten; bei Auswahl von „ja“ wurde der Betrag offen in Euro angegeben.

⁵² Die Ergebnisse basieren auf einer gewichteten Verteilung. Die beschriebenen Gruppenunterschiede bleiben in Regressionsanalysen unter Kontrolle von Gruppenzugehörigkeit, Geschlecht, Bildung, Alter, und Einkommen signifikant.

nen mit niedriger Bildung, höherem Lebensalter und in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung auf diese Leistungen angewiesen sind.⁵³

Damit wird die ambivalente Rolle des Instruments deutlich: Für einkommensschwache und rassistisch markierte Haushalte stellt das Wohngeld gerade in Zeiten steigender Mietkosten eine zentrale Stütze dar; seine gesamtgesellschaftliche Wirkung bleibt jedoch begrenzt, da es keine systemischen Ursachen behebt und im Gegenteil bestehende Renditestrukturen absichern kann. Analysen von Finanzwende Recherche (Jorim et al. 2023) zeigen, dass Mietzahlungen in erheblichem Maße als Renditeabschöpfung an Aktionär*innen privater Wohnungskonzerne weitergeleitet werden.

Abbildung 20. Staatliche Leistungen für Wohnkosten nach Gruppenzugehörigkeit (gewichtete Verteilung, Anteile in Prozent)

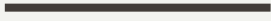


©DeZIM

Lesebeispiel: Der Anteil an rassistisch markierten Menschen, deren Haushalt derzeit staatliche Leistungen für die Wohnkosten vom Wohnungsamt (z. B. Wohngeld) erhält, liegt bei 10 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse sind als Anteilswerte dargestellt. N = 5.095.

⁵³ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

2.3



Wenn Mängel mitwohnen:
Qualität des Wohnraums



Die zuvor beschriebenen strukturellen Unterschiede betreffen nicht nur die Miet-, Wohn- und Lebensverhältnisse, sie schlagen sich auch in Mängeln im eigenen Wohnraum nieder. Dieses Unterkapitel widmet sich diesen Mängeln und Instandhaltungsdefiziten im Wohnraum und fragt, wie sich solche Ungleichheiten zwischen den verschiedenen rassistisch markierten und rassistisch nicht markierten Gruppen verteilen.

Die Qualität des eigenen Wohnraums ist für das individuelle Wohlbefinden zentral, nicht zuletzt deshalb, weil Menschen einen erheblichen Teil ihres Alltags zu Hause verbringen (Bachman & Lange 2013). Wohnbedingungen haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität, da sie vor schädlichen Einflüssen schützen und das Gefühl von Privatheit, Sicherheit, Stabilität und Kontrolle ermöglichen können (Balestra & Sultan 2013). Während der Coronapandemie musste der Arbeitsplatz in einigen Branchen in die häusliche Umgebung verlegt werden, was dazu führte, dass das Arbeiten im Homeoffice, also von zu Hause, gestiegen ist (Goebel et al. 2024). Da die eigene Wohnung damit nicht mehr nur als ein privater Rückzugsort fungiert, sondern auch zum Ort der Erwerbsarbeit, der Kinderbetreuung und des Lernens wurde, rücken Faktoren wie Ausstattung, Praktikabilität und Qualität verstärkt in den Fokus (Augustin & Augustin 2021).

Die zentrale Rolle des Wohnens für Lebensqualität und Gesundheit ist allerdings kein neues Thema. Bereits 1908 verwies der Journalist und SPD-Politiker Albert Südekum auf die gesundheitlichen Gefahren schlechter Wohnverhältnisse in Berlin und prägte dabei den viel zitierten Satz: „*Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso töten wie mit einer Axt*“ (Keseling 2020). Wenngleich sich die Wohnbedingungen seitdem erheblich verbessert haben, bleibt der Grundgedanke aktuell. Die Wohnmedizin, ein interdisziplinäres Feld, das sich mit den Wechselwirkungen zwischen Wohnumgebung und Gesundheit befasst, betont weiterhin die wesentliche Bedeutung des Wohnens für die Gesundheit. So gehen 15 der 20 häufigsten Diagnosen in Hausarztpraxen auf Wohn- und Umweltfaktoren zurück (Augustin & Augustin 2021). Wohnbedingungen können sowohl physische und psychische Erkrankungen hervorrufen als auch bestehende Beschwerden verstärken, etwa durch Lichtmangel, Lärm, Schadstoffe oder eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten. Zu den häufigen Folgen zählen Allergien, Atemwegserkrankungen, Schlafstörungen, Hauterkrankungen, Herz-Kreislauf-Leiden, stressbedingte oder depressive Beschwerden ebenso wie Übergewicht und Diabetes (Augustin & Augustin 2021; Bachman & Lange 2013).

Deutschland weist im internationalen Vergleich eine sehr hohe Wohnqualität auf, die sich in Größe, Komfort und Ausstattung widerspiegelt (Noll & Weick 2009). Dennoch sind Haushalte, insbesondere in Großstädten, mit Problemen wie Umweltbelastungen und begrenztem Wohnraum konfrontiert (Noll & Weick 2009). Menschen mit hohem Armutsrisiko leben zudem häufiger in mangelhaftem Wohnraum und schlecht isolierten Gebäuden: Laut der EU-SILC-Erhebung 2019 berichteten 18,6 % der von Armut bedrohten Personen in Deutschland von Feuchtigkeit in ihrer Wohnung, gegenüber 12 % in der Gesamtbevölkerung (Velimsky et al. 2025). Darüber hinaus lebten im Jahr 2020 armuts-

gefährdete Haushalte überdurchschnittlich oft in Gebäuden ohne Doppelverglasung oder Wärmedämmung (Faden-Kuhne et al. 2024).

Neben Einkommensunterschieden spielt auch der Migrationshintergrund eine zentrale Rolle. So leben migrantische Haushalte tendenziell häufiger in Wohnungen mit geringerer Ausstattung und schlechterer Qualität. Zwar hat sich ihre Wohnsituation seit den Anfängen der Arbeitsmigration verbessert – viele waren zunächst in einfachen, preisgünstigen Wohnungen wie nicht modernisierten Altbauten oder Großsiedlungen untergebracht (Berding 2008). Dennoch bestehen fortdauernde Unterschiede: In jedem sechsten migrantischen Haushalt fehlt eine Zentralheizung, während dies bei nicht migrantischen Haushalten nur jeden vierten betrifft (Berding 2008; Hartung 2014). Hinzu kommen kleinere Wohnflächen, durchschnittlich etwa ein halbes Zimmer weniger, sowie geringerer Zugang zu zusätzlichem Wohnfreiraum wie Garten oder Balkon, insbesondere bei ex-jugoslawischen und türkischen Haushalten (Berding 2008; Hartung 2014). Auch wenn diese Studien aus den Jahren 2008 und 2014 stammen, bleiben sie relevant, da sie auf strukturelle Ungleichheiten verweisen, die sich über Jahrzehnte hinweg verfestigt haben und die Diskurse zu Wohnverhältnissen von Migrant*innen bis heute prägen. Aktuellere Erhebungen konzentrieren sich überwiegend auf Geflüchtete (Baier & Siegert 2018; Eiber 2022). Umso bedeutender sind die folgenden Analysen, die jenseits des Fluchtkontextes einen differenzierteren Blick auf die Wohnsituation von rassistisch markierten Personen ermöglichen.

Im soziologischen Diskurs fehlen bislang umfassende Theorien, die systematisch erklären, warum bestimmte Personen(-gruppen) in qualitativ schlechtem Wohnraum leben. Einen der wenigen Ansätze liefern Howden-Chapman et al. (2023), die aufzeigen, wie soziodemografische und ökonomische Merkmale über verschiedene Mechanismen die Wohnqualität beeinflussen und sich unmittelbar auf die Gesundheit auswirken. Dem Modell zufolge bestimmen Einkommen, Bildung oder Alter nicht nur den Zugang zu qualitativ hochwertigem Wohnraum, sondern auch die finanziellen Spielräume, wohnungsbezogene Kosten zu tragen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel energiearmer Haushalte, also Haushalte, die ihre Wohnungen nicht ausreichend heizen oder kühlen können oder beim Stromverbrauch selbst bei Grundbedürfnissen wie Kochen oder Waschen sparen müssen (Schumacher & Cludius 2020). Das Modell zeigt auf, wie benachteiligende Wohnbedingungen nicht nur unmittelbare gesundheitliche Folgen haben, sondern auch langfristig den sozialen Status der Betroffenen beeinträchtigen können, etwa wenn krankheitsbedingte Einschränkungen die Erwerbsfähigkeit und damit das Einkommen mindern. Damit treten Prozesse zutage, die sowohl kurzfristige Belastungen darstellen als auch soziale Ungleichheit aufrechterhalten und vertiefen.

Auch in den Daten des NaDiRa.panels werden Ungleichheiten nach Gruppenzugehörigkeit hinsichtlich der Qualität des eigenen Wohnraums⁵⁴ sichtbar. In [Abbildung 21](#) wird dargestellt, wie häufig die Befragten von verschiedenen Mängeln oder Problemen berichten, die auf eine niedrige Wohnqualität oder schlechte bauliche Substanz des Wohnraums hinweisen.

Die Unterschiede sind zwischen nicht rassistisch markierten Personen und rassistisch markierten Menschen am stärksten ausgeprägt, wenn es um mangelnde Isolierung gegen Kälte im Winter, beengten Wohnraum oder Schimmelbefall geht. Während nur 11 % der nicht rassistisch markierten Menschen angeben, dass ihre Wohnung im Winter zu kalt wird, berichten 27 % der Muslim*innen und bis zu ein Fünftel der anderen Gruppen von dieser Problematik. Auch Schimmelbefall ist bei nicht rassistisch markierten Personen mit 5 % vergleichsweise selten, während muslimische (20 %), Schwarze (19 %), osteuropäische (18 %) und asiatische (14 %) Personen deutlich häufiger betroffen sind. Besonders hohe Belastungen sind dabei durchgehend bei muslimischen und Schwarzen Menschen zu verzeichnen.

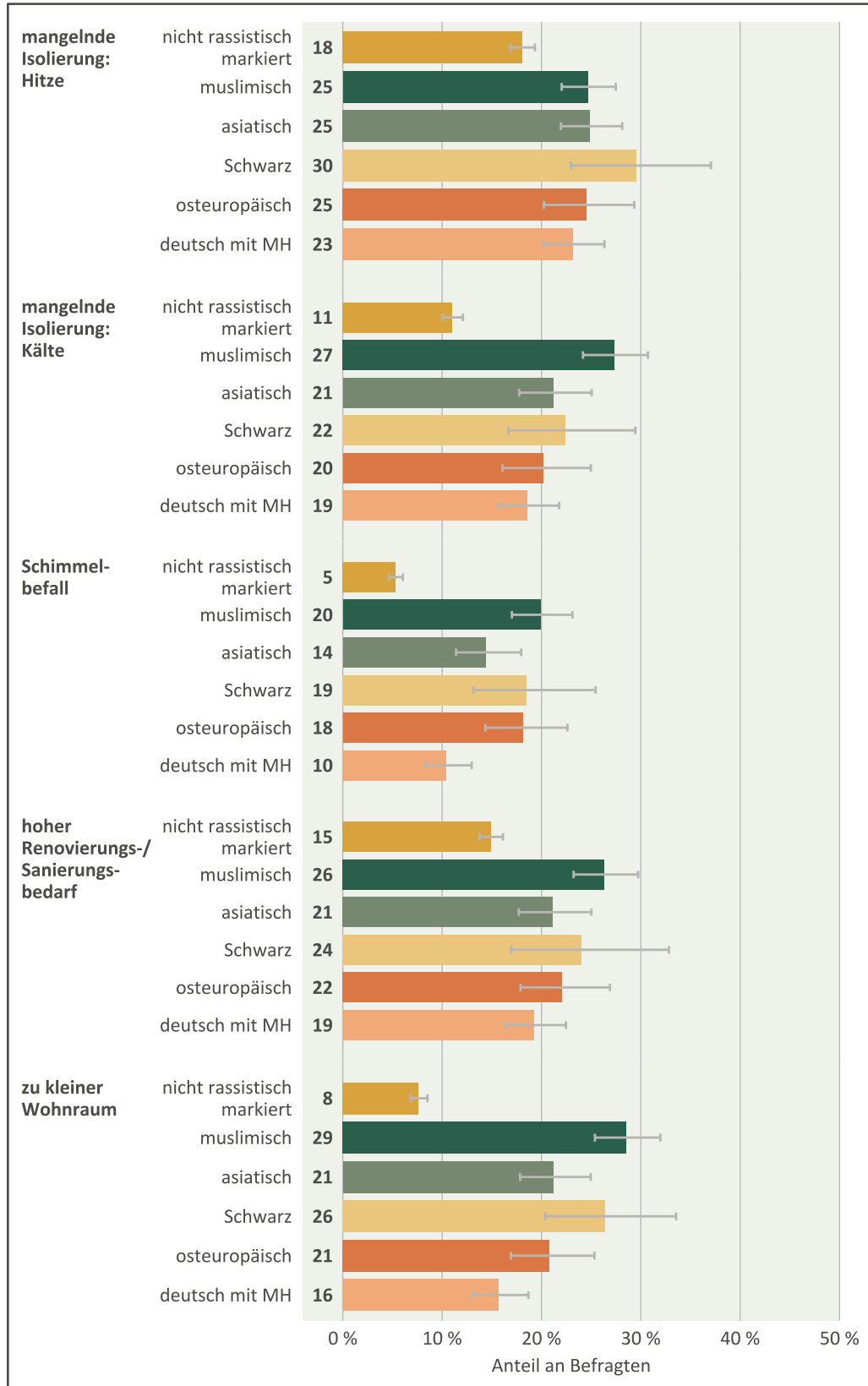
Weitere Analysen zeigen, dass sich diese ungleichen Wohnverhältnisse über verschiedene Merkmale hinweg teilweise durch Faktoren wie Einkommen, Bildung oder Eigentum erklären lassen, doch bestehen Unterschiede in der Wohnqualität zwischen den Gruppen auch bei vergleichbaren Bedingungen weiter.⁵⁵ Die Befunde verweisen damit auf eine strukturell ungleiche Verteilung von Wohnqualität, bei der rassistische Ausschlüsse eine zentrale Rolle spielen – ein Muster, das sich mit Ergebnissen der deutschen Migrationsforschung (Robutti 2024; Sagner & Voigtländer 2023) und den vorherigen Ergebnissen aus [Kapitel 2.1 und 2.2](#) deckt.

Ausgehend von empirischen Erkenntnissen, wonach Personen, die in Eigentum wohnen, meist von einer höheren Wohnqualität profitieren (Baker et al. 2016; Elsinga & Hoekstra 2005), zeigt [Abbildung 22](#) die Wahrscheinlichkeit, mit vielen (3 bis 5), einigen (1 bis 2) oder keinen der oben beschriebenen Mängel oder Probleme zu leben: mangelnde Isolierung gegen Hitze oder Kälte, Schimmelbefall, hoher Renovierungs- oder Sanierungsbedarf oder beengter Wohnraum.

⁵⁴ Wortlaut der Frage im Fragebogen: „Jetzt geht es darum, wie es ist, in Ihrer Wohnung/Ihrem Haus zu wohnen. Wie sehr trifft Folgendes auf Ihre Wohnsituation zu?“. Folgende Dimensionen wurden angezeigt: „zu heiß im Hochsommer, zu kalt im Winter, Schimmelbefall, hoher Renovierungs-/Sanierungsbedarf, zu kleiner Wohnraum“. Antwortskala: (1) trifft überhaupt nicht zu, (2) trifft eher nicht zu, (3) teils/teils, (4) trifft eher zu und (5) trifft voll und ganz zu. In der Abbildung werden die Anteile derjenigen dargestellt, die angaben, dass die Aussage auf ihre Wohnsituation zutrifft (Kategorien 4 und 5).

⁵⁵ Die Ergebnisse basieren auf einer Regressionsanalyse.

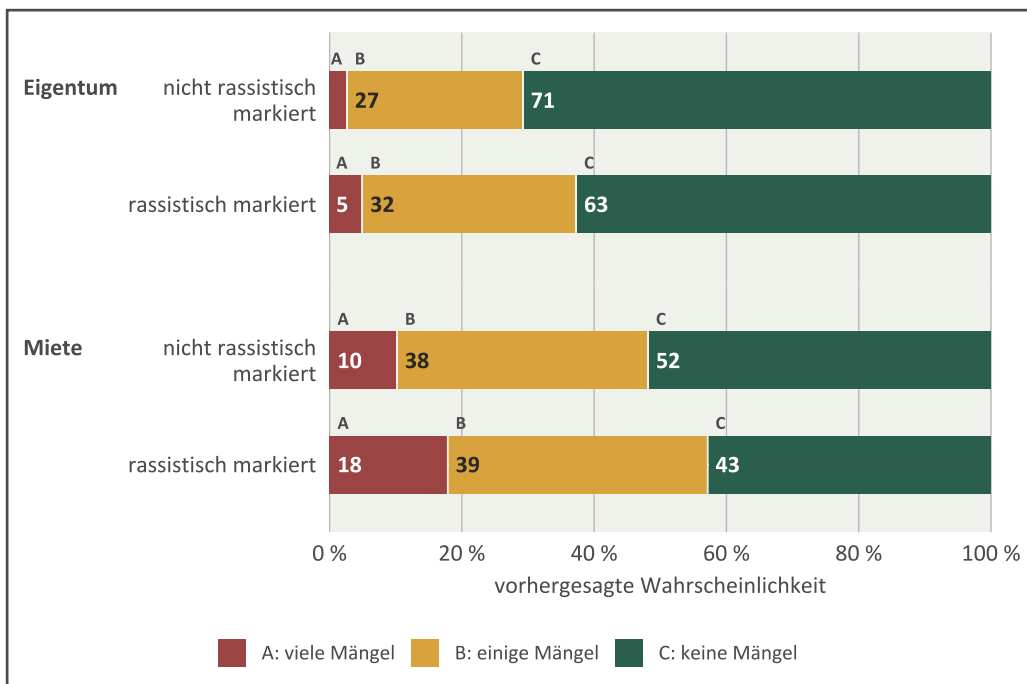
Abbildung 21. Einflüsse in der Wohnumgebung nach Gruppenzugehörigkeit (gewichtete Verteilung, Anteile in Prozent)



©DeZIM

Lesebeispiel: Der Anteil an asiatischen Menschen, die in Wohnungen mit hohem Renovierungs-/ Sanierungsbedarf leben, liegt bei 21 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Anzahl der Angaben unterscheidet sich je nach Wohnungsmangel. Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. N = 8.966–9.040. (Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 8.588–8.657 Individuen.)

Abbildung 22. Einflüsse in der Wohnumgebung [Summen aller Mängel] nach Gruppenzugehörigkeit und Vermieter*innentyp (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass rassistisch markierte Menschen, die zur Miete wohnen, mindestens drei Mängel beanstanden, liegt bei 18 %. **Anmerkung:** Wahrscheinlichkeiten unter 3 % sind nicht ausgewiesen. Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einer ordinal-logistischen Regression und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Eigentumsverhältnis, Verstärterungsgrad, sowie Region (Ost-/Westdeutschland). N = 5.936.

Die Ergebnisse des NaDiRa.paneels bestätigen den in der internationalen Forschung nachgewiesenen Zusammenhang (Hu et al. 2024): Mieter*innen sind deutlich häufiger von Wohnproblemen betroffen als Eigentümer*innen. Während die Wahrscheinlichkeit, mit Mängeln oder Wohnproblemen zu leben, jede zweite mietende Person betrifft, gilt dies für Eigentümer*innen nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 37 %.

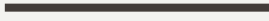
Ob zur Miete oder im Eigentum, rassistisch markierte Menschen sind allgemein häufiger mit Mängeln und Problemen in ihrem Wohnraum konfrontiert: Die Wahrscheinlichkeit liegt für muslimische, asiatische, Schwarze oder osteuropäische Mieter*innen um 9 Prozentpunkte und unter Eigentümer*innen um 8 Prozentpunkte höher als für nicht rassistisch markierte Personen.

Deutlich zeigen sich diese Unterschiede für Menschen, die mit besonders vielen, also mindestens drei der oben beschriebenen Mängel oder Probleme leben. Unter Mieter*innen ist die Wahrscheinlichkeit einer solchen Mehrfachbelastung für rassistisch markierte Menschen mit 18 % fast doppelt so hoch wie für nicht rassistisch markierte Menschen. Bei Eigentümer*innen ergeben sich zwischen den Gruppen kaum Unterschiede, und die Wahrscheinlichkeiten sind deutlich niedriger als für Mieter*innen. Diese Differenz wird in [Beispielkasten 6](#) durch eine Gegenüberstellung statistisch konstruierter Fälle verdeutlicht. Die Analysen zeigen somit eindrücklich, dass der Besitz von Eigentum die Wahrscheinlichkeit erhöht, in besseren Wohnverhältnissen zu leben.

➡ **Beispielkasten 6: Zwei Frauen, andere Wohnqualität**

Eine 44-jährige (Durchschnitt) nicht rassistisch markierte Frau mit mittlerem Bildungsabschluss und mittlerem Einkommen (mittlere 50 bis 90 % der Einkommensverteilung), die in einer Stadt zur Miete wohnt, hat eine Wahrscheinlichkeit von 8 %, in einer Wohnung mit vielen Wohnmängeln zu leben. Für eine asiatische Frau mit denselben Merkmalen liegt diese Wahrscheinlichkeit bei 13 %, also deutlich höher. Wohnen beide dagegen im Eigentum, sinkt die Wahrscheinlichkeit deutlich: auf 2 % bei der nicht rassistisch markierten und auf 4 % bei der asiatischen Frau.

2.4



Dimensionen der Wohnzufriedenheit



Die Wohnzufriedenheit spiegelt wider, inwiefern die Merkmale des eigenen Wohnraums den individuellen Bedürfnissen und Ansprüchen entsprechen (Abidin et al. 2019; Hornischer 2024). Sie umfasst die subjektive Bewertung dieser Merkmale – etwa hinsichtlich Ausstattung, Funktionalität, Kosten, Lage oder Verwaltung. Dabei geht es nicht nur um bauliche Eigenschaften wie Zuschnitt, Größe oder Barrierefreiheit, sondern auch um Fragen der Erreichbarkeit, alltäglicher Infrastruktur oder das Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld (siehe dazu auch [Kapitel 3](#)). Wohnzufriedenheit bildet damit eine zentrale Schnittstelle zwischen objektiven Wohnbedingungen und individueller Lebensqualität. Entsprechend gilt sie als etabliertes Maß zur Erfassung der Wohnqualität (Velimsky et al. 2025).

Auch hier verweist die Literatur auf Ungleichheiten. So berichten etwa Personen mit Migrationshintergrund (StadtumMig-Projektteam 2023) sowie Mieter*innen über eine geringere Wohnzufriedenheit im Vergleich zu Eigentümer*innen (Stiel et al. 2024). In einer vergleichenden Studie zu den Einflussfaktoren der Wohnzufriedenheit in Europa und anderen OECD-Ländern stellen sich unter anderem die Anzahl der Kinder, der Eigentumsstatus, das Wohnumfeld sowie die Qualität der Wohnung als zentral heraus. Die letzteren beiden Aspekte hängen besonders stark mit der Zufriedenheit zusammen (Balestra & Sultan 2013).

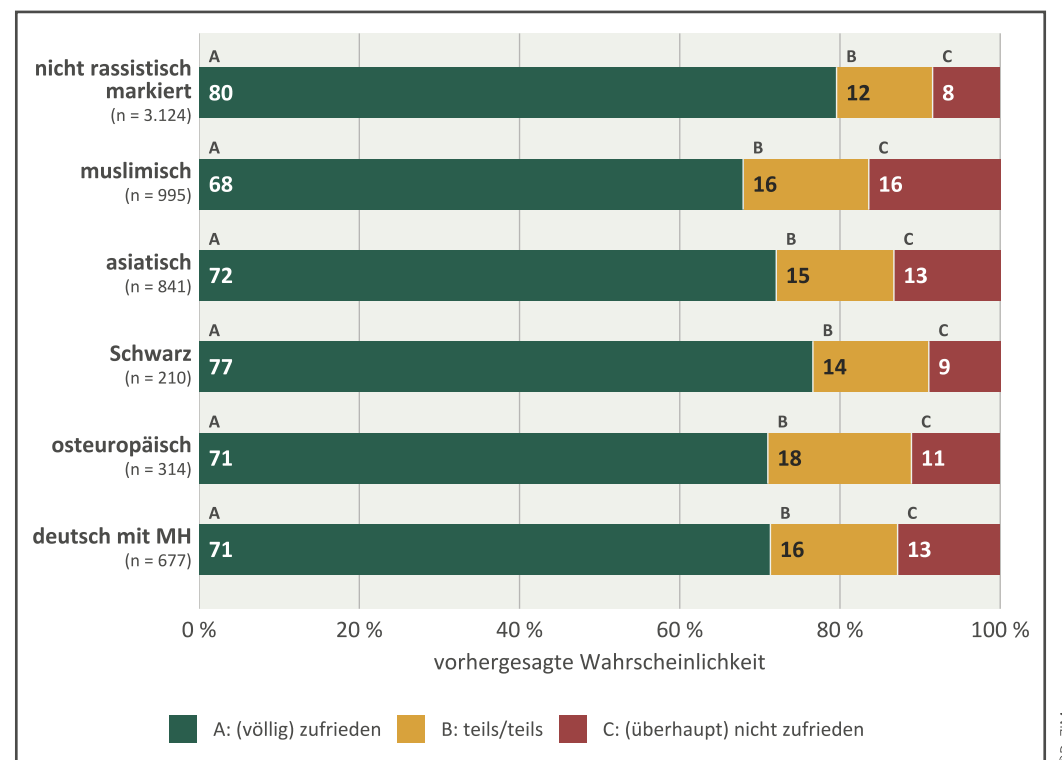
Als relevante Wohnmerkmale werden auf der objektiven Ebene vor allem Größe und Zuschnitt, baulicher Zustand, Ausstattung, Barrierefreiheit, Umweltfaktoren, Temperatur, Isolierung, Feuchtigkeit und Schimmelbefall sowie Energieeffizienz genannt. Die subjektive Ebene umfasst hingegen die individuelle Wahrnehmung und Bewertung, etwa in Bezug auf Komfort, Privatheit oder ästhetische Qualität (Mridha 2023). Hinzu kommen haushalts- oder personenbezogene Merkmale, die vertragliche Wohnsituation sowie die Bedingungen des Wohnungsmarkts.

[Abbildung 23](#) veranschaulicht zunächst die Wahrscheinlichkeiten, mit der eigenen Wohnsituation zufrieden⁵⁶ zu sein, nach Gruppenzugehörigkeit. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass rassistisch markierte Menschen im Vergleich zur nicht rassistisch markierten Gruppe weniger zufrieden mit ihrer Wohnsituation sind. Während nicht rassistisch markierte Personen mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 % eher angeben, zufrieden zu sein, liegt dieser Wert bei der muslimischen Gruppe mit 68 % am niedrigsten. Auch asiatische (72 %), Schwarze (77 %), osteuropäische Menschen (71 %) und Deutsche mit Migrationshintergrund (71 %) sind tendenziell mit geringerer Wahrscheinlichkeit mit ihrer Wohnsituation zufrieden. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch umgekehrt, betrachtet man die Wahrscheinlichkeit, dass Personen mit ihrer Wohnsituation eher unzufrieden sind: Während dieser Wert bei nicht rassistisch markierten Personen bei lediglich 8 % liegt, ist

⁵⁶ Wortlaut der Frage: „Und wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnsituation insgesamt?“. Die Antwortskala reichte von (1) „überhaupt nicht zufrieden“ über (4) „teils/teils“ bis zu (7) „völlig zufrieden“. Für die Analysen wurde die mehrstufige Skala zu drei Kategorien zusammengefasst: (5–7) „(völlig) zufrieden“, (4) „teils/teils“ und (1–3) „(überhaupt) nicht zufrieden“.

er bei muslimischen Personen mit 16 % doppelt so hoch. Auch für asiatische Personen sowie Deutsche mit Migrationshintergrund ist die Wahrscheinlichkeit, eher unzufrieden mit der eigenen Wohnsituation zu sein, rund 4 Prozentpunkte höher (13 %). Im Gegensatz dazu zeigen sich in den übrigen Gruppen kaum Unterschiede.

Abbildung 23. Zufriedenheit mit der Wohnsituation nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass muslimische Menschen mit ihrer Wohnsituation unzufrieden sind, liegt bei 16 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einer ordinal-logistischen Regression und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Eigentumsverhältnis, Verstärkerungsgrad sowie Region (Ost-/Westdeutschland). N = 6.161. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 5.926 Individuen.)

Auf die erste Analyse, in der nur gängige soziodemografische Merkmale berücksichtigt wurden, folgte eine weiterführende Auswertung, um sich möglichen Erklärungen für die beschriebenen Gruppenunterschiede anzunähern. Dabei wurden zusätzlich objektive, subjektive und wohnkontextbezogene Faktoren einbezogen. Konkret wurden zusätzlich die berichteten Wohnmängel und Probleme (siehe Kapitel 2.3), die Größe des verfügbaren Wohnraums (siehe Kapitel 2.1.2), die subjektive Wohnkostenbelastung (siehe Kapitel 2.2.1) und die Eigentumsverhältnisse (siehe Kapitel 2.1.1) berücksichtigt. Die Ergebnisse zeigen zunächst, dass nahezu alle einbezogenen Merkmale – mit Ausnahme mangelhafter Hitzeisolierung des Wohnraums – einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Wohnzufriedenheit haben. Die Wohnzufriedenheit stellt damit ein subjektives

Maß der Wohnqualität dar, das eine Vielzahl an Dimensionen impliziert. Bemerkenswerterweise verlieren die Unterschiede in der Wohnzufriedenheit nach Gruppenzugehörigkeit an statistischer Signifikanz, sobald die folgenden Merkmale mit einbezogen werden: Kostenbelastung, Wohnraumgröße und Wohnen im Eigentum. Die zuvor sichtbaren Gruppenunterschiede sind demnach primär durch strukturelle Faktoren vermittelt.

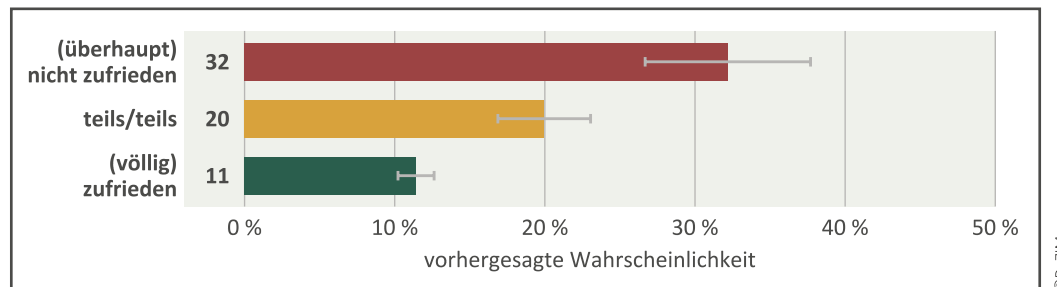
Vor dem Hintergrund der in [Kapitel 2.3](#) beschriebenen Einflüsse der Wohnqualität auf die Gesundheit, wurde exemplarisch untersucht, wie sich die Wohnzufriedenheit auf die mentale Gesundheit auswirkt (diese wurde mit der PHQ4-Skala⁵⁷ gemessen, siehe [Abbildung 24](#)).⁵⁸ Die Abbildung veranschaulicht, wie eng die Wohnzufriedenheit mit dem psychischen Wohlbefinden zusammenhängt. Bei Unzufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation zeigt sich im Vergleich eine höhere Wahrscheinlichkeit, unter moderaten bis starken psychischen Stresssymptomen zu leiden. So liegt die Wahrscheinlichkeit für eine hohe mentale Belastung für Menschen, die mit ihrer Wohnsituation unzufrieden sind, um etwa 20 Prozentpunkte höher als für diejenigen, die damit zufrieden sind (32 % vs. 11 %). Damit reihen sich die Daten des NaDiRa.panels in die Erkenntnisse aktueller Forschung ein, wonach Wohnqualität und insbesondere Wohnunzufriedenheit einen bedeutsamen Einfluss auf die psychische Gesundheit haben können. Vor diesem Hintergrund erhält der Befund, dass rassistisch markierte Personen eine deutlich geringere Wohnzufriedenheit haben als nicht rassistisch markierte Personen, ein besonderes Gewicht. Für sie stellt die Wohnsituation ein größeres Risiko für psychische Belastungen dar.

Evans et al. (2003) betonen in ihrer Arbeit zur Wohnzufriedenheit, dass eine vertiefte Untersuchung vermittelnder Prozesse zusätzlich wichtig wäre. Diese könnten erklären, wie und warum bestimmte Wohnbedingungen die psychische Gesundheit beeinflussen. Auch in der vorliegenden Analyse fehlt eine solche Untersuchung. Hierzu zählen etwa Aspekte wie die Bedeutung der Wohnung für Identität und Selbstwertgefühl – beispielsweise dann, wenn schlechte Wohnqualität zu sozialer Abwertung oder zur Internalisierung von Stigmata führt. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Kontrolle: Beengte und wenig flexible Wohnräume können die Fähigkeit zur Selbstregulation, zur Autonomie und zu Rückzugsmöglichkeiten erheblich einschränken. Vor diesem Hintergrund ist eine vertiefte Analyse der zugrundeliegenden Wirkmechanismen von Relevanz.

⁵⁷ Die PHQ-4-Skala ist die Kurzform eines Screening-Instruments zur Erfassung psychischer Belastungen und kombiniert Elemente zur Messung depressiver und angstbezogener Symptome (Löwe et al. 2010). Wortlaut im Fragebogen: „Jetzt geht es um die letzten zwei Wochen. Wie oft fühlten Sie sich durch die folgenden Beschwerden beeinträchtigt?“. Die folgenden Dimensionen wurden angezeigt: Sorgen nicht stoppen oder kontrollieren zu können, Nervosität, Ängstlichkeit oder Anspannung, Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit, Wenig Interesse oder Freude an Ihren Tätigkeiten. Antwortskala: (1) „(fast) jeden Tag“, (2) „an mehr als der Hälfte der Tage“, (3) „an einzelnen Tagen“, (4) „überhaupt nicht“.

⁵⁸ Hier ist zu beachten, dass sich psychische Stresssymptome auch auf die Wahrnehmung der Wohnsituation auswirken können und diese Analyse keinen kausalen Zusammenhang, sondern lediglich statistisch signifikante Zusammenhänge feststellen kann.

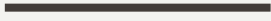
Abbildung 24. Mentale Gesundheit – moderate bis schwerwiegende Symptome [PHQ4-Skala] – nach Zufriedenheit mit der Wohnsituation (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



©DeZIM

Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person, die mit ihrer Wohnsituation unzufrieden ist, moderate bis schwerwiegende mentale Stresssymptome aufweist, liegt bei 32 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einer ordinal-logistischen Regression und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Eigentumsverhältnis, Verstädterungsgrad, Region (Ost-/Westdeutschland) sowie Gruppenzugehörigkeit. N = 5.727.

2.5



Das Zuhause ist nicht für alle
gleich



Die Ergebnisse dieses Kapitels machen deutlich, dass sich Unterschiede zwischen rassistisch markierten und nicht rassistisch markierten Personen in den Wohnverhältnissen abbilden und sich in unterschiedlichen Dimensionen niederschlagen.

Beispielhaft hierfür sind die auch im Jahr 2024 weiterhin markanten Unterschiede in der Verteilung von Wohneigentum (siehe [Kapitel 2.1.1](#)) zwischen rassistisch markierten und rassistisch nicht markierten Personen. Rassistische Ausschlüsse im Zugang zu Eigentum sind besonders gravierend, da sie bestehende Ungleichheitsstrukturen verschärfen und Teilhabechancen langfristig beschränken können. Denn Wohneigentum schützt einerseits vor Mietsteigerungen und Verdrängungen und eröffnet andererseits Möglichkeiten zur Vermögensbildung – individuell wie intergenerational. Gleichzeitig legen Studien nahe, dass eine nachhaltige sozialgerechte Wohnversorgung vor allem dort möglich erscheint, wo Wohnungen dem Marktprinzip entzogen und in gemeinnützigen, gemeinwirtschaftlichen oder öffentlichen Beständen bewirtschaftet werden (Holm 2023).

Neben den Eigentumsquoten treten deutliche Unterschiede in der Wohnfläche zutage (siehe [Kapitel 2.1.2](#)). In angespannten urbanen Märkten stoßen jedoch Haushalte aller Gruppen an Belastungsgrenzen: Wohnraum wird knapp, Handlungsspielräume schwinden. Hier gilt es zu beachten, dass diese Dynamik Teil eines größeren wohnungspolitischen Kontexts ist, in dem Neubauhemmnisse, spekulative Investitionen und eine wachsende Nachfrage infolge von Urbanisierung, demografischem Wandel und der Zunahme kleiner Haushalte die Marktspannung weiter verschärfen (Brausewetter et al. 2024; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2025; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) 2024).

In Form unsicherer Mietverträge setzen sich prekäre Wohnbedingungen fort (siehe [Kapitel 2.1.3](#)). Mietformen mit befristeten Verträgen sowie Index-, Staffel-, Unter- oder Zwischenmieten erschweren das Einleben im Zuhause und gehen mit einer erhöhten finanziellen Belastung einher.

Darüber hinaus stehen die Unterschiede zwischen den Gruppen in Wohnraumgröße und unsicheren Mietverhältnissen mit dem Vermieter*innentyp bzw. dem Wohnen im Eigentum in Zusammenhang (siehe [Kapitel 2.1.4](#)). Für die Wohnkostenbelastung spielt zusätzlich die Länge der Wohndauer eine Rolle (siehe [Kapitel 2.2.4](#)). Dabei wohnt ein erheblicher Teil der Mietenden, darunter überproportional viele rassistisch markierte Personen bei solchen Wohnungsgesellschaften – wo es meist weniger Wohnraum, eine höhere Wohnkostenbelastung und eine höhere Wahrscheinlichkeit für Indexmieten gibt. Eigentümer*innen verfügen mit Abstand über den größten Wohnraum, während Mieter*innen in privatwirtschaftlich orientierten Beständen besonders stark unter Druck geraten.

Auch in der Wohnkostenbelastung werden erhebliche Unterschiede sichtbar (siehe [Kapitel 2.2](#)): Rassistisch markierte Gruppen tragen eine größere finanzielle Last als nicht rassistisch markierte Menschen. Die Ergebnisse machen zudem deutlich: Ökonomische und marktbedingte Anspannungen betreffen Menschen zwar unabhängig von ihrer ras-

sistischen Markierung, sind jedoch auch eng mit Rassismus verwoben. Auf diese Weise wirken sie zusätzlich zu rassistischer Diskriminierung strukturell. In der Konsequenz kommt es politisch vor allem darauf an, die Wohnkostenbelastung und Mietpreise für Menschen mit geringen Einkommen in angespannten Wohnungsmärkten zu senken, um strukturellen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Das Ausmaß an hoher und ungleicher finanzieller Belastung von Menschen durch ihre Wohnkosten wird besonders im Risiko von Wohnarmut deutlich (siehe [Kapitel 2.2.4](#)): Rassistisch markierte Menschen haben ein besonders hohes Risiko, dass ihr Einkommen nach Abzug der Wohnkosten unter die Armutsgrenze fällt. Dies macht zusätzlich den Bedarf an politischen Maßnahmen deutlich, die nicht allein auf individueller Ebene ansetzen, sondern strukturelle Ursachen adressieren. Staatliche Unterstützungsleistungen wie Wohngeld federn zwar individuelle Härten ab, greifen jedoch nicht an den Ursachen von Wohnungsnot an. Vielmehr stabilisieren sie bestehende Marktstrukturen, da öffentliche Mittel über Mietzahlungen in private Renditen fließen (Jorim et al. 2023).

In Bezug auf die Qualität des Wohnraums (siehe [Kapitel 2.3](#)) zeigt sich, dass muslimische, asiatische, Schwarze und osteuropäische Menschen häufiger mit Mängeln und Problemen in ihrem Zuhause leben. Diese Unterschiede bleiben unabhängig von sozioökonomischen Merkmalen, Verstädterungsgrad oder Eigentumsstatus bestehen. Deshalb ist davon auszugehen, dass rassistisch markierte Gruppen einen systematisch schlechteren Zugang zu qualitativ hochwertigem Wohnraum haben. Dabei sind Menschen, die im Eigentum wohnen, allgemein deutlich seltener mit baulich bedingten Mängeln oder Problemen ihres Wohnraums konfrontiert.

Letztlich fließen in der Wohnzufriedenheit (siehe [Kapitel 2.4](#)) die verschiedenen Dimensionen der Wohnverhältnisse zusammen. Sowohl die Wohnbedingungen und Mängel in den eigenen vier Wänden als auch die Eigentumsverhältnisse, die Größe des Wohnraums und die finanzielle Belastung durch die Wohnkosten beeinflussen die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation. Die geringere Zufriedenheit rassistisch markierter Menschen im Vergleich zur nicht rassistisch markierten Gruppe steht dabei vor allem mit dem Wohnen zur Miete, einem kleineren Wohnraum und einer höheren Kostenbelastung in Zusammenhang. Zudem verweist die Korrelation einer hohen psychischen Belastung mit geringerer Wohnzufriedenheit auf die gesundheitliche Manifestation eines kumulativen Belastungsgeschehens.

Insgesamt machen die Ergebnisse deutlich: Rassistisch markierte Menschen in Deutschland sind beim Thema Wohnen strukturell benachteiligt: durch geringere Eigentumsquoten, weniger Wohnfläche, prekäre Mietverhältnisse, höhere Wohnkostenbelastungen. Dazu kommt die schlechtere Qualität ihres Wohnraums, die sich in einer geringeren Zufriedenheit und der mentalen Gesundheit niederschlagen. Für diese Unterschiede lassen sich ineinandergreifende Mechanismen als Erklärung anführen: diskriminierende Zugangshürden auf dem Wohnungsmarkt, ungleiche Startchancen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt, restriktive Aufenthaltsrechte und historische Kontinuitäten. Alles in allem beschreibt [Kapitel 2](#) nicht nur Unterschiede in Eigentum, Wohnfläche, Mietver-

trägen, Wohnkosten, Wohnqualität und Wohnzufriedenheit, sondern zeigt auch Mechanismen auf, über die sich soziale Ungleichheiten im Wohnen verfestigen. Damit sind die eigenen vier Wände räumliches Abbild gesellschaftlicher Ungleichheiten.

Nachdem in diesem Kapitel die Eigentums-, Lebens- und Wohnverhältnisse im Mittelpunkt standen, richtet sich der Blick im folgenden [Kapitel 3](#) auf das erweiterte Wohnumfeld. Dabei stehen Erfahrungen in der Nachbarschaft, Umweltbedingungen sowie die infrastrukturelle Ausstattung im Wohnumfeld im Fokus. Auch diese Aspekte sind integraler Bestandteil des Wohnens und haben einen wesentlichen Einfluss auf die Lebens- und Wohnqualität.

3.

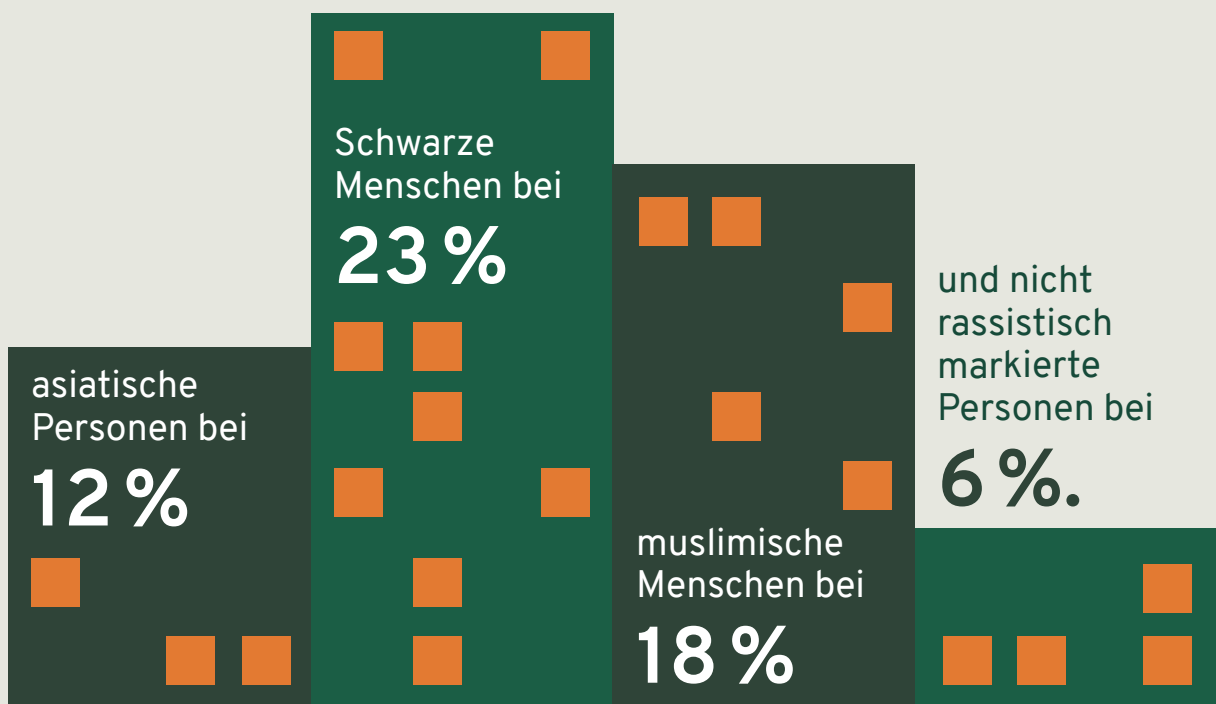


Nachbarschaften als Räume sozialer (Un-)Gleichheit

Aylin Mengi, Jondis Schwartzkopff, Clàudia Martínez Gimeno,
H. Long Nguyen

Rassistisch markierte Gruppen machen deutlich häufiger Diskriminierungserfahrungen in der Nachbarschaft.

Die Wahrscheinlichkeit, wiederholt Diskriminierung in der Nachbarschaft zu erleben, liegt für ...



Mit dem Schritt aus den Wohnungen hinaus in die Nachbarschaften hinein weitet sich auch der analytische Blick: vom Privaten zum Öffentlichen, von individuellen Wohnbedingungen zum kollektiven Zusammenleben. Um diese sozialen Strukturen zu verstehen, reicht es nicht aus, sie nur mit Migrationsbiografien zu erklären. Erforderlich ist ein Ansatz, der Gesellschaft nicht von einer vermeintlich homogenen Normalität aus denkt, sondern Unterschiede und Vielfalt als Ausgangspunkt sozialer und politischer Aushandlungen begreift. Das Konzept des *Postmigrantischen* bietet hierfür einen geeigneten Rahmen: Es betrachtet Migration als festen und normalen Bestandteil der Gesellschaft, nicht als Ausnahme. Unterschiede sind somit keine vorübergehenden Phänomene, stattdessen prägen sie dauerhaft Strukturen von Teilhabe und Zugehörigkeit. Damit stellt das Konzept soziale und politische Ordnungen infrage. Postmigrantisch zu analysieren heißt, Mechanismen von Ungleichheit offenzulegen und dabei Rassismus, Klassenzugehörigkeit und weitere Ungleichheitsachsen als konstitutive Kräfte mitzudenken (El-Tayeb 2016; Foroutan 2020; Terkessidis 2018).

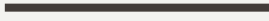
Dieser Anspruch umfasst auch den Raum. Gerade in Nachbarschaften – mit ihrer Infrastruktur, materiellen Ausstattung und symbolischen Bedeutung – werden gesellschaftliche Grenzziehungen sichtbar (Ha 2022). Wer wo wohnt und wer Zugang zu welchen Versorgungsstrukturen hat, all das ist Ausdruck von Ungleichheiten, die sich teils über lange Zeit im Raum verfestigt haben. Nachbarschaften sind demnach nicht nur geografische Räume, sondern soziale Gefüge, in denen alltägliche Begegnungen, soziale Ordnung und gesellschaftliche Teilhabe deutlich oder eben verweigert werden (Kearns & Parkinson 2001; Sampson 2012; Van Kempen & Wissink 2014). Diese Fragen lassen sich in einer postmigrantischen Gesellschaft nicht länger als randständige Themen wegverhandeln oder ausblenden. Wie Ressourcen und die Qualität des Wohnumfelds verteilt sind, spiegelt nicht nur bestehende Verhältnisse, sondern ist zugleich Ansatzpunkt für Veränderungen, die Teilhabe sichern und gleichwertige Wohnbedingungen schaffen können.

Um diese komplexen Zusammenhänge zu untersuchen, kombiniert das folgende Kapitel individuelle Umfragedaten des NaDiRa.panels mit regional-statistischen Kontext- und standortgenauen Geoinformationen. Kontextindikatoren erfassen strukturelle Merkmale des Wohnumfelds, etwa die Entfernung zur nächsten ÖPNV-Haltestelle oder zum nächstgelegenen Supermarkt (INKAR). Ergänzend verknüpfen Geodaten die Wohnorte mit Umweltindikatoren wie Luftverschmutzung (UBA) oder Hitzebelastung (DWD). Auf diese Weise lassen sich die subjektiven Einschätzungen der Befragten systematisch mit objektiven Rahmenbedingungen kontrastieren. Im Unterschied zu anderen Studien, die meist auf den Mikrozensus oder das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) zurückgreifen und Zugehörigkeit vor allem über den „Migrationshintergrund“ erfassen, arbeitet das NaDiRa.panel mit Selbstidentifikation und macht rassistische Markierungen sichtbar (siehe Kapitel [Daten und Methoden](#)). Diese Vorgehensweise eröffnet neue Perspektiven jenseits klassischer Migrationskategorien und legt intersektionale Ungleichheiten im Wohnumfeld offen. Zugleich erlaubt die bundesweite Anlage des NaDiRa.panels eine differenzierte Betrachtung auf nationaler Ebene. Während viele Untersuchungen einzelne Städte oder Regionen in Deutschland betrachten – etwa das Ruhrgebiet (Moos et

al. 2022) oder Berlin (Kabisch & Haase 2014) – verknüpft dieser Bericht bundesweit erhobene individuelle Antworten mit kleinräumigen Geo- und Kontextinformationen. Dadurch werden regionale Unterschiede und Muster sichtbar, die zeigen, wie Infrastruktur und Umweltbelastungen das Wohnumfeld prägen können.

In [Kapitel 3.1](#) richtet sich der Fokus zunächst auf symbolische und soziale Mechanismen, durch die Differenz im urbanen Raum hergestellt wird. Im Mittelpunkt stehen subjektive Erfahrungen in der Nachbarschaft, Wahrnehmungen von Unsicherheit sowie Prozesse sozialer Ordnung. Wenn Unsicherheitsräume entstehen, so wird das nicht als zufällige Begleiterscheinung verstanden, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Muster. Im Anschluss steht in [Kapitel 3.2](#) die materielle Dimension sozialer Teilhabe im Vordergrund, von Nahversorgung über ÖPNV bis hin zur Qualität des Wohnumfelds. Die Analysen zeigen, dass die Lebenslagen rassistisch markierter Menschen häufig zwischen funktionaler Ausstattung und struktureller Benachteiligung schwanken. Abschließend wird in [Kapitel 3.3](#) die Frage der Umweltgerechtigkeit aufgegriffen. Dabei geht es um die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung oder Hitze sowie um den Zugang zu Ressourcen wie Grünflächen. Der hier gewählte Zugang geht über bestehende Studien hinaus: Die folgenden Analysen verknüpfen nachbarschaftliche Erfahrungen, infrastrukturelle Bedingungen und Umweltfaktoren. So wird deutlich, wie sich rassistische Ungleichheiten in all diesen Bereichen verdichten.

3.1



Räume der Ungleichheit: Ordnungen sozialer Differenz



3.1.1 Das postmigrantische Paradigma: Ausweg aus dem Widerspruch der sozialen Mischung

Wie gesellschaftliche Differenzen im Raum sichtbar, gesteuert oder ausgeglichen werden, folgt keiner neutralen Logik, sondern orientiert sich an historisch gewachsenen Leitbildern und Planungsstrategien. In Deutschland prägt die soziale Mischung seit Jahrzehnten die Stadtplanungs- und Raumpolitik (Dikeç 2007; Holm 2009). Damit ist die Vorstellung gemeint, dass Menschen unterschiedlicher sozioökonomischer Lage und Herkunft „integriert“ zusammenleben sollen – eine Antwort auf die befürchtete räumliche Trennung, also sogenannte Segregation, bestimmter Gruppen. Dabei ist soziale Mischung nicht bloß ein planerisches Ziel, sie bildet zugleich ein grundlegendes Ordnungsprinzip, das das Verhältnis von Raum und Gesellschaft strukturiert. Raum wird hier stets mit der Erwartung verbunden, dass soziale Gruppen durch eine gezielte „Durchmischung“ ein friedliches, integriertes und heterogenes Zusammenleben erleben und erlernen sollen.

Doch dieses Leitbild bleibt nicht ohne Widerspruch. Studien zeigen, dass das Konzept der sozialen Mischung selbst diskriminierende Effekte haben kann: Wohnungsunternehmen nutzen es beispielsweise als Begründung, um rassistisch markierte Haushalte gezielt vom Zugang zu bestimmten Nachbarschaften auszuschließen (Hanhörster et al. 2020). Außerdem stößt das Leitbild dort an seine Grenzen, wo Raumplanung Migrant*innen als „Problem“ adressiert und damit herkunftsbezogene Ungleichheiten nicht abbaut, sondern fortschreibt. An diesem Spannungsverhältnis setzt eine postmigrantische Perspektive an. Sie fordert, das gängige Verständnis sozialer Mischung neu zu denken und raumplanerische Zugänge zu entwickeln, die Vielfalt als gesellschaftliche Normalität anerkennen und systematisch in Planung und Politik integrieren. Damit werden partizipative Gestaltungsprozesse möglich, die Exklusion entlang von Herkunft vermeiden und wohnortbezogene Ungleichheiten gezielt abbauen (Barbarino & Seydel 2025). In diesem Verständnis ist die soziale Mischung nicht länger ein Instrument zur Steuerung von Differenz, sondern Ausdruck einer Neuordnung von Raum – materiell, symbolisch und politisch.

3.1.2 Diversität der Sinne: Normvorstellungen und Störungen des Raums

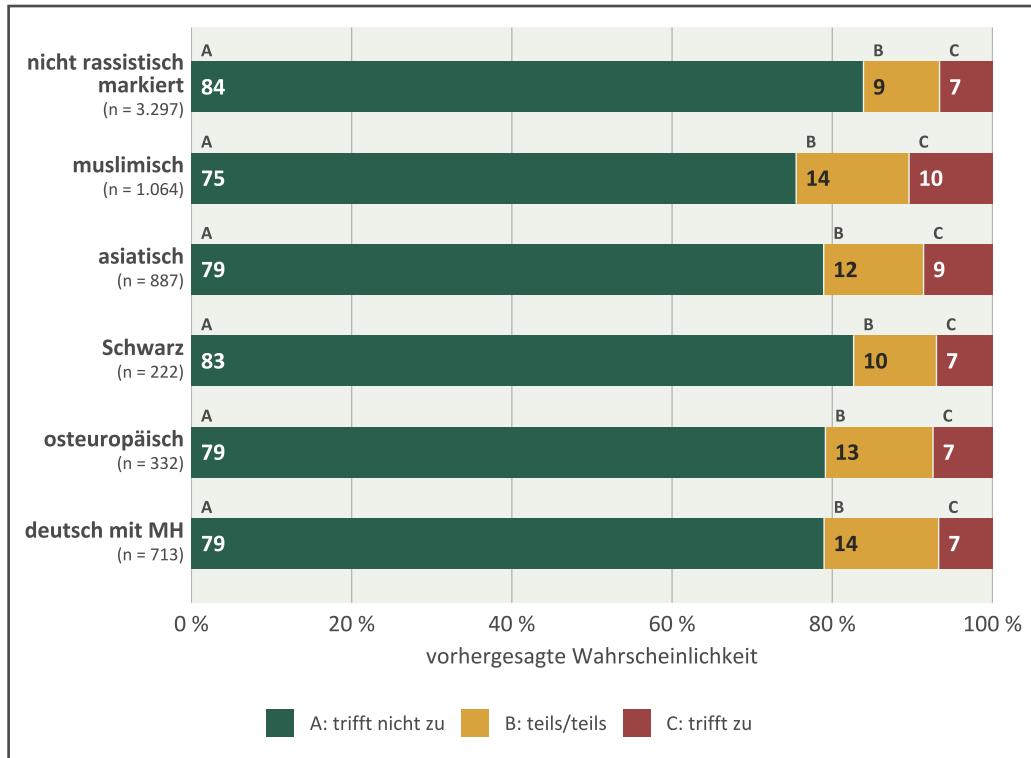
Neben der Frage, wie Raum geplant und geordnet wird, ist ebenso wichtig, wie Menschen ihn im Alltag wahrnehmen, körperlich erfahren und sinnlich deuten. Raum entsteht nicht von selbst, sondern ist ein Ergebnis sozialer Produktion und Verhältnisse (Lefebvre 1974). Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass er nicht für alle gleich erfahrbar ist. Eine postmigrantische Perspektive macht deutlich, wie sehr räumliche Erfahrungen von sozialer Position geprägt sind – und dass Zugehörigkeiten, Markierungen und Teilhabemöglichkeiten darüber entscheiden, wie verschiedene Menschen ein- und denselben Raum erleben. Die soziale Position bestimmt damit auch, wie Umgebungen

wahrgenommen werden und welche Belastungen im Wohnumfeld auf Menschen wirken. Diese Unterschiede sichtbar zu machen, systematisch zu reflektieren und im Sinne einer gerechten Stadtgestaltung aufzubrechen, ist zentrales Anliegen dieses Ansatzes. Barwick-Gross et al. (2025) erweitern dieses Verständnis um eine multisensorische Dimension, indem sie zeigen, wie Geräusche und Gerüche als Marker sozialer Differenz funktionieren. So können etwa bestimmte Essensgerüche oder Klänge von Sprachen als „exotisch“ oder störend empfunden werden – Erfahrungen, die Räume entlang rassistisch markierter Linien ordnen. Für andere wiederum sind dieselben Sinneseindrücke mit positiven Empfindungen verbunden und stiften ein Gefühl von Heimat und Zugehörigkeit. Diese gegensätzlichen Wahrnehmungen machen gesellschaftliche Unterschiede im Alltag unmittelbar spürbar. Sie zeigen, dass Vielfalt nicht nur eine planerische Herausforderung ist, sondern im täglichen Zusammenleben erlebt und verhandelt wird. Das Nebeneinander im Alltag ist damit auch ein körperlicher Lernprozess im Umgang mit Unterschieden (Briata 2020; Brill 2023). Der wahrgenommene Raum ist in diesem Sinne kein statisches Gefüge, er ist vielmehr ein dynamischer Ort, an dem soziale Ordnungen bestätigt, infrage gestellt und neu ausgehandelt werden (Lefebvre 1974).

Wahrnehmungsordnungen, also die Art und Weise, wie Gerüche, Geräusche oder andere Sinneseindrücke erlebt werden, sind dabei keine beiläufigen Begleiterscheinungen des Wohnumfelds (Barwick-Gross et al. 2025). Sie sind Teil einer sozialen Raumordnung und entscheiden mit, wer in welchen Nachbarschaften unter welchen Bedingungen lebt. Die Daten des NaDiRa.panels bestätigen, dass solche multisensorischen Erfahrungen und Belastungen ungleich verteilt sind. Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, inwiefern störende Gerüche und Lärm, etwa durch Verkehr oder laute Personen, ihre Wohnsituation prägen.⁵⁹ Die meisten Personen – unabhängig von ihrer Selbstidentifikation – geben an, kaum oder nur teilweise von solchen Geruchs- oder Lärmbelastungen betroffen zu sein; insgesamt wird jedoch häufiger von Lärmbelastungen als von störenden Gerüchen berichtet. Dennoch zeigen sich Unterschiede zwischen den Gruppen. Fasst man die Kategorien „trifft nicht zu“ und „teils/teils“ zusammen, zeigt sich ein Muster: Nicht rassistisch markierte Personen berichten am seltensten von Geruchsbelastungen (siehe [Abbildung 25](#)). Dagegen sind muslimische, asiatische und auch osteuropäische Personen häufiger betroffen. Bei muslimischen Menschen liegt der Anteil mit wahrgenommener Geruchsbelastung bei rund einem Viertel, während es unter nicht rassistisch markierten Personen nur etwa 16 % sind. Auch beim Lärm zeigt sich ein vergleichbares Muster: Muslimische, asiatische und Schwarze Befragte geben häufiger an, von störendem Lärm betroffen zu sein als nicht rassistisch markierte Personen (siehe [Abbildung 26](#)).

⁵⁹ Wortlaut der Frage im Fragebogen: „Jetzt geht es darum, wie es ist, in Ihrer Wohnung/Ihrem Haus zu wohnen. Wie sehr trifft Folgendes auf Ihre Wohnsituation zu?“. Folgende Dimensionen wurden angezeigt: „Lärm (Straßenlärm, laute Personen oder Nachbarn)“ und „Störende Gerüche“. Antwortskala: (1) trifft überhaupt nicht zu, (2) trifft eher nicht zu, (3) teils/teils, (4) trifft eher zu und (5) trifft voll und ganz zu. Für die Auswertung wurden (1) und (2) zu „trifft nicht zu“ sowie (4) und (5) zu „trifft zu“ zusammengefasst.

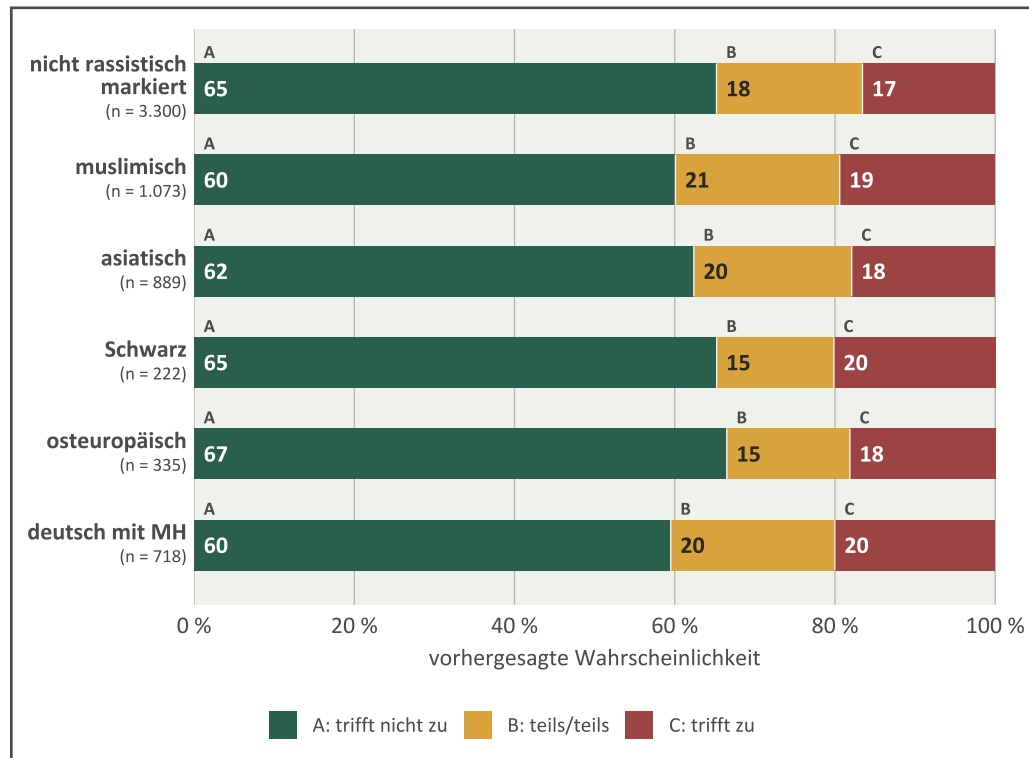
**Abbildung 25. Störungen durch Gerüche nach Gruppenzugehörigkeit (Regressions-
ergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)**



Lebebeispiel: Für muslimische Menschen liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, keine Geruchsbelastung im Wohnumfeld anzugeben, bei 75 % – im Vergleich zu 84 % bei nicht rassistisch markierten Personen. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinalen logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins* (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 6.515. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.264 Individuen.)

Diese Gruppenunterschiede bleiben auch dann weitgehend bestehen, wenn Einkommen, Bildung, Alter und Geschlecht berücksichtigt werden. Urbanität wirkt dabei als klarer Verstärker: In Städten ist die Lärmbelastung durchweg höher als in nicht urbanen Regionen, was sich durch die dichtere Bebauung und Verkehrsinfrastruktur erklären lässt. Ein höheres Einkommen reduziert die Wahrscheinlichkeit einer Belastung moderat; außerdem deutet sich für einige Gruppen – insbesondere muslimische, asiatische und osteuropäische Personen – an, dass eine Geruchsbelastung mit steigendem Einkommen abnimmt, während sich in der Lärmbelastung kein signifikanter Einkommenseffekt zeigt. Insgesamt machen die Ergebnisse deutlich, dass sinnliche Belastungen wie Gerüche und Lärm sozialräumliche Ungleichheiten widerspiegeln. Die rassistische Markierung ist, neben dem strukturellen Faktor Urbanität, ein wichtiger Prädiktor. Jenseits der subjektiven Einschätzungen der Befragten zeigen auch objektive, extern erhobene Daten, dass rassistisch markierte Gruppen häufiger in Wohnlagen mit erhöhten Umweltbelastungen wie nachweislich schlechterer Luftqualität leben. Eine vertiefende Kontextanalyse zur Verknüpfung dieser Messdaten mit dem NaDiRa.panel folgt im weiteren Verlauf des Kapitels (siehe [Kapitel 3.3](#)).

Abbildung 26. Störungen durch Lärm nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesbeispiel: Für Schwarze Personen beträgt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, eine starke Lärmbelastung anzugeben, 20 %, verglichen mit 17 % bei nicht rassistisch markierten Personen. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinalen logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 6.537. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.282 Individuen.)

3.1.3 Sicherheitsempfinden: Wahrnehmungsordnungen und räumliche Unsicherheiten

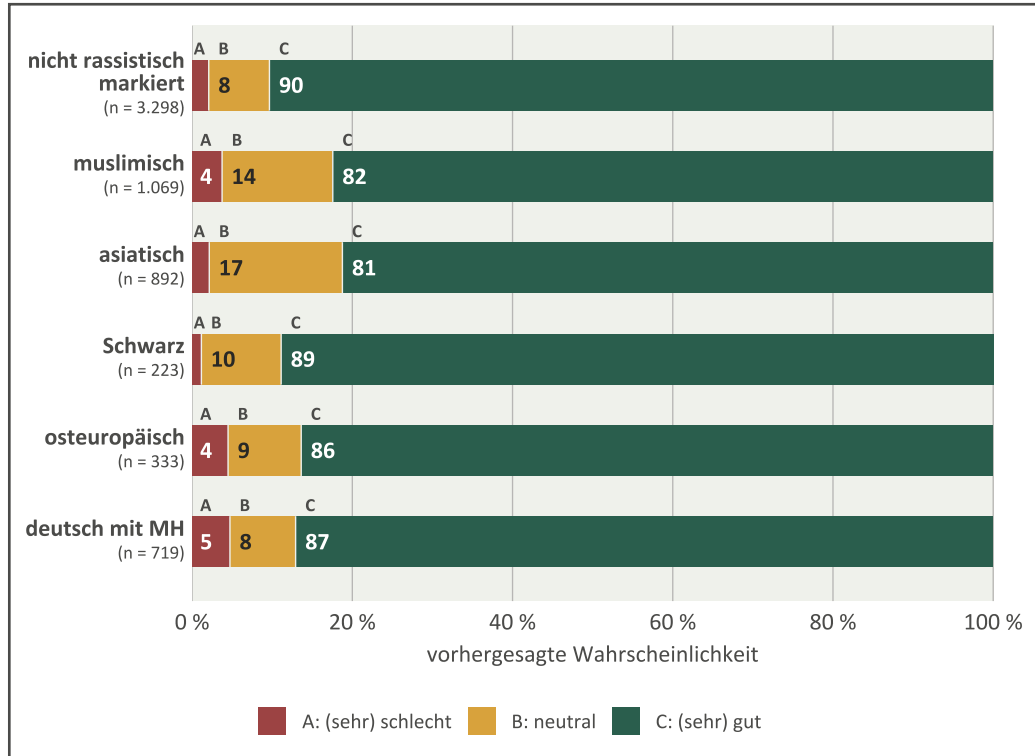
Das Gefühl von Sicherheit gehört zu den zentralen Parametern, die gesellschaftliche Teilhabe und Ungleichheit prägen. Es beeinflusst maßgeblich, ob Menschen sich in ihrer Nachbarschaft wohlfühlen. Sicherheit ist dabei nicht nur eine Frage von Kriminalitätsraten, sie umfasst auch ein subjektives Gefühl, das eng mit sozialer Positionierung, Raumwahrnehmung und Alltagserfahrungen zusammenhängt (Wacquant 2007; Wehrheim 2018). Marginalisierte Gruppen erleben Räume häufig nicht nur aufgrund physischer Gefahren als unsicher, sondern auch aufgrund von Stigmatisierung, sozialer Kontrolle und Ausschlüssen. Insbesondere Frauen, ältere Personen, queere Menschen und rassistisch markierte Gruppen empfinden verstärkt Unsicherheit (England & Simon 2010; Koskela 1997; Pain 2001). Nachts, wenn soziale Kontrollmechanismen wie Publikumsverkehr entfallen, können diese Wahrnehmungen noch zunehmen.

Das subjektive Sicherheitsempfinden ist damit Teil der sozialen Raumproduktion. Es wird nicht nur durch Bebauung, Infrastruktur, Beleuchtung oder Polizeipräsenz beeinflusst, sondern auch durch Bedeutungszuschreibungen, ungleiche Machtverhältnisse und die Art, wie Menschen ihre Umgebung wahrnehmen (Blokland 2021; Ruhne 2020). Der öffentliche Diskurs über Unsicherheit, insbesondere in städtischen Kontexten, ist zudem häufig durch rassistische Untertöne geprägt: Dabei gelten bestimmte Gruppen als Bedrohung, was wiederum selbst Unsicherheiten für diese Gruppen erzeugt (Di Masso et al. 2014). Diese Wahrnehmungen sind räumlich ungleich verteilt. Stadtteile, die medial oder politisch als „Problemviertel“ bezeichnet werden, verstärken Unsicherheitsgefühle, und zwar unabhängig von tatsächlicher Kriminalität (Krajewski 2013). Gleichzeitig zeigen Studien, dass sozialer Zusammenhalt und die regelmäßige Nutzung öffentlicher Räume das Gefühl von Sicherheit fördern (Blokland 2021; Stefanizzi & Verdolini 2019). Wo Vertrauen in Nachbar*innen besteht, Menschen vertrauten Gesichtern im Alltag begegnen und der öffentliche Raum regelmäßig genutzt wird, steigt das subjektive Sicherheitsgefühl – auch an Orten, die äußerlich als unsicher gelten (Blokland 2011, 2021; Sampson 2004). Für eine postmigrantische Raumanalyse bedeutet dies, dass Sicherheitsempfinden keine rein subjektive Befindlichkeit ist, sondern als sozial und räumlich strukturierte Erfahrung verstanden werden muss (Barwick 2014). Damit wird deutlich, dass einfache Kausalitätsannahmen zwischen objektiver Kriminalität und subjektiver Unsicherheit zu kurz greifen.

Im NaDiRa.panel wurden die Befragten vor diesem Hintergrund gebeten, anzugeben, wie sie ihr persönliches Sicherheitsempfinden tagsüber und nachts in ihrer Wohnumgebung bewerten.⁶⁰ Die Wahrscheinlichkeit, sich sicher zu fühlen, liegt bei allen Gruppen über 81 % (siehe [Abbildung 27](#)). Nachts sinkt diese Wahrscheinlichkeit in fast allen Gruppen um etwa 10 Prozentpunkte (siehe [Abbildung 28](#)). Dieses Unsicherheitsgefühl ist nicht zufällig verteilt; auch hier wird die rassistische Markierung sichtbar. Sowohl tagsüber als auch nachts fühlen sich rassistisch markierte Menschen signifikant unsicherer in ihrer Wohnumgebung als nicht rassistisch markierte Personen. Die Werte der Schwarzen Gruppe müssen aus Gründen der geringen Fallzahl allerdings mit Vorsicht behandelt werden. Besonders auffällig ist die Differenz bei muslimischen (tagsüber und nachts etwa 7 Prozentpunkte weniger Sicherheit) und asiatischen Personen (tagsüber circa 8 Prozentpunkte weniger; nachts ebenfalls niedriger, aber nicht durchgängig statistisch signifikant).

⁶⁰ Wortlaut der Frage: „Und wie würden Sie die folgenden Merkmale Ihrer Wohnumgebung bewerten?“ Folgende Merkmale wurden angezeigt: „persönliches Sicherheitsempfinden tagsüber“ und „persönliches Sicherheitsempfinden nachts“. Antwortskala: (1) sehr schlecht, (2) schlecht, (3) neutral, (4) gut, (5) sehr gut. Für die Auswertung wurden (1) und (2) zu „(sehr) schlecht“ sowie (4) und (5) zu „(sehr) gut“ zusammengefasst.

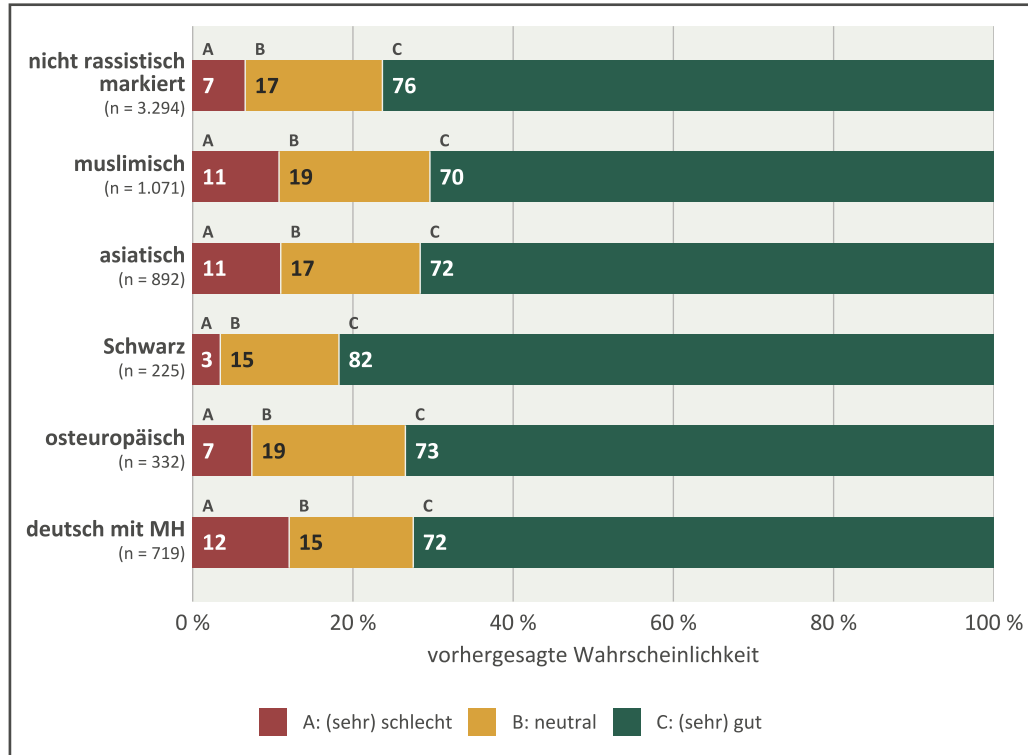
**Abbildung 27. Sicherheitsempfinden am Tag nach Gruppenzugehörigkeit (Regressions-
ergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)**



©DeZIM

Lesebeispiel: Unter asiatisch gelesenen Personen liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, tagsüber das Sicherheitsempfinden in der Wohnumgebung als „neutral“ zu bewerten, bei 17 % – verglichen mit 8 % bei nicht rassistisch markierten Personen. **Anmerkung:** Wahrscheinlichkeiten unter 3 % sind nicht ausgewiesen. Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinalen logistischen Regressionsmodell und werden als predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 6.534. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.280 Individuen.)

Abbildung 28. Sicherheitsempfinden in der Nacht nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



©DeZIM

Lesebeispiel: Muslimisch gelesene Personen geben ihr Sicherheitsempfinden nachts mit einer vorhergesagten Wahrscheinlichkeit von 11 % als „(sehr) schlecht“ an – im Vergleich zu 7 % bei nicht rassistisch markierten Personen.

Anmerkung: Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa-panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinal-logistischen Regressionsmodell und werden als predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkungsgrad. N = 6.533. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.279 Individuen.)

Urbanität verstärkt die Unterschiede insgesamt: Die Wahrscheinlichkeit, sich in der nächtlichen Wohnumgebung sicher zu fühlen, ist für Befragte in städtischen Räumen deutlich geringer als für Personen in nicht urbanen Regionen (rund 68 % in urbanen vs. 78 % in nicht urbanen Räumen). Doch auch über unterschiedliche Raumtypen hinweg bleibt die rassistische Markierung eine zentrale Differenzlinie. Deutlich wird zudem die Bedeutung des Geschlechts: Weibliche Befragte berichten konsistent von einem stärkeren Gefühl der Unsicherheit, unabhängig von ihrer Selbstidentifikation. Die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen ihr Sicherheitsgefühl nachts als „gut“ einstufen, ist im Durchschnitt um rund 10 Prozentpunkte geringer als bei Männern. Das Empfinden von Sicherheit ist kein gleichmäßig verteilter Zustand, sondern wird entlang rassistischer und geschlechtlicher Linien unterschiedlich erlebt. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit qualitativen Befunden und dem vielfach beschriebenen Zusammenhang zwischen rassistischer Markierung bzw. Geschlecht und erhöhter Verwundbarkeit im öffentlichen Raum (Leitner et al. 2008; Nandi & Luthra 2021).

➔ **Beispielkasten 7: Sicherheitsempfinden im eigenen Viertel**

Eine 45-jährige Frau mit mittlerer formaler Bildung, die in einer Stadt wohnt und ein Haushaltseinkommen von 2.200 Euro hat, fühlt sich – wenn sie muslimisch ist – mit einer Wahrscheinlichkeit von 44 % nachts in ihrer Wohnumgebung sicher. Für eine nicht rassistisch markierte Frau mit denselben Eigenschaften liegt dieser Wert bei 53 % – also 9 Prozentpunkte höher.

Männer mit den gleichen Eigenschaften berichten insgesamt über ein höheres Sicherheitsgefühl. Dennoch zeigt sich auch bei ihnen der Effekt der rassistischen Markierung: Ein muslimischer Mann bewertet seine Wohnumgebung mit einer Wahrscheinlichkeit von 57 % nachts als sicher, während dieser Wert bei einem nicht rassistisch markierten Mann mit identischen Merkmalen bei 66 % liegt. Auch hier beträgt der Abstand 9 Prozentpunkte. Der Unterschied zwischen einer muslimischen Frau und einem nicht rassistisch markierten Mann beträgt 22 Prozentpunkte.

3.1.4 Diskriminierung und Übergriffe: Erfahrene Ausschlüsse in der Nachbarschaft

Diese Ängste und Unsicherheiten im Wohnumfeld sind Symptome einer ungleichen Raumproduktion, die bestimmte Körper und Zugehörigkeiten systematisch ausschließt. Diskriminierung und Rassismus im Alltag sind somit Ausdruck tief verwurzelter Machtverhältnisse. Diese zeigen sich in Infrastrukturen und Quartiersbildern ebenso wie in institutionellen Routinen und alltäglichen Interaktionen – selbst dort, wo sie auf den ersten Blick unsichtbar bleiben (Lipsitz 2011). Besonders marginalisierte Gruppen sind von solchen Grenzziehungen betroffen, die keineswegs abstrakt sind, sondern sehr konkret und lokal wirken. Für diese Gruppen ist das Empfinden von Sicherheit, Zugehörigkeit oder Wohlbefinden eng mit Erfahrungen von Schutzlosigkeit, Kontrolle und Stigmatisierung verknüpft. Die eigene Straße, der Hauseingang oder der Platz vor der Tür werden so zu Schauplätzen alltäglicher Grenzziehung und sozialer Kontrolle, sind aber zugleich auch Orte nachbarschaftlicher Verbundenheit. Gerade in diesem Spannungsfeld zeigt sich, dass Diskriminierung und Zugehörigkeit nicht gegensätzlich, sondern eng miteinander verflochten sind (Barwick & Beaman 2019). Die Nachbarschaft wird so zum ambivalenten Schauplatz: Sie verkörpert sowohl Ausschlüsse als auch soziale Anerkennung und Verankerung.

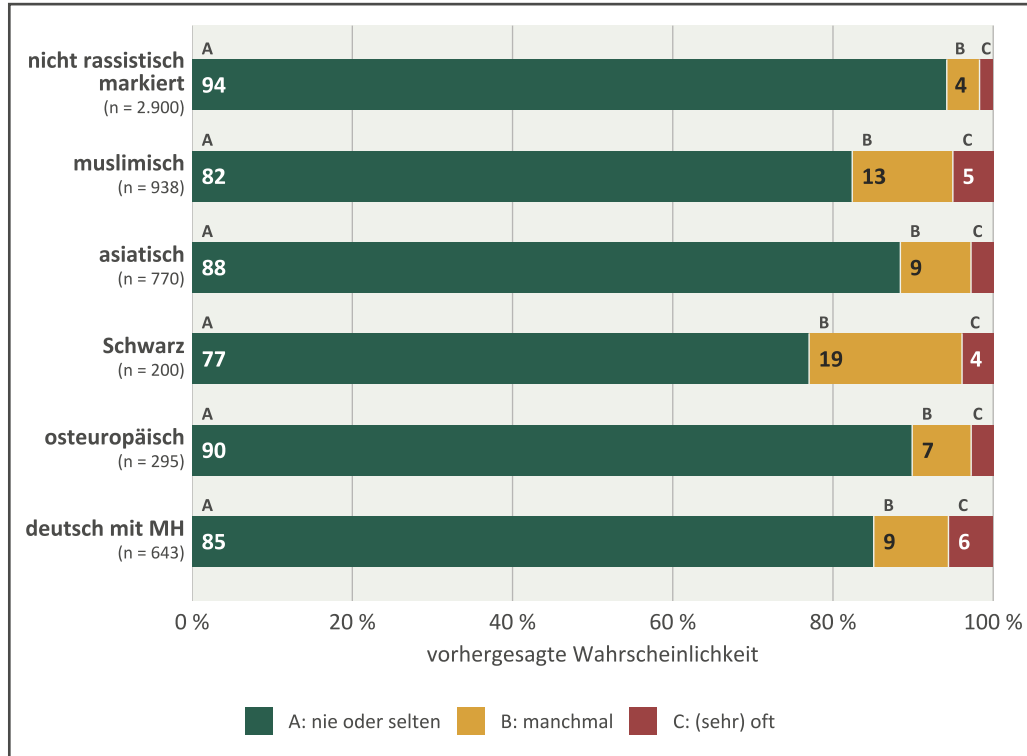
Im Alltag rassistisch markierter Gruppen wird diese Verschränkung besonders sichtbar. Gerade für sie ist Sicherheit nicht nur subjektives Empfinden, sondern eng verbunden mit realen Erfahrungen von Herabsetzung, Kontrolle und Gewalt (Bridge & Watson 2011). Konzepte wie geographies of injustice (Harvey 2012) betonen die lokale Verankerung von Ungleichheit, die sich über nachbarschaftliche Interaktionen reproduziert. Die direkte Wohnumgebung wird so zu einem Ort, an dem sich Verwundbarkeit, Diskriminierung und Rassismus auf vielschichtige Weise überlagern. Neben direkter Diskriminierung kann es auch das Alltagserleben prägen, wenn wiederholt Übergriffe beobachtet werden. Diese Form indirekter Betroffenheit, auch Ko-Betroffenheit (DeZIM 2022), unterstreicht die Bedeutung postmigrantischer Perspektiven, die geteilte Erfahrungen von Ausgrenzung, Verwundbarkeit und Solidarität erfassen.

Die Daten des NaDiRa.panels können diese Dynamiken empirisch sichtbar machen. Die Befragten gaben an, wie oft sie in den vergangenen zwölf Monaten in ihrer Nachbarschaft schlechter behandelt wurden als andere.⁶¹ Ergänzend wurde erhoben, wie häufig es in der Wohnumgebung der Befragten vorkommt, dass andere Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ethnischen Herkunft oder Religion angegriffen oder belästigt wurden.⁶² Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Diskriminierung in der Nachbarschaft stark ungleich verteilt ist und rassistisch markierte Gruppen signifikant häufiger betrifft (siehe [Abbildung 29](#)). Besonders betroffen sind Schwarze Menschen; ihre Wahrscheinlichkeit, selbst Diskriminierung in der Nachbarschaft zu erleben, ist um bis zu 17 Prozentpunkte höher als für nicht rassistisch markierte Personen. Ebenso betroffen sind asiatische und muslimische Personen, deren Wahrscheinlichkeit um 6 und 12 Prozentpunkte höher ist.

⁶¹ Damit wurde das in der Rassismusforschung etablierte Instrument der *Everyday Discrimination Scale* (Seabra et al. 2024; Williams et al. 1997) für die fünfte Befragungswelle um den Kontext der Nachbarschaft erweitert. Wortlaut der Frage: „Und wie oft wurden Sie in den letzten 12 Monaten in folgenden Situationen schlechter behandelt als andere Menschen?“ Dimension: „In der Nachbarschaft“. Hierzu wurde der Hinweis angezeigt: „Nachbarschaft ist das, was Sie darunter verstehen“. Antwortskala: (1) nie, (2) selten, (3) manchmal, (4) oft, (5) sehr oft. Für die Analyse wurden (1) und (2) zu „nie oder selten“ und (4) und (5) zu „(sehr) oft“ zusammengefasst.

⁶² Wortlaut der Frage: „Wie häufig kommt es in Ihrer Nachbarschaft vor, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ethnischen Herkunft oder Religion angegriffen oder belästigt werden?“ Antwortoptionen: (1) nie, (2) selten, (3) manchmal, (4) oft, (5) sehr oft. Für die Analyse wurden (1) und (2) zu „nie oder selten“ und (4) und (5) zu „(sehr) oft“ zusammengefasst.

Abbildung 29. Diskriminierungserfahrungen in der Nachbarschaft nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



©DeZIM

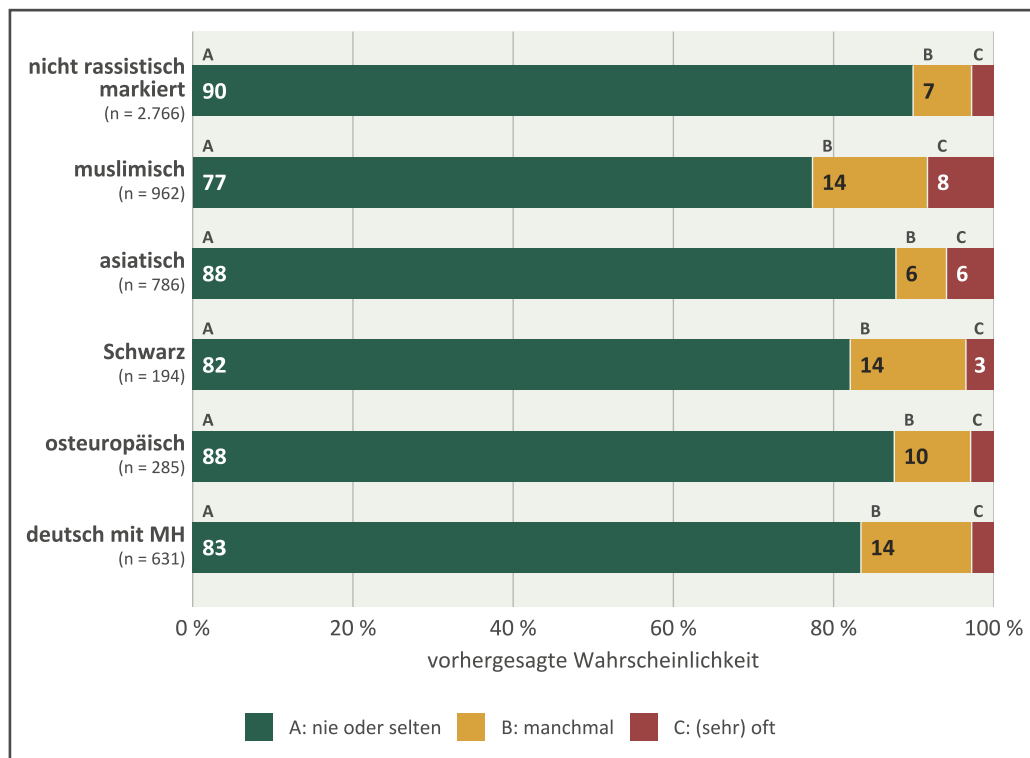
Lelesebeispiel: Unter Schwarzen Befragten liegt die Wahrscheinlichkeit, in der eigenen Nachbarschaft (sehr) oft oder manchmal diskriminiert zu werden, bei 23 %. **Anmerkung:** Wahrscheinlichkeiten unter 3 % sind nicht ausgewiesen. Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinalen logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins* (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 5.746. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 5.524 Individuen.)

➔ Beispielkasten 8: Schwarze Frauen erleben oft Diskriminierung in der Nachbarschaft

Eine 45-jährige Schwarze Frau mit mittlerer formaler Bildung, einem Haushaltseinkommen von 2.200 Euro und Wohnsitz in einer Stadt erlebt lediglich mit einer Wahrscheinlichkeit von 33 % niemals Diskriminierung in ihrer Nachbarschaft. Für eine nicht rassistisch markierte Frau mit denselben Eigenschaften liegt dieser Wert bei 62 %. Der Unterschied von fast 30 Prozentpunkten unterstreicht, wie stark rassistische Markierung das Risiko erhöht, im nachbarschaftlichen Alltag Diskriminierung zu erfahren.

Diese ungleiche Verteilung zeigt sich auch bei der Wahrnehmung rassistisch motivierter Übergriffe in der Nachbarschaft (siehe [Abbildung 30](#)). Besonders häufig berichten muslimische (22 %) und Schwarze Personen (17 %), dass sie (sehr) oft oder manchmal beobachten, wie Menschen in ihrem Wohnumfeld aufgrund von Hautfarbe, ethnischer Herkunft oder Religion angegriffen oder belästigt werden – also jene Gruppen, die überproportional häufig selbst Diskriminierung erfahren. Bei nicht rassistisch markierten Personen liegt der Anteil bei nur 8 %. Damit ist er in den genannten rassistisch markierten Gruppen fast doppelt so hoch. Ein weiterer Unterschied zeigt sich beim Geschlecht: Frauen berichten signifikant häufiger als Männer, entsprechende Übergriffe zu beobachten. Hierfür kommen zwei Erklärungsansätze in Betracht: Neben residenzieller Segregation – also der ungleichen räumlichen Verteilung von Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen – kann von einer erhöhten, genderspezifischen Wahrnehmungssensibilität ausgegangen werden. Wenn Diskriminierung Teil der eigenen Lebenserfahrung ist, werden entsprechende Vorfälle im Umfeld bewusster wahrgenommen und eingeordnet (Dangschat 2014; Essed 1991; Sue et al. 2007).

Abbildung 30. Beobachtete Übergriffe in der Nachbarschaft nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)

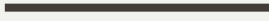


Lesbeispiel: Für Befragte, die nicht rassistisch markiert sind, liegt die Wahrscheinlichkeit, nie oder selten Übergriffe in der eigenen Nachbarschaft zu beobachten, bei 90 %. **Anmerkung:** Wahrscheinlichkeiten unter 3 % sind nicht ausgewiesen. Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa-panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinal-logistischen Regressionsmodell und werden als predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 5.624. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 5.396 Individuen.)

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass Diskriminierung und rassistisch motivierte Übergriffe im Wohnumfeld keine Ausnahmen oder Zufälligkeiten sind, sondern Ausdruck sozialräumlicher Machtverhältnisse. Sie markieren Grenzen der Zugehörigkeit und bestimmen über Zugänge zu Teilhabe und Sicherheit. Wer solche Übergriffe beobachtet, kann sich ebenfalls bedroht, herabgesetzt oder ausgeschlossen fühlen – unabhängig davon, ob er oder sie selbst betroffen ist (DeZIM 2022). Zudem wirken sich Übergriffe drastisch auf die Wohnzufriedenheit aus: Zusätzliche Analysen⁶³ zeigen, dass bereits selten erfahrene Diskriminierungen die Wahrscheinlichkeit, zufrieden zu sein, um rund 12 Prozentpunkte senken; bei sehr häufiger Diskriminierung steigt dieser Effekt auf fast 46 Prozentpunkte. Auch die bloße Beobachtung rassistisch motivierter Übergriffe im Wohnumfeld schränkt die Wohnzufriedenheit erheblich ein. Wer manchmal Übergriffe beobachtet, hat eine um 15 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, zufrieden zu sein; bei (sehr) häufiger Beobachtung liegt der Rückgang bei fast 39 Prozentpunkten. Parallel dazu weisen alle rassistisch markierten Gruppen, insbesondere muslimische, Schwarze und asiatische Personen, ohnehin eine signifikant niedrigere Wohnzufriedenheit im Vergleich zu nicht rassistisch markierten Personen auf (siehe [Kapitel 2.4](#)). Insgesamt wird deutlich, dass Diskriminierung und Übergriffe nicht nur körperlich verletzen, sondern gesellschaftliche Grenzen schaffen, die über den Zugang zu räumlicher Teilhabe bestimmen.

⁶³ Die Ergebnisse basieren auf Regressionsanalysen.

3.2



Infrastrukturelle Ambivalenzen: Dichte, Defizite und Distanz



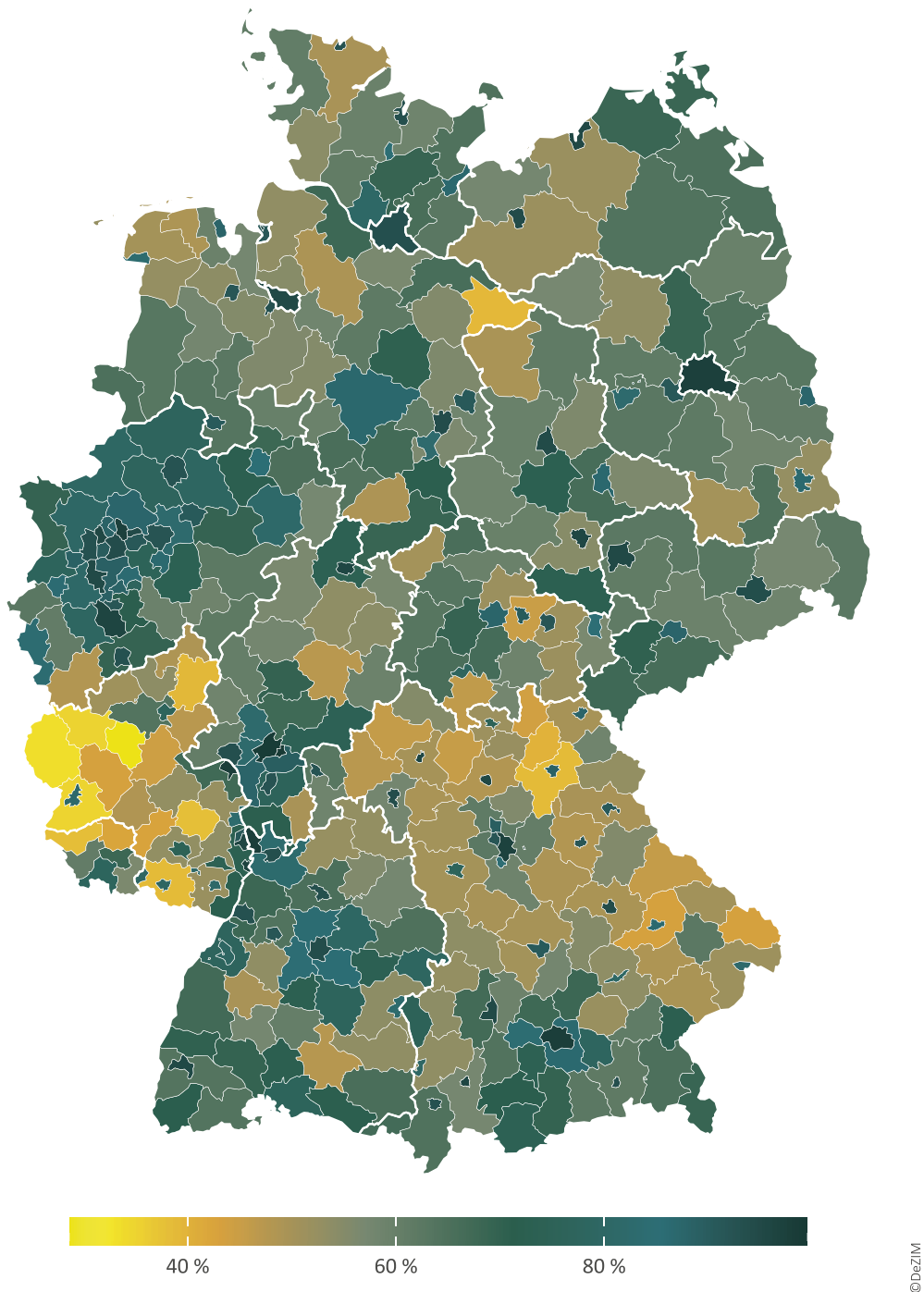
Die ungleiche Verteilung von Ressourcen schlägt sich auch in der materiellen Organisation von Räumen nieder. Infrastrukturen – verstanden als technische, soziale und kulturelle Versorgungsstrukturen – prägen den alltäglichen Handlungsspielraum: Sie ermöglichen oder erschweren Mobilität, Versorgung, Begegnung und soziale wie kulturelle Teilhabe. Ihre räumliche Verteilung folgt dabei weder neutralen noch rein funktionalen Kriterien – vielmehr spiegeln sich darin gesellschaftliche Ungleichheiten, historisch bedingte Exklusion und politische Prioritätensetzungen wider. Gerade Quartiere, in denen überdurchschnittlich viele Menschen entweder mit Migrationshintergrund oder in ökonomisch benachteiligten Haushalten leben, sind häufig mit schlechterer Infrastruktur ausgestattet (Kabisch & Haase 2014; Krause 2024). Dies betrifft etwa die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, soziale und kulturelle Einrichtungen, Bildungs- und Gesundheitsangebote, Naherholungsflächen sowie den baulichen Zustand und die allgemeine Versorgungssicherheit im Wohnumfeld.

Diese Unterversorgung ist kein zufälliges Defizit, sondern das Ergebnis stadt- und raumpolitischer Entscheidungen, die bestimmte Quartiere systematisch von planerischer Aufwertung ausgrenzen. Dies lässt sich als Ausdruck *fortgeschrittener Marginalität* (Wacquant 2007) verstehen: Es geht um Räume, in denen sich strukturelle, institutionelle und symbolische Entwertung überlagern, verbunden mit beschränktem Zugang zu Infrastruktur, Repräsentation und Mitgestaltung. Dabei tritt ein ambivalentes Verhältnis zwischen formeller Planung und *urbaner Informalität* zutage, also den vielen Alltagspraktiken und Regeln, die jenseits offizieller Planung entstehen, aber das Stadtleben dennoch prägen (Roy 2005). Gemeinsam regulieren diese formellen und informellen Strukturen, wer über Infrastruktur verfügt, welche Gruppen Sichtbarkeit und Teilhabe erfahren und welche nicht. Die alltägliche Realität infrastrukturell benachteiligter Quartiere ist damit auch Ausdruck politischer Steuerung von Raum, nicht bloß Resultat individueller Wohnentscheidungen.

Kartografische Auswertungen aus dem INKAR-Atlas⁶⁴ zeichnen zunächst ein positives Bild: Viele urbane Regionen Deutschlands sind grundsätzlich gut mit zentralen Infrastrukturen ausgestattet – etwa dem ÖPNV (siehe [Abbildung 32](#)) oder wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten (siehe [Abbildung 31](#)). Besonders Stadtstaaten und urbane Zentren stechen durch eine hohe Dichte und gute Erreichbarkeit hervor. Im Abgleich mit Forschungsergebnissen wird jedoch deutlich, dass eine solche Auswertung auf Kreis- oder Gemeindeebene innerstädtische Unterschiede nur unzureichend erfasst (Helbig & Salomon 2021; König 2024). Nicht alle Stadtteile profitieren gleichermaßen von dieser Versorgung. Gerade dadurch können die Durchschnittswerte, die INKAR bereitstellt, den Eindruck einer flächendeckend guten Versorgung erzeugen, obwohl sich erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Stadtteilen zeigen.

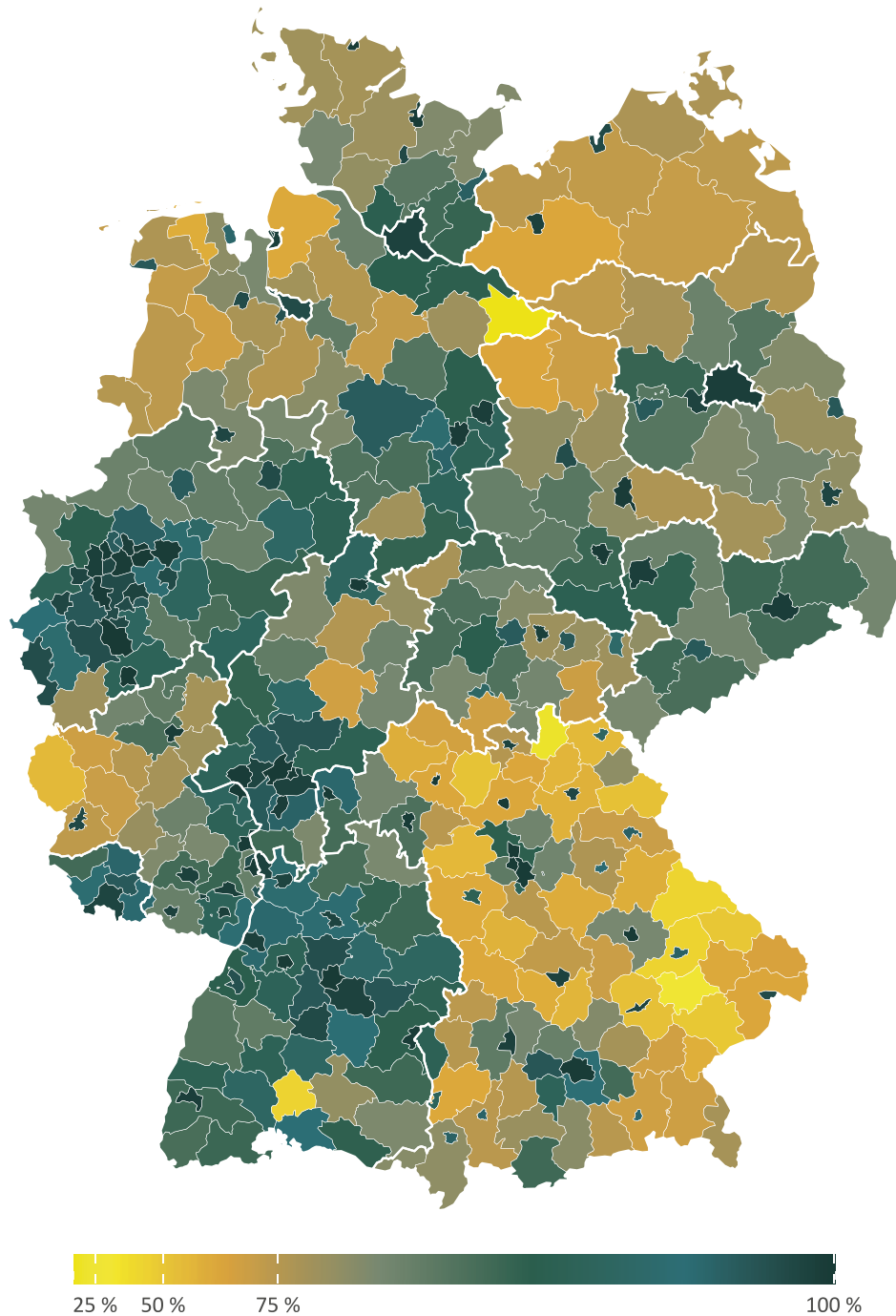
⁶⁴ Der INKAR-Atlas („Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung“) ist ein Angebot des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Er stellt eine große Sammlung von statistischen Daten zur Verfügung, die auf Karten dargestellt werden können. Damit lassen sich zum Beispiel Unterschiede zwischen Regionen in Deutschland sichtbar machen – etwa bei Einkommen, Bildung, Arbeitslosigkeit, Gesundheit oder Umweltbelastungen. Der Atlas hilft also dabei, regionale Ungleichheiten zu erkennen und zu vergleichen, sowohl zwischen Städten und Landkreisen als auch zwischen kleineren Gebieten. Die Daten sind frei zugänglich und werden regelmäßig aktualisiert.

Abbildung 31. Anteil Einwohner*innen mit max. 1.000 m Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter (Mittelwerte in Prozent)



Lesebeispiel: In den meisten west- und süddeutschen Landkreisen liegt der Anteil der Einwohner*innen mit maximal 1.000 m Entfernung zum nächsten Supermarkt oder Discounter bei mehr als 70 %. **Quelle:** INKAR, eigene Darstellung.

Abbildung 32. Anteil Einwohner*innen mit max. 1.000 m Luftliniendistanz zur nächsten Haltestelle des ÖPNV mit mind. 20 Abfahrten am Tag (Mittelwerte in Prozent)



Lesebeispiel: In vielen ländlichen Regionen Bayerns liegt der Anteil der Einwohner*innen mit maximal 1.000 m Entfernung zu einer Haltestelle mit mindestens 20 täglichen Abfahrten unter 50 %, während in den Großräumen München, Nürnberg und Augsburg Werte von mehr als 75 % erreicht werden. **Anmerkung:** Aufgrund der linksschiefen Verteilung der Distanzen zur nächsten ÖPNV-Haltestelle, wurden die Werte mithilfe einer invertierten Logarithmus-Funktion (relativ zum Maximum) transformiert, um Unterschiede farblich besser erkennbar zu machen. **Quelle:** INKAR, eigene Darstellung.

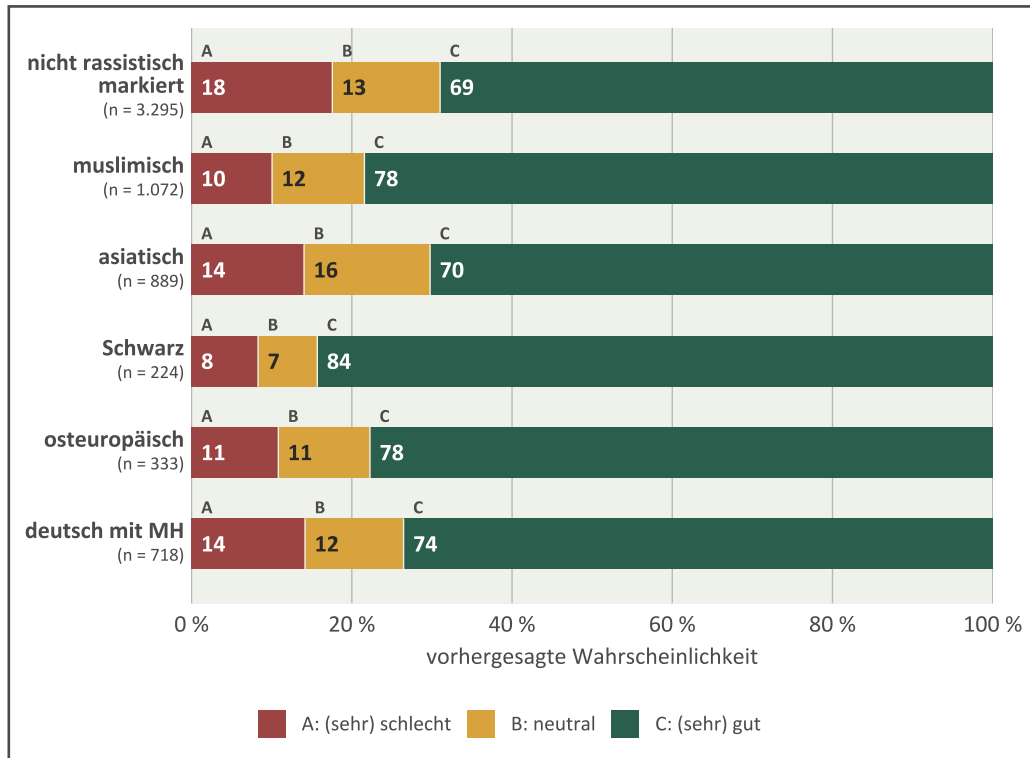
3.2.1 Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs

Die Daten aus dem NaDiRa.panel ermöglichen es, differenziert aufzuzeigen, wie rassistisch markierte Gruppen die infrastrukturellen Bedingungen bewerten. Abgefragt wurden Einschätzungen zu verschiedenen Merkmalen der Wohnumgebung – darunter der bauliche Zustand (etwa Vandalismus), Sauberkeit und Müllentsorgung, die Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs sowie die Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten.⁶⁵ Die Antwortskala reichte über fünf Stufen von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“ und wurde für die vorliegenden Analysen in drei Kategorien zusammengeführt: „(sehr) gut“, „neutral“, „(sehr) schlecht“. Von einer guten Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs berichten mit höherer Wahrscheinlichkeit vor allem Schwarze Menschen (84 %), aber auch muslimische und osteuropäische Personen (beide 78 %; siehe [Abbildung 33](#)). Die niedrigsten Werte finden sich bei nicht rassistisch markierten (69 %) und asiatischen Personen (70 %). Entsprechend ist in diesen Gruppen die Wahrscheinlichkeit negativer Bewertungen am höchsten. Dieser Befund bleibt auch unter Kontrolle von Alter, Bildung und Einkommen bestehen; zugleich zeigt sich insgesamt ein starkes Stadt-Land-Gefälle zulasten nicht-urbaner Räume. In vor- und kleinstädtischen sowie ländlichen Räumen ist die Wahrscheinlichkeit, die Erreichbarkeit des ÖPNV schlecht zu bewerten, um 17 Prozentpunkte höher als in urbanen Zentren. In Ostdeutschland liegt die Wahrscheinlichkeit für eine schlechte ÖPNV-Anbindung zwar durchgehend etwas höher, jedoch bleibt der Verstärkerungsgrad demgegenüber der stärkste Effekt.

Infrastrukturelle Ungleichheit betrifft damit nicht nur Versorgung und Ausstattung, sondern auch Mobilität als zentrale Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe. Während Mobilitätsarmut in Deutschland vor allem als Problem ländlicher Räume gilt (Naumann 2023), zeigen internationale Studien, insbesondere aus den USA, dass in städtischen Kontexten rassistisch markierte Bevölkerungsgruppen deutlich seltener Zugang zu Bus- und Bahnlinien mit guter Anbindung an Arbeitsplätze haben (Anderson & Galaskiewicz 2021; Iyer et al. 2024; McKenzie 2013). Die Analysen des NaDiRa.paneels bestätigen, dass sich auch in Deutschland solche Muster abzeichnen: Wird in der Analyse nur auf Städte fokussiert, bewerten nicht rassistisch markierte Personen ihre Anbindung am besten, rassistisch markierte Gruppen hingegen schlechter. Damit werden innerstädtische Disparitäten sichtbar; zwar leben rassistisch Markierte häufiger in urbanen Räumen mit dichter Nahverkehrsinfrastruktur, dort jedoch in Quartieren mit schlechter Anbindung.

⁶⁵ Wortlaut der Frage: „Und wie würden Sie die folgenden Merkmale Ihrer Wohnumgebung bewerten?“. „Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs“. Antwortoptionen: (1) sehr schlecht, (2) schlecht, (3) neutral, (4) gut, (5) sehr gut. Für die Auswertung wurden (1) und (2) zu „(sehr) schlecht“ sowie (4) und (5) zu „(sehr) gut“ zusammengefasst.

Abbildung 33. Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs in der Wohnumgebung nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Osteuropäische Menschen bewerten die Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs in ihrer Wohnumgebung mit einer Wahrscheinlichkeit von 11 % als „schlecht“. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinalen logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins* (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 6.531. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.276 Individuen.)

3.2.2 Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten

Die Auswertung des NaDiRa.paneels zeigt zudem, dass rassistische Markierung nicht zwangsläufig mit pauschal schlechter Versorgungsinfrastruktur verbunden ist.⁶⁶ Besonders bei der Nahversorgung ergibt sich ein differenziertes Bild: Muslimische, Schwarze und osteuropäische Personen bewerten die Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten überdurchschnittlich positiv (siehe [Abbildung 34](#)). Die Wahrscheinlichkeit für eine gute Bewertung liegt in diesen drei Gruppen jeweils über 80 %, gegenüber 75 % bei nicht rassistisch markierten Menschen. Asiatische Menschen (71 %) ähneln in ihrer Einschätzung

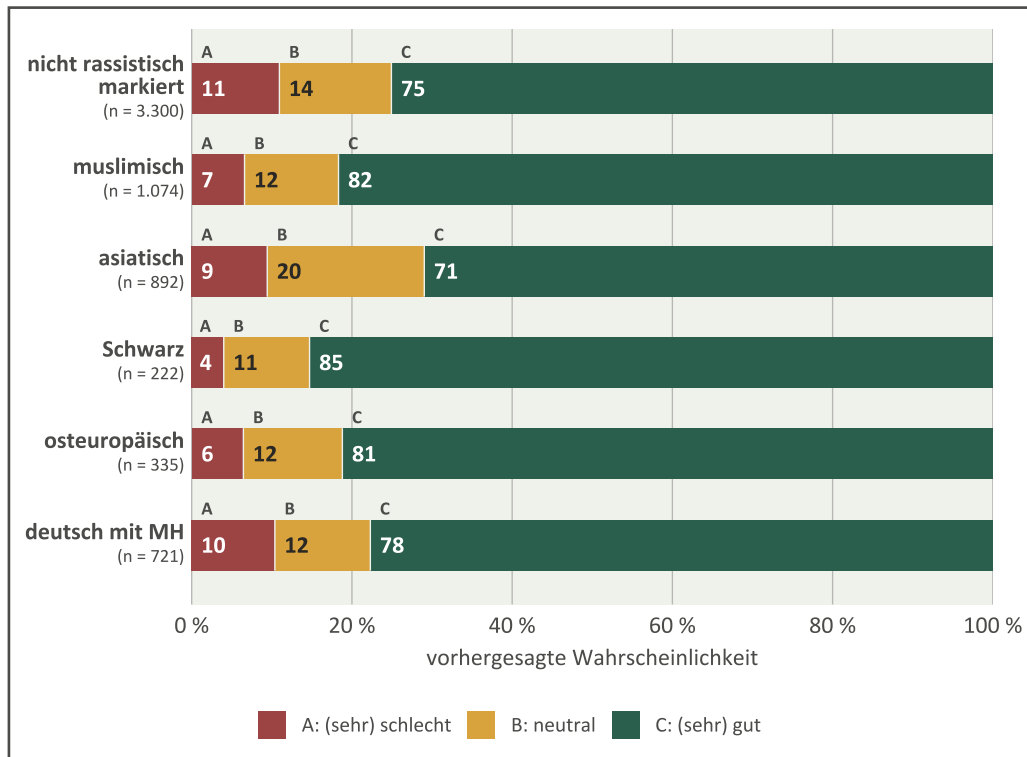
⁶⁶ Wortlaut der Frage: „Und wie würden Sie die folgenden Merkmale Ihrer Wohnumgebung bewerten?“. „Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten“. Antwortoptionen: (1) sehr schlecht, (2) schlecht, (3) neutral, (4) gut, (5) sehr gut. Für die Auswertung wurden (1) und (2) zu „(sehr) schlecht“ sowie (4) und (5) zu „(sehr) gut“ zusammengefasst.

der nicht rassistisch markierten Gruppe. Dieses Muster zeigte sich bereits bei den Bewertungen zur ÖPNV-Anbindung (siehe [Kapitel 3.2.1](#)). Als zentraler Treiber und stärkster Einzeleffekt im Modell erweist sich der Verstärterungsgrad. In urbanen Räumen ist die Wahrscheinlichkeit einer guten Bewertung um rund 14 Prozentpunkte höher als in vor- und kleinstädtischen sowie ländlichen Gebieten – ein Effekt, der auch nach Kontrolle von Einkommen, Bildung, Alter und Geschlecht bestehen bleibt. Der Gruppenunterschied ist naheliegend, da rassistisch markierte Menschen überproportional in urbanen Zentren wohnen (Skifter 2019), wo Supermärkte, Kioske und Spezialgeschäfte eine alltagspraktische Dichte der Versorgung gewährleisten – auch wenn andere Aspekte der Wohnungsbau parallel kritisch wahrgenommen werden können.

Nichtsdestotrotz bedeutet die insgesamt bessere Versorgungslage in Städten nicht, dass davon alle Quartiere gleichermaßen profitieren. Auch innerhalb urbaner Räume bestehen deutliche Unterschiede. Das in den USA entwickelte Konzept der *food deserts* beschreibt Stadtteile ohne wohnortnahe Lebensmittelversorgung, in denen überproportional häufig Schwarze und migrantische Communitys leben (Deener 2017; Xu 2024; Zenk et al. 2005). Ähnliche Debatten werden inzwischen auch in Deutschland geführt (Augustin 2014, 2020). Damit wird deutlich, dass funktionale Dichte allein weder gesellschaftliche Anerkennung noch gleichberechtigte Teilhabe garantiert. Besonders sichtbar ist dieses Spannungsverhältnis in Großwohnsiedlungen. Ursprünglich als funktionale Antwort auf Wohnraumangel konzipiert, verfügen sie oft über eine dichte Nahversorgungsstruktur, gelten heute jedoch vielfach als städtebaulich abgewertet und marginalisiert (StadtumMig-Projektteam 2023, 2025).

Funktionale Versorgung und soziale Entwertung stehen somit nicht im Widerspruch, sondern sind zwei Seiten derselben urbanen Realität. Viele dieser Quartiere können deshalb durchaus gut ausgestattet sein, etwa durch wirtschaftliche Dichte oder migrantisches Unternehmertum (de Araujo & Weber 2014; De Vries 2019; Nuissl & Hillmann 2024; Nuissl & Schmiz 2013; Yildiz 2011). Gleichwohl haben ihre monofunktionale Bauweise, die mangelnde Einbettung in das städtische Gefüge sowie der Strukturwandel ehemals industrieller Standorte die Entwicklungsperspektiven vieler Großwohnsiedlungen eingeschränkt (Rietdorf & Liebmann 1998). Als neue „Ankunftsräume“ migrantischer Bevölkerung sind sie damit nicht nur Orte funktionaler Verdichtung (Pilz et al. 2023), sondern auch Ausdruck planerischer Vernachlässigung und sozialräumlicher Konzentration.

Abbildung 34. Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten in der Wohnumgebung nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesbeispiel: Asiatische Befragte bewerten die Einkaufsmöglichkeiten in ihrer Wohnumgebung mit einer Wahrscheinlichkeit von 20 % als „neutral“. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinalen logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins* (*vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten*) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 6.544. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.290 Individuen.)

3.2.3 Zustand der Wohnumgebung

Vor diesem Hintergrund rückt der bauliche Zustand der Wohnumgebung als weiterer zentraler Indikator für Vernachlässigung und Marginalisierung in den Blick.⁶⁷ Die Bewertung der eigenen Wohnumgebung variiert deutlich entlang sozialer Differenzlinien (siehe [Abbildung 35](#)). Für nicht rassistisch markierte Personen liegt die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Wohnumgebung schlecht bewerten, bei rund 4 %. Bei muslimischen (8 %) und asiatischen Befragten (9 %) ist diese Wahrscheinlichkeit doppelt so hoch. Diese Unterschiede bleiben auch nach Kontrolle zentraler soziodemografischer Merk-

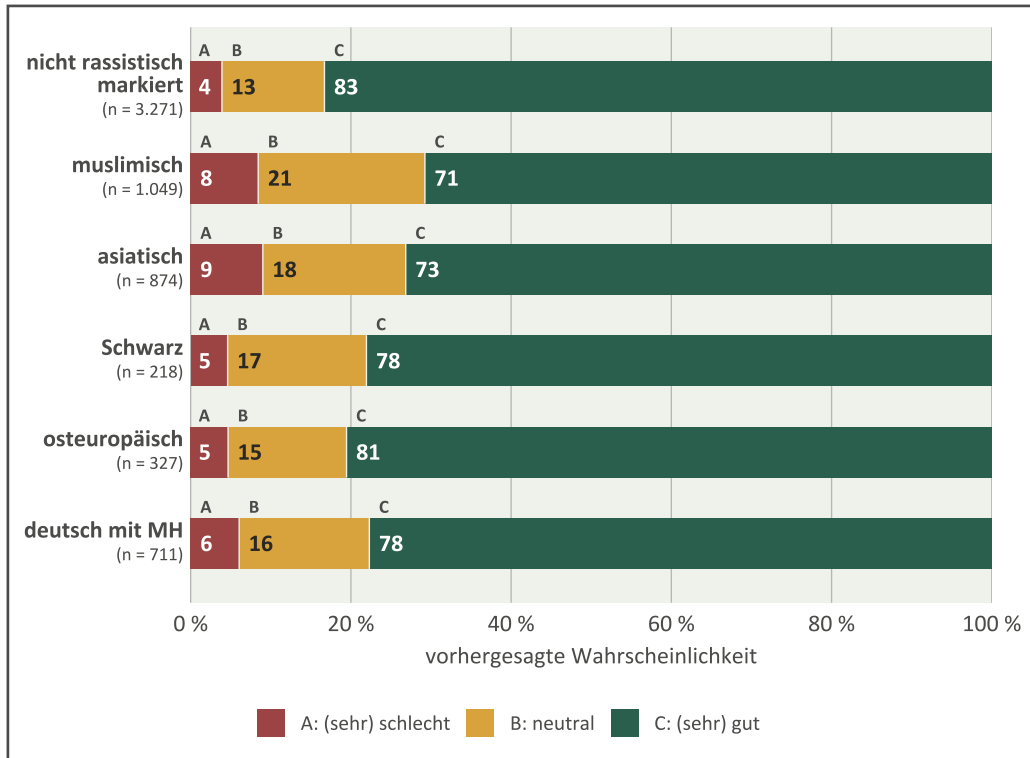
⁶⁷ Wortlaut der Frage: „Und wie würden Sie die folgenden Merkmale Ihrer Wohnumgebung bewerten?“. „Zustand der Wohnhäuser (Vandalismus, heruntergekommen)“. Antwortoptionen: (1) sehr schlecht, (2) schlecht, (3) neutral, (4) gut, (5) sehr gut. Für die Auswertung wurden (1) und (2) zu „(sehr) schlecht“ sowie (4) und (5) zu „(sehr) gut“ zusammengefasst.

male bestehen. Gleichzeitig reduzieren höheres Einkommen und Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeit negativer Bewertungen signifikant, während Bewohner*innen nicht urbaner Regionen seltener von baulichen Mängeln berichten. Ebenso werden in Westdeutschland seltener bauliche Mängel erwähnt als in Ostdeutschland.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass die Qualität der Wohnumgebung nicht für alle Gruppen gleichermaßen hoch ist, sondern Unterschiede entlang der rassistischen Markierung sichtbar werden – insbesondere bei asiatischen und muslimischen Personen. Damit wird klar, dass die Qualität der Wohnumgebung kein neutraler Faktor ist, sondern mit bestehenden Ungleichheitsstrukturen verknüpft sein kann. Diese Befunde korrespondieren mit empirischen Studien, die aufzeigen, dass in ethnisch fragmentierten Städten seltener in öffentliche Güter wie Bildung, ÖPNV, Abwasserinfrastruktur oder Müllentsorgung investiert wird (Alesina et al. 1997; Trounstein 2016, 2018). Ähnliche Muster lassen sich auch im europäischen Kontext beobachten, etwa in französischen *banlieues*, wo bauliche Vernachlässigung, unterfinanzierte Infrastrukturen und soziale Segregation eng zusammenwirken (Eckardt 2007; Loch 2009; Lorrain 2006; Wacquant 2001). Der bauliche Zustand und die Instandhaltung sind damit zentrale Indikatoren infrastruktureller (Un-)Gleichverteilung und zeigen auf, welchen Quartieren städtische Ressourcen systematisch vorenthalten werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Ansatz einer *infrastructure equality* (Archer & Joshi 2025) die Verteilung und Gewährleistung von Infrastruktur nicht nur formal gleich, sondern gezielt gerecht zu gestalten. Zahlreiche internationale Studien belegen, dass rassistisch markierte oder arme Communitys besonders häufig in vernachlässigten Quartieren leben (Bharathi et al. 2022; Bittencourt et al. 2021; Cortés 2021; Pandey et al. 2022; Rokem & Vaughan 2018; Stiglich & Vásquez 2021). Solche Mangellagen sind keine bloßen Planungsfehler, sondern Ausdruck struktureller Ausgrenzung. Wer in abgewerteten Nachbarschaften wohnt, wird infrastrukturell übersehen, planerisch benachteiligt und symbolisch entwertet – mit spürbaren Folgen für die Wohnqualität. Die Befunde des NaDiRa.panels liefern erste Hinweise für Deutschland: Unterschiede in der Bewertung der Wohnumgebung entlang rassistischer Markierungen zeigen, dass auch hier der bauliche Zustand der Quartiere ein Indikator für soziale Ungleichheit ist und als solcher stärker in den Blick genommen werden muss.

Abbildung 35. Wahrgenommener Zustand der Wohnumgebung nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass Personen, die sich als „deutsch mit Migrationshintergrund“ identifizieren, ihre Wohnumgebung als gut bewerten, liegt bei 78 %. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinalen logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 6.450. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.199 Individuen.)

➔ Beispielkasten 9: Zwei Frauen und ihr Blick auf die Wohnumgebung

Eine 45-jährige Frau mit mittlerer formaler Bildung, einem Haushaltseinkommen von 2.200 Euro und Wohnsitz in einer Stadt beurteilt – wenn sie asiatisch ist – ihre Wohnumgebung nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 48 % als gut. Für eine nicht rassistisch markierte Frau mit denselben Eigenschaften liegt dieser Wert dagegen bei 66 %. Der Unterschied beträgt fast 20 Prozentpunkte – ein deutlicher Hinweis darauf, wie stark rassistische Markierung die Wohnumgebung prägt, selbst bei sonst gleichen sozioökonomischen Voraussetzungen.

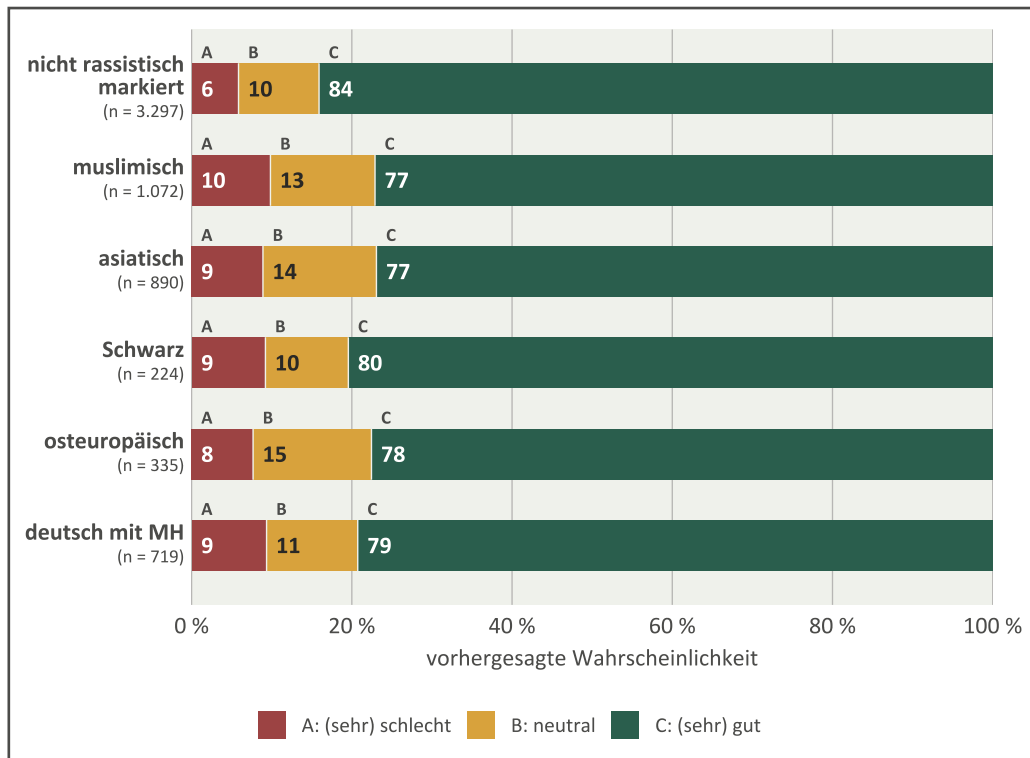
3.2.4 Müllentsorgung und Sauberkeit

Das bedeutet auch, dass vermeintlich neutrale Aspekte wie Müllentsorgung und Sauberkeit unterschiedlich erfahren werden und in hohem Maße von Investitionslagen und lokaler Infrastrukturpolitik abhängen. Die Paneldaten zeigen, dass rassistisch markierte Personen – insbesondere asiatische, muslimische und Schwarze Menschen – in ihrem Wohnumfeld von schlechterer Müllentsorgung berichten als nicht rassistisch markierte Menschen (siehe [Abbildung 36](#))⁶⁸. Konkret liegt die Wahrscheinlichkeit einer schlechten Bewertung bei nicht rassistisch markierten Personen bei 6 %, während sie bei asiatischen Personen 9 %, bei muslimischen 10 % und bei osteuropäischen 8 % beträgt. Diese gruppenspezifischen Unterschiede bleiben auch bestehen, wenn man Einkommen, Bildung, Alter und Geschlecht berücksichtigt. Besonders deutlich wirkt auch hier die Siedlungsstruktur: In urbanen Gebieten fällt die Bewertung kritischer aus als in nicht urbanen Räumen – und zwar in allen Gruppen. Die Unterschiede nach rassistischer Markierung sind damit robust, aber in Städten besonders ausgeprägt.

Infrastrukturen sind keine rein technischen Gegebenheiten, vielmehr wird an ihnen deutlich, welche gesellschaftlichen Prioritäten gesetzt werden. Insofern sind sie auch Instrumente von (Un-)Gleichheit. Gerade in Städten wird das ambivalente Verhältnis sichtbar. Rassistisch markierte Gruppen leben hier überdurchschnittlich häufig und genau dort zeigt sich die doppelte Realität – funktionale Dichte und Versorgungsvielfalt einerseits, sichtbare Mängel bei Basisinfrastrukturen wie Instandhaltung, Müllentsorgung und Sauberkeit andererseits. Diese Konstellation macht deutlich: Städte sind Orte, an denen sich ungleiche Infrastruktur besonders verdichtet. Was nach außen wie gute Versorgung wirkt, ist häufig selektiv organisiert. Infrastruktur folgt damit einer Logik selektiver Verteilung, die städtische Räume zu Schauplätzen der Ungleichbehandlung und Ungleichwertigkeit macht.

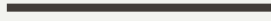
⁶⁸ Wortlaut der Frage: „Und wie würden Sie die folgenden Merkmale Ihrer Wohnumgebung bewerten?“, „Sauberkeit und (Sperr-)Müllentsorgung“. Antwortoptionen: (1) sehr schlecht, (2) schlecht, (3) neutral, (4) gut, (5) sehr gut. Für die Auswertung wurden (1) und (2) zu „(sehr) schlecht“ sowie (4) und (5) zu „(sehr) gut“ zusammengefasst.

Abbildung 36. Wahrgenommene Sauberkeit und Müllentsorgung in der Wohnumgebung nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Muslimische Menschen bewerten die wahrgenommene Sauberkeit in ihrer Wohnumgebung mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 % als gut. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinalen logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)* dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 6.537. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.282 Individuen.)

3.3



Umweltgerechtigkeit in der postmigrantischen Gesellschaft: Rassismus als Umweltfaktor



Mit der Zuspitzung der Klimakrise gewinnt die Frage nach Umweltgerechtigkeit an Relevanz – politisch wie wissenschaftlich, global wie lokal (Lenton et al. 2019; Rockström et al. 2009; Schlosberg & Collins 2014; Teebken 2024). Denn ökologische Belastungen kennen keine Landesgrenzen, und ihre Verteilung folgt auch innerhalb wohlhabender Gesellschaften wie Deutschland keineswegs neutralen Mustern. Besonders betroffen sind marginalisierte Gruppen, deren Wohnorte überdurchschnittlich hohen Umweltbelastungen ausgesetzt sind (European Environment Agency (EEA) 2020; UN-Habitat 2024; WHO Regional Office for Europe 2019). In einer postmigrantischen Gesellschaft rückt damit die Analyse von *Umweltrassismus* in den Fokus. Der Begriff beschreibt die strukturelle Verknüpfung ökologischer Ungleichheiten mit rassistischer Markierung, sozialer Segregation und deren wechselseitiger Verstärkung. Während die entsprechende Forschung in den USA seit Jahrzehnten etabliert ist (Bullard 1990; Kravitz-Wirtz et al. 2016; Zenk et al. 2005), entsteht in Deutschland erst allmählich ein Forschungskorpus, meist unter den Schlagworten *Umweltgerechtigkeit* oder *Umweltungleichheit* (Ituen & Hey 2021; Köckler 2024; Raddatz & Mennis 2013; Rüttenauer 2018; Rüttenauer et al. 2025; König 2024; Preisendörfer 2014). Dieser zeichnet sich jedoch durch andere Schwerpunkte aus: Viele Studien konzentrieren sich bislang auf einzelne Regionen oder subjektive Einschätzungen Befragter (Best & Rüttenauer 2018; Diekmann et al. 2023; Flacke et al. 2016; Kohlhuber et al. 2006; Mielck 2004; Moos et al. 2022; Rüttenauer 2019). Dabei führen Unterschiede in Siedlungsstruktur und Infrastruktur der beforschten Regionen zu jeweils eigenen Mustern (Ehler et al. 2024). Dadurch bleibt die empirische Datenlage begrenzt und ermöglicht bisher keine systematische Auseinandersetzung mit rassistischer Markierung als Faktor umweltbezogener Ungleichheiten.

Unterschiede bei den Umweltbelastungen zeigen sich nicht nur zwischen Stadt und Land, sondern auch innerhalb urbaner Räume – dort, wo in Deutschland mehr als drei Viertel der Bevölkerung lebt und wo überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund wohnen (Statistisches Bundesamt 2024c). Umweltungerechtigkeit bedeutet in diesem Kontext, dass rassistisch markierte Gruppen mit höherer Wahrscheinlichkeit in Gebieten mit schlechter Luftqualität, stärkerer Lärmbelastung oder erhöhtem Hitze stress leben. Studien benennen dafür zwei zentrale Mechanismen: erstens den Prozess des *selective siting*, also des gezielten Platzierens umweltschädlicher Infrastrukturen wie Schnellstraßen oder Industrieanlagen in bereits benachteiligten Vierteln. Zweitens wird der Effekt der *selective migration* beschrieben, also die begrenzten Wohnortwahlmöglichkeiten rassistisch markierter Gruppen durch ökonomische Einschränkungen, institutionelle Hürden oder Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (Alesina et al. 1997; Archer & Joshi 2025; Ehler et al. 2024). Beide Mechanismen führen dazu, dass ökologische Risiken produziert und reproduziert werden, und zwar nach Mustern, die rassistisch markierte sowie sozial benachteiligte Gruppen besonders stark treffen. Umwelt ist damit nicht einfach Natur, sondern auch politischer Raum, in dem Machtverhältnisse sichtbar und Ungleichheiten verfestigt werden. Mit Blick auf die Studienlage lässt sich festhalten: Subjektive Wahrnehmungen sind wichtig, um die Betroffenheit einzelner Gruppen zu erfassen. Für die Analyse von Umweltgerechtigkeit braucht es jedoch auch objektive Daten. Der NaDiRa will einen Beitrag leisten, diese Lücke zu schließen: Um

diese Dimension sichtbar zu machen, wurden die Daten des NaDiRa.panels daher mit wohnortgenauen Messdaten zu Luftschadstoffen und Lufttemperatur verknüpft.

3.3.1 Luftbelastung: Ausdruck struktureller Benachteiligung

Luftverschmutzung zählt zu den klassischen Themen der Umweltgerechtigkeitsforschung, nicht zuletzt aufgrund ihrer gravierenden gesundheitlichen Folgen. Eine erhöhte Belastung mit Feinstaub (PM_{2,5}) oder Stickstoffdioxid (NO₂) steht in engem Zusammenhang mit Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Problemen, kognitiven Einschränkungen und erhöhter Sterblichkeit (Fang et al. 2025; Kashtan et al. 2024; World Health Organization (WHO) 2021). Zahlreiche internationale Studien belegen, dass diese Expositionen nicht gleich verteilt sind. Sie hängen systematisch mit sozioökonomischen Faktoren zusammen – und auch in besonderem Maße mit rassistischer Markierung. So zeigen etwa Untersuchungen aus den USA, dass rassistisch markierte Gruppen häufiger in hochbelasteten Wohnlagen leben als *weiße* Menschen, und zwar unabhängig vom Einkommen (Bell & Ebisu 2012; Jones et al. 2014; Kravitz-Wirtz et al. 2016; Nunez et al. 2024). Auch im europäischen Kontext verdichten sich solche Hinweise. Eine Übersichtsstudie bestätigt, dass die Wohnlagen ökonomisch benachteiligter Menschen in der Regel mit höheren Feinstaubwerten einhergehen (Fairburn et al. 2019). Länderanalysen aus Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien weisen zudem auf eine systematische Benachteiligung migrantischer Communitys hin (Ehler et al. 2024; Fecht et al. 2015; Rüttenauer et al. 2025; Best & Rüttenauer 2018; Rüttenauer 2018).

Ein Teil dieses Zusammenhangs lässt sich durch Urbanität erklären: Menschen mit Migrationsgeschichte leben überdurchschnittlich häufig in Städten und damit in Gebieten mit generell höherer Luftbelastung (Statistisches Bundesamt 2017, 2024c; Umweltbundesamt (UBA) 2024). Stickstoffdioxid, das vor allem durch Verbrennungsprozesse im Straßenverkehr entsteht, gilt dabei als zentraler Indikator verkehrsbedingter Schadstoffe (European Environment Agency (EEA) 2020; Umweltbundesamt (UBA) 2024). Doch die Erklärung über Urbanität greift zu kurz. Differenzierte Analysen zeigen, dass der Zusammenhang zwischen rassistischer Markierung und Luftqualität auch innerhalb urbaner Räume bestehen bleibt, selbst dann, wenn die Faktoren Einkommen und Bildung berücksichtigt werden (König 2024). Dies legt nahe, dass Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (siehe [Kapitel 1](#)) und strukturierte Ausschlussmechanismen den Zugang zu schadstoffärmeren Wohnlagen systematisch erschweren. Hinzu kommt, dass sich Luft- und Lärmbelastung in urban verdichteten Räumen häufig überlagern. Studien belegen, dass diese doppelte Exposition rassistisch markierte Gruppen überproportional häufig betrifft (Diekmann et al. 2023) – mit weitreichenden gesundheitlichen Folgen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlafstörungen und erhöhtem Stress (Preisendörfer et al. 2022; Tonne et al. 2018).

Um diese Zusammenhänge empirisch zu prüfen, wurden die anonymisierten Wohnorte der Befragten im NaDiRa-panel mit Messdaten des Umweltbundesamtes zu Stickstoffdioxid für das Jahr 2024 verknüpft.⁶⁹ Grundlage ist ein räumlich interpoliertes 1x1 km²-Raster, das auf den Messwerten der UBA-Messstationen basiert und so eine kleinräumige Schätzung der durchschnittlichen Belastung im Wohnumfeld ermöglicht.⁷⁰ Der verwendete Jahresmittelwert gilt als robuste Größe, um die Schadstoffexposition im Alltag abzubilden (Schneider et al. 2017). Auf dieser Basis wurde in Regressionsanalysen geprüft, ob sich systematische Unterschiede nach rassistischer Markierung zeigen, kontrolliert nach Geschlecht, Bildung, Alter, Einkommen und Verstädterungsgrad. Eine begleitende Karte (siehe [Abbildung 37](#)) verdeutlicht die regionale Verteilung und zeigt ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle: Während viele Regionen Ostdeutschlands geringe Belastung durch Stickstoffdioxid aufweisen, liegen die höchsten Werte im Ruhrgebiet und in der Rhein-Main-Region. Diese Muster lassen sich vor allem auf historische Industriensiedlungen, hohe Verkehrsdichte und Urbanisierungsgrade zurückführen.

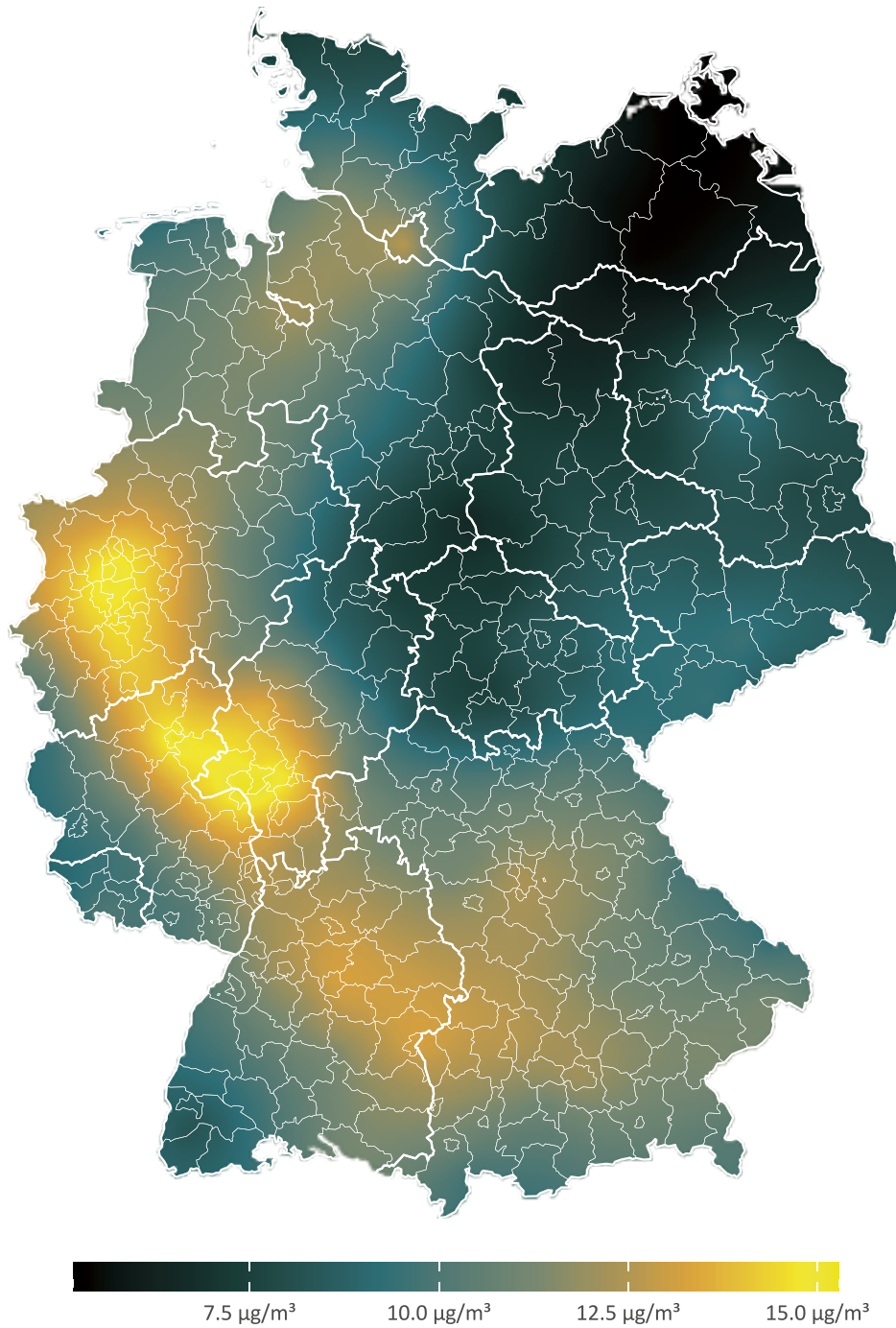
Die Referenzgruppe – nicht rassistisch markierte Männer mit niedriger formaler Bildung in Städten – lebt im Durchschnitt bei einer Stickstoffdioxidbelastung von 12,24 µg/m³ (siehe [Abbildung 38](#)). Dieser Wert liegt bereits oberhalb der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Schwelle von 10 µg/m³.⁷¹ Im Vergleich dazu sind muslimische (+0.38 µg/m³), asiatische (+0.32 µg/m³) und osteuropäische Personen (+0.39 µg/m³) noch einmal signifikant stärker belastet. Auch wenn diese Unterschiede absolut betrachtet klein wirken, sind sie substanziell: Bereits kleine Abweichungen im Jahresmittel können langfristig zu gesundheitlich relevanten Mehrbelastungen führen (Burnett et al. 2018; Pope & Dockery 2006). Bemerkenswert ist zudem, dass klassische sozioökonomische Merkmale wie Bildung, Einkommen, Alter und Geschlecht keine signifikanten Effekte zeigen. Urbanität bleibt dagegen ein klarer Treiber: Wer in ländlichen oder klein-/vorstädtischen Gebieten lebt, ist durchweg geringerer Luftverschmutzung ausgesetzt. Dass viele rassistisch markierte Menschen urban wohnen, erklärt also einen Teil, aber nicht den gesamten Unterschied. Die Analyse zeigt, dass rassistische Markierung systematisch mit schlechterer Luftqualität am Wohnort verbunden ist, unabhängig von klassenspezifischen oder räumlichen Unterschieden – ein deutlicher Hinweis auf Umweltungleichheit.

⁶⁹ Die Wohnortdaten wurden vor der Verknüpfung anonymisiert und ausschließlich auf Rasterebene verarbeitet. Eine Identifizierung einzelner Befragter war ausgeschlossen.

⁷⁰ Interpolation bedeutet, dass die Messwerte der Luftmessstationen auf eine Rasterfläche von 1x1 km² hochgerechnet werden. Dabei werden Werte zwischen den Stationen geschätzt, indem räumliche Abstände und Lagebeziehungen berücksichtigt werden (z. B. über *kriging*- oder *inverse distance weighting*-Verfahren). So entsteht ein flächendeckendes Belastungsmodell, das auch Gebiete ohne direkte Messstation mit hoher Genauigkeit abbildet.

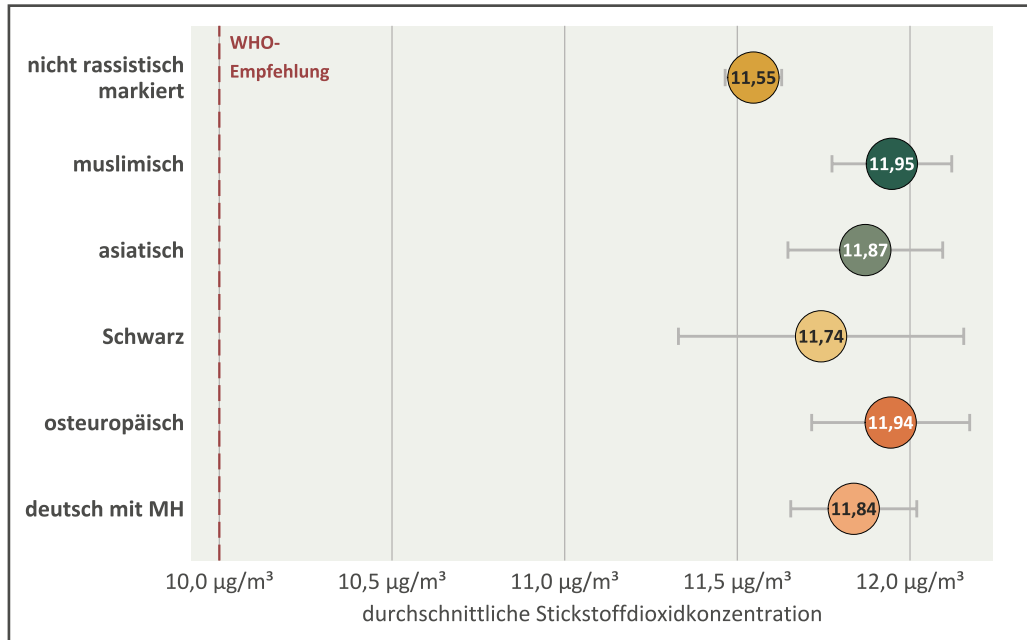
⁷¹ Die WHO empfiehlt seit 2021 einen Jahresmittelwert von 10 µg/m³ NO₂ als Richtwert, während der EU-Grenzwert bislang bei 40 µg/m³ liegt (European Environment Agency (EEA) 2024; World Health Organization (WHO) 2021). Deutschland bewegt sich überwiegend im Bereich von 10–20 µg/m³.

Abbildung 37. Konzentration von Stickstoffdioxid (Jahresmittelwerte in $\mu\text{g}/\text{m}^3$)



Lesbeispiel: In Teilen Nordrhein-Westfalens liegen die durchschnittlichen Stickstoffdioxidwerte bei über $12,5 \mu\text{g}/\text{m}^3$, während große Teile Nordostdeutschlands unter $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$ bleiben. **Quelle:** Umweltbundesamt (UBA), eigene Darstellung.

Abbildung 38. Durchschnittliche Konzentration von Stickstoffdioxid an der Wohnadresse nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Jahresmittelwerte in $\mu\text{g}/\text{m}^3$)



Lesbeispiel: Für nicht rassistisch markierte Personen ergibt sich am Wohnort im Jahresdurchschnitt eine Stickstoffdioxid-Belastung von $11,55 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die Empfehlung der WHO liegt bei $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$. **Anmerkung:** Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. Die rote, vertikale Linie stellt den von der WHO empfohlenen Richtwert eines Jahresmittelwerts von $10 \mu\text{g}/\text{m}^3 \text{NO}_2$ dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem linearen Regressionsmodell und werden als durchschnittliche Stickstoffdioxidkonzentration in $\mu\text{g}/\text{m}^3$ dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. $N = 6.438$. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.188 Individuen.)

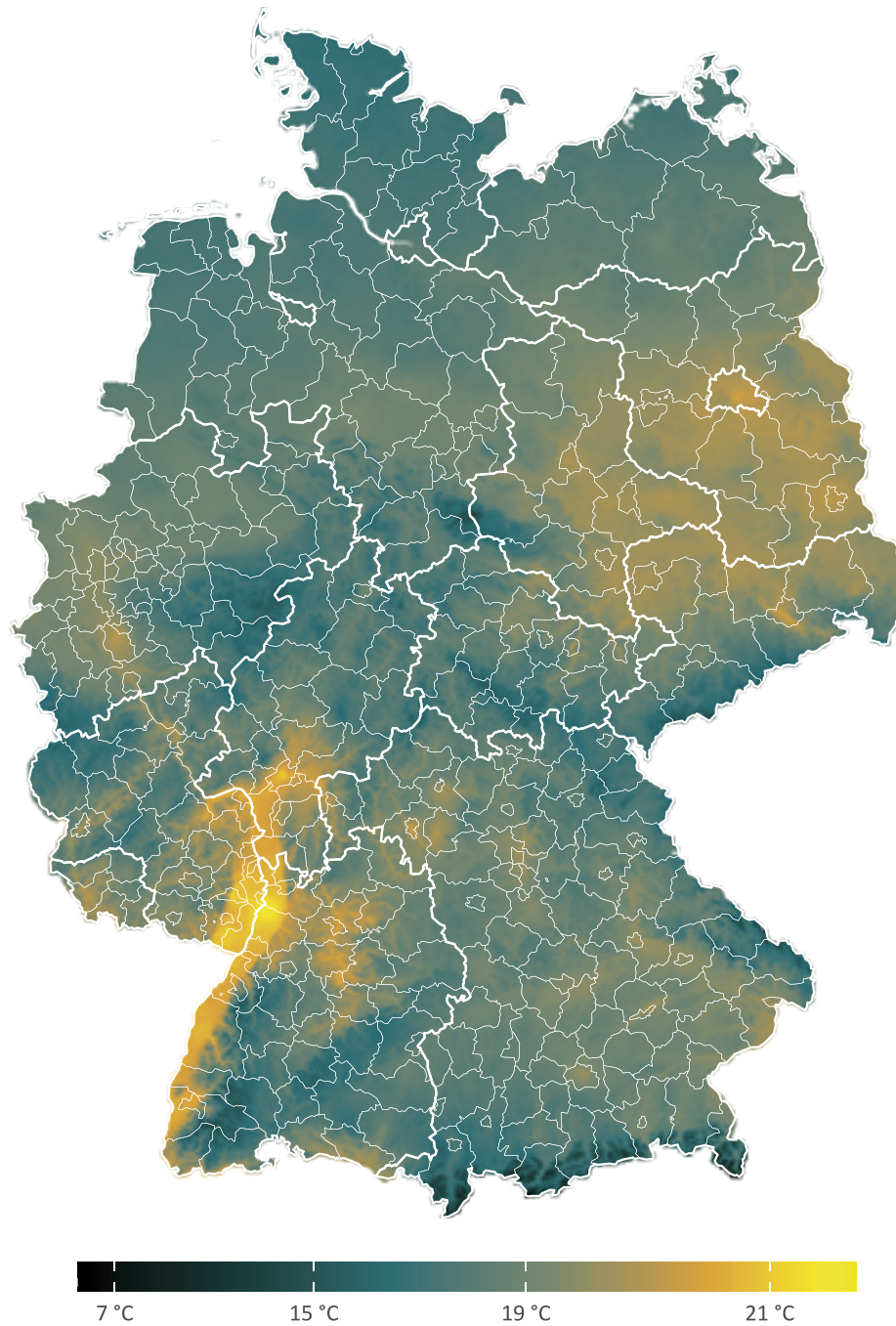
3.3.2 Hitzebelastung: Temperaturgefälle als soziale Trennlinie

Mit der zunehmenden Intensität und Häufigkeit von Hitzewellen (Friedrich et al. 2023; Rousi et al. 2022; Zacharias et al. 2014) rückt auch die Frage in den Fokus, wie ungleich sich Wärme in Städten verteilt und mit welchen sozialen Folgen (Kuttler et al. 2023). Während einige Quartiere vergleichsweise gut an steigende Temperaturen angepasst sind, entwickeln sich andere zu sogenannten *urbanen Hitzeinseln* (Basagana 2019). Dort staut sich Hitze, insbesondere nachts, wodurch es kaum zur notwendigen Abkühlung kommt. Genau diese nächtliche Abkühlung ist aber entscheidend für die Regeneration des Körpers. Bleibt sie aus, trifft das besonders vulnerable Gruppen, beispielsweise ältere Menschen, Kinder, chronisch Kranke oder Personen mit eingeschränkter Mobilität (Cichowicz & Bochenek 2024; Farías & Luggauer 2024; Mertens et al. 2020). Zu den gesundheitlichen Folgen zählen Kreislaufprobleme, Schlafstörungen und Hitzestress; ebenso weisen die Zahlen eine erhöhte Sterblichkeit aus (Heaviside et al. 2017; Robert Koch-Institut (RKI) 2025).

Diese ungleiche Betroffenheit folgt klaren sozialräumlichen Mustern (Klopfer & Pfeiffer 2023; Mitchell & Chakraborty 2018). Vier zentrale Faktoren tragen zur Entstehung dieser urbanen Hitzeinseln bei: dichte Bebauung, hohe Flächenversiegelung, ein niedriger Vegetationsanteil sowie die Wärmeabgabe durch Verkehr und Bevölkerungskonzentration (Rocha et al. 2024). In Kombination verhindern sie eine nächtliche Auskühlung und führen dazu, dass gerade marginalisierte Stadtteile systematisch wärmer bleiben. Auch in Deutschland ist dieses Muster zunehmend sichtbar. Datenanalysen der ZEIT und der taz zeigen: In deutschen Großstädten weisen einkommensstarke Stadtteile messbar niedrigere Temperaturen auf als einkommensschwache (Blickle et al. 2023; Sander et al. 2025). Besonders hitzebelastet sind Menschen mit geringen ökonomischen Ressourcen – Gruppen, die zugleich häufiger migrantisch sind. Für sie ist es schwerer, in kühlere, grünere oder besser versorgte Wohnlagen umzuziehen und so der Belastung zu entgehen. Gründe können finanzielle Einschränkungen, Diskriminierung beim Wohnungsmarktzugang oder fehlende Mobilitätsoptionen sein. Hinzu kommt, dass diese Gruppen auch seltener über ausgleichende Ressourcen verfügen, etwa Balkone, schattige Innenhöfe oder Zugang zu kühlenden Parks oder Gärten (siehe [Kapitel 3.3.3](#)). Hitzestress ist daher nicht nur ein meteorologisches, sondern vor allem ein sozial ungleich verteiltes Risiko.

Während internationale Studien die Verknüpfung von Hitze und Ungleichheit unter dem Stichwort *heat injustice* (Burbidge et al. 2022) schon länger thematisieren, steckt die Forschung zur Hitzebelastung in Deutschland noch in den Anfängen. Umso wichtiger ist es, urbane Hitzebelastung nicht nur als Folge des globalen Klimawandels zu betrachten, sondern auch als Ausdruck bestehender sozialer Ungleichheiten und somit als zentrale Herausforderung für eine postmigrantische Stadtentwicklung. Auch im NaDiRa.panel zeigt sich: Die durchschnittliche Hitzebelastung am Wohnort ist ungleich verteilt und folgt klaren Mustern, die im Folgenden erläutert werden. Um die mittlere Lufttemperatur im Wohnumfeld der Befragten zu bestimmen, wurden die Wohnorte der Befragten mit einem hochaufgelösten Raster des Deutschen Wetterdienstes verknüpft. Grundlage sind Monatsmittel der täglichen Lufttemperaturen von Sommermonaten der vergangenen fünf Jahre – sie umfassen sowohl Tages- als auch Nachttemperaturen und wirken daher vergleichsweise niedrig. Die begleitende Karte (siehe [Abbildung 39](#)) zeigt zunächst vor allem die für Gesamtdeutschland typischen topografischen Effekte: In tiefer gelegenen Regionen sind die Temperaturen tendenziell höher, in Höhenlagen dagegen niedriger.

Abbildung 39. Durchschnittliche tägliche Lufttemperatur in den Sommermonaten der vergangenen fünf Jahre (Mittelwerte in °C)



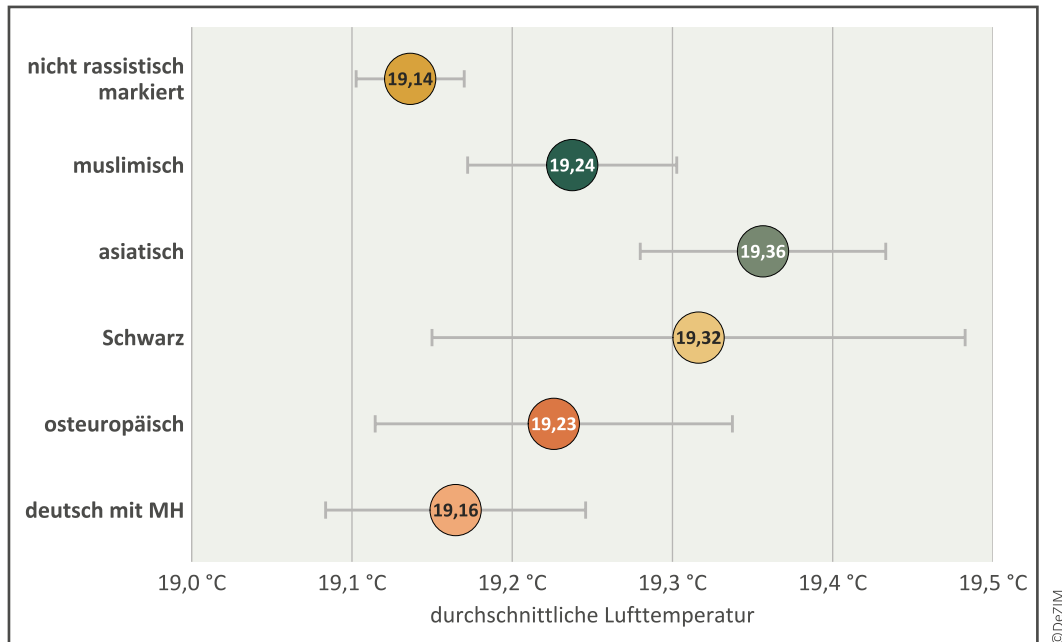
Lesebeispiel: Entlang der französischen Grenze im Südwesten Deutschlands liegen die durchschnittlichen Jahrestemperaturen bei rund 19–21 °C, während die Alpenregionen Südbayerns Werte um 7–9 °C erreichen. **Anmerkung:** Aufgrund der linksschiefen Verteilung der Temperaturen wurden die Werte mithilfe einer invertierten Logarithmusfunktion (relativ zum Maximum) transformiert, um Unterschiede farblich besser erkennbar zu machen. **Quelle:** Deutscher Wetterdienst (DWD), eigene Darstellung.

Eine Regressionsanalyse, die die Wetterdaten mit den Paneldaten verknüpft, zeigt auch hier, dass der Verstärkungsgrad des Wohnortes der wichtigste Prädiktor für eine höhere Temperaturbelastung ist. Grundsätzlich leben Menschen in Großstädten wärmer, während Bildung, Einkommen oder Alter keine signifikanten Effekte haben. Weiterhin wird sichtbar, dass auch unter Kontrolle dieser Merkmale sowie der Merkmale Geschlecht und Urbanität rassistisch markierte Gruppen durchschnittlich in wärmeren Gebieten leben. Die Referenzgruppe – nicht rassistisch markiert, männlich, niedrige Bildung, urban – lebt bei einer durchschnittlichen Sommertemperatur von 19,14 °C (siehe [Abbildung 40](#)). Muslimische Personen leben im Schnitt in Gebieten, die um 0,10 °C wärmer sind, asiatische (+0,28 °C) und Schwarze Personen (+0,23 °C) in signifikant wärmeren. Für osteuropäische Personen und Deutsche mit Migrationshintergrund ist der Effekt ebenfalls beobachtbar, aber nicht statistisch signifikant. Auch wenn Unterschiede im Bereich von Zehntelgraden auf den ersten Blick gering erscheinen, kann schon eine relative Temperaturabweichung bedeutsame gesundheitliche Effekte haben.⁷²

Internationale Richtlinien, wie die der WHO oder der Europäischen Umweltagentur, betonen, dass bereits kleine Temperaturanstiege das Risiko hitzebedingter Erkrankungen und Sterblichkeit deutlich erhöhen (Beck et al. 2024; European Environment Agency (EEA) 2022; WHO Regional Office for Europe 2021). Während *tagesübergreifende* Schwankungen langsamere Temperaturunterschiede zwischen einzelnen Tagen beschreiben, erfassen *tagesinterne* Schwankungen die raschen Unterschiede zwischen Tageshöchst- und -tiefstwerten, die gesundheitlich belastender sind (Liu et al. 2022). Eine multinationale Analyse aus 47 Ländern zeigt, dass bereits eine Zunahme der tagesinternen Temperaturvariabilität um 0,9 °C mit einem Anstieg der Gesamtsterblichkeit um 0,59 % verbunden ist – und damit stärker als bei vergleichbaren Schwankungen zwischen einzelnen Tagen (Wen et al. 2024). Demgegenüber wirken Temperaturanstiege insgesamt auf durchschnittlicher Ebene so, dass ein Anstieg von nur 1 °C im Mittel mit 18 % mehr hitzebedingten Erkrankungen und einer um 35 % höheren Sterblichkeit einhergeht (Faurie et al. 2022). Besonders relevant ist dies für heiße Sommermonate und urbane Hitzeinseln, da rassistisch markierte Gruppen überdurchschnittlich häufig in dicht bebauten Stadtgebieten leben und damit stärker von diesen Temperaturen betroffen sind. In einer sich weiter erheizenden Stadtgesellschaft wird Hitzeungleichheit damit zu einer zentralen Gerechtigkeitsfrage postmigrantischer Urbanität.

⁷² Bereits geringe Temperaturunterschiede können gesundheitlich relevant sein. Die WHO und der IPCC verweisen auf ein erhöhtes Risiko hitzebedingter Mortalität ab etwa 25–30 °C Tageshöchstwerten (Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC) 2021; World Health Organization (WHO) 2024). Der Deutsche Wetterdienst (DWD) klassifiziert Tagesmaxima ab 32 °C als starke, ab 35 °C als sehr starke Wärmebelastung; Tropennächte mit Minima über 20 °C gelten als besonders belastend für vulnerable Gruppen (Deutscher Wetterdienst (DWD) 2024). Epidemiologische Studien belegen zudem, dass bereits Abweichungen von +1 °C über dem lokalen Sommermittel die Mortalität signifikant erhöhen (Gasparrini et al. 2015; Masselot et al. 2023).

Abbildung 40. Durchschnittliche Lufttemperatur in den Sommermonaten der vergangenen fünf Jahre an der Wohnadresse nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Mittelwerte in °C)



Lesebeispiel: Für asiatische Personen lag die durchschnittliche Sommertemperatur der vergangenen fünf Jahre an der Wohnadresse bei 19,36 °C. **Anmerkung:** Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), clusterrobuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem linearen Regressionsmodell und werden als durchschnittliche Lufttemperatur in °C dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstädterungsgrad. N = 6.433. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.183 Individuen.)

3.3.3 Grüne Infrastruktur: Umweltressource unter Vorbehalt

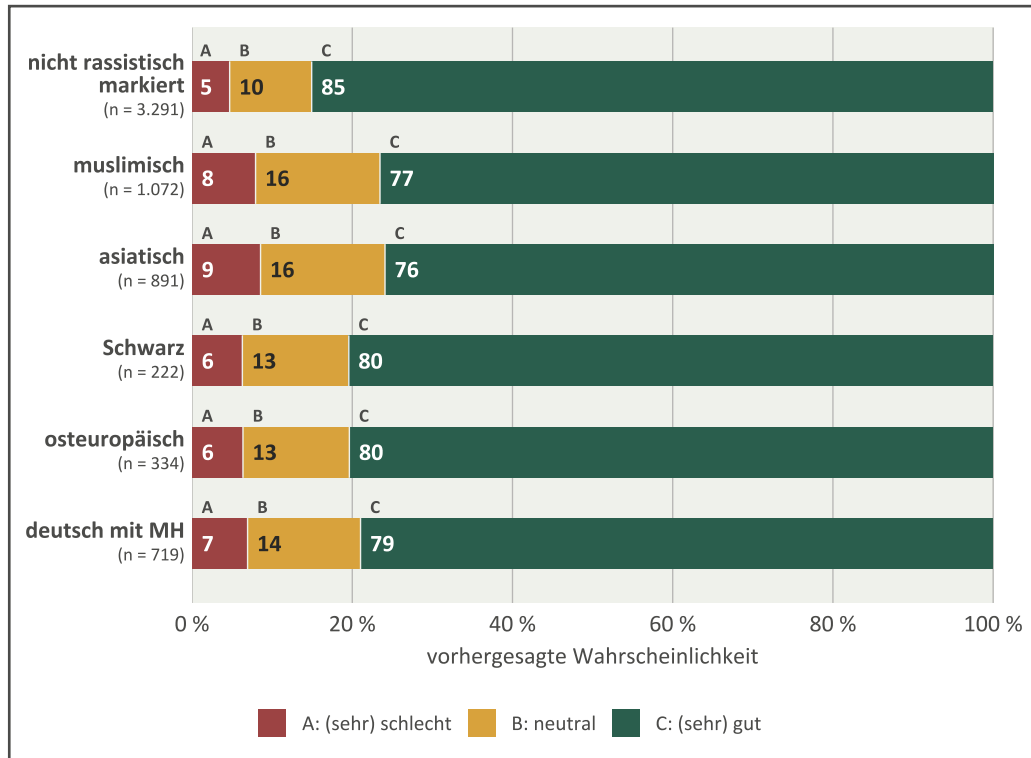
Grüne Infrastruktur erfüllt zentrale Funktionen für die Anpassung an den Klimawandel. Sie schützt vor Hitze, Luftverschmutzung und Starkregen, schafft Rückzugs- und Erholungsräume und trägt durch Beschattung, Verdunstung und Wasserspeicherung entscheidend zur Abkühlung in Städten bei (Rocha et al. 2024). Grünflächen sind damit also nicht bloß ein schönes Extra, sondern wichtig für Lebensqualität, Teilhabe und ökologische Gerechtigkeit. Damit stellt sich auch die Frage, für wen diese Räume gestaltet und gepflegt werden. Denn auch der Zugang zu Grünflächen ist ungleich verteilt (Plüschke-Altorf & Sooväli-Sepping 2022). Studien belegen auf verschiedenen Ebenen deutliche Differenzen im Zugang. Bundesweite Analysen deuten darauf hin, dass er zum Beispiel eng mit dem sozialen Status zusammenhängt (Ohlmeyer et al. 2022; Rehling et al. 2021; Weigand et al. 2023; Wüstemann et al. 2017) – und teils sogar stärker vom Migrationsstatus als vom Einkommen abhängt (König 2024). Auf kommunaler Ebene bestätigt sich dieses Muster: In Städten wie Berlin oder in Regionen wie dem Ruhrgebiet haben Quar-

tiere mit hohem Anteil migrantischer Bewohner*innen im Durchschnitt weniger Grünflächen (Kabisch & Haase 2014; Kabisch & van den Bosch 2017; Klopfer & Pfeiffer 2023).

Die Ursachen dieser Ungleichverteilung sind vielschichtig. Ein Erklärungsansatz ist das Modell der *spatial assimilation*, das davon ausgeht, dass schlechtere Einkommen eine entscheidende Rolle spielen. Demnach müssten höhere Einkommen migrantischen Haushalten ermöglichen, in bessere Wohnlagen zu ziehen, sodass sich Unterschiede im Zugang zu Umweltressourcen damit ausgleichen (Jünger 2022). Andere Studien widersprechen dieser These jedoch: König (2024) zeigt anhand einer Analyse von über 240.000 Nachbarschaften, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit tatsächlich systematisch schlechter an urbanes Grün angebunden und gleichzeitig stärkerer Luftverschmutzung ausgesetzt sind – und zwar unabhängig vom Einkommen. Diese Ungleichheiten bestehen selbst dann fort, wenn Einkommen sowie andere sozioökonomische Faktoren berücksichtigt werden. Dieser Ansatz wird dadurch gestützt, dass etwa in Städten mit besonders hohen Zustimmungsraten für die AfD – als Indikator für migrationsfeindliche und rassistische Einstellungen in der Stadtgesellschaft – Umweltungleichheiten für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft besonders ausgeprägt sind (König 2024). Das verweist auf eine doppelte Benachteiligung: Rassistische Markierung schränkt nicht nur den Zugang zu Wohnraum ein, sondern prägt auch die Qualität der Wohnumwelt entscheidend mit, insbesondere dort, wo politische Kräfte Einfluss auf Flächennutzung und Raumgestaltung nehmen (Rutt 2016).

Auf Grundlage der INKAR-Daten wurden die kommunalen Anteile von Erholungsflächen an der Gesamtfläche ausgewertet. Diese Daten dienen als Ausgangspunkt für die nachfolgenden Analysen. Erfasst werden überwiegend begrünte Flächen wie Parks, Grünanlagen, Schrebergärten, Sportplätze oder Campingflächen. Diese Flächen sind nicht nur entscheidend für das lokale Klima, die Grundwasserneubildung und die Artenvielfalt, sondern auch für Lebensqualität und die Anpassungsfähigkeit städtischer Quartiere an den Klimawandel (Kellou et al. 2024). Insgesamt lassen die INKAR-Daten auf eher gering ausgeprägte regionale Unterschiede in den Grünflächenanteilen schließen. Auffällig ist jedoch, dass es anders als oft angenommen nicht primär ländliche Regionen sind, die höhere Anteile von Erholungsflächen aufweisen, sondern verdichtete urbane Räume. Vor allem Stadtstaaten und einige Landeshauptstädte haben besonders hohe Anteile. Ein klares West-Ost-Gefälle ist nicht erkennbar; hervorzuheben ist hingegen, dass viele Regionen Bayerns vergleichsweise geringe Flächenanteile aufweisen – ein Hinweis auf regionale Planungspolitiken und unterschiedliche Nutzungsprioritäten. Jedoch sind die INKAR-Daten mit Vorsicht zu genießen, da sie keinen Aufschluss über die konkreten innerstädtischen Verteilungen oder die Qualität der verfügbaren Grünflächen geben.

Abbildung 41. Verfügbarkeit von Grünflächen in der Wohnumgebung nach Gruppenzugehörigkeit (Regressionsergebnisse, Wahrscheinlichkeiten in Prozent)



Lesebeispiel: Nicht rassistisch markierte Befragte geben mit einer Wahrscheinlichkeit von 85 % eine gute Verfügbarkeit von Grünflächen in der Wohnumgebung an. **Anmerkung:** Die Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet; die Summe eines Balkens kann aufgrund dessen von 100 % abweichen. **Quelle:** NaDiRa.panel, fünfte Welle (gewichtet), cluster-robuste Standardfehler, eigene Berechnungen. Die Ergebnisse basieren auf einem ordinal-logistischen Regressionsmodell und werden als *predictive margins* (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten) dargestellt. Unter Kontrolle der Soziodemografie: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht sowie Verstärkerungsgrad. N = 6.529. (Da sich Personen mehreren Gruppen gleichzeitig zugehörig fühlen können, gibt es auch Mehrfachzählungen im Sample. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 6.275 Individuen.)

Die Panelbefragung zeigt eine Ungleichverteilung von Grünflächen im Wohnumfeld.⁷³ Die Befragten im NaDiRa.panel wurden gebeten, die Verfügbarkeit von Grünflächen auf einer fünfstufigen Skala von „sehr schlecht“ bis „sehr gut“ einzuschätzen. Für die Analysen wurden die Kategorien wie in den vorherigen Unterkapiteln zu einer dreistufigen Skala zusammengefasst. Im Durchschnitt bewerten nicht rassistisch markierte Personen mit einer Wahrscheinlichkeit von 85 % die Verfügbarkeit als „(sehr) gut“, gegenüber 77 % der muslimischen und 76 % der asiatischen Personen; Schwarze (80 %), osteuropäische (80 %) sowie deutsche Personen mit Migrationshintergrund (79 %) liegen dazwischen (siehe [Abbildung 41](#)). Auch unter Berücksichtigung zentraler soziodemografischer Faktoren wie Bildung, Alter und Geschlecht bleiben die Abstände bestehen – für muslimische und asiatische Personen bedeutet das eine um rund 10 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit verglichen mit der nicht rassistisch markierten Gruppe. Grünflächen

⁷³ Wortlaut der Frage: „Und wie würden Sie die folgenden Merkmale Ihrer Wohnumgebung bewerten?“. „Verfügbarkeit von Grünflächen“. Antwortskala: (1) sehr schlecht, (2) schlecht, (3) neutral, (4) gut, (5) sehr gut. Für die Auswertung wurden (1) und (2) zu „(sehr) schlecht“ sowie (4) und (5) zu „(sehr) gut“ zusammengefasst.

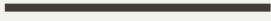
gehören damit zu jenen Umweltressourcen, bei denen sich entlang der rassistischen Markierung deutlich Benachteiligungen zeigen.

➔ **Beispielkasten 10: Der nahegelegene Park**

Ein 45-jähriger Mann mit mittlerer formaler Bildung, einem Haushaltseinkommen von rund 2.200 Euro (Median), wohnhaft in einer Stadt, hat – wenn er asiatisch ist – eine Wahrscheinlichkeit von 66 %, sich gut mit Grünflächen versorgt zu fühlen. Für einen nicht rassistisch markierten Mann mit denselben Eigenschaften liegt dieser Wert bei 79 % – ein Unterschied von 13 Prozentpunkten.

Einkommen verbessert die Verfügbarkeit, schließt die Lücke aber nicht. Bemerkenswert ist, dass gerade jene Gruppen stark benachteiligt sind, die besonders häufig in urbanen Räumen leben – also dort, wo objektiv mehr Erholungsflächen vorhanden sind. In Städten liegt die Wahrscheinlichkeit einer guten Bewertung bei muslimischen Menschen bei 73 % und bei asiatischen bei 72 %, Schwarze und osteuropäische Personen sowie Deutsche mit Migrationshintergrund: 76 %. Die Abweichung zwischen laut INKAR-Atlas vorhandenen Flächen und subjektiv wahrgenommener Zugänglichkeit kann damit zusammenhängen, dass Grünflächen in bestimmten Quartieren durch geringere Aufenthaltsqualität, symbolische Entwertung oder schlechte Nutzbarkeit faktisch weniger zugänglich sind. Hinzu kommt, dass die Nachfrage nach Grünflächen und Erholungsräumen in Städten weitaus höher ist als im ländlichen Raum, wo es wesentlich mehr leicht erreichbares Grün gibt, wie Wälder und private Gärten. Dadurch sind die vorhandenen öffentlichen Flächen in den Städten auch viel frequenter.

3.4



Ungleichheiten im geteilten Raum



Die Analyse zentraler Umweltfaktoren – Luftqualität, Hitze, Grünflächen – offenbart ein konsistentes Muster: Umweltbelastungen und mangelnde Ressourcenzugänge häufen und überlagern sich dort, wo rassistische Markierungen wirken. Ein drastisches Beispiel ist die Luftqualität: Rassistisch markierte Gruppen leben im Durchschnitt in Wohnlagen, die stärker mit Stickstoffdioxid belastet sind als die Wohnlagen nicht rassistisch markierter Personen. Insbesondere für muslimische, asiatische und osteuropäische Personen lässt sich eine höhere Stickstoffbelastung feststellen. Ähnlich ist es bei der Wärmebelastung: Asiatische und Schwarze Menschen leben im Mittel in Wohnlagen, die deutlich wärmer sind.

Parallel dazu zeigt sich eine Benachteiligung beim Zugang zu Grünflächen. Muslimische und asiatische Personen bewerten die Verfügbarkeit von Grünflächen in ihrer Wohnumgebung deutlich seltener als „(sehr) gut“. Das erklärt sich damit, dass grüne Infrastruktur zwar objektiv vorhanden, aber in bestimmten Quartieren entweder schlechter gepflegt, weniger zugänglich oder symbolisch abgewertet sein kann (siehe [Kapitel 3.3](#)). Zusammengefasst ergibt sich ein Bild kumulativer Umweltungleichheiten entlang rassistischer Markierung. Diese Effekte bleiben auch bestehen, wenn Einkommen, Bildung oder Urbanität berücksichtigt werden. Das heißt: Umweltungleichheiten sind nicht nur eine soziale Frage, sondern Ausdruck eigenständig wirkender rassistischer Strukturen der Raumproduktion. Umweltrassismus zeigt sich damit als eine grundlegende Dimension sozialräumlicher Ungleichheit.

Auch in den Nachbarschaften selbst treten klare Muster hervor. Rassistisch markierte Gruppen berichten signifikant häufiger von Diskriminierung und beobachten öfter Übergriffe in ihrem direkten Wohnumfeld. Besonders Schwarze, muslimische und asiatische Menschen geben überdurchschnittlich häufig an, in der Nachbarschaft selbst diskriminiert zu werden oder Zeug*innen von Übergriffen geworden zu sein. Solche Erfahrungen wirken sich nachweislich auf die Wohnzufriedenheit aus: Die Wahrscheinlichkeit, zufrieden zu sein, wird bereits durch gelegentliche Diskriminierungen erheblich gesenkt; bei häufiger Diskriminierung verstärkt sich dieser Effekt deutlich. Auch das Miterleben von Übergriffen hat gravierende Folgen: Wer angibt, manchmal Übergriffe in der Nachbarschaft zu beobachten, weist eine deutlich geringere Wohnzufriedenheit auf; bei häufiger Beobachtung verschärft sich dieser Effekt weiter.

Das Sicherheitsempfinden ergänzt dieses Bild. Obwohl die Mehrheit der Befragten angibt, sich in der eigenen Wohnumgebung sicher zu fühlen, zeigen sich klare Unterschiede nach Gruppenzugehörigkeit und Geschlecht. Rassistisch markierte Personen berichten insgesamt von einem geringeren Sicherheitsempfinden – sowohl tagsüber als auch nachts. Besonders auffällig sind die Differenzen bei muslimischen und asiatischen Personen. Parallel dazu zeigt sich ein klarer Geschlechtereffekt: Frauen fühlen sich über alle Gruppen hinweg unsicherer als Männer. Das Gefühl von Sicherheit erweist sich damit als ungleich verteilt und ist eng mit sozialer Positionierung verknüpft.

Infrastrukturelle Bedingungen offenbaren schließlich eine doppelte Realität. Daten aus dem INKAR-Atlas vermitteln den Eindruck flächendeckend guter Versorgung, insbesondere in Städten. Die Analysen des NaDiRa.panels zeigen dagegen, dass nicht rassistisch markierte Personen in urbanen Räumen ihre ÖPNV-Anbindung besser bewerten, während rassistisch markierte Gruppen trotz urbaner Lage häufig schlechter angebunden leben. Ein ähnliches Muster tritt bei weiteren Merkmalen der Wohnumgebung hervor: Zwar bewerten muslimische, Schwarze und osteuropäische Menschen die Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten häufiger positiv. Gleichzeitig berichten muslimische und asiatische Menschen jedoch signifikant häufiger von Problemen beim baulichen Zustand ihrer Wohnumgebung. Ergänzend zeigen die Daten, dass rassistisch markierte Gruppen überdurchschnittlich häufig eine schlechtere Müllentsorgung und Sauberkeit in ihrer Wohnumgebung angeben.

Die Gegenüberstellung dieser Befunde macht deutlich, dass eine infrastrukturelle Dichte – etwa durch gute Versorgung mit Supermärkten oder öffentlichem Nahverkehr in Städten – nicht automatisch gleichwertige Bedingungen für alle Bewohner*innen schafft. Vielmehr können funktionale Stärken wie gute Erreichbarkeit mit Defiziten in zentralen Basisinfrastrukturen einhergehen. Dies verweist auf eine Logik selektiver Versorgung: Während bestimmte Quartiere oder Regionen infrastrukturell verdichtet sind, bleiben sie zugleich von planerischen Mängeln geprägt.

Insgesamt entsteht so ein klares Bild: Rassistische Markierungen strukturieren nicht allein den Zugang zu Infrastruktur, Nachbarschaften und Umwelt, sondern prägen die Bedeutung und Erfahrung von Raum selbst. Sie bestimmen, wer von Umweltressourcen profitiert, wie Nachbarschaften wahrgenommen werden und welche Qualität zentrale Infrastrukturen haben. Die ungleiche Verteilung von Belastungen und Ressourcen sowie die bestehenden Unterschiede beim Sicherheitsempfinden zeigen sich konsistent in allen Dimensionen. Die Daten verweisen damit auf Rassismus als eigenständigen Mechanismus der sozialen Raumproduktion.

Fazit: Rassismus als Strukturprinzip des Wohnens

Klara Podkowik, Aylin Mengi

Wer in Deutschland eine Wohnung sucht, begegnet nicht nur einem angespannten Markt, sondern einem System, das durch soziale Ungleichheit, rassistische Markierungen und institutionelle Leerstellen geprägt ist. Der vorliegende NaDiRa-Bericht zeigt über drei Kapitel hinweg: Rassistische Diskriminierung im Bereich Wohnen beschränkt sich nicht auf punktuelle Erfahrungen. Vielmehr folgt sie einem sozialen Muster, das sozialräumliche Benachteiligung systematisch erzeugt und verfestigt. Die Folgen sind tiefgreifend – für die wahrgenommene Sicherheit, Chancen gesellschaftlicher Teilhabe und Lebensqualität in Wohnung und Nachbarschaft.

Bereits das Feldexperiment im ersten Kapitel macht klar: Rassistisch markierte Personen bekommen auf dem Wohnungsmarkt deutlich seltener Rückmeldung oder Einladungen – selbst bei identischen Qualifikationen. Doch diese Ausschlüsse markieren nur den Ausgangspunkt einer Diskriminierungslinie, die sich über mehrere Bereiche hinweg fortsetzt. So zeigt das zweite Kapitel, dass rassistisch markierte Menschen häufiger in kleineren Wohnungen leben, einen höheren Anteil ihres Einkommens für Miete aufbringen müssen, seltener in Eigentum wohnen und überdurchschnittlich oft von prekären Vertragsformen betroffen sind. Diese Ungleichheiten enden auch nach dem Einzug nicht: Rassistisch markierte Gruppen leben häufiger in Wohnungen mit Mängeln – zu klein, schlecht beheizt, baulich marode – und auch die Wohnzufriedenheit ist unter diesen Bedingungen deutlich niedriger. Der Wohnraum wird so zum Ort mehrfacher Belastung. Das dritte Kapitel erweitert den Blick auf das Wohnumfeld und zeigt, dass sich die Ungleichheiten auch dort fortsetzen. Rassistisch markierte Gruppen berichten häufiger von Diskriminierung in der Nachbarschaft und fühlen sich dort seltener sicher. Amtliche Daten zeichnen zwar das Bild einer insgesamt guten infrastrukturellen Versorgung. Die Panelanalysen verdeutlichen jedoch, dass sich dahinter teilweise deutliche Ungleichheiten verbergen, die nicht linear verlaufen: Rassistisch markierte Personen leben überdurchschnittlich häufig in städtischen Gebieten mit guter ÖPNV-Anbindung, sind innerhalb dieser Räume jedoch oft schlechter angebunden als nicht rassistisch markierte Personen. Vergleichbare Ungleichheiten zeigen sich etwa beim Zustand der Wohnumgebung oder der Müllentsorgung. Auch Umweltbelastungen wie Hitze oder schlechte Luftqualität treffen rassistisch markierte Gruppen überproportional häufig.

Diese Mehrfachbelastungen sind kein Zufall, sondern Ausdruck eines zyklischen Systems: Wer rassistisch markiert wird, hat schlechtere Startchancen, landet häufiger in benachteiligten Wohnlagen und erfährt dort weitere Formen von Ausschluss oder mangelnder Infrastruktur. Diese Wohnbedingungen wiederum prägen den Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheit und politischer Teilhabe. In dieser zirkulären Logik wird Ungleichheit nicht nur abgebildet, sondern durch Wohnen fortgeschrieben. Der Wohnraum wird vom Spiegel zum Motor gesellschaftlicher Ungleichheit.

Dabei zeigen die Daten, dass Dimensionen sozialer Lage – wie Bildung, Einkommen oder Urbanität – rassistische Disparitäten nicht hinreichend erklären oder abfedern. Auch hochgebildete, gutverdienende Personen oder solche in weniger angespannten Mietmärkten sind nicht automatisch geschützt. Rassistische Markierungen wirken damit eigenständig und liegen quer zu sozioökonomischen Kategorien – sie strukturieren Zugänge unabhängig von Status oder Einkommen. Gleichzeitig sind beide Ebenen eng verflochten. Hilfreich ist hier das in der Gesundheits- und Public-Health-Forschung entwickelte Modell direkter und indirekter rassistischer Diskriminierung (Paradies et al. 2015). Direkte rassistische Diskriminierung erschwert den Zugang zum Wohnungsmarkt für Betroffene unmittelbar – beispielsweise durch geringere Chancen auf Besichtigungseinladungen oder Vertragsabschlüsse. Diese Ausschlüsse bestimmen nicht nur, wer eine Wohnung erhält, sondern auch die Wohn- und Nachbarschaftsverhältnisse, die wiederum Sicherheit, Infrastruktur oder soziale Einbindung prägen.

Darüber hinaus entfaltet Rassismus indirekte Wirkungen, die sich über die Zeit akkumulieren und verfestigen. Der soziale Status stellt daher nicht einfach ein Gegenüber rassistischer Diskriminierung dar, sondern ist häufig selbst deren Resultat (Link & Phelan 1995). Im Gesundheitsbereich etwa wirkt Rassismus nicht nur direkt, sondern prägt auch über strukturelle Faktoren wie Einkommen den Zugang zur Versorgung (White & Borrell 2011). Gleiches gilt auch im Wohnkontext: Rassismus strukturiert bereits die Bedingungen der Ressourcenverteilung und entscheidet mit, wer sich überhaupt auf bestimmte Wohnungen bewerben und Eigentum erwerben kann.

Rassismus im Bereich Wohnen ist demnach nicht nur eine Frage individueller Vorurteile, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Ordnungsmuster. Die selektive Verteilung von Raum, Rechten und Ressourcen folgt einer sozial produzierten Logik von Zugehörigkeit und Ausschluss – wie Henri Lefebvre es bereits 1974 skizzierte: Wohnraum ist nicht einfach gegeben – er wird produziert. In dieser produzierten Logik sind Machtverhältnisse eingeschrieben, die Rassismus hervorbringen und stabilisieren. Wohnen ist deshalb nicht nur ein technisches Feld der Versorgung, es ist ein zentraler Ort politischer Aushandlung – und von Ausschlüssen.

Gerade im historischen Rückblick wird deutlich: Die heutige Situation ist das Ergebnis langfristiger wohnungspolitischer Weichenstellungen. Mit der Marktliberalisierung seit den 1970er Jahren und dem Rückzug des Staates wurde die Wohnraumversorgung zunehmend individualisiert – auf Kosten regulierender Gerechtigkeitsprinzipien. Gleichzei-

tig blieb das Ideal der sozialen Mischung weitgehend folgenlos oder wurde umgedeutet, nicht selten dient es als Vorwand für neue Formen rassistischer Ausgrenzung.

Die gesellschaftlichen Folgen dieser ungleichen Raumproduktion sind weitreichend. Der Wohnort prägt den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Arbeit und sozialen Diensten (Flage 2018; Missinne & Bracke 2012; Osypuk & Acevedo-Garcia 2010). Ausschlüsse verschärfen daher bestehende Ungleichheiten, erschweren soziale Integration und tragen maßgeblich zur räumlichen Segregation bei (Flage 2018; Galster 1992; Pager & Shepherd 2008). Gleichzeitig sind juristische Gegenmittel begrenzt – fehlende Verbandsklagerechte, enge Fristen und die Beweislastumkehr erschweren den eigentlich im AGG garantierten Rechtsschutz (Bartsch & Beckmann 2024).

Die Ergebnisse des NaDiRa.panels leisten einen wesentlichen Beitrag, indem sie zeigen, dass Ungleichheiten im Wohnen entlang rassistischer Markierungen strukturiert sind. Mit der direkten Verknüpfung von Rassismus mit ungleichen Zugängen, Wohnbedingungen und Nachbarschaftsstrukturen wird eine Forschungslücke geschlossen, die bisherige Studien in Deutschland nur unzureichend adressieren. Zugleich erfüllt der NaDiRa damit seinen Auftrag, rassistische Ungleichheiten in zentralen gesellschaftlichen Bereichen systematisch zu erfassen und sichtbar zu machen – und eröffnet eine Perspektive, die nicht Herkunft oder abstrakte Vorstellungen „sozialer Mischung“ in den Mittelpunkt rückt, sondern die Frage, wie räumliche Teilhabe in einer pluralen, postmigrantischen Gesellschaft gerecht, antidiskriminatorisch und evidenzbasiert gestaltet werden kann.

Trotz dieser wichtigen Forschungslücke, die der vorliegende NaDiRa-Bericht adressiert, sind die Ergebnisse nicht als Endpunkt zu verstehen, sondern als Grundlage, um das Themenfeld von Wohnen und Rassismus künftig umfassender und detaillierter zu bearbeiten. Hierzu zählen beispielsweise schutzbedürftige Gruppen, die sich durch besondere Wohnsituationen auszeichnen, etwa Menschen ohne festen Wohnsitz oder Menschen mit Fluchtbiografien. Auch die Wohnsituation älterer Menschen, insbesondere über 70 Jahren, ist ein wichtiges Feld für weiterführende Forschung. Hier bedarf es qualitativer und partizipativer Zugänge, um Mechanismen zu untersuchen, in denen Diskriminierung wirkt, wie auch die konkreten Realitäten, in denen sich Betroffene wiederfinden. Darüber hinaus gilt es, analytisch stärker regionale Differenzen in den Blick zu nehmen – etwa zwischen Stadt und Land sowie zwischen Ost- und Westdeutschland. Zudem könnten Fragen nach Vermögen, Erbschaften und sozialer Lage sowie Unterschiede innerhalb von Regionen, Städten oder Quartieren stärker in den Fokus rücken. Schließlich braucht es auch zeitliche Perspektiven, um Entwicklungen und Kausalzusammenhänge nachvollziehen zu können. Solche Erweiterungen würden die empirische Basis verbreitern und zugleich neue Anknüpfungspunkte für Forschung und Politik liefern.

Rassismus im Wohnen erschöpft sich dabei nicht allein im Zugang zum Wohnungsmarkt. Er wirkt weiter – in der Qualität des Wohnraums, in der Nachbarschaft, in der Infrastruktur. Wer Diskriminierung im Wohnen wirksam bekämpfen will, muss diese Dimensionen mitdenken und gezielt adressieren.

Denn Wohnen ist nicht nur Lebensgrundlage, sondern zentrale Voraussetzung und Ausdruck gesellschaftlicher Partizipation. Hier entscheidet sich, ob Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ein politischer Anspruch bleibt – oder gesellschaftliche Realität wird.

Denn eines steht fest: Rassismus wohnt mit.

Handlungsempfehlungen

Cihan Sinanoğlu, Tae Jun Kim

Die vorliegenden Ergebnisse des Berichts zeigen, dass Rassismus kein Randphänomen darstellt, sondern vielmehr als ein Strukturprinzip das Wohnen in Deutschland durchdringt. Die Befunde zeigen die systematische rassistische Diskriminierung auf dem deutschen Wohnungsmarkt, die sich über alle Dimensionen des Wohnens erstreckt – vom Zugang zum Wohnraum über die Wohnbedingungen bis hin zum Wohnumfeld.

- 1. Zugang zum Wohnen:** Rassistisch markierte Gruppen, insbesondere Schwarze und muslimische Personen, werden bei der Wohnungssuche benachteiligt. Sie erhalten seltener Rückmeldungen auf Wohnungsanfragen und werden seltener zu Besichtigungen eingeladen. Ihre Erwartungen, eine Wohnung oder ein Haus zu finden, fallen entsprechend pessimistischer aus.
- 2. Wohnverhältnisse und -qualität:** Rassistisch markierte Personen leben deutlich seltener im Eigentum, verfügen im Schnitt über weniger Wohnraum und sind häufiger von prekären Mietverhältnissen betroffen, etwa in Form von Indexmieten. Die finanzielle Belastung durch Wohnkosten ist ebenfalls erheblich höher. Zudem leben sie häufiger beengt und in Wohnungen oder Häusern mit Mängeln, wie Schimmel oder unzureichender Isolierung. Dies kann ihre Wohnzufriedenheit und psychische Gesundheit beeinträchtigen.
- 3. Wohnumfeld und Nachbarschaft:** Diskriminierung findet auch im direkten Wohnumfeld statt. Rassistisch markierte Gruppen berichten häufiger von selbst erlebten Belästigungen und beobachten öfter rassistische Übergriffe in ihrer Nachbarschaft. Sie fühlen sich zudem seltener sicher, dies gilt insbesondere für Frauen. Darüber hinaus sind diese Gruppen überproportional von Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung sowie Hitze betroffen und haben gleichzeitig einen schlechteren Zugang zu Grünflächen.

Um der Vielschichtigkeit rassistischer Wirkungsweisen gerecht zu werden, richten sich die folgenden Handlungsempfehlungen bewusst an unterschiedliche gesellschaftliche und staatliche Ebenen. Sie adressieren:

- **die Bundespolitik**, die rechtliche Rahmenbedingungen und bundesweiten Förderprogramme gestaltet,

- **die Länder**, die maßgeblich für Wohnungsbau, Bauordnungen und Förderkulissen verantwortlich sind,
- **die Kommunen**, die Wohnungsunternehmen, Bauämter und Quartiersprogramme vor Ort steuern,
- **die Wohnungswirtschaft**, die faire Vergabepaxen und diskriminierungsfreie Mietverhältnisse sichern muss,
- **die Zivilgesellschaft und Beratungsstellen**, die Betroffene unterstützen und Diskriminierung sichtbar machen.

Nur wenn auf allen diesen Ebenen und in allen relevanten Institutionen gehandelt wird, lässt sich die strukturelle Wirkung von Rassismus im Wohnkontext wirksam begrenzen.

1. Empfehlungen für Politik und Gesetzgebung

- **Rechtlichen Diskriminierungsschutz stärken:** Das Feldexperiment wie auch die Betroffenenbefragung zeigen, dass rassistisch markierte Menschen auf dem deutschen Wohnungsmarkt mit deutlichen Zugangshürden konfrontiert sind. Sie erhalten seltener Rückmeldungen und werden seltener zu Besichtigungen eingeladen – selbst bei vergleichbarer Qualifikation und gleichem Einkommen. Damit zeigt sich, dass die bestehenden rechtlichen Schutzmechanismen zu kurz greifen, um Diskriminierung wirksam zu verhindern. Eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist daher notwendig, etwa durch die Einführung von Verbandsklagerechten für Antidiskriminierungsverbände, die Verlängerung der Fristen zur Anspruchsstellung und die Erleichterung der Beweislast. Besonders notwendig scheint eine kritische Überprüfung der Ausnahmeregelungen nach § 19 Abs. 1, 3 und 5 AGG bzgl. ihrer Anwendungspraxis und Diskriminierungspotenziale. Nur so kann Diskriminierung im Wohnkontext rechtlich wirksam verfolgt werden (siehe auch Bündnis AGG Reform-Jetzt! 2023).
- **Wohnungspolitik neu ausrichten:** Rassistische Benachteiligung im Wohnen zeigt sich nicht nur beim Zugang, sondern setzt sich auch in prekären Wohnsituationen und hoher Mietbelastung fort. Deshalb braucht es eine Wohnungspolitik, die sozialen und gemeinnützigen Wohnraum systematisch ausbaut, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Statt reiner Subjektförderung über Wohngeld ist eine stärkere objektbezogene Förderung notwendig, um den Marktanteil nicht profitorientierten Wohnraums zu erhöhen (siehe auch Liebig et al. 2022).
- **Prekäre Mietverhältnisse regulieren:** Rassistisch markierte Mieter*innen leben überproportional häufig in prekären Mietverhältnissen, die Ungleichheiten nicht nur verstetigen, sondern auch verschärfen. Deshalb braucht es insgesamt eine stärkere Regulierung

von Mietbelastungen: Der Einsatz von Index- und Staffelmieten sollte gesetzlich begrenzt werden. Darüber hinaus sind verschärfte Mietobergrenzen und Kappungen in angespannten Lagen notwendig, um Betroffene wirksam vor finanzieller Überlastung und Verdrängung zu schützen.

- **Eigentumserwerb erleichtern:** Da rassistisch markierte Haushalte deutlich seltener Wohneigentum erwerben, werden intergenerationale Ungleichheiten verfestigt. Förderprogramme müssen strukturell benachteiligten Gruppen gezielt den Eigentumserwerb erleichtern. Dies kann durch zinsgünstige Kredite, Eigenkapitalzuschüsse, spezielle Erstkäufer*innen-Programme oder die Aufnahme von Antidiskriminierungsklauseln in bestehende Förderinstrumente geschehen. Damit würden Wege eröffnet, die bislang vor allem Haushalten mit ererbtem Vermögen vorbehalten sind.
- **Umweltgerechtigkeit gesetzlich stützen:** Die Analysen zum Wohnumfeld zeigen, dass rassistisch markierte Gruppen überdurchschnittlich oft in belasteten Wohnlagen leben – mit höherer Luftverschmutzung, höheren Temperaturen und schlechterer Müllentsorgung. Zugleich haben sie schlechteren Zugang zu Grünflächen. Die Stadt- und Raumplanung muss daher durch verbindliche Vorgaben zur Umweltgerechtigkeit ergänzt werden. Zugang zu Grün- und Erholungsflächen muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge definiert und die Feinstaub- und Stickstoffdioxidgrenzwerte müssen an EU-Standards angeglichen werden.

2. Empfehlungen auf Landesebene

- **Diskriminierungssensible Gestaltung von Förderprogrammen:** Die Berichtsergebnisse zeigen, dass rassistisch markierte Haushalte häufiger in prekären Mietverhältnissen leben, stärker belastet sind und seltener Zugang zu stabilen Wohnsituationen haben. Förderprogramme können diese Ungleichheiten verstärken, wenn sie nicht systematisch auf Diskriminierung geprüft werden. Landeswohnraumförderprogramme sollten daher verpflichtend mit Antidiskriminierungsklauseln versehen werden, um sicherzustellen, dass geförderter Wohnraum nicht durch diskriminierende Vergabepraktiken verwehrt bleibt. Darüber hinaus sollten die Programme regelmäßig evaluiert werden, um zu überprüfen, ob Fördermittel tatsächlich bei den benachteiligten Zielgruppen ankommen.
- **Aufsicht und Transparenz stärken:** Da die Analysen darauf hinweisen, dass rassistische Diskriminierung im Wohnungswesen keine Seltenheit darstellt, müssen Aufsichtsstellen in den Ländern verpflichtet werden, Vergabepraktiken systematisch auf Diskriminierung zu prüfen. Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften könnten hier

als Vorbilder agieren, indem sie transparente, standardisierte und möglichst anonymisierte Bewerbungsverfahren etablieren. Diese notwendige Forderung nach mehr Transparenz umfasst auch die Algorithmen, die den digitalen Vergabeprozessen zugrunde liegen. Ergänzend sollten Mitarbeitende in Behörden, Ämtern und Wohnungsbaugesellschaften verpflichtend geschult werden, um strukturelle Ausschlüsse frühzeitig zu erkennen, zu vermeiden und nicht unbewusst zu reproduzieren. Nur wenn Kontrollmechanismen und personelle Sensibilisierung zusammenwirken, lässt sich Diskriminierung wirksam abbauen.

- **Beratung zugänglich machen:** Um Diskriminierung im und auf dem Wohnungsmarkt nachhaltig zu begegnen, gilt es, Landesantidiskriminierungsstellen, einschließlich Ombudsstellen für Wohnfragen, zu stärken und auszubauen (siehe auch Antidiskriminierungsverband Deutschland (ADVD) 2020). Bei der Einrichtung zusätzlicher Beratungsangebote ist sicherzustellen, dass diese nicht nur in der Landesverwaltung, sondern bei unabhängigen sozialen Trägern angesiedelt werden. Neue Beratungsangebote sollten zudem mehrsprachig, barrierefrei und digital erreichbar sein, um Betroffene effektiv zu unterstützen. Besonders wichtig ist eine verlässliche und verstetigte Finanzierung. Befristete Projektförderungen müssen in dauerhafte Strukturen überführt werden, damit Kontinuität, Verlässlichkeit und Zugänglichkeit der Beratungsangebote langfristig gesichert werden können.

3. Empfehlungen für Kommunen und Verwaltungen

- **Monitoring und Kontrolle:** Die Ergebnisse aus Feldexperiment und Panelbefragung zeigen, dass Diskriminierung beim Zugang systematisch wirkt. Kommunen sollten daher eigene Monitoringstellen einrichten, die mit regelmäßigen Testings das Ausmaß von Diskriminierung erfassen. Eine enge Verzahnung von Monitoring, Beratungsstellen und Fachstellen ist notwendig, um Praxiswissen und empirische Daten zu verbinden.
- **Quartiersentwicklung rassismuskritisch begleiten:** Die Befunde zum Wohnumfeld zeigen, dass Diskriminierung und Unsicherheit nicht mit dem Einzug in die Wohnung aufhören, sondern auch das Zusammenleben in der Nachbarschaft prägen. Entsprechend sollte ein Quartiersmanagement um Antidiskriminierungs- und Nachbarschaftsmediation erweitert werden, um Konflikte vor Ort aufzufangen und rassistische Ausgrenzungsdynamiken sichtbar zu machen (siehe auch Droste 2021).
- **Umweltgerechtigkeit im Wohnbestand sichern:** Die Ergebnisse aus dem Wohnumfeld zeigen weiterhin, dass rassistisch markierte

Gruppen häufiger in Quartieren leben, die stärker von Umweltbelastungen betroffen sind. Kommunen müssen daher Umweltgerechtigkeit aktiv sichern, indem sie den Bau von Grünflächen, die Entsiegelung in hitzebelasteten Quartieren wie auch verpflichtende Umweltgerechtigkeitsprüfungen bei Neubau und Sanierung priorisieren.

- **Transparente und diskriminierungsfreie Vergabe:** Aufgrund der systematischen schlechteren Chancen bei der Wohnungsvergabe, von denen rassistisch markierte Menschen berichten, sollten kommunale Wohnungsunternehmen standardisierte und anonymisierte Vergabeverfahren einführen. Das vielfach verwendete Leitbild der „sozialen Mischung“ muss zudem kritisch evaluiert werden, damit es nicht als Vorwand für Ausgrenzung dient (siehe auch Hanhörster et al. 2025).

4. Empfehlungen für die Wohnungswirtschaft und Vermieter*innen

- **Vergabeprozesse professionalisieren:** Da diskriminierende Vorauswahlprozesse den Zugang zum Wohnraum entscheidend prägen, sollten sich Wohnungsunternehmen und Vermieter*innen stärker an verbindlichen und transparenten Auswahlstandards orientieren. Das kann mithilfe von Punktesystemen oder Checklisten erfolgen. Dabei gilt: Werden Punktesysteme eingesetzt, müssen diese ausdrücklich dem Nachteilsausgleich oder einer bedarfsorientierten Vergabe dienen, um Ausschlüsse durch rein formale Rankings zu vermeiden. Diese Vorgaben sollten nicht nur für den öffentlichen und sozialen Wohnungsbau gelten, sondern ebenso für private Vermieter*innen, große Wohnungsgesellschaften sowie für die gängigen Wohnungsvermittlungsportale (siehe auch Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (ADNB des TBB) 2010). Gerade digitale Wohnportale spielen hier eine Schlüsselrolle, da der Großteil der Wohnungssuchenden über diese Plattformen nach Angeboten sucht. Sie müssen deshalb verpflichtet werden, diskriminierungsfreie und transparente Verfahren in ihre digitalen Systeme einzubauen – beispielsweise durch standardisierte, anonymisierte Bewerbungsprozesse und klare Kriterienkataloge.
- **Sensibilisierung und Fortbildung:** Um Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt erfolgreich vorzubeugen, ist es wichtig, dass sich alle Gatekeeper – von Hausverwaltungen über Makler*innen – kontinuierlich dazu schulen lassen (siehe auch Müller 2015).
- **Bauliche Qualität verbessern:** Die Studie zeigt, dass rassistisch markierte Gruppen überproportional häufig in Wohnungen mit Mängeln leben (Schimmel, schlechte Isolierung, marode Bausubstanz).

Sanierungen müssen daher gezielt in diesen Wohnbeständen vorangetrieben werden, wobei zugleich sicherzustellen ist, dass die Maßnahmen für die Bewohner*innen kostenneutral bleiben, um Verdrängung durch Mieterhöhungen zu verhindern.

- **Transparenzpflichten einführen:** Da strukturelle Ungleichheiten häufig unsichtbar bleiben, braucht es verlässliche Zahlen über Mietverhältnisse. Wohnungsunternehmen sollten verpflichtet werden, regelmäßig Daten über Befristungen, Index- und Staffelmieten sowie Mietbelastungen in Relation zum Einkommen zu veröffentlichen. Denn dies ermöglicht Rückschlüsse auf strukturelle Entwicklungen und Ungleichheiten im Mietbestand und schafft eine Grundlage für evidenzbasierte Regulierung.

5. Empfehlungen für Zivilgesellschaft und Beratungsstellen

- **Beratung und Unterstützung ausbauen:** Da die Ergebnisse des Berichts insgesamt darauf hindeuten, dass rassistisch markierte Personen strukturelle Diskriminierung erfahren, ist der Aufbau eines bundesweiten, mehrsprachigen und flächendeckenden Beratungsnetzes „Wohnen & Diskriminierung“ notwendig. Solche Stellen sollten niedrigschwellig erreichbar sein, Betroffene rechtlich und psychosozial unterstützen und sie bei der Durchsetzung von Ansprüchen nach dem AGG begleiten.
- **Vernetzung fördern:** Um die Systematik von Diskriminierung über die verschiedenen Ebenen des Wohnens sichtbar zu machen, sind zudem kollektive Beschwerdeplattformen für Austausch und Empowerment notwendig. Diese können Betroffene vernetzen, gemeinsame Handlungsmöglichkeiten eröffnen und zivilgesellschaftliches Wissen zu Diskriminierung im Wohnen bündeln. Die Vernetzung betrifft nicht nur die NGOs, sondern auch die engere Zusammenarbeit zwischen Wohnungswirtschaft, Verwaltung und NGOs (siehe auch Hanhörster et al. 2020).
- **Öffentlichkeitsarbeit und Monitoring stärken:** Schließlich sollten zivilgesellschaftliche Akteure Kampagnen durchführen, die auf strukturelle Diskriminierung im Wohnen aufmerksam und zivilgesellschaftliche Belange sowie kollektive Strategien sichtbar machen (siehe auch Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (ADNB des TBB) 2010; Droste 2021). Begleitend dazu braucht es zivilgesellschaftliches Monitoring, das Diskriminierungsfälle dokumentiert und auf politische Handlungslücken hinweist. Nur wenn solche Erfahrungen systematisch gesammelt und öffentlich gemacht werden, kann der gesellschaftliche Druck entstehen, notwendige Reformen umzusetzen.

Literaturverzeichnis

- **Abidin, Nurzafira Zainul; Abdullah, Mohamad Isa; Basrah, Noraliza und Alias, Muhammad Nazim (2019):** Residential Satisfaction: Literature Review and A Conceptual Framework. IOP Conference Series: Earth and Environmental Science 385 (1). DOI: [10.1088/1755-1315/385/1/012040](https://doi.org/10.1088/1755-1315/385/1/012040).
- **Abstiens, Lena; Bormann, René und von Bodelschwingh, Arnt (2017):** Zukunft der Wohnraumförderung. Gemeinwohlorientierung und Bezahlbarkeit am Wohnungsmarkt. In: WISO Diskurs. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- **Ahmed, Ali M. und Hammarstedt, Mats (2008):** Discrimination in the rental housing market: A field experiment on the Internet. Journal of Urban Economics 64 (2), S. 362–372. DOI: [10.1016/j.jue.2008.02.004](https://doi.org/10.1016/j.jue.2008.02.004).
- **Ahyoud, Nasiha; Kwesi, Joshua; Bartsch, Samera; Bechert, Naomi; Gyamerah, Daniel und Wagner, Lucienne (2018):** Wer nicht gezählt wird, zählt nicht. Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten in der Einwanderungsgesellschaft – eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin: Citizens For Europe. Online verfügbar unter: www.vielfaltentscheidet.de/publikationen.
- **Aich, Prodosh (1963):** Farbige unter Weißen. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- **Aigner, Dennis J. und Cain, Glen G. (1977):** Statistical Theories of Discrimination in Labor Markets. Industrial and Labor Relations Review 30 (2), S. 175–187.
- **Alesina, Alberto; Baqir, Reza und Easterly, William (1997):** Public Goods and Ethnic Divisions. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. DOI: [10.3386/w6009](https://doi.org/10.3386/w6009).
- **Anderson, Kathryn Freeman und Galaskiewicz, Joseph (2021):** Racial/Ethnic Residential Segregation, Socioeconomic Inequality, and Job Accessibility by Public Transportation Networks in the United States. Spatial Demography 9 (3), S. 341–373. DOI: [10.1007/s40980-021-00093-8](https://doi.org/10.1007/s40980-021-00093-8).
- **Angelini, Viola; Laferrère, Anne und Weber, Guglielmo (2013):** Home-ownership in Europe: How did it happen? Advances in Life Course Research 18 (1), S. 83–90. DOI: [10.1016/j.alcr.2012.10.006](https://doi.org/10.1016/j.alcr.2012.10.006).
- **Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (ADNB des TBB) (2010):** Positionspapier des ADNB des TBB zum Problem der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Deutscher Name – halbe Miete? Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt 4, S. 36–37.
- **Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) (2016):** Diskriminierungsrisiken für Geflüchtete in Deutschland - Eine Bestandsaufnahme der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/diskriminierungsrisiken_fuer_gefluechtete_in_deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=12.

- **Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) (2020):** Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Online verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Umfragen/umfrage_rass_diskr_auf_dem_wohnungsmarkt.pdf?blob=publicationFile&v=4.
- **Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) (2020):** Wohnen: Rassistische Diskriminierung bei der Wohnungssuche - Politik und Wohnungswirtschaft müssen handeln. Online verfügbar unter: <https://www.antidiskriminierung.org/pressemitteilungen/2020/1/29/pressemitteilung-rassistische-diskriminierung-bei-der-wohnungssuche-politik-und-wohnungswirtschaft-mussen-handeln>.
- **Archer, Deborah N. und Joshi, Yuvraj (2025):** Infrastructure Equality. *Northwestern University Law Review* 120 (1). Online verfügbar unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=5164025.
- **Arrow, Kenneth J. (1973):** The theory of discrimination. In: Ashenfelter, Orley und Rees, Albert (Hg.): *Discrimination in labor markets*. Princeton: Princeton University Press, S. 3–33.
- **Asbrock, Frank (2010):** Stereotypes of Social Groups in Germany in Terms of Warmth and Competence. *Social Psychology* 41 (2), S. 76–81. DOI: [10.1027/1864-9335/a000011](https://doi.org/10.1027/1864-9335/a000011).
- **Augustin, Hanna (2014):** Stadt, Ernährung und soziale Ungleichheit: Zur Übertragbarkeit des food desert-Konzeptes auf den deutschen Kontext. In: artec-paper. Bremen: Universität Bremen, Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec). Online verfügbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58725-6>.
- **Augustin, Hanna (2020):** Ernährung, Stadt und soziale Ungleichheit: Barrieren und Chancen für den Zugang zu Lebensmitteln in deutschen Städten. In: *Sozial- und Kulturgeographie*. Bielefeld: transcript Verlag.
- **Augustin, Matthias und Augustin, Carola (2021):** Grundlagen und Praxis der Wohnmedizin. *Mehr Gesundheit in Wohnräumen*. Hamburg: Springer Vieweg.
- **Auspurg, Katrin; Hinz, Thomas und Schmid, Laura (2017):** Contexts and conditions of ethnic discrimination: Evidence from a field experiment in a German housing market. *Journal of Housing Economics* 35, S. 26–36. DOI: [10.1016/j.jhe.2017.01.003](https://doi.org/10.1016/j.jhe.2017.01.003).
- **Auspurg, Katrin; Schneck, Andreas und Hinz, Thomas (2019):** Closed doors everywhere? A meta-analysis of field experiments on ethnic discrimination in rental housing markets. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 45 (1), S. 95–114. DOI: [10.1080/1369183x.2018.1489223](https://doi.org/10.1080/1369183x.2018.1489223).
- **Auspurg, Katrin; Schneck, Andreas und Thiel, Fabian (2020):** Different samples, different results? How sampling techniques affect the results of field experiments on ethnic discrimination. *Research in Social Stratification and Mobility* 65, S. 100444. DOI: [10.1016/j.rssm.2019.100444](https://doi.org/10.1016/j.rssm.2019.100444).
- **Bachman, Peter und Lange, Matthias (2013):** Mit Sicherheit gesund bauen. *Fakten, Argumente und Strategien für das gesunde Bauen, Modernisieren und Wohnen*. Freiburg: Springer Vieweg.
- **Baier, Andreea und Siegert, Manuel (2018):** Die Wohnsituation Geflüchteter. Nürnberg, S. 1–12.

- **Baker, Emma; Lester, Laurence H.; Bentley, Rebecca und Beer, Andrew (2016):** Poor housing quality: Prevalence and health effects. *Journal of Prevention & Intervention in the Community* 44 (4), S. 219–232. DOI: [10.1080/10852352.2016.1197714](https://doi.org/10.1080/10852352.2016.1197714).
- **Balestra, Carlotta und Sultan, Joyce (2013):** Home Sweet Home: The Determinants of Residential Satisfaction and its Relation with Well-being. In: *OECD Statistics Working Papers*. Paris: OECD Publishing, S. 1–43.
- **Banabak, Selim (2023):** Neighbourhood rental market integration and private rent trajectories – evidence from the city of Vienna. *International Journal of Urban Sciences* 27 (2), S. 239–259. DOI: [10.1080/12265934.2022.2110144](https://doi.org/10.1080/12265934.2022.2110144).
- **Barbarino, Robert und Seydel, Hanna (2025):** Creating an “in-between”: The post-migrant perspective and participatory urban development in Germany, a comparison between Berlin and Wiesbaden. *Journal of Urban Affairs* 47 (8), S. 2936–2956. DOI: [10.1080/07352166.2024.2308508](https://doi.org/10.1080/07352166.2024.2308508).
- **Bartoš, Vojtěch; Bauer, Michal; Chytilová, Julie und Matějka, Filip (2016):** Attention Discrimination: Theory and Field Experiments with Monitoring Information Acquisition. *American Economic Review* 106 (6), S. 1437–1475. DOI: [10.1257/aer.20140571](https://doi.org/10.1257/aer.20140571).
- **Bartsch, Samera und Beckmann, Lea (2024):** Rassismus verklagen? Chancen und Grenzen strategischer Klagen gegen rassistische Diskriminierung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 37 (1), S. 88–106. DOI: [10.1515/fjsb-2024-0007](https://doi.org/10.1515/fjsb-2024-0007).
- **Barwick, Christine (2014):** Beyond the deficit perspective: family ties and residential choice of upwardly mobile turkish-germans. *Sociologia Urbana e Rurale* (105), S. 20–35. DOI: [10.3280/SUR2014-105002](https://doi.org/10.3280/SUR2014-105002).
- **Barwick, Christine und Beaman, Jean (2019):** Living for the neighbourhood: marginalization and belonging for the second-generation in Berlin and Paris. *Comparative Migration Studies* 7 (1), S. 1. DOI: [10.1186/s40878-018-0105-3](https://doi.org/10.1186/s40878-018-0105-3).
- **Barwick-Gross, Christine; Chollet, Jari und Kulz, Christy (2025):** Researching urban diversity and the (re-)production of whiteness: reflections on the purchase and challenges of sensory methods. *Frontiers in Sociology* 10, S. 1512271. DOI: [10.3389/fsoc.2025.1512271](https://doi.org/10.3389/fsoc.2025.1512271).
- **Basagana, Xavier (2019):** Heat Islands/Temperature in Cities: Urban and Transport Planning Determinants and Health in Cities. In: Nieuwenhuijsen, Mark und Khreis, Haneen (Hg.): *Integrating Human Health into Urban and Transport Planning. A Framework*. Cham: Springer, S. 483–497. Online verfügbar unter: [10.1007/978-3-319-74983-9_23](https://doi.org/10.1007/978-3-319-74983-9_23).
- **Beck, Thessa M.; Schumacher, Dominik L.; Achebak, Hicham; Vicedo-Cabrera, Ana M.; Seneviratne, Sonia I. und Ballester, Joan (2024):** Mortality burden attributed to anthropogenic warming during Europe’s 2022 record-breaking summer. *npj Climate and Atmospheric Science* 7. DOI: [10.1038/s41612-024-00783-2](https://doi.org/10.1038/s41612-024-00783-2).
- **Becker, Gary Stanley (1957):** The economics of discrimination. In: *Economics research studies*. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- **Becker, Gary Stanley (1971):** *The Economics of Discrimination*, 2. Aufl., Chicago/London: The University of Chicago Press.

- **Bell, Michelle L. und Ebisu, Keita (2012):** Environmental Inequality in Exposures to Airborne Particulate Matter Components in the United States. *Environmental Health Perspectives* 120 (12), S. 1699–1704. DOI: [10.1289/ehp.1205201](https://doi.org/10.1289/ehp.1205201).
- **Bengtsson, Ragnar; Iverman, Ellis und Hinnerich, Björn Tyrefors (2012):** Gender and ethnic discrimination in the rental housing market. *Applied Economics Letters* 19 (1), S. 1–5. DOI: [10.1080/13504851.2011.564125](https://doi.org/10.1080/13504851.2011.564125).
- **Berding, Ulrich (2008):** Wohnwünsche von Migranten Überlegungen zu spezifischen Anforderungen an Wohnung und Wohnumfeld. *vhw FW* (6), S. 309–312.
- **Best, Henning und Rüttenauer, Tobias (2018):** How Selective Migration Shapes Environmental Inequality in Germany: Evidence from Micro-level Panel Data. *European Sociological Review* 34 (1), S. 52–63. DOI: [10.1093/esr/jcx082](https://doi.org/10.1093/esr/jcx082).
- **Betz, Johanna (2020):** Bezahlbar Wohnen. Chronik eines angekündigten Zerfalls. In: GROEG-Arbeitspapier. Tübingen. Online verfügbar unter: <http://www.infrastruktur-gewaehrleisten.de/>.
- **Bharathi, Naveen; Malghan, Deepak; Mishra, Sumit und Rahman, Andaleeb (2022):** Residential segregation and public services in urban India. *Urban Studies* 59 (14), S. 2912–2932. DOI: [10.1177/00420980211072855](https://doi.org/10.1177/00420980211072855).
- **Bittencourt, Tainá A; Giannotti, Mariana und Marques, Eduardo (2021):** Cumulative (and self-reinforcing) spatial inequalities: Interactions between accessibility and segregation in four Brazilian metropolises. *Environment and Planning B: Urban Analytics and City Science* 48 (7), S. 1989–2005. DOI: [10.1177/2399808320958426](https://doi.org/10.1177/2399808320958426).
- **Blanc, Maurice und Guhl, Jutta (2020):** Ségrégation résidentielle et mixité sociale dans les quartiers pauvres et stigmatisés en Allemagne, France et Suisse. *Pensée plurielle* 50 (2), S. 153–170. DOI: [10.3917/pp.050.0153](https://doi.org/10.3917/pp.050.0153).
- **Blickle, Paul; Endt, Christian; Ehmann, Annick; Fischer, Linda; Grone, Nicolas Pablo; Schach, David; Tröger, Julius; Vallentin, Claudia und Zehr, Benjamin (2023):** So trennt Hitze die deutschen Städte. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-08/soziale-ungleichheit-hitze-stadtklima-beton-klima-anpassung>.
- **Blokland, Talja (2011):** ‘Even when I see the real scoundrel around here, I don’t feel unsafe’. In: Herrmann, Heike; Keller, Carsten; Neef, Rainer und Ruhne, Renate (Hg.): *Die Besonderheit des Städtischen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 173–196. DOI: [10.1007/978-3-531-93338-2_9](https://doi.org/10.1007/978-3-531-93338-2_9).
- **Blokland, Talja (2021):** *Leben zwischen Dreck und Drogen. Sicherheitsempfinden am Kottbusser Tor*, Berlin. Logos Verlag Berlin. DOI: [10.30819/5310](https://doi.org/10.30819/5310).
- **Bolt, Gideon; Phillips, Deborah und Van Kempen, Ronald (2010):** Housing Policy, (De) segregation and Social Mixing: An International Perspective. *Housing Studies* 25 (2), S. 129–135.
- **Bonnet, Francois; Lalé, Etienne; Safi, Mirna und Wasmer, Etienne (2015):** Better residential than ethnic discrimination! Reconciling audit and interview findings in the Parisian housing market. *Urban Studies* 53 (13), S. 2815–2833. DOI: [10.1177/0042098015596107](https://doi.org/10.1177/0042098015596107).
- **Bourdieu, Pierre (1992):** Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA, S. 49–80.

- **Brausewetter, Lars; Thomsen, Stephan L. und Trunzer, Johannes (2024):** Regional Supply and Demand Fundamentals in the German Housing Price Boom. *German Economic Review* 25 (1), S. 1–36. DOI: [10.1515/ger-2023-0063](https://doi.org/10.1515/ger-2023-0063).
- **Breidenbach, Philipp und Schaffner, Sandra (2020):** Real estate data for Germany (RWI-GEO-RED). *German Economic Review* 21 (3), S. 401–416. DOI: [10.1515/ger-2019-0126](https://doi.org/10.1515/ger-2019-0126).
- **Briata, P. (2020):** Metropolis. Sensory Ethnography Paths in the City of Differences. In: Anzani, Anna (Hg.): *Mind and Places*. Cham: Springer International Publishing, S. 93–105. DOI: [10.1007/978-3-030-45566-8_7](https://doi.org/10.1007/978-3-030-45566-8_7).
- **Bridge, Gary und Watson, Sophie (2011):** Reflections on Materialities. In: Bridge, Gary und Watson, Sophie (Hg.): *The New Blackwell Companion to the City*. Wiley, S. 1–14. DOI: [10.1002/9781444395105.ch1](https://doi.org/10.1002/9781444395105.ch1).
- **Brill, Hannah und Manz, Mariam (2022):** Chancengerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt. Bestandsaufnahme zur Vermeidung rassistischer Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe in Köln. Köln: Förderverein des Kölner Runder Tisch für Integration e.V.
- **Brill, Mila (2023):** Lokale: Alltagskulturelle Esspraktiken in der diversen Stadt. transcript Verlag. DOI: [10.1515/9783839467008](https://doi.org/10.1515/9783839467008).
- **Brubaker, Rogers (2002):** Ethnicity without groups. *European Journal of Sociology* 43 (2), S. 163–189. DOI: [10.1017/S0003975602001066](https://doi.org/10.1017/S0003975602001066).
- **Bullard, Robert D. (1990):** *Dumping in Dixie. Race, Class, and Environmental Quality*. Westview Press.
- **Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2025):** Mietpreisbremse und abgesenkte Kappungsgrenze: Eine Bestandsaufnahme. Online verfügbar unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/wohnen-immobilien/mieten-preise/mietpreisbremse/01-start.html>.
- **Bündnis AGG Reform-Jetzt! (2023):** Mehr Fortschritt wagen heißt auch mehr Antidiskriminierung wagen! Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd). Online verfügbar unter: https://agg-reform.jetzt/wp-content/uploads/2023/08/2023-08-08_Stellungnahme_Buendnis.pdf.
- **Burbidge, Manon; Smith Larsen, T.; Feder, S. und Yan, S. (2022):** Don't blame it on the sunshine! An exploration of the spatial distribution of heat injustice across districts in Antwerp, Belgium. *Local Environment* 27 (2), S. 160–176. DOI: [10.1080/13549839.2021.2005007](https://doi.org/10.1080/13549839.2021.2005007).

- **Burnett, Richard; Chen, Hong; Szyszkowicz, Mieczysław; Fann, Neal; Hubbell, Bryan; Pope, C. Arden; Apte, Joshua S.; Brauer, Michael; Cohen, Aaron; Weichenthal, Scott; Coggins, Jay; Di, Qian; Brunekreef, Bert; Frostad, Joseph; Lim, Stephen S.; Kan, Haidong; Walker, Katherine D.; Thurston, George D.; Hayes, Richard B.; Lim, Chris C.; Turner, Michelle C.; Jerrett, Michael; Krewski, Daniel; Gapstur, Susan M.; Diver, W. Ryan; Ostro, Bart; Goldberg, Debbie; Crouse, Daniel L.; Martin, Randall V.; Peters, Paul; Pinault, Lauren; Tjepkema, Michael; Van Donkelaar, Aaron; Villeneuve, Paul J.; Miller, Anthony B.; Yin, Peng; Zhou, Maigeng; Wang, Lijun; Janssen, Nicole A. H.; Marra, Marten; Atkinson, Richard W.; Tsang, Hilda; Quoc Thach, Thuan; Cannon, John B.; Allen, Ryan T.; Hart, Jaime E.; Laden, Francine; Cesaroni, Giulia; Forastiere, Francesco; Weinmayr, Gudrun; Jaensch, Andrea; Nagel, Gabriele; Concin, Hans und Spadaro, Joseph V. (2018):** Global estimates of mortality associated with long-term exposure to outdoor fine particulate matter. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115 (38), S. 9592–9597. DOI: [10.1073/pnas.1803222115](https://doi.org/10.1073/pnas.1803222115).
- **Butterwegge, Christoph (2021):** Wohnungsgleichheit in Deutschland: Erscheinungsformen, Hintergründe und Gegenmaßnahmen. *Sozial Extra* 45 (3), S. 205–209. DOI: [10.1007/s12054-021-00378-8](https://doi.org/10.1007/s12054-021-00378-8).
- **Cardozo Silva, Adriana; Prömel, Christopher und Zinn, Sabine (2022):** Refugees in Germany Perceived Higher Discrimination in the Wake of the Coronavirus Pandemic. *DIW Weekly Report* 12, S. 119–127. DOI: [10.18723/DIW_DWR:2022-17-1](https://doi.org/10.18723/DIW_DWR:2022-17-1).
- **Chancel, Lucas und Piketty, Thomas (2021):** Global Income Inequality, 1820–2020: the Persistence and Mutation of Extreme Inequality. *Journal of the European Economic Association* 19 (6), S. 3025–3062. DOI: [10.1093/jeea/jvab047](https://doi.org/10.1093/jeea/jvab047).
- **Chancel, Lucas; Piketty, Thomas; Saez, Emmanuel und Zucman, Gabriel (Hg.) (2022):** World inequality report 2022. Cambridge, Massachusetts: The Belknap Press of Harvard University Press.
- **Cheng, Cliff (1997):** Are Asian American Employees a Model Minority or Just a Minority? *The Journal of Applied Behavioral Science* 33 (3), S. 277–290. DOI: [10.1177/00218863973333002](https://doi.org/10.1177/00218863973333002).
- **Chisholm, Elinor; Howden-Chapman, Philippa und Fougere, Geoff (2017):** Renting in New Zealand: perspectives from tenant advocates. *Kōtuitui: New Zealand Journal of Social Sciences Online* 12 (1), S. 95–110. DOI: [10.1080/1177083X.2016.127247](https://doi.org/10.1080/1177083X.2016.127247).
- **Chou, Chih-Chieh (2008):** Critique on the notion of model minority: an alternative racism to Asian American? *Asian Ethnicity* 9 (3), S. 219–229. DOI: [10.1080/14631360802349239](https://doi.org/10.1080/14631360802349239).
- **Cichowicz, Robert und Bochenek, Anna Dominika (2024):** Assessing the effects of urban heat islands and air pollution on human quality of life. *Anthropocene* 46. DOI: [10.1016/j.ancene.2024.100433](https://doi.org/10.1016/j.ancene.2024.100433).
- **Cludius, Johanna; Schumacher, Katja und Kreye, K (2022):** Energiepreiskrise: Wie sozialverträglich ist das Entlastungspaket der Bundesregierung? Online verfügbar unter: <https://blog.oeko.de/energiepreiskrise-wie-sozialvertraeglich-ist-das-entlastungspaket-der-bundesregierung/>.

- **Cortés, Yasna (2021):** Spatial Accessibility to Local Public Services in an Unequal Place: An Analysis from Patterns of Residential Segregation in the Metropolitan Area of Santiago, Chile. *Sustainability* 13 (2), S. 442. DOI: [10.3390/su13020442](https://doi.org/10.3390/su13020442).
- **Crenshaw, Kimberle (1989):** Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. *University of Chicago Legal Forum* 1989 (1).
- **Dangschat, Jens S. (2014):** Residentielle Segregation. In: Gans, Paul (Hg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Forschungsberichte der ARL 3*. Hannover: Verlag der ARL -Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 63–77.
- **de Araujo, Shadia Hussein und Weber, Florian (2014):** „Migrantenökonomien“ zwischen Wirtschaftsförderung und Diskriminierung – eine empirische Fallstudie am Beispiel der Stadt Nürnberg. *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration Forschungsberichte der ARL (3)*, S. 365–380.
- **De Vries, Nicole (2019):** Quartiersentwicklungspotentiale migrantischer Ökonomie am Beispiel Duisburg-Marxloh. In: Niermann, Oliver; Schnur, Olaf und Drilling, Matthias (Hg.): *Ökonomie im Quartier*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 139–154. DOI: [10.1007/978-3-658-23446-1_8](https://doi.org/10.1007/978-3-658-23446-1_8).
- **Decker, Nathaniel (2023):** How Landlords of Small Rental Properties Decide Who Gets Housed and Who Gets Evicted. *Urban Affairs Review* 59 (1), S. 170–199. DOI: [10.1177/10780874211041513](https://doi.org/10.1177/10780874211041513).
- **Deener, Andrew (2017):** The Origins of the Food Desert: Urban Inequality as Infrastructural Exclusion. *Social Forces*, S. 1285–1309. DOI: [10.1093/sf/sox001](https://doi.org/10.1093/sf/sox001).
- **Deutscher Wetterdienst (DWD) (2024):** Hitzetage – Eine Zwischenbilanz 2024. Online verfügbar unter: https://www.dwd.de/DE/wetter/thema_des_tages/2024/7/16.html.
- **Deutschlandatlas (2022):** Wie wir wohnen - Wohneigentumsquoten variieren in Deutschland zwischen unter 16 und über 70 Prozent. Online verfügbar unter: https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-wohnen/Eigentumsquote.html#_x5y3zgebz.
- **Dewilde, Caroline (2018):** Explaining the declined affordability of housing for low-income private renters across Western Europe. *Urban Studies* 55 (12), S. 2618–2639. DOI: [10.1177/0042098017729077](https://doi.org/10.1177/0042098017729077).
- **DeZIM (2022):** Rassistische Realitäten - Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter: <https://www.rassismusmonitor.de/publikationen/studie-rassistische-realitaeten/>.
- **DeZIM (2023):** Rassismus und seine Symptome. Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter: <https://www.rassismusmonitor.de/publikationen/rassismus-und-seine-symptome/>.
- **Di Masso, Andrés; Castrechini, Angela und Valera, Sergi (2014):** Displacing xeno-racism: The discursive legitimation of native supremacy through everyday accounts of ‘urban insecurity’. *Discourse & Society* 25 (3), S. 341–361. DOI: [10.1177/0957926513519531](https://doi.org/10.1177/0957926513519531).

- **Diekmann, Andreas; Bruderer Enzler, Heidi; Hartmann, Jörg; Kurz, Karin; Liebe, Ulf und Preisendörfer, Peter (2023):** Environmental Inequality in Four European Cities: A Study Combining Household Survey and Geo-Referenced Data. *European Sociological Review* 39 (1), S. 44–66. DOI: [10.1093/esr/jcac028](https://doi.org/10.1093/esr/jcac028).
- **Dikeç, Mustafa (2007):** *Badlands of the Republic: Space, Politics and Urban Policy*. Wiley. DOI: [10.1002/9780470712788](https://doi.org/10.1002/9780470712788).
- **Dill, Verena und Jirjahn, Uwe (2014):** Ethnic residential segregation and immigrants' perceptions of discrimination in West Germany. *Urban Studies* 51 (16), S. 3330–3347. DOI: [10.1177/0042098014522719](https://doi.org/10.1177/0042098014522719).
- **Dräger, Jascha (2020):** The Impact of Statistical Discrimination in Shared Housing Markets. A Correspondence Study on Ethnic Discrimination in Germany. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 64, S. 1621. DOI: [10.15464/ISI.64.2020.16-21](https://doi.org/10.15464/ISI.64.2020.16-21)
- **Droste, Christiane (2021):** Strategien und Interventionen gegen Rassismus auf dem Wohnungsmarkt: Die strategische Arbeit der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. In: Eckardt, Frank und Bouguerra, Hamidou Maurice (Hg.): *Stadt und Rassismus. Analysen und Perspektiven für eine antirassistische Urbanität*. Münster: Unrast, S. 259–280.
- **Easthope, Hazel (2014):** Making a Rental Property Home. *Housing Studies* 29, S. 579–596.
- **Eckardt, Frank (2007):** Frankreichs Schwierigkeiten mit den Banlieue. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30240/frankreichs-schwierigkeiten-mit-den-banlieue/>.
- **Eggers, Maureen Maisha; Kilomba, Grada; Piesche, Peggy und Arndt, Susan (Hg.) (2020):** *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast.
- **Egner, Björn und Rink, Dieter (2024):** Kommunale Wohnungspolitik und Wohnraumversorgung. In: Brettschneider, Antonio; Grohs, Stephan und Jehles, Nora (Hg.): *Handbuch Kommunale Sozialpolitik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–16. Online verfügbar unter: https://link.springer.com/rwe/10.1007/978-3-658-38616-0_19-1?
- **Ehler, Ingmar; Bader, Felix; Rüttenauer, Tobias und Best, Henning (2024):** The air pollution disadvantage of immigrants in Germany: partly a matter of urbanity. *European Sociological Review* 40 (4), S. 551–565. DOI: [10.1093/esr/jcad046](https://doi.org/10.1093/esr/jcad046).
- **Eiber, Kathrin (2022):** Wohnraum als Ausgangspunkt für Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten. Linz: Johannes Kepler Universität.
- **El-Mafaalani, Aladin (2021):** Wozu Rassismus? von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistischen Widerstand. In: *KiWi*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- **Elsinga, Marja und Hoekstra, Joris (2005):** Homeownership and housing satisfaction. *Journal of Housing and the Built Environment* 20 (4), S. 401–424. DOI: [10.1007/s10901-005-9023-4](https://doi.org/10.1007/s10901-005-9023-4).
- **El-Tayeb, Fatima (2016):** Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft. In: *XTexte*. Bielefeld: transcript Verlag.
- **England, Marcia R. und Simon, Stephanie (2010):** Scary cities: urban geographies of fear, difference and belonging Editorial. *11* (3), S. 201–207. DOI: [10.1080/14649361003650722](https://doi.org/10.1080/14649361003650722).

- **Essed, Philomena (1991):** Understanding Everyday Racism: An Interdisciplinary Theory. Thousand Oaks, CA: SAGE Publications, Inc. DOI: [10.4135/9781483345239](https://doi.org/10.4135/9781483345239).
- **European Commission. Statistical Office of the European Union (Eurostat) (2021):** Applying the degree of urbanisation: a methodological manual to define cities, towns and rural areas for international comparisons: 2021 edition. LU: Publications Office. Online verfügbar unter: <https://data.europa.eu/doi/10.2785/706535>.
- **European Commission. Statistical Office of the European Union (Eurostat) (2025):** Glossar: Verfügbares Äquivalenzeinkommen. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Equivalised_disposable_income/de.
- **European Environment Agency (EEA) (2020):** Air quality in Europe. Online verfügbar unter: <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/air-quality-in-europe-2020-report>.
- **European Environment Agency (EEA) (2022):** Climate change as a threat to health and well-being in Europe: focus on heat and infectious diseases. Online verfügbar unter: <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/climate-change-impacts-on-health>.
- **European Environment Agency (EEA) (2024):** Nitrogen dioxide - Annual limit values for the protection of human health. Online verfügbar unter: <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/maps-and-charts/nitrogen-dioxide-annual-limit-values-for-the-protection-of-human-health>.
- **European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) (2023):** Being Black in the EU – Experiences of people of African descent. EU Survey on immigrants and descendants of immigrants. European Union Agency for Fundamental Rights. Online verfügbar unter: <https://fra.europa.eu>.
- **Evans, Gary W.; Wells, Nancy M. und Moch, Annie (2003):** Housing and Mental Health: A Review of the Evidence and a Methodological and Conceptual Critique. Journal of Social Issues 59 (3), S. 475–500. DOI: [10.1111/1540-4560.00074](https://doi.org/10.1111/1540-4560.00074).
- **Ewald, Johannes; Goecke, Henry; Heyer, Felix; Kempermann, Hanno und Sagner, Pekka (2025):** Sparda-Studie Wohnen in Deutschland 2025. Frankfurt am Main: Verband der Sparda-Banken e.V. Online verfügbar unter: https://sparda-wohnen2025.de/fileadmin/user_upload/2025/pdfs/SpardaWohnstudie2025_komprimiert.pdf?v=1.
- **Ewens, Michael; Tomlin, Bryan und Wang, Liang Choon (2012):** Statistical Discrimination or Prejudice? A Large Sample Field Experiment. SSRN Electronic Journal. DOI: [10.2139/ssrn.1816702](https://doi.org/10.2139/ssrn.1816702).
- **Faden-Kuhne, Kristina; Saleth, Stephanie; Velimsky, Jan und Anders, Carsten (2024):** Wohnsituation armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, S. 1–78.
- **Faininger, Rudolf und Flechtner, Svenja (2025):** Migrant wealth in Germany. The Journal of Economic Inequality. DOI: [10.1007/s10888-025-09668-7](https://doi.org/10.1007/s10888-025-09668-7).

- **Fairburn, Jonathan; Schüle, Steffen Andreas; Dreger, Stefanie; Karla Hilz, Lisa und Bolte, Gabriele (2019):** Social Inequalities in Exposure to Ambient Air Pollution: A Systematic Review in the WHO European Region. *International Journal of Environmental Research and Public Health* 16 (17), S. 3127. DOI: [10.3390/ijerph16173127](https://doi.org/10.3390/ijerph16173127).
- **Fang, Tao; Di, Yanbo; Xu, Yang; Shen, Na; Fan, Haojun; Hou, Shike und Li, Xiaoxue (2025):** Temporal trends of particulate matter pollution and its health burden, 1990–2021, with projections to 2036: a systematic analysis for the global burden of disease study 2021. *Frontiers in Public Health* 13. DOI: [10.3389/fpubh.2025.1579716](https://doi.org/10.3389/fpubh.2025.1579716).
- **Fariás, Ignacio und Luggauer, Elisabeth (2024):** Hitze und Gesundheit in städtischen Räumen: Eine Rückschau aus der Perspektive kulturwissenschaftlicher Stadtforschung. In: Pohlan, Jörg; Othengrafen, Frank; Güntner, Simon; Nuissl, Henning und Schmidt-Lauber, Brigitta (Hg.): *Jahrbuch StadtRegion 2023/2024*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 197–216. DOI: [10.1007/978-3-658-44315-3_10](https://doi.org/10.1007/978-3-658-44315-3_10).
- **Faurie, Clare; Varghese, Blesson M.; Liu, Jingwen und Bi, Peng (2022):** Association between high temperature and heatwaves with heat-related illnesses: A systematic review and meta-analysis. *The Science of the total environment* 852. DOI: [10.1016/j.scitotenv.2022.158332](https://doi.org/10.1016/j.scitotenv.2022.158332).
- **Fecht, Daniela; Fischer, Paul; Fortunato, Léa; Hoek, Gerard; De Hoogh, Kees; Marra, Marten; Kruize, Hanneke; Vienneau, Danielle; Beelen, Rob und Hansell, Anna (2015):** Associations between air pollution and socioeconomic characteristics, ethnicity and age profile of neighbourhoods in England and the Netherlands. *Environmental Pollution* 198, S. 201–210. DOI: [10.1016/j.envpol.2014.12.014](https://doi.org/10.1016/j.envpol.2014.12.014).
- **Flacke, Johannes; Schüle, Steffen; Köckler, Heike und Bolte, Gabriele (2016):** Mapping Environmental Inequalities Relevant for Health for Informing Urban Planning Interventions—A Case Study in the City of Dortmund, Germany. *International Journal of Environmental Research and Public Health* 13 (7), S. 711. DOI: [10.3390/ijerph13070711](https://doi.org/10.3390/ijerph13070711).
- **Flage, Alexandre (2018):** Ethnic and gender discrimination in the rental housing market: Evidence from a meta-analysis of correspondence tests, 2006–2017. *Journal of Housing Economics* 41, S. 251–273. DOI: [10.1016/j.jhe.2018.07.003](https://doi.org/10.1016/j.jhe.2018.07.003).
- **Foroutan, Naika (2020):** Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70 (42–44), S. 12–18. DOI: [10.18452/22456](https://doi.org/10.18452/22456).
- **Friedrich, Karsten; Deutschländer, Thomas; Kreienkamp, Frank; Leps, Nora; Mächel, Hermann und Walter, Andreas (2023):** Klimawandel und Extremereignisse: Temperatur inklusive Hitzewellen. In: Brasseur, Guy P.; Jacob, Daniela und Schuck-Zöllner, Susanne (Hg.): *Klimawandel in Deutschland*. Berlin/Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, S. 61–72. DOI: [10.1007/978-3-662-66696-8_6](https://doi.org/10.1007/978-3-662-66696-8_6).
- **Friedrichs, Jürgen und Triemer, Sascha (2009):** Ethnische Segregation. In: *Gespaltene Städte?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–108. DOI: [10.1007/978-3-531-91675-0_5](https://doi.org/10.1007/978-3-531-91675-0_5).
- **Froehlich, Laura und Schulte, Isabel (2019):** Warmth and competence stereotypes about immigrant groups in Germany. *PLOS ONE* 14 (9), S. e0223103. DOI: [10.1371/journal.pone.0223103](https://doi.org/10.1371/journal.pone.0223103).

- **Fuchs, Leonie; Gahein-Sama, Massa; Kim, Tae Jun; Mengi, Aylin; Podkowik, Klara; Salikutluk, Zerrin; Thom, Maximilian; Tran, Kien und Zindel, Zaza (2025):** Verborgene Muster, sichtbare Folgen: Rassismus und Diskriminierung in Deutschland. In: NaDiRa-Monitoringbericht 2025. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter: <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/verborgene-muster-sichtbare-folgen/>.
- **Fuest, Clemens (2024):** ifo Standpunkt 259: Wohnungsknappheit: Was tun? Online verfügbar unter: <https://www.ifo.de/standpunkt/2024-06-11/ifo-standpunkt-259-wohnungsknappheit-was-tun>.
- **Galster, George C. (1992):** Research on discrimination in housing and mortgage markets: Assessment and future directions. *Housing Policy Debate* 3 (2), S. 637–683. DOI: [10.1080/10511482.1992.9521105](https://doi.org/10.1080/10511482.1992.9521105).
- **Gasparri, Antonio; Guo, Yuming; Hashizume, Masahiro; Lavigne, Eric; Zanobetti, Antonella; Schwartz, Joel; Tobias, Aurelio; Tong, Shilu; Rocklöv, Joacim; Forsberg, Bertil; Leone, Michela; De Sario, Manuela; Bell, Michelle L; Guo, Yue-Liang Leon; Wu, Chang-fu; Kan, Haidong; Yi, Seung-Muk; De Sousa Zanotti Stagliorio Coelho, Micheline; Saldiva, Paulo Hilario Nascimento; Honda, Yasushi; Kim, Ho und Armstrong, Ben (2015):** Mortality risk attributable to high and low ambient temperature: a multicountry observational study. *The Lancet* 386 (9991), S. 369–375. DOI: [10.1016/S0140-6736\(14\)62114-0](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(14)62114-0).
- **Ghekiere, Abel und Verhaeghe, Pieter-Paul (2022):** How does ethnic discrimination on the housing market differ across neighborhoods and real estate agencies? *Journal of Housing Economics* 55, S. 101820. DOI: [10.1016/j.jhe.2021.101820](https://doi.org/10.1016/j.jhe.2021.101820).
- **Göbel, Sascha (2021):** The Degree of Urbanisation Classification for Postcode Areas. Online verfügbar unter: <https://github.com/saschagobel/degurba-postcode-areas>.
- **Goebel, Jan; Satilmis, Sarah und Seikat, Linus (2024):** Homeoffice auch nach Ende der Pandemiemaßnahmen weit verbreitet. In: DIW Wochenbericht, S. 667–678.
- **Goffman, Erving (1975):** Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- **Gomolla, Mechtild und Radtke, Frank-Olaf (2009):** Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- **Gomory, Henry; Messamore, Andrew; Jang-Trettien, Christine und Garboden, Philip (2024):** Beyond scale: Legal, organizational, and economic factors that shape landlord behaviors and tenant housing experiences. *Journal of Urban Affairs*, S. 1–24. DOI: [10.1080/07352166.2024.2427632](https://doi.org/10.1080/07352166.2024.2427632).
- **Gusciute, Egle; Mühlau, Peter und Layte, Richard (2020):** Discrimination in the rental housing market: a field experiment in Ireland. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 48 (3), S. 613–634. DOI: [10.1080/1369183x.2020.1813017](https://doi.org/10.1080/1369183x.2020.1813017).
- **Ha, Noa K. (2022):** Stadt und postkoloniale Kritik: Beitrag zur Debatte „Was ist Stadt? Was ist Kritik?“ *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 10 (1), S. 161–165. DOI: [10.36900/suburban.v10i1.785](https://doi.org/10.36900/suburban.v10i1.785).
- **Haderer, Margaret (2018):** “Economic Policies Are the Best Social Policies”: West German Neoliberalism and the Housing Question After 1945. *The American Journal of Economics and Sociology* 77 (1), S. 149–167. DOI: [10.1111/ajes.12220](https://doi.org/10.1111/ajes.12220).

- **Hall, Stuart (2000):** Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzkel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument Verlag, S. 7–16.
- **Hanhörster, Heike (2014):** Türkeistämmige Eigentümer in Migrantenvierteln: soziale und räumliche Mobilität der zweiten Generation. In: Stadt, Raum und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- **Hanhörster, Heike (2019):** Inklusion und Exklusion Zugewanderter auf dem Mietwohnungsmarkt: Zur Rolle institutioneller Wohnungsanbieter. Stadtforschung und Statistik: Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker 32 (1), S. 45–49.
- **Hanhörster, Heike; Droste, Christiane; Ramos Lobato, Isabel; Diesenreiter, Carina und Liebig, Simon (2020):** Wohnraumversorgung und sozialräumliche Integration von Migrantinnen und Migranten Belegungspolitiken institutioneller Wohnungsanbietender. In: vhw - Schriftenreihe. Berlin.
- **Hanhörster, Heike; Haase, Annegret; Hans, Nils; Rink, Dieter; Schmiz, Antonie und Schrader, Sebastian (2023):** The (co-)production of arrival neighbourhoods. Processes governing housing markets in three german cities. 38, S. 1409–1429. DOI: [10.1007/s10901-022-09995-5](https://doi.org/10.1007/s10901-022-09995-5).
- **Hanhörster, Heike und Ramos Lobato, Isabel (2021):** Migrants' Access to the Rental Housing Market in Germany: Housing Providers and Allocation Policies. Urban Planning 6 (2), S. 7–18. DOI: [10.17645/up.v6i2.3802](https://doi.org/10.17645/up.v6i2.3802).
- **Hanhörster, Heike; Gliemann, Kathrin; Liebig, Simon (2025).** Zuwanderung und Integration: Herausforderungen der Wohnraumversorgung im Kontext stadtplanerischer Leitbilder. In: Frank Gesemann, Dieter Filsinger, Sybille Münch (Hg.) Handbuch Lokale Integrationspolitik. Springer VS, Wiesbaden. DOI: [10.1007/978-3-658-43195-2_36-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-43195-2_36-1).
- **Hanhörster, Heike; Ramos Lobato, Isabel; Droste, Christiane und Becker, Anna (2021):** Belegungspolitik von Wohnungsunternehmen. Potenzial oder Barriere für Integration? Online verfügbar unter: <https://researchportal.helsinki.fi/en/publications/belegungspolitik-von-wohnungsunternehmen-potenzial-oder-barriere->.
- **Hanson, Andrew und Hawley, Zackary (2011):** Do landlords discriminate in the rental housing market? Evidence from an internet field experiment in US cities. Journal of Urban Economics 70 (2–3), S. 99–114. DOI: [10.1016/j.jue.2011.02.003](https://doi.org/10.1016/j.jue.2011.02.003).
- **Hanson, Andrew und Hawley, Zackary (2014):** Where does racial discrimination occur? An experimental analysis across neighborhood and housing unit characteristics. Regional Science and Urban Economics 44, S. 94–106. DOI: [10.1016/j.regsciurbeco.2013.12.001](https://doi.org/10.1016/j.regsciurbeco.2013.12.001).
- **Hartung, Andreas (2014):** Wohnsituation von Migrantenhaushalten: Eine Analyse mit Blick auf den Effekt der Mietpreisbenachteiligung. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 668, S. 1–64. DOI: [10.2139/ssrn.2463232](https://doi.org/10.2139/ssrn.2463232).
- **Harvey, David (1974):** Class-monopoly rent, finance capital and the urban revolution. Regional Studies 8 (3–4), S. 239–255. DOI: [10.1080/09595237400185251](https://doi.org/10.1080/09595237400185251).
- **Harvey, David (2012):** Rebel cities: from the right to the city to the urban revolution. New York: Verso.
- **Häußermann, Hartmut und Oswald, Ingrid (1997):** Zuwanderung und Stadtentwicklung. In: Häußermann, Hartmut und Oswald, Ingrid (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9–29.

- **Häußermann, Hartmut und Siebel, Walter (2000):** Wohnverhältnisse und Ungleichheit. Online verfügbar unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-01302-0_7.
- **Heaviside, Clare; Macintyre, Helen und Vardoulakis, Sotiris (2017):** The Urban Heat Island: Implications for Health in a Changing Environment. *Current Environmental Health Reports* 4, S. 296–305. DOI: [10.1007/s40572-017-0150-3](https://doi.org/10.1007/s40572-017-0150-3).
- **Heinze, Rolf G. und Wilde, David (2025):** Wohnen als neue soziale Frage. In: *Wohnungsgenossenschaften*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 63–76. DOI: [10.1007/978-3-658-47197-2_5](https://doi.org/10.1007/978-3-658-47197-2_5).
- **Helbig, Marcel und Salomon, Katja (2021):** Eine Stadt - getrennte Welten? Sozialräumliche Ungleichheiten für Kinder in sieben deutschen Großstädten. In: *Schriften zu Wirtschaft und Soziales*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- **heute im bundestag (hib) (2023):** Deutschland hat noch etwa 1,09 Millionen Sozialwohnungen. Online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-967750>.
- **Hill, Marc (2016):** Nach der Parallelgesellschaft: neue Perspektiven auf Stadt und Migration. In: *Kultur & Konflikt*. Bielefeld: transcript Verlag.
- **Hillmann, Felicitas (2016):** Migration: eine Einführung aus sozialgeographischer Perspektive. In: *Sozialgeographie kompakt*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- **Hinz, Thomas und Auspurg, Katrin (2016):** Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. In: Scherr, Albert; El-Mafaalani, Aladin und Gökçen Yüksel, Emine (Hg.): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–20. DOI: [10.1007/978-3-658-11119-9_21-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-11119-9_21-1).
- **Hinz, Thomas; Auspurg, Katrin und Schneck, Andreas (2022):** Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. In: Scherr, Albert; El-Mafaalani, Aladin und Reinhardt, Anna Cornelia (Hg.): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–21. DOI: [10.1007/978-3-658-11119-9_21-2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-11119-9_21-2).
- **Hiscock, Rosemary; Kearns, Ade; MacIntyre, Sally und Ellaway, Anne (2001):** Ontological Security and Psycho-Social Benefits from the Home: Qualitative Evidence on Issues of Tenure. *Housing, Theory and Society* 18 (1), S. 50–66. DOI: [10.1080/140360901750424761](https://doi.org/10.1080/140360901750424761).
- **Holdsworth, Louise (2011):** Sole voices: Experiences of non-home-owning sole mother renters. *Journal of Family Studies* 17 (1), S. 59–70. DOI: [10.5172/jfs.2011.17.1.59](https://doi.org/10.5172/jfs.2011.17.1.59).
- **Holm, Andrej (2008):** Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes. In: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner und Pohlan, Jörg (Hg.): *Jahrbuch StadtRegion 2007/2008: Schwerpunkt: Arme reiche Stadt*. Verlag Barbara Budrich, S. 101–108. DOI: [10.2307/j.ctvdf0h8w.9](https://doi.org/10.2307/j.ctvdf0h8w.9).
- **Holm, Andrej (2009):** Soziale Mischung. Zur Entstehung und Funktion eines Mythos. *Forum Wissenschaft* 26 (1), S. 23–26.
- **Holm, Andrej (2012):** Gentrification. In: Eckardt, Frank (Hg.): *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 661–687. DOI: [10.1007/978-3-531-94112-7_29](https://doi.org/10.1007/978-3-531-94112-7_29).
- **Holm, Andrej (2014):** Mietenwahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert.

- **Holm, Andrej (2018):** Wohnen macht arm. WSI-Mitteilungen 71 (5), S. 427–436. DOI: [10.5771/0342-300X-2018-5-427](https://doi.org/10.5771/0342-300X-2018-5-427).
- **Holm, Andrej (2023):** Wohnen, Eigentum Und Ungleichheit. In: Die Wohnungsfrage - Eine Gerechtigkeitsfrage. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 91–118.
- **Holm, Andrej (Hg.) (2021):** Wohnen zwischen Markt, Staat und Gesellschaft: ein sozialwissenschaftliches Handbuch. Hamburg: VSA: Verlag.
- **Holm, Andrej; Regnault, Valentin; Sprengholz, Maximilian und Stephan, Meret (2021):** Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme: Entwicklung der Wohnverhältnisse und der sozialen Wohnversorgung von 2006 bis 2018 in 77 deutschen Großstädten. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Online verfügbar unter: <https://hdl.handle.net/10419/234975>.
- **Hözl, Corinna; Nuissl, Henning; Beran, Fabian und Kormeyer, Tim (2025):** Nonprofit Landlord Types on the Housing Market—A Key to Rising Displacement in Berlin? Housing Policy Debate 35 (2), S. 265–285. DOI: [10.1080/10511482.2023.2271898](https://doi.org/10.1080/10511482.2023.2271898).
- **Hornischer, Nicole (2024):** Wohnqualität und Wohnzufriedenheit - Relevante Indikatoren in Wien. Wien: Technische Universität Wien. Online verfügbar unter: <https://repositum.tuwien.at/handle/20.500.12708/204212>.
- **Horr, Andreas; Hunkler, Christian und Kroneberg, Clemens (2018):** Ethnic Discrimination in the German Housing Market: A Field Experiment on the Underlying Mechanisms. Zeitschrift für Soziologie 47 (2), S. 134–146. DOI: [10.1515/zfsoz-2018-1009](https://doi.org/10.1515/zfsoz-2018-1009).
- **Howden-Chapman, Philippa; Bennett, Julie; Edwards, Richard; Jacobs, David; Nathan, Kim und Ormandy, David (2023):** Review of the Impact of Housing Quality on Inequalities in Health and Well-Being. Annual Review of Public Health 44, S. 233–254. DOI: [10.1146/annurev-publhealth-2020-07-15-111836](https://doi.org/10.1146/annurev-publhealth-2020-07-15-111836).
- **Hu, Mingzhi; Lin, Zhenguo und Liu, Yingchun (2024):** Housing Disparity between Homeowners and Renters: Evidence from China. The Journal of Real Estate Finance and Economics 68 (1), S. 28–51. DOI: [10.1007/s11146-022-09932-x](https://doi.org/10.1007/s11146-022-09932-x).
- **Hübscher, Marcus; Kleindienst, Elisabeth und Brose, Madlen (2024):** Ethnicity and gentrification. Exploring the real estate’s perspective on the revaluation of a „dangerous“ street in Leipzig (Germany). Fennia - International Journal of Geography 202 (1), S. 122–141. DOI: [10.11143/fennia.143526](https://doi.org/10.11143/fennia.143526).
- **Hulse, Kath und Saugeres, Lise (2008):** Housing insecurity and precarious living: an Australian exploration. In: AHURI Final Report. Melbourne: Australian Housing and Urban Research Institute Swinburne-Monash Research Centre, S. 1–51.
- **Hummel, Steven; Krasowski, Beata; Midelia, Sotiria und Wetendorf, Juliane (2017):** Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt. Leipzig: Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. Online verfügbar unter: <https://www.adb-sachsen.de/storage/app/uploads/public/5b4/86f/158/5b486f15887a5378116496.pdf>.
- **Hurni, Manuela (2009):** Sag mir, wo du wohnst ... Einfluss der Baugenossenschaften auf die Bevölkerungs- zusammensetzung am Beispiel Schwamendingen. In: Mensch und Gesellschaft. Präsidialdepartement Statistik Stadt Zürich.

- **Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC) (2021):** Climate Change 2021 – The Physical Science Basis: Working Group I Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, UK/New York, USA: Cambridge University Press. DOI: [10.1017/9781009157896](https://doi.org/10.1017/9781009157896).
- **Ituen, Imeh und Hey, Lisa Tatu (2021):** Der Elefant im Raum – Umweltrassismus in Deutschland. Studien, Leerstellen und ihre Relevanz für Umwelt- und Klimagerechtigkeit. Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter: <https://www.boell.de/sites/default/files/2021-12/E-Paper%20Der%20Elefant%20im%20Raum%20-%20Umweltrassismus%20in%20Deutschland%20Endf.pdf>.
- **Iyer, Nandini; Menezes, Ronaldo und Barbosa, Hugo (2024):** Mobility and transit segregation in urban spaces. Environment and Planning B: Urban Analytics and City Science 51 (7), S. 1496–1512. DOI: [10.1177/23998083231219294](https://doi.org/10.1177/23998083231219294).
- **Jones, Miranda R.; Diez-Roux, Ana V.; Hajat, Anjum; Kershaw, Kiarri N.; O’Neill, Marie S.; Guallar, Eliseo; Post, Wendy S.; Kaufman, Joel D. und Navas-Acien, Ana (2014):** Race/Ethnicity, Residential Segregation, and Exposure to Ambient Air Pollution: The Multi-Ethnic Study of Atherosclerosis (MESA). American Journal of Public Health 104 (11), S. 2130–2137. DOI: [10.2105/AJPH.2014.302135](https://doi.org/10.2105/AJPH.2014.302135).
- **Jorim, Gerrard; Zöllner, Uwe und Peters, Michael (2023):** Rendite mit der Miete – Wie die Finanzmärkte die Wohnungskrise in Deutschland befeuern. Berlin: Finanzwende Recherche. Online verfügbar unter: <https://www.finanzwende.de/ueber-uns/aktuelles/rendite-mit-der-miete>.
- **Jünger, Stefan (2022):** Land use disadvantages in Germany: A matter of ethnic income inequalities? Urban Studies 59 (9), S. 1819–1836. DOI: [10.1177/00420980211023206](https://doi.org/10.1177/00420980211023206).
- **JuraForum (2025):** Prekär: Definition & Bedeutung im rechtlichen Kontext. Online verfügbar unter: <https://www.juraforum.de/lexikon/prekaer>.
- **Kabisch, Nadja und Haase, Dagmar (2014):** Green justice or just green? Provision of urban green spaces in Berlin, Germany. Landscape and Urban Planning 122, S. 129–139. DOI: [10.1016/j.landurbplan.2013.11.016](https://doi.org/10.1016/j.landurbplan.2013.11.016).
- **Kabisch, Nadja und van den Bosch, Matilda Annerstedt (2017):** Urban Green Spaces and the Potential for Health Improvement and Environmental Justice in a Changing Climate. In: Nature-Based Solutions to Climate Change Adaptation in Urban Areas. Theory and Practice of Urban Sustainability Transitions. Cham: Springer. DOI: [10.1007/978-3-319-56091-5_12](https://doi.org/10.1007/978-3-319-56091-5_12).
- **Kadelke, Philipp (2023):** Private Vermieter*innen in Deutschland: Kleine Gruppe mit großer Wirkung. Polarisierte Welten: Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022. DOI: [10.21241/SSOAR.99167](https://doi.org/10.21241/SSOAR.99167).
- **Kadelke, Philipp (2025):** Mietwohnung oder Eigenheim? Soziologie des Wohneigentumsstatus. Weinheim: Beltz Juventa.
- **Kalter, Frank und Granato, Nadia (2007):** Unequal Chances. British Academy.

- **Kapphan, Andreas und König, Barbara (2005):** Immobilieneigentümer mit Migrationshintergrund als Akteure im Quartier. In: Schader Stiftung; Deutscher Städtetag; GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen; Deutsches Institut für Urbanistik und Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (Hg.): *Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt*. Darmstadt, S. 269–299.
- **Karakayali, Serhat und Tsianos, Vassilis (2005):** Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration. *PERIPHERIE – Politik • Ökonomie • Kultur* (24, Nr. 97-98), S. 35–64.
- **Kashtan, Yannai; Nicholsin, Metta; Finnegan, Colin J.; Ouyang, Zutao; Garg, Anchal; Lebel, Eric D.; Rowland, Sebastian T.; Michanowicz, Drew R.; Herrera, Janet; Nadeau, Kari C. und Jackson, Robert B. (2024):** Nitrogen dioxide exposure, health outcomes, and associated demographic disparities due to gas and propane combustion by U.S. stoves. *Science Advances* 10 (8). DOI: [10.1126/sciadv.adm8680](https://doi.org/10.1126/sciadv.adm8680).
- **Kearns, Ade und Parkinson, Michael (2001):** The Significance of Neighbourhood. *Urban Neighbourhoods* 38 (12), S. 2103–2110.
- **Kellou, Dalia; Menke, Inga; Rauch, Theresa; König, Florian; Souverijns, Niels; Davidel, Raluca und De Paep, Miechel (2024):** Hitzestress und Anpassungsmaßnahmen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Climate Analytics, VITO, BUUR. Online verfügbar unter: <https://ca1-clm.edcdn.com/assets/Berlin-Bericht-final.pdf?v=1706627809>.
- **Kemp, Peter A. und Kofner, Stefan (2010):** Contrasting Varieties of Private Renting: England and Germany. *International Journal of Housing Policy* 10 (4), S. 379–398. DOI: [10.1080/14616718.2010.526401](https://doi.org/10.1080/14616718.2010.526401).
- **Keseling, Uta (2020):** Als das Wohnen die Berliner krank machte. Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.morgenpost.de/berlin-history/article229043095/Als-das-Wohnen-die-Berliner-krank-machte.html>.
- **Kholodilin, Konstantin A. und Baake, Pio (2024):** Mietbelastung in Deutschland: In den letzten Jahren nicht gestiegen, aber ungleich verteilt. *DIW Wochenbericht* 41, S. S. 627-633. DOI: [10.18723/DIW_WB:2024-41-1](https://doi.org/10.18723/DIW_WB:2024-41-1).
- **Kholodilin, Konstantin A.; Michelsen, Claus und Ulbricht, Dirk (2018):** Speculative price bubbles in urban housing markets: Empirical evidence from Germany. *Empirical Economics* 55 (4), S. 1957–1983. DOI: [10.1007/s00181-017-1347-x](https://doi.org/10.1007/s00181-017-1347-x).
- **Kim, Tae Jun (2025):** Racial re-inscriptions? Examining the potentials and limitations of self-identification variables in German survey research. *Frontiers in Sociology* 10, S. 1562478. DOI: [10.3389/fsoc.2025.1562478](https://doi.org/10.3389/fsoc.2025.1562478).
- **Klopfer, Florian und Pfeiffer, Antonia (2023):** Determining spatial disparities and similarities regarding heat exposure, green provision, and social structure of urban areas - A study on the city district level in the Ruhr area, Germany. *Heliyon* 9 (6), S. e16185. DOI: [10.1016/j.heliyon.2023.e16185](https://doi.org/10.1016/j.heliyon.2023.e16185).
- **Köckler, Heike (2024):** Umweltbezogene Gerechtigkeit als Leitbild auch in Zeiten des Klimawandels. In: Pohlen, Jörg; Othengrafen, Frank; Güntner, Simon; Nuissl, Henning und Schmidt-Lauber, Brigitta (Hg.): *Jahrbuch StadtRegion 2023/2024*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 113–115. DOI: [10.1007/978-3-658-44315-3_6](https://doi.org/10.1007/978-3-658-44315-3_6).

- **Kohlhuber, Martina; Mielck, Andreas; Weiland, Stephan K. und Bolte, Gabriele (2006):** Social inequality in perceived environmental exposures in relation to housing conditions in Germany. *Environmental Research* 101 (2), S. 246–255. DOI: [10.1016/j.envres.2005.09.008](https://doi.org/10.1016/j.envres.2005.09.008).
- **König, Christian (2024):** Neighbourhood structure and environmental quality: A fine-grained analysis of spatial inequalities in urban Germany. *Urban Studies* 61 (10), S. 1968–1989. DOI: [10.1177/00420980231224224](https://doi.org/10.1177/00420980231224224).
- **Koskela, Hille (1997):** „Bold Walk and Breakings“: women’s spatial confidence versus fear of violence. *Gender, Place & Culture* 4 (3), S. 301–320. DOI: [10.1080/09663699725369](https://doi.org/10.1080/09663699725369).
- **Kourabas, Veronika (2021):** Die Anderen ge-brauchen: eine rassismustheoretische Analyse von >Gastarbeit< im migrationsgesellschaftlichen Deutschland. In: *Kultur und soziale Praxis*. Bielefeld: transcript Verlag.
- **Krajewski, Christian (2013):** Gentrification in Berlin. Innenstadtaufwertung zwischen etablierten „In-Quartieren“ und neuen „Kult-Kiezen“. *Geographische Rundschau* (2), S. 20–27.
- **Krause, Peter (2024):** Urban Inequalities and Diversities in Germany. In: Tonon, Graciela H. (Hg.): *Urban Inequalities. The Urban Book Series*. Cham: Springer International Publishing, S. 91–136. DOI: [10.1007/978-3-031-59746-6_5](https://doi.org/10.1007/978-3-031-59746-6_5).
- **Kravitz-Wirtz, Nicole; Crowder, Kyle; Hajat, Anjum und Sass, Victoria (2016):** The Long-term Dynamics of Racial/Ethnic Inequality in Neighborhood Air Pollution Exposure, 1990-2009. *Du Bois Review: Social Science Research on Race* 13 (2), S. 237–259. DOI: [10.1017/S1742058X16000205](https://doi.org/10.1017/S1742058X16000205).
- **Kubbe, Ina (2020):** Experimente und experimentelle Forschungsdesigns. In: Wagemann, Claudius; Goerres, Achim und Siewert, Markus B. (Hg.): *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 99–126. DOI: [10.1007/978-3-658-16936-7_7](https://doi.org/10.1007/978-3-658-16936-7_7).
- **Künstler, Falk und Schipper, Sebastian (2021):** Prekäre Wohnverhältnisse, Verdrängungsdruck und die Entstehung politischer Kollektivität in Frankfurt Westhausen. *Soziale Passagen* 13 (2), S. 273–292. DOI: [10.1007/s12592-021-00393-2](https://doi.org/10.1007/s12592-021-00393-2).
- **Kuttler, Wilhelm; Halbig, Guido und Oßenbrügge, Jürgen (2023):** Städte im Klimawandel. In: Brasseur, Guy P.; Jacob, Daniela und Schuck-Zöllner, Susanne (Hg.): *Klimawandel in Deutschland*. Berlin/Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, S. 275–287. DOI: [10.1007/978-3-662-66696-8_21](https://doi.org/10.1007/978-3-662-66696-8_21).
- **Lefebvre, Henri (1974):** *The production of space*. Blackwell.
- **Leitner, Helga; Sheppard, Eric und Sziarto, Kristin M. (2008):** The spatialities of contentious politics. *Transactions of the Institute of British Geographers* 33 (2), S. 157–172. DOI: [10.1111/j.1475-5661.2008.00293.x](https://doi.org/10.1111/j.1475-5661.2008.00293.x).
- **Lenton, Timothy M.; Rockström, Johan; Gaffney, Owen; Rahmstorf, Stefan; Richardson, Katherine; Steffen, Will und Schellnhuber, Hans Joachim (2019):** Climate tipping points — too risky to bet against. *Nature* 575, S. 592–595. DOI: [10.1038/d41586-019-03595-0](https://doi.org/10.1038/d41586-019-03595-0).

- **Lepinteur, Anthony; Menta, Giorgia und Waltl, Sofie R. (2025):** Equal price for equal place? Demand-driven racial discrimination in the housing market. *Regional Science and Urban Economics* 111, S. 104089. DOI: [10.1016/j.regsciurbeco.2025.104089](https://doi.org/10.1016/j.regsciurbeco.2025.104089).
- **Li, Bo (2023):** The realization of class-monopoly rents: Landlords' class power and its impact on tenants' housing experiences. *Journal of Urban Management* 12 (4), S. 360–374. DOI: [10.1016/j.jum.2023.08.002](https://doi.org/10.1016/j.jum.2023.08.002).
- **Liebau, Elisabeth; Humpert, Andreas und Schneiderheinze, Klaus (2018):** Wie gut funktioniert das Onomastik-Verfahren? Ein Test am Beispiel des SOEP-Datensatzes. *SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research* 976. Online verfügbar unter: https://ideas.repec.org/p/diw/diwsop/diw_sp976.html.
- **Liebig, Simon; Neßler, Miriam; Hanhörster, Heike und Zimmer-Hegmann, Ralf (2022):** Migration und Wohnen – ein kritischer Blick auf den Wohnungsmarkt. *ILS-TRENDS* 22 (3). Online verfügbar unter: <https://www.ils-forschung.de/files/publikationen/pdfs/ils-trends-3-22.pdf>.
- **Link, Bruce G. und Phelan, Jo (1995):** Social Conditions As Fundamental Causes of Disease. *Journal of Health and Social Behavior* 35, S. 80–94. DOI: [10.2307/2626958](https://doi.org/10.2307/2626958).
- **Lipsitz, George (2011):** How racism takes place. Philadelphia: Temple University Press.
- **Liu, Hengyi; Tong, Mingkun; Guo, Fuyu; Nie, Qiyue; Li, Jiwei; Li, Pengfei; Zhu, Tong und Xue, Tao (2022):** Deaths attributable to anomalous temperature: A generalizable metric for the health impact of global warming. *Environment International* 169, S. 107520. DOI: [10.1016/j.envint.2022.107520](https://doi.org/10.1016/j.envint.2022.107520).
- **Liu-Countryman, Joyce (2017):** The hard lessons of a model minority living in a racist world. In: Dunbar, Edward; Blanco, Amalio und Crèvecoeur-MacPhail, Desirée A. (Hg.): *The psychology of hate crimes as domestic terrorism: U.S. and global issues: Assessment issues with victims and offenders*. Santa Barbara, CA: Praeger/ABC-CLIO, S. 103–118.
- **Loch, Dietmar (2009):** 30 Jahre Politique de la Ville und kein Erfolg in Sicht? In: Ottersbach, Markus und Zitzmann, Thomas (Hg.): *Jugendliche im Abseits*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: [10.1007/978-3-531-91373-5_12](https://doi.org/10.1007/978-3-531-91373-5_12).
- **Lorrain, Dominique (2006):** La dérive des instruments. Les indicateurs de la politique de la ville et l'action publique. *Revue Française de Science Politique* 56 (3), S. 429–455.
- **Löwe, Bernd; Wahl, Inka; Rose, Matthias; Spitzer, Carsten; Glaesmer, Heide; Wingenfeld, Katja; Schneider, Antonius und Brähler, Elmar (2010):** A 4-item measure of depression and anxiety: Validation and standardization of the Patient Health Questionnaire-4 (PHQ-4) in the general population. *Journal of Affective Disorders* 122 (1–2), S. 86–95. DOI: [10.1016/j.jad.2009.06.019](https://doi.org/10.1016/j.jad.2009.06.019).
- **Mallinson, Geraldine (2019):** Australian Housing Crisis and Caravan Parks: The Social Cost of Housing Marginality. *The International Journal of Sustainability in Economic, Social, and Cultural Context* 15 (1), S. 1–10. DOI: [10.18848/2325-1115/CGP/v15i01/1-10](https://doi.org/10.18848/2325-1115/CGP/v15i01/1-10).
- **Marchart, Oliver (2013):** Die Prekarisierungsgesellschaft: prekäre Proteste Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. In: *Gesellschaft der Unterschiede*. Bielefeld: transcript.

- **Martiniello, Billie und Verhaeghe, Pieter-Paul (2023):** Different names, different discrimination? How perceptions of names can explain rental discrimination. *Frontiers in Sociology* 8. DOI: [10.3389/fsoc.2023.1125384](https://doi.org/10.3389/fsoc.2023.1125384).
- **Masselot, Pierre; Mistry, Malcolm; Vanoli, Jacopo; Schneider, Rochelle; lungman, Tamara; Garcia-Leon, David; Ciscar, Juan-Carlos; Feyen, Luc; Orru, Hans; Urban, Aleš; Breitner, Susanne; Huber, Veronika; Schneider, Alexandra; Samoli, Evangelia; Stafoggia, Massimo; de’Donato, Francesca; Rao, Shilpa; Armstrong, Ben; Nieuwenhuijsen, Mark; Vicedo-Cabrera, Ana Maria; Gasparrini, Antonio; Achilleos, Souzana; Kyselý, Jan; Indermitte, Ene; Jaakkola, Jouni J.K.; Rytí, Niilo; Pascal, Mathilde; Katsouyanni, Klea; Analitis, Antonis; Goodman, Patrick; Zeka, Ariana; Michelozzi, Paola; Houthuijs, Danny; Ameling, Caroline; Rao, Shilpa; Das Neves Pereira Da Silva, Susana; Madureira, Joana; Holobaca, Iulian-Horia; Tobias, Aurelio; Iñiguez, Carmen; Forsberg, Bertil; Åström, Christofer; Ragetti, Martina S.; Analitis, Antonis; Katsouyanni, Klea; Surname, First Name; Zafeiratou, Sofia; Vazquez Fernandez, Liliana; Monteiro, Ana; Rai, Masna; Zhang, Siqi und Aunan, Kristin (2023):** Excess mortality attributed to heat and cold: a health impact assessment study in 854 cities in Europe. *The Lancet Planetary Health* 7 (4), S. e271–e281. DOI: [10.1016/S2542-5196\(23\)00023-2](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(23)00023-2).
- **Massumi, Mona (2019):** Migration im Schulalter: Systemische Effekte der deutschen Schule und Bewältigungsprozesse migrierter Jugendlicher. In: *Interkulturelle Pädagogik und postkoloniale Theorie*. Berlin: Peter Lang.
- **Mazziotta, Agostino; Zerr, Michael und Rohmann, Anette (2015):** The Effects of Multiple Stigmas on Discrimination in the German Housing Market. *Social Psychology* 46 (6), S. 325–334. DOI: [10.1027/1864-9335/a000249](https://doi.org/10.1027/1864-9335/a000249).
- **McKenzie, Brian S. (2013):** Neighborhood Access to Transit by Race, Ethnicity, and Poverty in Portland, OR. *City & Community* 12 (2), S. 134–155. DOI: [10.1111/cico.12022](https://doi.org/10.1111/cico.12022).
- **Mecheril, Paul (2021):** Begehren, Familienähnlichkeiten, postpositivistische Analyse - von Rassismusforschung zu rassismuskritischer Forschung. In: Cyrus, Norbert; Supik, Linda und Tsianos, Vassilis (Hg.): *Rassismus als Praxis der langen Dauer - Welche Rassismusforschung braucht Deutschland – und wozu? Rat für Migration Debatte 2021*.
- **Mecheril, Paul und Melter, Claus (2011):** Rassismustheorie und -forschung in Deutschland. Kontur eines wissenschaftlichen Feldes. In: Melter, Claus und Mecheril, Paul (Hg.): *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 13–22.
- **Mertes, Hanna; Böse-O’Reilly, Stephan und Schoierer, Julia (2020):** Umweltgerechtigkeit im Handlungsfeld Klimawandel, Hitze und Gesundheit. Umweltbundesamt. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid-01-20-umweltgerechtigkeit-klimawandel-hitze-gesundheit_0.pdf.
- **Meyer-Ehlers, G. (1971):** Raumprogramme und Bewohnererfahrungen. Stuttgart.

- **Michelsen, Claus; Rosenschon, Sebastian und Schulz, Christian (2013):** Real estate companies' size and the production of energy-efficient housing services: Evidence from Germany's apartment housing market. Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2013: Wettbewerbspolitik und Regulierung in einer globalen Wirtschaftsordnung - Session: Housing. Kiel/Hamburg: ZBW - Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft. Online verfügbar unter: <https://hdl.handle.net/10419/79689>.
- **Mielck, Andreas (2004):** Unterschiede bei Lärmbelastung und Luftverschmutzung nach dem Haushaltseinkommen. In: Bolte, Gabriele und Mielck, Andreas (Hg.): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen. Weinheim/München: Juventa, S. 139–153.
- **Missinne, Sarah und Bracke, Piet (2012):** Depressive symptoms among immigrants and ethnic minorities: a population based study in 23 European countries. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology* 47 (1), S. 97–109. DOI: [10.1007/s00127-010-0321-0](https://doi.org/10.1007/s00127-010-0321-0).
- **Mitchell, Bruce C. und Chakraborty, Jayajit (2018):** Thermal inequity. In: Jafry, Tahseen; Mikulewicz, Michael und Helwig, Karin (Hg.): *Routledge Handbook of Climate Justice*. Routledge, S. 330–346. DOI: [10.4324/9781315537689-25](https://doi.org/10.4324/9781315537689-25).
- **Moos, Nicolai; Juergens, Carsten und Redecker, Andreas P. (2022):** Combined Small- and Large-Scale Geo-Spatial Analysis of the Ruhr Area for an Environmental Justice Assessment. *Sustainability* 14 (6), S. 1–17. DOI: [10.3390/su14063447](https://doi.org/10.3390/su14063447).
- **Mridha, Mozammel (2023):** Looking through the Models: A Critical Review of Residential Satisfaction. *Buildings* 13 (5), S. 1183. DOI: [10.3390/buildings13051183](https://doi.org/10.3390/buildings13051183).
- **Müller, Annekathrin (2015):** Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Strategien zum Nachweis rassistischer Benachteiligungen. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Online verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise_diskriminierung_auf_dem_wohnungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=6.
- **Nachtwey, Oliver (2016):** Die Abstiegs-gesellschaft: über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. In: Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp.
- **Nandi, Alita und Luthra, Renee Reichl (2021):** The EU Referendum and Experiences and Fear of Ethnic and Racial Harassment: Variation Across Individuals and Communities in England. *Frontiers in Sociology* 6, S. 1–15. DOI: [10.3389/fsoc.2021.660286](https://doi.org/10.3389/fsoc.2021.660286).
- **Naumann, Matthias (2023):** Mobilitätsarmut – ein Thema für die bundesdeutsche Raumentwicklung? *Standort* 48, S. 227–232. DOI: [10.1007/s00548-023-00888-5](https://doi.org/10.1007/s00548-023-00888-5).
- **Neupert, Paul (2017):** Statistikbericht 2017. Zur Lebenssituation von Menschen in den Einrichtungen und Diensten der Hilfen in Wohnungsnotfällen in Deutschland. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.
- **Ngo, Bic und Lee, Stacey J. (2007):** Complicating the Image of Model Minority Success: A Review of Southeast Asian American Education. *Review of Educational Research* 77 (4), S. 415–453. DOI: [10.3102/0034654307309918](https://doi.org/10.3102/0034654307309918).
- **Noll, Heinz-Herbert und Weick, Stefan (2009):** Wohnen in Deutschland: Teuer, komfortabel und meist zur Miete; Analysen zur Wohnsituation und Wohnqualität im europäischen Vergleich. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 41, S. 1–7. DOI: [10.15464/isi.41.2009.1-7](https://doi.org/10.15464/isi.41.2009.1-7).

- **Nuissl, Henning und Hillmann, Felicitas (2024):** Migrantische Ökonomie als Integrationsversprechen. In: Gesemann, Frank; Filsinger, Dieter und Münch, Sybille (Hg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1–22. DOI: [10.1007/978-3-658-43195-2_33-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-43195-2_33-1).
- **Nuissl, Henning und Schmiz, Antonie (2013):** Migration als Potenzial der kommunalen Entwicklung – Lokale Ansätze zur Unterstützung von ökonomischen Akteuren mit Migrationshintergrund. Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 71 (3). DOI: [10.1007/s13147-013-0226-y](https://doi.org/10.1007/s13147-013-0226-y).
- **Nunez, Yanelli; Benavides, Jaime; Shearston, Jenni A.; Krieger, Elena M.; Daouda, Misbath; Henneman, Lucas R. F.; McDuffie, Erin E.; Goldsmith, Jeff; Casey, Joan A. und Kioumourtoglou, Marianthi-Anna (2024):** An environmental justice analysis of air pollution emissions in the United States from 1970 to 2010. Nature Communications 15 (1), S. 268. DOI: [10.1038/s41467-023-43492-9](https://doi.org/10.1038/s41467-023-43492-9).
- **Oberst, Christian; Sagner, Pekka und Voigtländer, Michael (2025):** Private Vermieter in Deutschland. Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
- **Öblom, Annamaria und Antfolk, Jan (2017):** Ethnic and gender discrimination in the private rental housing market in Finland: A field experiment. PLoS ONE 12 (8), S. e0183344. DOI: [10.1371/journal.pone.0183344](https://doi.org/10.1371/journal.pone.0183344).
- **OECD (2021):** Brick by Brick: Building Better Housing Policies. OECD. DOI: [10.1787/b453b043-en](https://doi.org/10.1787/b453b043-en).
- **Ohlmeyer, Kristina; Schaefer, Mathias; Kirstein, Madeleine; Gruehn, Dietwald und Greiving, Stefan (2022):** Introducing environmental-justice analysis into urban planning practices in the city of Bottrop, Germany. Town Planning Review 93 (2), S. 187–210. DOI: [10.3828/tpr.2021.20](https://doi.org/10.3828/tpr.2021.20).
- **Osypuk, Theresa L. und Acevedo-Garcia, Dolores (2010):** Beyond individual neighborhoods: A geography of opportunity perspective for understanding racial/ethnic health disparities. Health & Place 16 (6), S. 1113–1123. DOI: [10.1016/j.healthplace.2010.07.002](https://doi.org/10.1016/j.healthplace.2010.07.002).
- **Özcan, Veysel und Seifert, Wolfgang (2004):** Lebenslage älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Gutachten für den 5. Altenbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Zentrums für Altersfragen. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- **Pager, Devah und Shepherd, Hana (2008):** The Sociology of Discrimination: Racial Discrimination in Employment, Housing, Credit, and Consumer Markets. Annual Review of Sociology 34 (1), S. 181–209. DOI: [10.1146/annurev.soc.33.040406.131740](https://doi.org/10.1146/annurev.soc.33.040406.131740).
- **Pain, Rachel (2001):** Gender, Race, Age and Fear in the City. Urban Studies 38 (5–6), S. 899–913. DOI: [10.1080/00420980120046590](https://doi.org/10.1080/00420980120046590).
- **Pandey, Bhartendu; Brelsford, Christa und Seto, Karen C. (2022):** Infrastructure inequality is a characteristic of urbanization. Proceedings of the National Academy of Sciences 119 (15), S. 1–8. DOI: [10.1073/pnas.2119890119](https://doi.org/10.1073/pnas.2119890119).
- **Paradies, Yin; Ben, Jehonathan; Denson, Nida; Elias, Amanuel; Priest, Naomi; Pieterse, Alex; Gupta, Arpana; Kelaher, Margaret und Gee, Gilbert (2015):** Racism as a determinant of health: A systematic review and meta-analysis. PLoS ONE 10 (9). DOI: [10.1371/journal.pone.0138511](https://doi.org/10.1371/journal.pone.0138511).

- **Pestel Institut gGmbH (2023):** Soziales Wohnen – Bauen und Wohnen in der Krise. Aktuelle Entwicklungen und Rückwirkungen auf Wohnungsbau und Wohnungsmärkte. Hannover/Kiel. Online verfügbar unter: <https://www.mieterbund.de/app/uploads/fileadmin/public/Studien/Studie - Bauen und Wohnen in der Krise.pdf>.
- **Pfeffer-Hoffmann, Christian (Hg.) (2019):** Prekär in Berlin: Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarktintegration und Wohnungsnotfällen bei EU-Zugewanderten. In: Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung. Berlin: Mensch & Buch Verlag.
- **Phelps, Edmund S. (1972):** The Statistical Theory of Racism and Sexism. The American Economic Review 62 (4).
- **Pilz, Madlen; Keskinkılıç, Leoni und Bernt, Matthias (2023):** Kommunales Handlungsfeld Integration: Verbundprojekt „Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ (StadtumMig). In: StadtumMig Working Paper. Online verfügbar unter: https://stadtummig.de/wp-content/uploads/2023/07/WP4.2.-StadtumMig_21_06_23.pdf.
- **Pfündel, Katrin; Stichs, Anja und Tanis, Kerstin (2021):** Muslimisches Leben in Deutschland 2020 - Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Forschungsbericht 38 des Forschungszentrums des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Online verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb38-muslimisches-leben.pdf?__blob=publicationFile&v=12.
- **Plüschke-Altof, Bianka und Sooväli-Sepping, Helen (2022):** Contested Urban Green Spaces and Environmental Justice in Northern Europe. In: Plüschke-Altof, Bianka und Sooväli-Sepping, Helen (Hg.): Whose Green City? Sustainable Development Goals Series. Cham: Springer. Online verfügbar unter: [10.1007/978-3-031-04636-0_1](https://doi.org/10.1007/978-3-031-04636-0_1).
- **Pope, C. Arden und Dockery, Douglas W. (2006):** Health Effects of Fine Particulate Air Pollution: Lines that Connect. Journal of the Air & Waste Management Association 56 (6), S. 709–742. DOI: [10.1080/10473289.2006.10464485](https://doi.org/10.1080/10473289.2006.10464485).
- **Pott, Andreas und Tsianos, Vassilis (2014):** Verhandlungszonen des Lokalen. Potentiale der Regimeperspektive für die Erforschung der städtischen Migrationsgesellschaft. In: Vogelpohl, Anne und Oßenbrügge, Jürgen (Hg.): Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 116–135.
- **Preisendörfer, Peter (2014):** Umweltgerechtigkeit: Von Sozial-Räumlicher Ungleichheit Hin Zu Postulierter Ungerechtigkeit Lokaler Umweltbelastungen. Soziale Welt 65 (1), S. 25–45.
- **Preisendörfer, Peter; Bruderer Enzler, Heidi; Diekmann, Andreas; Hartmann, Jörg; Kurz, Karin und Liebe, Ulf (2022):** Pathways to Environmental Inequality: How Urban Traffic Noise Annoyance Varies across Socioeconomic Subgroups. International Journal of Environmental Research and Public Health 19 (22), S. 1–18. DOI: [10.3390/ijerph192214984](https://doi.org/10.3390/ijerph192214984).
- **Raddatz, Liv und Mennis, Jeremy (2013):** Environmental Justice in Hamburg, Germany. The Professional Geographer 65 (3), S. 495–511. DOI: [10.1080/00330124.2012.700500](https://doi.org/10.1080/00330124.2012.700500).

- **Rehling, Julia; Bunge, Christian; Waldhauer, Julia und Conrad, André (2021):** Socioeconomic Differences in Walking Time of Children and Adolescents to Public Green Spaces in Urban Areas - Results of the German Environmental Survey (2014–2017). *International Journal of Environmental Research and Public Health* 18 (5). DOI: [10.3390/ijerph18052326](https://doi.org/10.3390/ijerph18052326).
- **Reichle, Leon Rosa und Kuschinski, Eva (2020):** Why housing is a feminist issue, oder warum die Wohnungsfrage feministisch zu stellen ist. *Feministisches Geo-RundMail*. Themenheft: Feministische politische Ökonomie 81, S. 33–36.
- **Reimann, Bettina (2018):** Wohnsituation und Wohneigentumserwerb von Migrantinnen und Migranten. In: Gesemann, Frank und Roth, Roland (Hg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 549–563. DOI: [10.1007/978-3-658-13409-9_24](https://doi.org/10.1007/978-3-658-13409-9_24).
- **Rietdorf, Werner und Liebmann, Heike (1998):** Raumrelevante Probleme der Entwicklung von Großwohnsiedlungen in den neuen Bundesländern. *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 56 (2–3). DOI: [10.1007/BF03183444](https://doi.org/10.1007/BF03183444).
- **Rink, Dieter und Egner, Björn (Hg.) (2020):** Lokale Wohnungspolitik. In: *Lokale Politik | Local Politics*. Baden-Baden: Nomos. Online verfügbar unter: <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748908289.pdf>.
- **Robert Koch-Institut (RKI) (2025):** Epidemiologisches Bulletin. Hitzebedingte Mortalität in Deutschland 2023 und 2024. Online verfügbar unter: https://www.rki.de/DE/Aktuelles/Publikationen/Epidemiologisches-Bulletin/2025/19_25.pdf?blob=publicationFile&v=4#.
- **Robertson, Lucy; Little, Simon und Craigforth, Sheenagh (2014):** Qualitative research to explore the implications for private rented sector tenants and landlords of longer term and more secure tenancy options. *Scottish Government Social Research*, S. 1–56.
- **Robutti, Roberto (2024):** Comparison of the Living Conditions of the Immigrant Population in Major European Countries. *Societies* 14 (9), S. 179–2060, DOI: [10.3390/soc14090179](https://doi.org/10.3390/soc14090179).
- **Rocha, Alby Duarte; Vulova, Stenka; Förster, Michael; Gioli, Beniamino; Matthews, Bradley; Helfter, Carole; Meier, Fred; Steeneveld, Gert-Jan; Barlow, Janet F.; Järvi, Leena; Chrysoulakis, Nektarios; Nicolini, Giacomo und Kleinschmit, Birgit (2024):** Unprivileged groups are less served by green cooling services in major European urban areas. *Nature Cities* 1 (6), S. 424–435. DOI: [10.1038/s44284-024-00077-x](https://doi.org/10.1038/s44284-024-00077-x).
- **Rockström, Johan; Steffen, Will; Noone, Kevin und Persson, Asa (2009):** A safe operating space for humanity. *Nature* 461, S. 472–475. DOI: [10.1038/461472a](https://doi.org/10.1038/461472a).
- **Roggemann, Hanne; Damar-Blanken, Duygu; Riechert, Anne; Lenze, Jana; Größl, Ingrid und Peters, Sally (2024):** Mehr Teilhabe am Kreditmarkt ermöglichen. Wie kann die Schufa dazu beitragen? Hamburg: institut für finanzdienstleistungen e. V. (iff). Online verfügbar unter: https://www.iff-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/10/Bericht_iff_2024_Finanzielle_Teilhabe.pdf.
- **Rokem, Jonathan und Vaughan, Laura (2018):** Segregation, mobility and encounters in Jerusalem: The role of public transport infrastructure in connecting the ‘divided city’. *Urban Studies* 55 (15), S. 3454–3473. DOI: [10.1177/0042098017691465](https://doi.org/10.1177/0042098017691465).

- **Rolfe, Steve; McKee, Kim; Feather, Julie; Simcock, Tom und Hoolachan, Jennifer (2023):** The role of private landlords in making a rented house a home. *International Journal of Housing Policy* 23 (1), S. 113–137. DOI: [10.1080/19491247.2021.2019882](https://doi.org/10.1080/19491247.2021.2019882).
- **Rommelspacher, Birgit (2009):** Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus und Mecheril, Paul (Hg.): *Rassismuskritik 1. Rassismustheorie und -forschung. Politik und Bildung* 47. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 25-380.
- **Rosen, Eva; Garboden, Philip M. E. und Cossyleon, Jennifer E. (2021):** Racial Discrimination in Housing: How Landlords Use Algorithms and Home Visits to Screen Tenants. *American Sociological Review* 86 (5), S. 787–822. DOI: [10.1177/00031224211029618](https://doi.org/10.1177/00031224211029618).
- **Rousi, Efi; Kornhuber, Kai; Beobide-Arsuaga, Goratz; Luo, Fei und Coumou, Dim (2022):** Accelerated western European heatwave trends linked to more-persistent double jets over Eurasia. *Nature Communications* 13 (1), S. 3851. DOI: [10.1038/s41467-022-31432-y](https://doi.org/10.1038/s41467-022-31432-y).
- **Roy, Ananya (2005):** Urban Informality: Toward an Epistemology of Planning. *Journal of the American Planning Association* 71 (2), S. 147–158. DOI: [10.1080/01944360508976689](https://doi.org/10.1080/01944360508976689).
- **Rugg, Julie und Rhodes, David (2008):** The private rented sector: Its contribution and potential. University of Yorck, S. 1–177.
- **Ruhne, Renate (2020):** B.11 Urbane ‚Angsträume‘ – Die Stadt als ein vergeschlechtlichtes Bedrohungsszenario. In: Breckner, Ingrid; Göschel, Albrecht und Matthiesen, Ulf (Hg.): *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 429–440. DOI: [10.5771/9783845276779-429](https://doi.org/10.5771/9783845276779-429).
- **Ruland, Michael; Link, Sebastian; Malina, Aneta und Fahrenholz, Moritz (2023):** Methodenbericht. Aufbau eines Online-Access-Panels und Erstbefragung im Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa). Bonn: infas. Online verfügbar unter: https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/Rassismus_Symptome/Infas_Methodenbericht_Fragebogen.pdf.
- **Rutt, Rebecca (2016):** Green justice in the city: A new agenda for urban green space research in Europe. *Urban Forestry & Urban Greening* 19, S. 123–127. DOI: [10.1016/j.ufug.2016.07.004](https://doi.org/10.1016/j.ufug.2016.07.004).
- **Rüttenauer, Tobias (2018):** Neighbours matter: A nation-wide small-area assessment of environmental inequality in Germany. *Social Science Research* 70, S. 198–211. DOI: [10.1016/j.ssresearch.2017.11.009](https://doi.org/10.1016/j.ssresearch.2017.11.009).
- **Rüttenauer, Tobias (2019):** Bringing urban space back in: A multilevel analysis of environmental inequality in Germany. *Urban Studies* 56 (12), S. 2549–2567. DOI: [10.1177/0042098018795786](https://doi.org/10.1177/0042098018795786).
- **Rüttenauer, Tobias; Bader, Felix; Ehler, Ingmar und Best, Henning (2025):** Breathing unequal air: environmental disadvantage and residential sorting of immigrant minorities in England and Germany. *Social Forces*, S. 1–20. DOI: [10.1093/sf/soaf032](https://doi.org/10.1093/sf/soaf032).

- **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2024):** Kapitel 4: Demografischer Wandel: Herausforderungen für den Wohnungsmarkt. In: Jahresgutachten 2024/2025. Wiesbaden: Sachverständigenrat. Online verfügbar unter: https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202425/JG202425_Kapitel_4.pdf.
- **Sagner, Pekka und Voigtländer, Michael (2023):** Mismatch im Wohnungsmarkt. Institut der deutschen Wirtschaft (IW), S. 1–3. Online verfügbar unter: <https://www.iwkoeln.de/studien/pekka-sagner-michael-voigtlaender-mismatch-im-wohnungsmarkt.html>.
- **Salentin, Kurt (2014):** Sampling the Ethnic Minority Population in Germany. The Background to “Migration Background. methods, data, analyses 8 (1), S. 25–52. DOI: [10.12758/MDA.2014.002](https://doi.org/10.12758/MDA.2014.002).
- **Salikutluk, Zerrin; Giesecke, Johannes und Kroh, Martin (2020):** The Situation of Female Immigrants on the German Labour Market: A Multi-Perspective Approach. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 1072. Online verfügbar unter: <https://hdl.handle.net/10419/214797>.
- **Salikutluk, Zerrin und Podkowik, Klara (2024):** Grenzen der Gleichheit: Rassismus und Armutsgefährdung. In: NaDiRa-Kurzbericht. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter: https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/Publikationen/Rassismus_und_Armutsgef%C3%A4hrdung/NaDiRa_Kurzbericht_01_RZ_240503.pdf.
- **Sampson, Robert J. (2004):** Neighbourhood and Community. *New Economy* 11 (2), S. 106–113. DOI: [10.1111/j.1468-0041.2004.00346.x](https://doi.org/10.1111/j.1468-0041.2004.00346.x).
- **Sampson, Robert J. (2012):** Great American city: Chicago and the enduring neighborhood effect. Chicago: University of Chicago press.
- **Sampson, Robert J. (2008):** Moving to Inequality: Neighborhood Effects and Experiments Meet Social Structure. *American Journal of Sociology* 114 (1), S. 189–231. DOI: [10.1086/589843](https://doi.org/10.1086/589843).
- **Sander, Lalon; Achternbosch, Yannik; Morini, Francesca; Hartmann, Johanna und Eschenbacher, Anna (2025):** Hitzefrei für Reiche. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Klimagerechtigkeit-in-Berlin!/6093956/>.
- **Sawert, Tim (2019):** Understanding the mechanisms of ethnic discrimination: a field experiment on discrimination against Turks, Syrians and Americans in the Berlin shared housing market. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 46 (19), S. 3937–3954. DOI: [10.1080/1369183x.2019.1577727](https://doi.org/10.1080/1369183x.2019.1577727).
- **Schabram, Greta; Dr. Pieper, Jonas; Dr. Aust, Andreas; Kipping, Katja und Dr. Rock, Joachim (2024):** Wohnen macht arm: Die Berücksichtigung von Wohnkosten macht ein bislang unsichtbares Ausmaß an Armut sichtbar. Kurzepertise. Der Paritätische. Online verfügbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Wohnen/doc/Kurzepertise_Wohnarmut_24_12_13.pdf.
- **Scherschel, Karin (2006):** Rassismus als flexible symbolische Ressource: Eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren. In: Kultur und soziale Praxis. Bielefeld: transcript Verlag. DOI: [10.14361/978383839402900](https://doi.org/10.14361/978383839402900).

- **Schlosberg, D. und Collins, L.B. (2014):** From Environmental to Climate Justice: Climate Change and the Discourse of Environmental Justice: Climate Change and the Discourse of Environmental Justice. Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change 5, S. 359–374. DOI: [10.1002/wcc.275](https://doi.org/10.1002/wcc.275).
- **Schneider, Alexandra; Cyrus, Josef; Breitner, Susanne; Kraus, Ute; Peters, Annette; Diegmann, Volker und Neunhäuserer, Lina (2017):** Quantifizierung von umweltbedingten Krankheitslasten aufgrund der Stickstoffdioxid-Exposition in Deutschland. München/Freiburg: Umweltbundesamt (UBA). Online verfügbar unter: https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_3715_61_201_stickstoffoxid-exposition_d_bf.pdf.
- **Schönwälder, Karen und Söhn, Janina (2007):** Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Online verfügbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-111211>.
- **Schumacher, Katja und Cludius, Johanna (2020):** Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut in Deutschland. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/roadmap-2045-ag-systemfragen-strategien-und-ma%C3%9Fnahmen-zur-bekaempfung-der-energiearmut-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=1.
- **Schwietering, Caspar (2025):** Neubau von Sozialwohnungen: Bundesregierung verfehlt eigene Ziele erneut deutlich. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/neubau-von-sozialwohnungen-bundesregierung-verfehlt-eigene-ziele-erneut-deutlich-13349989.html>.
- **Seabra, Daniel; Gato, Jorge; Petrocchi, Nicola; Carreiras, Diogo; Azevedo, Julieta; Martins, Luís und Salvador, Maria Do Céu (2024):** Everyday Discrimination Scale: Dimensionality in a Portuguese community sample and specific versions for sexual and gender minority. *Current Psychology* 43 (12), S. 10850–10861. DOI: [10.1007/s12144-023-05195-8](https://doi.org/10.1007/s12144-023-05195-8).
- **Shelter (2016):** Living Home Standard. Shelter, S. 1–44. Online verfügbar unter: https://assets.ctfassets.net/6sxvmndnnp0s/5KR1ksNEZBqZ1M5UBjychd/7ddcdc92fd4d09b054abfebbf781ad54/FINAL_Living_home_standard_report.pdf.
- **Skifter, Hans Anderse (2019):** Ethnic Spatial Segregation in European Cities. Abingdon/ New York: Routledge.
- **Smith, Mary; Albanese, Francesca und Truder, Jenna (2014):** A Roof Over My Head: The final report of the Sustain project. Sustain: A longitudinal study of housing outcomes and wellbeing in private rented accommodation, S. 1–49.
- **Soaita, Adriana Mihaela und McKee, Kim (2019):** Assembling a ‘kind of’ home in the UK private renting sector. *Geoforum* 103, S. 148–157. DOI: [10.1016/j.geoforum.2019.04.018](https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2019.04.018).
- **Sozialbericht (2024):** Sozialbericht. In: Zeitbilder. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Sozialbericht_2024_bf_k2.pdf.

- **Springler, Elisabeth (2010):** Finanzkrise und die steigende finanzielle Belastungen der Haushalte durch Wohnkosten. Kurswechsel 1, S. 67–75.
- **StadtumMig-Projektteam (2023):** Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier. DOI: [10.18452/25294](https://doi.org/10.18452/25294).
- **StadtumMig-Projektteam (2025):** Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier: Herausforderungen und Perspektiven für ostdeutsche Großwohnsiedlungen, Teil II. DOI: [10.18452/30875](https://doi.org/10.18452/30875).
- **Statistisches Bundesamt (2017):** Deutliche Unterschiede in der Wohnsituation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2017/01/PD17_009_122.html.
- **Statistisches Bundesamt (2022a):** Mieten, Mietbelastung, Haushaltsgröße und Haushaltsnettoeinkommen. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/tabelle-wo6-mieten-haushaltsnettoeinkommen.html>.
- **Statistisches Bundesamt (2022b):** Wohnkosten: 10,7 % der Bevölkerung galten 2021 als überbelastet. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_N054_61.html.
- **Statistisches Bundesamt (2023a):** Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationsstatus und durchschnittlicher Wohnfläche nach Art der Nutzung. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/bevoelkerung-migstatus-typ-wohnflaeche.html>.
- **Statistisches Bundesamt (2023b):** Haushalte wendeten 2022 durchschnittlich 27,8 % ihres Einkommens für die Miete auf. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_129_12_63.html.
- **Statistisches Bundesamt (2024a):** 80 % mehr Wohngeldhaushalte im Jahr 2023. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/09/PD24_373_22311.html.
- **Statistisches Bundesamt (2024b):** Armutsgefährdungsquote nach Migrationshintergrund und ausgewählten Merkmalen. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-armutsgefahrdung.html>.
- **Statistisches Bundesamt (2024c):** Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund und Bundesländern. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-laender.html>.
- **Statistisches Bundesamt (2025):** Deutschland ist Mieterland Nr. 1 in der EU. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Soziales-Lebensbedingungen/Mieteranteil.html>.
- **Stefanizzi, Sonia und Verdolini, Valeria (2019):** Bordered communities: the perception of insecurity in five European cities. Quality & Quantity 53 (3), S. 1165–1186. DOI: [10.1007/s11135-018-0810-x](https://doi.org/10.1007/s11135-018-0810-x).

- **Stichs, Anja und Pfündel, Katrin (2023):** Diskriminierungserfahrungen von Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern. Wahrnehmungen in Bezug auf Alltagssituationen, die Benotung in der Schule, die Arbeits- und die Wohnungssuche. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Online verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb48-muslimisches-leben2020-diskriminierung.pdf?__blob=publicationFile&v=10.
- **Stiel, Caroline; Duso, Tomaso und Kholodilin, Konstantin A. (2024):** Mehrheit mit Wohnsituation zufrieden, aber beengte Wohnverhältnisse für Familien. In: DIW Wochenbericht. DIW, S. 635–643. Online verfügbar unter: http://www.diw.de/de/diw_01.c.916098.de/publikationen/wochenberichte/2024_41_3/mehrheit_mit_wohnsituation_zufrieden_aber_beengte_wohnverhaeltnisse_fuer_familien.html.
- **Stiglich, Matteo und Vásquez, María Luisa (2021):** Governance structures and the unequal provision of services in metropolitan Lima. In: Metropolitan Governance in Latin America. London: Routledge, S. 71–94. DOI: [10.4324/9781003105541-6](https://doi.org/10.4324/9781003105541-6).
- **Suda, Kimiko und Köhler, Jonas (2024):** Antiasiatischer Rassismus in Zeiten der Pandemie. Hintergründe, Kontexte und empirische Ergebnisse. In: NaDiRa-Fokusbericht. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
- **Sue, Derald Wing; Capodilupo, Christina M.; Torino, Gina C.; Bucceri, Jennifer M.; Holder, Aisha M. B.; Nadal, Kevin L. und Esquilin, Marta (2007):** Racial microaggressions in everyday life: Implications for clinical practice. *American Psychologist* 62 (4), S. 271–286. DOI: [10.1037/0003-066X.62.4.271](https://doi.org/10.1037/0003-066X.62.4.271).
- **Tajfel, Henri (Hg.) (1978):** Differentiation Between Social Groups. *Studies in the Social Psychology of Intergroup Relations*. London: Academic Press.
- **Tajfel, Henri und Turner, John C. (1979):** An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: Austin, William G. und Worchel, Stephen (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey, CA: Brooks / Cole.
- **Teebken, Julia (2024):** Opportunities and limitations for social justice in Germany's climate adaptation policy. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 34, S. 231–253. DOI: [10.1007/s41358-024-00382-w](https://doi.org/10.1007/s41358-024-00382-w).
- **Terkessidis, Mark (2003):** Wir selbst sind die Anderen. In: Butterwegge, Christoph und Hentges, Gudrun (Hg.): *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 231–252. DOI: [10.1007/978-3-322-97601-7_13](https://doi.org/10.1007/978-3-322-97601-7_13).
- **Terkessidis, Mark (2018):** Harte Verhandlungen. Über die Wertepluralität in einer Gesellschaft der Vielheit. In: Rodenstock, Randolf und Sevsay-Tegethoff, Nese (Hg.): *Werte – und was sie uns wert sind. Eine interdisziplinäre Anthologie*.
- **Thomsen, Stephan L.; Vogt, Daniel und Brausewetter, Lars (2019):** Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik in Deutschland: Situation und Optionen. *Hannover Economic Papers (HEP)* 658. Online verfügbar unter: <https://ideas.repec.org//p/han/dpaper/dp-658.html>.
- **Tonne, Cathryn; Milà, Carles; Fecht, Daniela; Alvarez, Mar; Gulliver, John; Smith, James; Beevers, Sean; Ross Anderson, H. und Kelly, Frank (2018):** Socioeconomic and ethnic inequalities in exposure to air and noise pollution in London. *Environment International* 115, S. 170–179. DOI: [10.1016/j.envint.2018.03.023](https://doi.org/10.1016/j.envint.2018.03.023).

- **Trounstine, Jessica (2016):** Segregation and Inequality in Public Goods. *American Journal of Political Science* 60 (3), S. 709–725. DOI: [10.1111/ajps.12227](https://doi.org/10.1111/ajps.12227).
- **Trounstine, Jessica (2018):** Segregation by Design: Local Politics and Inequality in American Cities. Cambridge University Press. DOI: [10.1017/9781108555722](https://doi.org/10.1017/9781108555722).
- **Umweltbundesamt (UBA) (2024):** Belastung durch Stickstoffdioxid. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/luft/stickstoffdioxid-belastung#belastung-durch-stickstoffdioxid>.
- **UN-Habitat (2024):** Annual Report 2023: Local action in a time of crises. Online verfügbar unter: <https://unhabitat.org/annual-report-2023>.
- **Universität Konstanz (2022):** Wie Erbe Wohneigentum bestimmt: Ungleichheit in Stein und Beton. Online verfügbar unter: <https://www.uni-konstanz.de/centre-for-human-data-society/news-and-events/news/news-detail/wie-erbe-wohneigentum-bestimmt-ungleichheit-in-stein-und-beton/>.
- **Van Der Bracht, Koen; Coenen, Ad und Van De Putte, Bart (2015):** The Not-in-My-Property Syndrome: The Occurrence of Ethnic Discrimination in the Rental Housing Market in Belgium. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41 (1), S. 158–175. DOI: [10.1080/1369183x.2014.913476](https://doi.org/10.1080/1369183x.2014.913476).
- **Van Kempen, Ronald und Wissink, Bart (2014):** Between places and flows: towards a new agenda for neighbourhood research in an age of mobility. *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 96 (2), S. 95–108. DOI: [10.1111/geob.12039](https://doi.org/10.1111/geob.12039).
- **Veit, Susanne (2020):** Feldexperimentelle Forschung zu ethnischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. In: Genkova, Petia; Ringeisen, Tobias und Leong, Frederick T.L. (Hg.): *Handbuch Stress und Kultur*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–22. DOI: [10.1007/978-3-658-27825-0_25-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-27825-0_25-1).
- **Velimsky, Jan; Faden-Kuhne, Kristina und Anders, Carsten (2025):** Wie Armut Wohnqualität und Wohnumgebung beeinflusst. In: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, S. 11–17.
- **Verband der Privaten Bausparkassen e.V. (2025):** Integration durch Wohnen: „Wie lebt die Generation Migration?“ Wohnsituation, Wohnzufriedenheit und Wohnwünsche. Institut für Zukunftspolitik. Online verfügbar unter: https://www.bausparkassen.de/wp-content/uploads/2025/05/Trendstudie-Generation_Migration-Mai-2025.pdf.
- **Vobecká, Jana; Kostelecký, Tomáš und Lux, Martin (2014):** Rental Housing for Young Households in the Czech Republic: Perceptions, Priorities, and Possible Solutions. *Czech Sociological Review* 50 (3), S. 365–390.
- **Voigtländer, Michael (2018):** Digitalisierung und Immobilienvermittlung: Hat der Makler noch eine Zukunft? In: Gadatsch, Andreas; Ihne, Hartmut; Monhemius, Jürgen und Schreiber, Dirk (Hg.): *Nachhaltiges Wirtschaften im digitalen Zeitalter*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 197–205. DOI: [10.1007/978-3-658-20174-6_14](https://doi.org/10.1007/978-3-658-20174-6_14).
- **Voigtländer, Michael und Sagner, Pekka (2019):** Mieten, Modernisierung und Mieterstruktur - Vermietergruppen in Großstädten im Vergleich: Eine Analyse auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Online verfügbar unter: <https://hdl.handle.net/10419/195185>.
- **von Beyme, Klaus (2001):** Wohnungsbaupolitik nach der Wiedervereinigung. Online verfügbar unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-09926-0_9.

- **Wacquant, Loïc J.D. (2001):** Logiken urbaner Polarisierung: Der Blick „von unten“. *Berliner Journal für Soziologie* 4, S. 479–489.
- **Wacquant, Loïc J.D. (2007):** Territorial Stigmatization in the Age of Advanced Marginality. *Thesis Eleven* 91 (1), S. 66–77. DOI: [10.1177/0725513607082003](https://doi.org/10.1177/0725513607082003).
- **Walsh, Emily (2019):** “Family-friendly” tenancies in the private rented sector. *Journal of Property, Planning and Environmental Law* 11 (3), S. 230–243. DOI: [10.1108/JPPPEL-04-2019-0020](https://doi.org/10.1108/JPPPEL-04-2019-0020).
- **Waltersbacher, Matthias (2022):** Empirische Analysen zur Lage am Wohnungsmarkt in Deutschland. *WSI-Mitteilungen* 75 (3), S. 213–222. DOI: [10.5771/0342-300x-2022-3-213](https://doi.org/10.5771/0342-300x-2022-3-213).
- **Walton, Jessica und Truong, Mandy (2023):** A review of the model minority myth: understanding the social, educational and health impacts. *Ethnic and Racial Studies* 46 (3), S. 391–419. DOI: [10.1080/01419870.2022.2121170](https://doi.org/10.1080/01419870.2022.2121170).
- **Weber, Ines (2020):** Development of individual living space consumption between 1978 and 2013: determinants and transformative potential. *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 78 (3), S. 267–287. DOI: [10.2478/rara-2020-0005](https://doi.org/10.2478/rara-2020-0005).
- **Wehrheim, Jan (2018):** Kritik der Versicherheitlichung: Thesen zur (sozialwissenschaftlichen) Sicherheitsforschung. *Kriminologisches Journal* (3), S. 211–221.
- **Weigand, Matthias; Wurm, Michael; Droin, Ariane; Stark, Thomas; Staab, Jeroen; Rauth, Jürgen und Taubenböck, Hannes (2023):** Are public green spaces distributed fairly? A nationwide analysis based on remote sensing, OpenStreetMap and census data. *Geocarto International* 38 (1). DOI: [10.1080/10106049.2023.2286305](https://doi.org/10.1080/10106049.2023.2286305).
- **Wen, Bo; Wu, Yao; Guo, Yuming; Gasparrini, Antonio; Tong, Shilu; Overcenco, Ala; Urban, Aleš; Schneider, Alexandra; Entezari, Alireza; Vicedo-Cabrera, Ana Maria; Zanobetti, Antonella; Analitis, Antonis; Zeka, Ariana; Tobias, Aurelio; Nunes, Baltazar; Alahmad, Barrak; Armstrong, Ben; Forsberg, Bertil; Pan, Shih-Chun; Íñiguez, Carmen; Ameling, Caroline; Valencia, César De La Cruz; Åström, Christofer; Houthuijs, Danny; Van Dung, Do; Royé, Dominic; Indermitte, Ene; Lavigne, Eric; Mayvaneh, Fatemeh; Acquaotta, Fiorella; de’Donato, Francesca; Rao, Shilpa; Sera, Francesco; Carrasco-Escobar, Gabriel; Kan, Haidong; Orru, Hans; Kim, Ho; Holobaca, Iulian-Horia; Kyselý, Jan; Madureira, Joana; Schwartz, Joel; Jaakkola, Jouni J.K.; Katsouyanni, Klea; Diaz, Magali Hurtado; Ragettli, Martina S.; Hashizume, Masahiro; Pascal, Mathilde; Coélho, Micheline De Sousa Zanotti Stagliorio; Ortega, Nicolás Valdés; Ryti, Niilo; Scovronick, Noah; Michelozzi, Paola; Matus Correa, Patricia; Goodman, Patrick; Saldiva, Paulo Hilario Nascimento; Raz, Raanan; Abrutzky, Rosana; Osorio, Samuel; Dang, Tran Ngoc; Colistro, Valentina; Huber, Veronika; Lee, Whanhee; Seposo, Xerxes; Honda, Yasushi; Kim, Yoonhee; Guo, Yue Leon; Bell, Michelle L. und Li, Shanshan (2024):** Comparison for the effects of different components of temperature variability on mortality: A multi-country time-series study. *Environment International* 187, S. 108712. DOI: [10.1016/j.envint.2024.108712](https://doi.org/10.1016/j.envint.2024.108712).
- **White, Kellee und Borrell, Luisa N. (2011):** Racial/ethnic residential segregation: Framing the context of health risk and health disparities. *Health & Place* 17 (2), S. 438–448. DOI: [10.1016/j.healthplace.2010.12.002](https://doi.org/10.1016/j.healthplace.2010.12.002).

- **Wijburg, Gertjan und Aalbers, Manuel B (2017):** The internationalization of commercial real estate markets in France and Germany. *Competition & Change* 21 (4), S. 301–320. DOI: [10.1177/1024529417712040](https://doi.org/10.1177/1024529417712040).
- **Will, Anne-Kathrin (2022):** Anstelle des Migrationshintergrundes – Eingewanderte erfassen. Online verfügbar unter: <https://rat-fuer-migration.de/2022/06/07/rfm-debatte-2022/>.
- **Will, Gisela (2003):** National analytical study on housing. In: RAXEN Report / European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, National Focal Point Germany. Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien (efms) Institut an der Universität Bamberg.
- **Williams, David R.; Yu, Yan; Jackson, James S. und Anderson, Norman B. (1997):** Racial Differences in Physical and Mental Health: Socioeconomic Status, Stress, and Discrimination. *Journal of Health Psychology* 2 (3), S. 335–351.
- **Winke, Tim (2016):** Menschen mit Migrationshintergrund zahlen elf Euro mehr Miete pro Monat. DIW Wochenbericht 47, S. 1133–1142.
- **Wolbring, Tobias und Wrede, Matthias (2024):** Wohnungsgenossenschaften: bezahlbare Mieten in angespannten Märkten. *Wirtschaftsdienst* 104 (12), S. 856–860. DOI: [10.2478/wd-2024-0219](https://doi.org/10.2478/wd-2024-0219).
- **World Health Organization (WHO) (2021):** WHO Global Air Quality Guidelines. Online verfügbar unter: <https://www.who.int/news-room/questions-and-answers/item/who-global-air-quality-guidelines>.
- **World Health Organization (WHO) (2024):** Heat and health. Online verfügbar unter: <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/climate-change-heat-and-health>
- **WHO Regional Office for Europe (2019):** Environmental health inequalities in Europe: second assessment report. Online verfügbar unter: <https://www.who.int/europe/publications/i/item/9789289054157>.
- **WHO Regional Office for Europe (2021):** Heat and health in the WHO European Region: updated evidence for effective prevention. Online verfügbar unter: <https://www.who.int/europe/publications/i/item/9789289055406>.
- **Wüstemann, Henry; Kolbe, Jens und Krekel, Christian (2017):** Gesundheitswirkung städtischer Grünräume: eine empirische Analyse. *Natur und Landschaft* 92 (1), S. 31–37. DOI: [10.17433/1.2017.50153433.31-37](https://doi.org/10.17433/1.2017.50153433.31-37).
- **Xu, Alice Z. (2024):** Segregation and the Spatial Externalities of Inequality: A Theory of Interdependence and Public Goods in Cities. *American Political Science Review* 118 (3), S. 1431–1448. DOI: [10.1017/S0003055423000722](https://doi.org/10.1017/S0003055423000722).
- **Yang, KaYing (2004):** Southeast Asian American Children: Not the „Model Minority“. *The Future of Children* 14 (2), S. 127–133. DOI: [10.2307/1602799](https://doi.org/10.2307/1602799).
- **Yildiz, Erol (2011):** Stadt ist Migration. In: Bergmann, Malte und Lange, Bastian (Hg.): *Eigensinnige Geographien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–80. DOI: [10.1007/978-3-531-93176-0_4](https://doi.org/10.1007/978-3-531-93176-0_4).
- **Zacharias, Stefan; Koppe, Christina und Mücke, Hans-Guido (2014):** Climate Change Effects on Heat Waves and Future Heat Wave-Associated IHD Mortality in Germany. *Climate* 3 (1), S. 100–117. DOI: [10.3390/cli3010100](https://doi.org/10.3390/cli3010100).

- **Zenk, Shannon N.; Schulz, Amy J.; Israel, Barbara A.; James, Sherman A.; Bao, Shuming und Wilson, Mark L. (2005):** Neighborhood Racial Composition, Neighborhood Poverty, and the Spatial Accessibility of Supermarkets in Metropolitan Detroit. *American Journal of Public Health* 95 (4), S. 660–667. DOI: [10.2105/AJPH.2004.042150](https://doi.org/10.2105/AJPH.2004.042150).

IMPRESSUM

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e. V.

Mauerstraße 76

10117 Berlin

☎ +49 (0)30 2007 54 130

✉ presse@dezim-institut.de

🌐 www.dezim-institut.de

Autor*innen

Yasmin Chreiteh, Leonie Fuchs, Massa Gahein-Sama, Dr. Noa K. Ha, Dr. Stefanie Hechler, Johanna Kechout, Tae Jun Kim, Mary Lam, Claudia Martínez Gimeno, Aylin Mengi, H. Long Nguyen, Klara Podkowik, Jondis Schwartzkopff, Dr. Cihan Sinanoğlu, Kien Tran, Zaza Zindel

Wissenschaftliche Projektleitung

Tae Jun Kim, Dr. Cihan Sinanoğlu

Lektorat

Annika Gläser, Dennis Grabowsky, Ulrike Gruska, Tamina Kutscher, Mandy Ganske-Zapf

Schlussredaktion

Maren Seidler

Layout

neonfisch.de

Gestaltung und Satz

TAU GmbH

Druck

Kern GmbH

ISBN

978-3-911716-24-6

Zitiervorschlag

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2025): Gewohnt ungleich: Rassismus und Wohnverhältnisse. NaDiRa-Monitoringbericht mit Schwerpunkt Wohnen, Berlin.

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e. V., 2025. Alle Rechte vorbehalten.

NaDiRa-Monitoringberichte geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Diese Studie wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom BMBFSFJ gefördert.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Autor*innen dieser Veröffentlichung die Verantwortung.
